This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 865,915

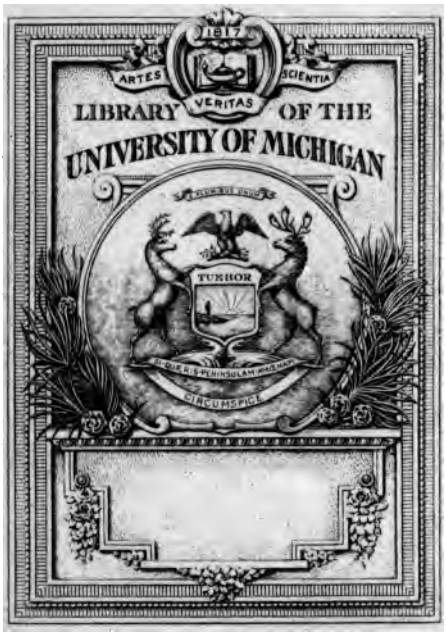
Die Idee
des
europäischen Gleichgewichts

in der publizistischen Literatur
vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts

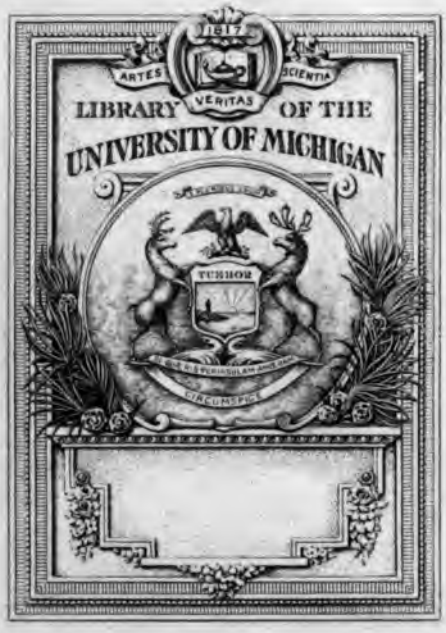
Von

E. Kaeber

BERLIN
Verlag von Alexander Duncker
1907.


1817
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TURRIS
SIRCUMSPICE

D
21.
.K1
19


1817
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

Die Idee des europäischen Gleichgewichts

in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts

Von

Ernst Kaeber

BERLIN
Verlag von Alexander Duncker
1907.

Die vorliegende Schrift hat als Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde bei der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhemsuniversität zu Berlin gedient. Seite 1 – 44 sind als Inaugural-Dissertation erschienen.

Druck von Hugo Wilisch in Chemnitz.

Hist.-English
Harv.
1-26-31
22780

Inhalt.

Seite

Vorwort 1

Einleitung 4

1. Allgemeine Grundlage der Gleichgewichtsidee . 4

2. Der Universalismus des Mittelalters 5

I. Das europäische Gleichgewicht im Kampf gegen das Haus Habsburg 10

Einleitung: 1. Machiavelli 10

2. Das italienische Gleichgewicht . . 11

1. Kapitel: Ursprung der Idee des europäischen Gleichgewichts 14

1. Wiederaufleben der universalistischen Ideen . . 14

2. Beginn des Widerstandes gegen die Universalmonarchie. Die Venetianer. Deutsche und französische Flugschriften 15

2. Kapitel: Das Gleichgewicht in der Publizistik bis zu den Friedensschlüssen von 1648 und 1659 . 22

1. Der Kampf gegen Philipp II. 22

2. Der Dreißigjährige Krieg 29

II. Das europäische Gleichgewicht im Kampf gegen Ludwig XIV. 45

1. Kapitel: Österreichische und spanische Flugschriften aus den Anfängen Ludwigs XIV. 45

2. Kapitel: England unter Karl II 52

3. Kapitel: Die Zeit Wilhelms III. und des spanischen Erbfolgekrieges 62

1. Bis zum Frieden von Ryswick 62

2. Englische Publizistik zu Anfang des spanischen Erbfolgekrieges 64

3. Englische Publizistik zu Ende des spanischen Erbfolgekrieges 72

4. Habsburgische Publizistik 73

Seite

III. Vom Frieden zu Utrecht bis zum Frieden von Aachen 77

1. Kapitel: Von 1713–1740 77
1. Das nordische Gleichgewicht 77
2. Die österreichische Literatur im polnischen Thronfolgekriege 81
3. England unter Walpole. Bolingbroke 82
4 Die Ostendische Handelskompagnie 84

2. Kapitel: Der österreichische Erbfolgekrieg 88
1. Österreichische Publizistik 88
2. England und das alte System 91
3. Erster Widerspruch gegen die Gleichgewichtsidee. Charakter der gesamten Literatur dieser Zeit . 96

IV. Der Siebenjährige Krieg 103

Einleitung 103

1. Kapitel: Der kontinentale Krieg 106
1. Österreichische und andere Flugschriften gegen die Übermacht Preußens 107
2. Preußisch-englische Broschüren. Justis „Chimäre des Gleichgewichts von Europa“ 113

2. Kapitel: Der französisch-englische Seekrieg 124
1. Allgemeiner Charakter der englischen Publizistik 124
2. Die französische Literatur. Das Handels- und Kolonialgleichgewicht. Mirabeau, Maubert und Moreau 126
3. Justis „Chimäre des Gleichgewichts der Handlung und der Schiffahrt“ 137

Schluß 140

Anhang: Das europäische Gleichgewicht und das natürliche Völkerrecht im 18. Jahrhundert 143

Hist.-English
Harv.
1-26-31
22780

Inhalt.

Seite

Vorwort 1

Einleitung 4

1. Allgemeine Grundlage der Gleichgewichtsidee . 4

2. Der Universalismus des Mittelalters 5

I. Das europäische Gleichgewicht im Kampf gegen das Haus Habsburg 10

Einleitung: 1. Machiavelli 10

2. Das italienische Gleichgewicht . . 11

1. Kapitel: Ursprung der Idee des europäischen Gleichgewichts 14

1. Wiederaufleben der universalistischen Ideen . . 14

2. Beginn des Widerstandes gegen die Universalmonarchie. Die Venetianer. Deutsche und französische Flugschriften 15

2. Kapitel: Das Gleichgewicht in der Publizistik bis zu den Friedensschlüssen von 1648 und 1659 . 22

1. Der Kampf gegen Philipp II. 22

2. Der Dreißigjährige Krieg 29

II. Das europäische Gleichgewicht im Kampf gegen Ludwig XIV. 45

1. Kapitel: Österreichische und spanische Flugschriften aus den Anfängen Ludwigs XIV. 45

2. Kapitel: England unter Karl II 52

3. Kapitel: Die Zeit Wilhelms III. und des spanischen Erbfolgekrieges 62

1. Bis zum Frieden von Ryswick 62

2. Englische Publizistik zu Anfang des spanischen Erbfolgekrieges 64

3. Englische Publizistik zu Ende des spanischen Erbfolgekrieges 72

4. Habsburgische Publizistik 73

Seite

III. Vom Frieden zu Utrecht bis zum Frieden von Aachen 77

1. Kapitel: Von 1713–1740 77
1. Das nordische Gleichgewicht 77
2. Die österreichische Literatur im polnischen Thronfolgekriege 81
3. England unter Walpole. Bolingbroke 82
4 Die Ostendische Handelskompagnie 84

2. Kapitel: Der österreichische Erbfolgekrieg 88
1. Österreichische Publizistik 88
2. England und das alte System 91
3. Erster Widerspruch gegen die Gleichgewichtsidee. Charakter der gesamten Literatur dieser Zeit . 96

IV. Der Siebenjährige Krieg 103

Einleitung 103

1. Kapitel: Der kontinentale Krieg 106
1. Österreichische und andere Flugschriften gegen die Übermacht Preußens 107
2. Preußisch-englische Broschüren. Justis „Chimäre des Gleichgewichts von Europa“ 113

2. Kapitel: Der französisch-englische Seekrieg 124
1. Allgemeiner Charakter der englischen Publizistik 124
2. Die französische Literatur. Das Handels- und Kolonialgleichgewicht. Mirabeau, Maubert und Moreau 126
3. Justis „Chimäre des Gleichgewichts der Handlung und der Schiffahrt“ 137

Schluß 140

Anhang: Das europäische Gleichgewicht und das natürliche Völkerrecht im 18. Jahrhundert 143

Vorwort.

Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts begegnet in der politischen Literatur die Idee des Gleichgewichts der europäischen Staaten. Als Grundlage des freien Zusammenlebens der Völker Europas verteidigt, in späterer Zeit hie und da auch als unrealisierbare Chimäre oder als Deckmantel egoistischer Sonderbestrebungen eines oder des anderen Staates bekämpft, findet der Gedanke auch in unserer Zeit bei Staatsmännern und Historikern eine Stätte,[1]) ohne doch wie im 17. und 18. Jahrhundert ein fast unentbehrliches Schlagwort in der Publizistik mancher Staaten zu sein.

Doch darf man nicht annehmen, daß zu allen Zeiten unter dem politischen Gleichgewicht Europas dasselbe verstanden worden sei. Wie der Gedanke aus bestimmten realen Verhältnissen erwachsen ist, so hat er sich mit deren Veränderung selbst gewandelt. Und wie er keine inhaltslose Spekulation philosophierender Staatsmänner darstellt, sondern der Ausdruck für konkrete politische Forderungen ist, so hat er mit dem Wechseln der Konstellationen auch seinen Zweck mehrfach geändert. Die verschiedenen Gestaltungen des Gleichgewichtsgedankens lassen sich am deutlichsten aus der politischen Literatur erkennen, die uns Antwort auf die Fragen gibt, aus

[1]) Unter anderen vgl. viele Stellen bei v. Sybel, „Die Gründung des deutschen Reichs durch Wilhelm I." 3. A. München 1890, z. B. I, 223; II, 204, 432, 535.

Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen" II, 99, 251, 253.

Lenz, „Napoleon". Leipzig 1905, S. 111.

Delbrück („Erinnerungen, Reden und Aufsätze", 3. A. Berlin 1905) spricht auf S. 487 über die Notwendigkeit eines gewissen Gleichgewichts der großen Nationen in dem kolonialen Ausdehnungsprozeß. In ähnlichem Sinne gebraucht ein moderner französischer Autor die Ausdrücke: équilibre africain" und „équilibre asiatique": vgl. Donnadieu: „Essai sur la théorie de l'équilibre." Paris 1900. S. 210ff., 215[1].)

Auf die Regierung Wilhelms III. geht es zurück, wenn noch heute in England das stehende Heer jährlich „zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts" bewilligt wird.

welchen Zuständen die Idee entsprungen ist, welche Formen sie in den verschiedenen Zeiten angenommen hat, und welche Wirkungen sie im einzelnen Fall ausüben, welchen praktischen Zielen sie dienen sollte. Eine Untersuchung hauptsächlich über diese Fragen möchte die vorliegende Arbeit sein. Eine Geschichte des europäischen Gleichgewichts selbst, wie sie etwa der bekannte Staatsrechtslehrer Schmauß im 18. Jahrhundert unternommen hat, liegt völlig fern.[1]) Nur die Perioden gibt die politische Geschichte an, nach denen sich auch die sie begleitende publizistische Literatur gliedern läßt. Der Abschluß mit dem Ausgang des Siebenjährigen Krieges ist gewählt worden, weil mit ihm das System der fünf großen Mächte sich herausgebildet hat, das auch heute noch trotz des Zutritts Italiens und des sich bildenden Weltstaatensystems die Grundlage der europäischen Politik bildet. Auch bietet die Publizistik der napoleonischen Zeit, soweit sie mir bekannt ist, für die Auffassung des europäischen Gleichgewichts nicht viel neue Gesichtspunkte.

Es ist versucht worden, das verstreute Material wenigstens für die wichtigsten Perioden bis zu einem gewissen Grade vollständig zu sammeln. Reiche Ausbeute an Flugschriften hätte die Pariser Nationalbibliothek bieten können, die ich leider nicht benutzen konnte. Die wichtigsten, allgemeine politische Fragen behandelnden „livrets" scheinen allerdings in die schon während des Dreißigjährigen Krieges erschienenen „Recueils" aufgenommen worden zu sein. Und da gerade die Gleichgewichtsideen in ihnen vielfach einen stereotypen Charakter tragen — einzelne benutzte Schriften haben deshalb in der Darstellung keine Erwähnung finden können — darf man vielleicht annehmen, daß auch die mir unbekannten Schriften keine wesentlich neue Auffassung zeigen würden.

---

[1]) Johann Jakob Schmauß, „Einleitung zu der Staats-Wissenschaft. Erster und zweiter Teil: Die Historie der Balance von Europa etc. in sich haltend." Leipzig 1741 und 1747.

Von neueren Darstellungen sei außer Rankes Versuch über die großen Mächte, der in gewissem Sinne hierher gehört, nur das schon zitierte Werk von Donnadieu genannt, dessen erster, größerer Teil der politischen Geschichte mit ständiger Rücksicht auf die in ihr sich manifestierende Gleichgewichtsidee gewidmet ist. Während die älteren Zeiten recht dürftig und in engem Anschluß an die Arbeiten anderer behandelt sind, bietet das Buch interessantes Material aus gleichzeitigen Aufzeichnungen und Akten seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; besonders die Friedensverhandlungen von 1813–15 finden eine ausführliche Darstellung.

Einzeluntersuchungen über die Verfasser der meist anonymen Broschüren verboten sich von selbst bei einer Arbeit, die so weite Zeiträume durcheilt.[1]) Übrigens würde selbst bei erfolgreichen Versuchen dieser Art der Nutzen für unsere Zwecke gering sein. Die uns interessierenden Fragen sind die nach Ursprung und Zweck der einzelnen Pamphlete, die sich fast stets zur Genüge aus ihrem Inhalt erkennen lassen.

Die benutzten Flugschriften und Sammelbände befinden sich, soweit nichts näheres angegeben ist, auf der Königlichen Bibliothek zu Berlin.

Die völkerrechtliche Literatur über das Gleichgewicht ist in einem Anhang behandelt worden.

---

[1]) Wie problematisch solche Untersuchungen dabei sind, zeigt eine zwischen zwei französischen Gelehrten entstandene Kontroverse. Desdouvres glaubte, in dem Père Joseph, dem Vertrauten Richelieus, einen ungemein fruchtbaren Publizisten entdeckt zu haben und verfocht seine These in einem umfangreichen Buche („Le père Joseph polémiste." Paris 1895). Demgegenüber sucht Fagniez, Autor eines zweibändigen Werkes über den Pater Joseph und Richelieu, in einem Aufsatz in der Revue des quest. hist., Bd. 60 (N. S. 16. 1896.) Desdouvres' These als unhaltbar hinzustellen.

Einleitung.

1. Im 18. Jahrhundert, in der Blütezeit der Gleichgewichtsidee, bilden Betrachtungen über ihre allgemeine Bedeutung im Völkerleben und über ihren Einfluß auf die Politik auch der antiken Staaten ein beliebtes Thema.[1]) So anfechtbar die Einzelresultate dieser Untersuchungen sein mögen, sie enthalten doch einen berechtigten Kern, den in wissenschaftlich vertiefter Auffassung und geistvoller Form neuerdings Ratzel aufgenommen hat.[2]) Er macht darauf aufmerksam, daß die meisten menschlichen Verbände, die über ein beschränktes Gebiet verfügen, eine Tendenz nach räumlicher Ausdehnung namentlich bei steigender Kultur zeigen, und daß demgegenüber überall da, wo mehrere Verbände oder Staaten aneinander stoßen, sich eine allgemeine Richtung auf An- und Abgleichung beobachten läßt, deren Ziel die Verhinderung des allzu ausgedehnten Wachstums eines Staates ist. Ratzel möchte darin einen wichtigen Faktor der Staatenbildung sehen und das europäische Gleichgewicht als eine besonders scharf ausgebildete Formulierung eines ziemlich allgemeinen Strebens auffassen.[3])

Von diesem Gesichtspunkte aus könnte man dann das Resultat der Geschichte des Altertums, das einheitliche römische Weltreich, als Produkt des in den Römern zur höchsten Energie entfalteten Strebens nach Ausdehnung bezeichnen, und die immer fester ausgebildeten Nationalstaaten der modernen Geschichte als Ergebnis eines stetigen An- und Abgleichungsprozesses, der seine

---

[1]) Es seien hier nur die weiter unten zitierten Schriften von David Hume und von Ludwig Kahle genannt.

[2]) Friedrich Ratzel, „Politische Geographie." 2. A. München 1903. S. 218 ff., 247 ff.

[3]) Einen eigentümlichen spekulativen Ausdruck hat die Idee der Ausdehnung als Lebensprinzip der Staaten in der modernen Philosophie erhalten: vgl. Spranger, „Altensteins Denkschrft von 1807 und ihre Beziehungen zur Philosophie": Forsch. z. br. und pr. Gesch. 18,2 (1905), S. 149.

charakteristische Äußerung in der Gleichgewichtsidee findet. Zwischen diesen beiden Polen der Entwicklung liegt das Mittelalter mit seiner eigenartigen Kultur, die auch das Staatsleben aufs tiefste beeinflußt hat. Aus dem Gegensatz zu seinem Ideal der einheitlichen Christenheit ist der Gleichgewichtsgedanke entsprungen. Es wird nötig sein, zu dessen tieferem Verständnis das Wesen des mittelalterlichen Universalismus kurz zu skizzieren.[1])

2. War auch das Imperium Romanum in den Stürmen der Völkerwanderung untergegangen, so blieb doch die Erinnerung an seinen Glanz und als sichtbares Zeichen seiner weltbeherrschenden Stellung die christliche Kirche erhalten. Der politische Gedanke einer Erneuerung des dahingeschwundenen Reiches verband sich alsbald mit der christlichen Idee der Einheit aller Gläubigen und beeinflußte Politik und Weltanschauung des ganzen Mittelalters. Wir betrachten zunächst die Universalpolitik.

Die Wiederherstellung des Imperium Romanum durch Karl den Großen war zwar nicht von Dauer, das neue Reich war eine ganz extensive Staatenbildung im Gegensatz zu dem aus alten Kulturländern zusammengefügten Reich des Augustus, aber seine weltgeschichtliche Bedeutung reichte unendlich viel weiter als seine Existenz. Trotz seines Scheiterns blieb der Versuch für Jahrhunderte vorbildlich.

Durch Otto I. für das deutsche Volk gewonnen, hat das Imperium der deutschen Politik die Richtung nach Italien gegeben und die Nation durch den nach der Erwerbung Siziliens unter den Staufern mit erneuter Heftigkeit entbrannten Kampf mit der römischen Kirche in ihrem staatlichen Leben aufs tiefste beeinflußt.[2]) Den Anspruch auf die Weltherrschaft haben deutsche Gelehrte für ihren König noch im 17. Jahrhundert erhoben, ein

[1]) Außer Rankes Weltgeschichte sind zugrunde gelegt v. Eicken, „Geschichte und System der mittelalterlichen Weltanschauung". Stuttgart 1887. Gierke, „Deutsches Genossenschaftsrecht", Bd. III. Berlin 1881. § 11. Riezler, „Die literarischen Widersacher der Päpste zur Zeit Ludwigs des Bayern". Leipzig 1874. Hauck, „Der Gedanke der päpstlichen Weltherrschaft bis auf Bonifaz VIII." Universitätsrede, Leipzig 1904. Norden, „Das Papsttum und Byzanz". Berlin 1903. Schwemer, „Papsttum und Kaisertum". Stuttgart 1899.
Einzelne Nachweise aus anderen Autoren unter dem Text.

[2]) Über die Bedeutung der Erwerbung Siziliens vgl. auch Ficker, „Deutsches Königtum und Kaisertum". Innsbruck 1862, bes. S. 59.

Beweis, wie tief sich diese Vorstellungen mit dem ganzen Denken der Nation verflochten hatten.[1])

Ganz natürlich war es daneben, daß trotz des römisch-deutschen Kaisertums die Herrscher Ostroms ihre Ansprüche auf die einstige westliche Hälfte ihres Reiches nicht aufgaben. Die Komnenen dachten, durch die Wiedervereinigung mit der römischen Kirche das christliche Abend- und Morgenland unter ihrem Szepter aufs neue verschmelzen zu können.[2]) Dem gegenüber hat Friedrich Barbarossa mit bewußter Absicht Ostrom als „Königtum" bezeichnet, sein Sohn Heinrich VI. eine Eroberung von Byzanz erwogen.[3]) Selbst in der Zeit des Todeskampfes gegen die Türken hat der damalige Kaiser Johannes VIII. gelegentlich der Union von Lyon sich als den Herrn des Universums bezeichnet.[4])

Aber die universalen Bestrebungen blieben nicht auf die Inhaber des Kaisertitels von West- und Ostrom beschränkt. Der Erbe der Staufen in Neapel und Sizilien, Karl von Anjou, nahm Heinrichs VI. weitausgreifende Pläne wieder auf. Eine gleichzeitige Quelle sagt, er habe nach der Monarchie des Caesar und Augustus gestrebt, eine andere schreibt „aspirava alla monarchia del mondo".[5]) Im Zusammenhang damit werden die Pläne der französischen Verwandten Karls gestanden haben. Neben und trotz ihrer nationalen Abschließungstendenz fühlten Philipp IV. und seine Söhne ein Verlangen nach der Weltherrschaft in sich,[6]) das uns auch in einem Erzeugnis der politischen Literatur ihrer Zeit deutlich entgegentritt.[7])

Selbst für einen englischen König, Heinrich II., ist mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine Universalpolitik nachgewiesen worden.[8])

---

[1]) Mor. Ritter, „Hortleben als Lehrer der Herzoge Johann Ernst und Friedrich": Neues sächsisches Archiv I (1880), S. 194 f.

[2]) Norden, a. a. O., S. 88 ff.

[3]) Norden, a. a. O., S. 111, bes. Anm. 2, S. 123 f.

[4]) Norden, a. a. O., S. 724.

[5]) Norden, a. a. O., S. 440 ff., 458 f., 474 ff., 490, 604 f. Die angeführten Stellen S. 604 [2].)

[6]) Schwemer, a. a. O., S. 115 ff. Norden, a. a. O., S. 652 ff., 659, 670.

[7]) In einer sehr interessanten kleinen Schrift eines französischen Legisten aus dem Jahre 1300: vgl. Natalis de Waillis, „Mémoires de l'Institut", Bd. 18, 2 (1849). Es wird darin der Plan einer französischen Weltherrschaft entwickelt, die sich auch auf Ostrom ausdehnen soll.

[8]) Hardegen, „Die Imperialpolitik König Heinrichs II. von England". (Heidelberger Abhandlungen zur mittl. und neuen Geschichte, Heft 12.) 1905.

Und daneben geht das gleichgerichtete Streben der Kirche nach der Herrschaft über die Erde, das das notwendige Korrelat zu der Verachtung des weltlichen Staats und zu dem Postulat des Gottesstaates war.[1]) Die Kämpfe der Kirche mit dem weltlichen Staat, die daraus folgten, sind bekannt genug.

Diese mannigfaltigen Versuche, die bekannte Welt unter einem einzigen Herrscher zu einen, gerade in einer Zeit, wo der Verkehr und überhaupt die ganze materielle Kultur auf die Bildung kleiner Staatswesen hinwiesen, wären unverständlich, wenn wir uns nicht in die staatliche Gedankenwelt des Mittelalters hineinfühlen wollten, aus der diese Versuche ihren Ursprung und ihre immer neue Kraft nahmen. Ihren Ausdruck fanden diese Ideen in der publizistischen Literatur, in der theologische, philosophische, juristische, praktisch-politische und historische Elemente vereint sind.

Der Ausgangspunkt war ein theologisch-philosophischer: Das Prinzip der Einheit erschien als das Prinzip des Weltganzen, verkörpert in dem einen Gott.[2]) Daraus folgerte man eine äußere Verbandseinheit der gesamten Menschheit, des corpus mysticum, das einer einheitlichen Regierung bedürfe. Nun sah das Mittelalter aber diese einheitliche Menschheit doch wieder gespalten in eine weltliche und eine geistliche Organisation. Ganz von selbst ergab sich daraus das Bedürfnis, beide wieder zu vereinen, und damit war der Kampf der höchsten weltlichen und der obersten geistlichen Macht über das „Wie" dieser Vereinigung unvermeidlich.

Die Ansprüche der weltlichen Macht auf die höchste Regierungsgewalt gründeten sich vor allem auf die Vorstellung, daß das Imperium Romanum nie enden könne, und daß daher die Kaiser des Mittelalters seine direkten Rechtsnachfolger seien.[3]) Allerdings hat daraus die Mehrzahl der kaiserlichen Publizisten doch keine Herrschaft des Kaisers über die Kirche abgeleitet, sondern die beiden Gewalten als gleichberechtigt nebeneinander gestellt und die höhere Einheit in Gott gefunden. Nur Marsilius von Padua macht eine Ausnahme. Ausgehend von der Idee

[1]) Vgl. vor allem v. Eicken, a. a. O. passim.
[2]) Gierke, bes. S. 514 ff.
[3]) Gierke, S. 542. Riezler, S. 156.

des Friedens, wie sie Augustin gelehrt und besonders Gregor VII. für die kirchlichen Ansprüche verwertet hatte,[1]) verlangt er Säkularisation der Kirche eben um der „Pax" willen, die durch die falsche Auffassung der päpstlichen Gewalt zerstört wird.[2])

Dem gegenüber entwickelte sich in folgerichtiger Konsequenz der Gedanke einer päpstlichen Weltherrschaft. Die ursprünglich auch von den Päpsten anerkannte strenge Scheidung zwischen Weltlichem und Geistlichem wird mit dem Wachsen der päpstlichen Macht auch in der Theorie immer mehr verwischt. Für Gregor VII. ist die päpstliche Herrschaft ein universale regimen, alles weltliche Regiment ist ihr schon wegen ihres höheren Wertes unterworfen.[3]) Die berühmte Zweischwerter-Theorie wurde zu dem Zwecke schon von Bernhard von Clairvaux so gedeutet, daß beide Schwerter Eigentum der Kirche seien, und das eine von ihr, das andere für sie geführt werde. Ebenso ist durch Innocenz III. das alte Bild von den zwei Lichtern, das zuerst Nikolaus I. allegorisch aufgefaßt hatte,[4]) durch streng naturwissenschaftliche Auslegung — der Mond hat nur von der Sonne erborgtes Licht — in noch ungünstigerem Sinne gegen die weltliche Macht verwertet worden. Und allen Einwendungen von kaiserlicher Seite, die sich auf die Bedeutung des Imperator Romanus beriefen, begegnete Innozenz IV. mit der Behauptung, daß die heidnische Kaisergewalt nur auf Usurpation gegründet gewesen sei, Konstantin gar keine Schenkung — deren Zulässigkeit juristisch angefochten war —, sondern nur einen Verzicht ausgesprochen habe, das christliche Kaisertum somit ausschließlich auf päpstlicher Übertragung beruhe.

Die ganze Theorie des päpstlichen Universalismus erscheint in abgeschlossener Form, ohne neue Zutaten, in der Bulle „Unam sanctam" Bonifaz' VIII.[5]) Allerdings folgt auf diesen

---

[1]) Vgl. Bernheim, „Über einige politische Begriffe des Mittelalters im Lichte der Anschauungen Augustins"; in „Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft". N. F. I (1896/97), S. 1 f.

[2]) Riezler, S. 198 ff.; vgl. auch die Staatsschrift Ludwigs des Bayern gegen ohann XXII., Riezler, S. 26: Der Papst wird hier als „tyrannus" bekämpft.

[3]) Hauck, bes. S. 25 ff.; v. Eicken, bes. S. 311 ff., 325 ff., wo der psychologische und logische Zusammenhang zwischen christlicher Askese und kirchlicher Weltherrschaft eingehend begründet wird.

[4]) Hauck, S. 22; S. 36 ff.

[5]) Hauck, S 46.

Höhepunkt alsbald der Niedergang mit dem Exil und der konziliaren Bewegung. Die große Kirchenspaltung des 16. Jahrhunderts hat diese antipäpstliche Strömung zum Durchbruch gebracht und die kirchliche Universalherrschaft endgültig vernichtet.

Ebenso wie der Gegensatz gegen die päpstliche Weltregierung bereits im Mittelalter beginnt, treten damals auch schon einige Schriften hervor, die gegen die weltliche Universalmonarchie gerichtet sind. Namentlich französische Gelehrte haben die Notwendigkeit der einheitlichen Regierung der Welt bestritten;[1]) aber ihren Ausführungen haftet doch im ganzen noch so der mittelalterliche Geist an, daß wir sie nicht an die Spitze der neuen, sondern an den Schluß der alten Zeit setzen müssen. Ähnlichen Motiven verdankt die Wendung ihren Ursprung, die bei Baldus und ganz allgemein bei französischen Publizisten begegnet: „Der französische König ist in seinem Lande Kaiser." Mit ihr soll nicht gerade die universale Gewalt des römischen Kaisers bestritten werden, aber die tatsächliche Unabhängigkeit der französischen Krone ihm gegenüber findet darin einen charakteristischen Ausdruck.[2]) Auch das vereinzelte Vorkommen des Kaisertitels bei einigen mittelalterlichen Herrschern, wie den angelsächsischen Monarchen, bei Knut dem Großen, einigen spanischen Königen und am Beginn der Neuzeit bei Heinrich VIII. von England, dürfte wenigstens zum Teil in denselben Gedankenkreis gehören.[3]) Eine ganz andere Auffassung vom Staat lenkte die Fürsten, die das moderne europäische Staatensystem geschaffen haben.

---

[1]) So zuerst Johann von Paris und andere zur Zeit Philipps IV.; vgl. Riezler S. 148 ff. und Gierke, S. 544, und auch S. 639 über die seit Bartolus schon ganz modernen Ansichten der Fachjuristen über die Verbände ohne superior.

Über den allerdings schon ganz schemenhaften Charakter, den auch sonst die universalistischen Ideen am Ausgang des Mittelalters angenommen hatten, vgl. die Bemerkungen bei Gierke, „Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien." 2. A. Breslau 1902. S. 232.

[2]) Jellinek, „Allgemeine Staatslehre". Berlin 1900. S. 402 f. Die Stelle aus Baldus S. 402[3])

[3]) Hardegen, „Imperialpolitik König Heinrichs II. von England," Exkurs. Andererseits scheint der Kaisertitel die Herrschaft über mehrere, vorher unabhängige Reiche, zu bezeichnen.

I.

Das europäische Gleichgewicht im Kampf gegen das Haus Habsburg.

Einleitung.

1. Wenn die politische Literatur des Mittelalters mehr von einer Idee, nämlich der der Einheit der Welt, ausgegangen war als von der Betrachtung der Wirklichkeit, so ist Machiavelli, der große „Restaurator der Staatswissenschaft",[1]) gerade ausschließlich von der Betrachtung der politischen Realitäten aus zum Theoretiker des Staates geworden.

Daher treten die Unterschiede zwischen dem Mittelalter und der modernen Zeit, insbesondere die neuen staatlichen Tendenzen, in seinen Schriften uns zuerst entgegen. Da aus diesen Tendenzen die Idee des europäischen Gleichgewichts geboren worden ist, seien Machiavellis Äußerungen über sie kurz angeführt.

Für Machiavelli fallen alle theologischen, juristisch-historischen oder philosophischen Gründe fort, auf Grund derer noch von Dante eine weltliche Universal-Monarchie gefordert worden war.[2]) Im Gegenteil, Machiavelli sieht für seine historischen Beispiele, aus denen er neben der Beobachtung der politischen Wirklichkeit seine Lehren gewonnen hat und mit denen er dann wieder diese Lehren in der Darstellung begründet, von dem Imperium Romanum des Mittelalters völlig ab. Im „Principe" wird es gar nicht, in den „Discorsi" wird es nur an einer Stelle erwähnt, und zwar als eine abgetane Sache.[3]) Wenn Machiavelli sonst von Imperio

[1]) Fester, „Machiavelli". Stuttgart 1900. S. 139.
[2]) „De monarchia libri III", her. von Witte, Wien 1874.
[3]) Discorsi, l. II, c. 19. Die Erwähnung von Dantes Monarchia (Disc. l. I, c. 53.) geschieht bezeichnenderweise bei einer psychologischen, nicht einer politischen Frage.

oder Imperatore Romano spricht, denkt er immer an das antike Reich.

Was stellt Machiavelli nun an die Stelle des Gedankens von der Einheit der Welt unter einem Monarchen? Eine Herrschaft der Kirche gewiß nicht! Die Kirche muß nach seiner Meinung als weltliche Macht mediatisiert werden; sie nützt nur, soweit sie dem Staat dienen kann.[1]) Machiavelli betrachtet den Staat dafür als das, was er seiner Natur nach ist, als politisch organisierte Macht. Das Vorbild des rechten Staates ist ihm daher die römische Republik in der Zeit der Dezemvirn und Samniterkriege.[2]) Neben dieser Erkenntnis aber, die das Gefühl der Herrschenden seiner Zeit widerspiegelt, gibt es für Machiavelli noch eine andere, die allerdings nicht überall offen zutage tritt: Die Überzeugung davon, daß der beste Staat der Nationalstaat ist.[3]) Darum haßt er den Kirchenstaat, der die nationale Einheit Italiens hindert, nach der er mit leidenschaftlichem Patriotismus verlangt.[4]) Allerdings fehlt bei Machiavelli noch die Stellung oder gar die Lösung des Problems der Einordnung des absoluten Fürsten, dessen Herrschaft ihm neben der republikanischen Verfassung als die wünschenswerteste Staatsform erscheint, in die Nation; auch dies ist charakteristisch für seine Zeit, wo die Bestrebungen nach politischer Macht und nach nationaler Staatenbildung noch häufig miteinander im Kampfe lagen.

2. Wir sagten oben, daß Machiavelli seine Lehre ebenso aus dem Studium der Vergangenheit, wie aus der Beobachtung der Gegenwart gewonnen habe. Bei dieser letzteren Tätigkeit hat er vor allem die Verhältnisse der italienischen Staaten geprüft.[5]) In der Tat boten sie ihm die günstigsten Objekte und lagen ihm natürlich auch am nächsten. Indessen finden wir bei ihm über eine merkwürdige Erscheinung des staatlichen Lebens Italiens keine Auskunft, die zur Zeit der Abfassung des „Principe“ und der „Discorsi“ allerdings im realen Leben schon nicht mehr bestand,

[1]) bes. Discorsi l. I, c. 11–15.
[2]) Fester: S. 140.
[3]) Discorsi l. I, c. 12.
[4]) Fester: S. 143, 145.
[5]) Man vgl. die Häufigkeit, mit der Florenz oder Venedig als Beispiele in den Discorsi“ herangezogen werden. Wo außeritalienische Staaten oder Fürsten erwähnt werden, geschieht es doch fast stets im Zusammenhang mit Schicksalen Italiens.

nicht lange vorher aber existiert hatte, zum Bewußtsein mehrerer Politiker gekommen war, und bei einem von ihnen zuerst literarischen Ausdruck gefunden hat. Es ist die Vorstellung von einem System und einem Gleichgewicht der italienischen Staaten, die als Analogie zu dem Gleichgewichtssystem der europäischen Staaten unser Interesse beansprucht. Wir müssen dabei einige Bemerkungen über die tatsächlichen Zustände vorausschicken, denen diese Idee ihren Ursprung verdankt.

In der Mitte des 15. Jahrhunderts etwa hatten sich in Italien neben kleinen Stadtrepubliken einige größere staatliche Gebilde konsolidiert, die den einen der charakteristischen Züge des machiavellischen Staates trugen: es waren Staaten, die sich ihres Charakters als unabhängiger politischer Mächte bewußt waren. Zugleich fehlte damals jeder fremde Einfluß auf Italien, der imperiale wie der päpstliche Universalismus hatten keine lebendige Kraft mehr. So bildete sich in diesem politischen Mikrokosmus, den man so dem europäischen Makrokosmus gegenüberstellen kann,[1]) ein Zustand aus, den der gelehrte Staatsmann Rucellai, der Schwager Lorenzos von Medici, in seinem Buche über den italienischen Zug Karls VIII. von Frankreich in der Einleitung geschildert hat.[2]) Es habe damals, in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, vier mächtige italienische Staaten gegeben. Einer von diesen, Venedig, habe „seit hundert Jahren" seine Macht ständig erweitert und die übrigen, Florenz, Mailand und Neapel, dadurch sämtlich bedroht. Diese hätten deshalb mehrere Kriege gegen Venedig „pro communi libertate" geführt. Schließlich sei durch das Verdienst zweier Fürsten, König Ferdinands von Neapel und Lorenzos von Medici ein endgültiger Friedenszustand erreicht worden. Diese beiden Fürsten, die klügsten in Italien, haben sich nämlich zum Schutze wiederum „der gemeinsamen Freiheit" — das heißt also gegen Venedig — verbündet und „nach ihren eigenen Worten" mit allen Kräften das Ziel verfolgt, daß die politischen Verhältnisse Italiens in einem Zustand der Ruhe und des Gleichgewichts erhalten blieben.[3]) Jede

[1]) Ähnlich drückt sich Charrière aus: „Négociations de la France dans le Levant", t. I, p. XXXVIII., zitiert bei Ernest Nys: „La théorie de l'équilibre européenne": Revue de droit international, vol. 25 (1893), S. 37.

[2]) Bernardus Oricellarius: De bello Italico commentarius.

[3]) „. . . ea assidue agitare, monere, niti, quibus res Italicae starent, ac (ut illorum verbis utar) examine aequo penderent:" S. 4 der von mir benutzten Ausgabe: London 1733.

Schwächung eines anderen italienischen Staates haben sie auch als Verringerung ihrer eigenen Macht betrachtet.

Ganz ähnlich ist, was Guicciardini einige Jahrzehnte später über dieselben Dinge ebenfalls in der Einleitung seines großen Werkes berichtet. Er ist dabei zweifellos von seinem älteren Landsmann abhängig;[1]) bei der großen literar-historischen Bedeutung aber, die sein Werk besitzt, möchte ich doch einige Abweichungen seiner Darstellung von der Rucellais erwähnen. Einmal tritt bei ihm Lorenzo noch mehr in den Mittelpunkt der Gleichgewichtspolitik,[2]) sein und Florenz' Interesse erscheint als deren Begründung. Dies Interesse erfordert den Frieden, zu dessen Bewahrung er im Jahre 1480 mit König Ferdinand und Lodovico Sforza ein Bündnis mit der Spitze gegen Venedig schließt, da dieses seinen Sonderinteressen statt den allgemeinen Interessen Italiens folgt und das „Imperio di tutta Italia" gewinnen will.

Bei beiden Schriftstellern begegnet uns also der Gedanke eines Systems nebeneinander bestehender, unabhängiger Staaten, deren gemeinsames Interesse eben die Erhaltung dieser Unabhängigkeit ist. Venedig erscheint als Stärkster und damit als Feind der Selbständigkeit der übrigen. Aber seine Absichten auf die Alleinherrschaft in dieser kleinen Staatenwelt gründen sich auf keine mittelalterlichen universalen Ansprüche, sondern auf das natürliche Ausdehnungsbedürfnis des blühenden Staates.[3]) Gegen diesen Übermächtigen verbünden sich die Nächstmächtigen und suchen so einen Zustand des Gleichgewichts, das heißt des Friedens herbeizuführen. Die Gruppierung der Mächte ist 1 : 3, ohne daß aber nun die 3 an Kräften der 1 gleichgesetzt würden, sie sind vielmehr stärker. Rein mechanisch muß der Begriff des Gleichgewichts hier also nicht aufgefaßt werden.[4])

---

[1]) Schon von Ranke gezeigt: „Zur Kritik neuerer Geschichtsschreiber." 2. Aufl. S. 15 ff. u. S. 85.

[2]) Darauf geht es wohl zurück, wenn bei Trajano Boccalini, „Pietra del Paragone Politico" (zuerst 1616 in Venedig, dann noch öfter gedruckt und übersetzt), Lorenzo als der Halter der großen Wage erscheint, auf der alle Fürsten Europas gewogen werden.

[3]) vgl. o. S. 5.

[4]) Meinberg, („Das Gleichgewichtssystem Wilhelms III. und die englische Handelspolitik," Berlin 1869) konstruiert eine Konstellation von je 2 : 2 Staaten, unter denen ein fünfter (er rechnet den Kirchenstaat zu den vier anderen hinzu) das Gleichgewicht aufrecht erhalten soll. Das entspricht weder den Tatsachen noch den Quellen.

Das italienische Staatensystem ist dann bekanntlich bald durch den Einfall Karls VIII. umgestürzt worden. Es fehlte ihm das zweite Element der modernen Staaten, das Machiavelli doch auch schon, wenn auch nicht in seiner ganzen Bedeutung, erkannt hatte, die nationale Basis seiner einzelnen Glieder. So waren sie alle zu schwach, den neuen nationalen Großstaaten zu widerstehen. In seiner politischen Ohnmacht glich Italien einem leeren Raum, in den sich die angrenzenden Mächte begierig stürzten, um dort ihre Machtkämpfe auszufechten. Aus diesen aber ging ein System von Staaten hervor, das sich nach mancherlei Wandlungen zu einem allgemein europäischen entwickeln sollte. Diese Wandlungen fanden ihren Ausdruck in der Idee des europäischen Gleichgewichts und seinen verschiedenen Formen.

---

1. Kapitel.

Als Machiavelli das Bild des modernen Staates zeichnete, gab es drei große europäische Staaten, die sich seit kurzem diesem Bilde überraschend genähert hatten, Spanien, Frankreich und England, die Schöpfungen der drei großen „Magier", wie Bacon Ferdinand den Katholischen, Ludwig XI. und Heinrich VII. genannt hat.[1]) Zwei dieser Nationen aber, Frankreich und Spanien, waren zu einem Jahrhunderte währenden Kampf um die Vorherrschaft in Europa bestimmt, während England fürs erste nur zeitweilig eine ähnlich bedeutende Stellung einnehmen sollte. In diesem Kampf, der sich durch die Friedensschlüsse von 1648 und 1659 in zwei große Perioden scheiden läßt, taucht zuerst das Schlagwort vom europäischen Gleichgewicht in der politischen Literatur auf. Es soll hier nur in größter Kürze auf die historischen Tatsachen hingewiesen werden, die dazu geführt haben.

1. Es ist bekannt, daß durch den Gegensatz der spanischen und französischen Macht der Gedanke der Weltherrschaft neues Leben gewonnen hat, ja daß in seltsamer Fügung gerade der französische und dann in noch ganz anderem Maße der spanische Nationalstaat in den Dienst einer Idee gestellt worden sind, die

[1]) Franc. Baconis de Verulamio „Historia regni Henrici VII, Angliae Regis." Ausgabe Lug. Batavorum 1642, S. 402.

sie schon durch ihre Existenz zu negieren schienen.[1]) Franz I. hat lange Zeit, etwa bis zum Jahre 1536, eine offensive Politik verfolgt, mit sehr weitausgreifenden Plänen.[2]) Für Karl V. bedarf es keines näheren Hinweises auf den Umfang seiner Absichten. Es kamen damals besonders zwei Ereignisse solchen Tendenzen entgegen, die Türkengefahr und die Reformation. Gegen beide schien eine Erneuerung der weltlichen Universalmonarchie im christlichen Abendlande die sicherste Rettung zu gewähren. Aber darin ist vielleicht ein bedeutsames Moment zu sehen, daß der Ausgangspunkt des Streites zwischen Franz I. und Karl V. ein rein politischer Interessengegensatz in Italien und Burgund gewesen war, und daß die großen allgemeinen Gesichtspunkte erst während des Kampfes recht lebendig wurden und nun selbst ins Zentrum der Politik traten.

2. Hat man nun schon zu Karls V. Zeit selbst seine letzten Ziele deutlich gesehen, hat man schon den Gegensatz zwischen der Habsburgischen und der französischen Monarchie in seiner ganzen Bedeutung erkannt? Politische Streitschriften liegen mir nicht früher als aus den fünfziger Jahren des 16. Jahrhunderts vor, vom politischen Gleichgewicht vollends spricht die Publizistik erst zur Zeit der Kämpfe der Liga. Die Entwicklung der in ihr damals auftauchenden Ideen über den großen europäischen Gegensatz können wir indessen an der Hand einer anderen Quelle verfolgen, an den Finalrelationen der venetianischen Gesandten, die wir ergänzend neben der Publizistik für das 16. Jahrhundert heranziehen.

Zum ersten Male spricht der Gesandte Contarini in seinem Bericht aus dem Jahre 1525 von dem Wiederaufleben des Gedankens einer christlichen Universalmonarchie mit dem Kaiser als Haupt, eines Gedankens, der lebhaft von der Partei des kaiserlichen Kanzlers Gattinara vertreten würde, und dem der Kaiser selbst sich zuzuwenden scheine.[3]) Aber der Venetianer

[1]) Vgl. über Karl VIII. Ranke, „Geschichten germanischer und romanischer Völker." 2. A. 1874, S. 9, 63. – Über die Macht der mittelalterlichen Universalidee überhaupt vgl. Baumgarten, „Geschichte Karls V." Stuttgart 1885, I, 108f.

[2]) Vgl. für diese Zeitgrenze Moritz Ritter, „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges." I. Stuttgart 1889, S. 21. Dazu Ranke, „Französische Geschichte", 3. A. 1877, I, 98 ff.

[3]) Gedruckt in der Sammlung von Albèri, 1. Ser., IV, 58.

sieht darin keine Gefahr für sein Vaterland, sondern meint, daß innerhalb eines solchen Weltreiches kleinere Einzelstaaten friedlich weiterbestehen könnten, ähnlich wie einst in dem Reich des großen Cyrus. Nicht minder kaiserfreundlich äußert sich Niccolò Tiepolo 1532. Trotz der Besorgnisse, die andere Fürsten vor Karls V. Macht hegen, sieht er in diesem den wahren Schirmer von Ruhe und Frieden, in Franz I. dagegen einen ehrgeizigen Friedensstörer.[1]) Mit diesen Ansichten stimmt im allgemeinen Marino Giustiniano überein, der 1535 aus Frankreich zurückkehrte und viel von Franz' I. nie ruhenden Plänen gegen Mailand mitzuteilen wußte. Immerhin spricht er auch häufig von der großen Macht des Kaisers und dem natürlichen Interesse, das der französische König an deren Verringerung haben müsse.[2])

Auch der Krieg von 1536–38 führt keinen anderen Ton in den Berichten herbei – im Gegenteil: Francesco Giustiniano urteilt, daß der französische König eher von jedem anderen Herrscher zu fürchten sei, als daß er selbst eines anderen Macht zu befürchten habe. Allerdings sei er sorgfältig darauf bedacht, daß sein Gegner nicht zu mächtig werde, und strebe danach, „sich an Kräften dem Kaiser gleich zu machen:“[3]) ein interessantes Wort, das den Kern der Gedanken der späteren Flugschriftenliteratur enthält. Es muß aber betont werden, daß nach Giustinianos Ansicht Franz I. allein imstande ist, sein Ziel zu erreichen, und daß von einem Interesse anderer Mächte an seinem Kampfe gegen den Kaiser keine Rede ist. Doch darf in diesem Zusammenhang eine Äußerung Franz' I. selbst erwähnt werden, die allerdings den zuletzt berührten Gedanken enthält. Sie findet sich in einem Briefe von ihm an die Fürsten des Schmalkaldener Bundes vom 23. Mai 1537 und lautet: kluge Männer hätten schon längst erkannt, „nullum aliud propugnaculum adversus immodestum illud immodicumque totius orbis imperium quam mutua nostra amicitia opponi posse“.[4])

Ob dieser Gedanke des königlichen Schreibers schon damals in der politischen Literatur verwertet worden ist, kann ich

[1]) Albèri I, I, bes. S. 69, 77, 82, 85 f., 88.
[2]) Albèri I, I, 166 ff, passim.
[3]) „farsi per forze eguale a esso imperatore“, Albèri I, I, 207.
[4]) Zitiert bei Baumgarten, a. a. O. III, 321 [1].)

leider bei dem Mangel an Material nicht sagen. Ob gar schon die Balanceidee irgendwo zu Lebzeiten Franz' I. aufgetaucht ist, ist mir ebenso wenig möglich zu entscheiden; ich bin geneigt, die Frage zu verneinen, ehe nicht ein positiver Beweis sich erbringen läßt.[1])

Die Stimmung der venetianischen Gesandten gegenüber dem Kaiser und seinen Anhängern ändert sich seit dem Beginn des Schmalkaldischen Krieges. Wenn noch 1541 einer von ihnen die Herrschaft König Ferdinands über Böhmen und Ungarn für ein Glück auch für Venedig erklärt hatte, da sie allein imstande sei, der Türkengefahr einen Damm entgegenzusetzen, so legt gerade der ebenfalls von Ferdinands Hof zurückkehrende Lorenzo Contarini im Jahre 1547 in vorsichtiger Weise der Signorie die Vorteile eines Anschlusses an Frankreich dar. Er sieht Karls V. Ziel darin, in Deutschland ein ihm ergebenes starkes Fürstenbündnis zu bilden und sich nach Unterwerfung von Frankreich, Venedig, der Schweiz und des Papstes zum Alleinherrscher (monarca) zu machen. Sein Bericht ist entschieden antikaiserlich gefärbt und verrät ein starkes italienisches Nationalgefühl.[2])

Derselbe Lorenzo Contarini ist dann 1551 von einer Gesandtschaft aus Frankreich zurückgekommen, ganz erfüllt von dem französisch-kaiserlichen Gegensatz und der Voraussicht des kommenden Krieges. Wieder wägt er die Interessen seiner Vaterstadt bei dem bevorstehenden Kampfe ab, ohne sich recht selbst zu entscheiden. Unter der Bedingung, daß Venedig durch eine eigene starke Rüstung sich fähig mache, eine kräftige selbständige Politik zu verfolgen, scheint er ein Bündnis mit Frankreich zu billigen.[3])

Damit sind wir bis zu dem Augenblick gelangt, wo auch in der Literatur, soweit sie uns zur Verfügung stand, der Kampf gegen die habsburgischen Weltmachtspläne erwacht, um dann mit

---

[1]) v. Heyking, „Zur Geschichte der Handelsbilanztheorie", Berliner Diss. 1880, behauptet zwar auf S. 31 bestimmt, die Idee des europäischen Gleichgewichts erscheine zuerst zur Zeit Karls V. und Franz' I. Seine Quellen aber (Kahle, Justi, Hertzberg) beweisen nichts. Auch Zeller: „La diplomatie française vers le milieu du XVI. siècle", Paris 1881, spricht viel von Franz' I. Verdiensten um das Gleichgewicht, in den Berichten seines Helden Pellissier aber findet sich weder das Wort balance noch der Gedanke.

[2]) Albèri, I, I, 371 ff., bes. 438—47.

[3]) Albèri, I, IV, bes. S. 100 ff.

dem jähen Sturz des kaiserlichen Glückes wieder für längere Zeit zu verstummen. Mir liegen drei im Jahre 1552 gedruckte Broschüren vor, von denen zwei schon im Jahre vorher geschrieben sind.

Die erste ist das Manifest Moritz' von Sachsen und seiner Verbündeten.[1]) Sein Ton ist scharf und energisch, und schon der Titel deutet an, daß es im Einverständnis mit dem französischen Hofe verfaßt worden ist. Es ist wohl anzunehmen, daß man sich bei den Verhandlungen zwischen Sachsen und Frankreich über das zu erlassende Manifest verständigt hat. Zwei Gedanken beherrschen es, deren erster in der späteren französischen Publizistik mit Vorliebe wieder aufgenommen wird, ja der auch bei einem Venetianer 1546 ausgesprochen wird:[2]) dem Kaiser wird der Vorwurf gemacht, daß ihn nicht religiöse Gründe in den Krieg gegen die Lutheraner getrieben haben, sondern daß es ihm darum zu tun sei, „daß er under dem schein der gespaltenen Religion seyn eigene Domination, nutz und Gewalt, durchdringen und erlangen möchte.“[3]) Es ist ganz deutlich, daß dieser Vorwurf gegen den Kaiser besonders im französischen Interesse erhoben wird. Denn wenn Karls Kampf wirklich ein Religionskrieg war, wie hätte da der allerchristlichste König Heinrich II., der in seinem eigenen Lande die Ketzer auszurotten gedachte, den Kaiser bei der gleichen löblichen Betätigung seiner religiösen Pflichten hindern dürfen! Vor den Augen der Welt mußte also der Schein gewahrt werden; die Verbündeten mußten ihre Überzeugung von dem rein politischen Charakter des kaiserlichen Vorgehens gegen die Schmalkaldener beteuern. — In der Tat zieht sich ja dieser innere Widerspruch durch die französische Politik von Franz I. bis zu Richelieu: mehr oder minder energische Bekämpfung der Ketzer im Innern, Unterstützung der Glaubensverwandten derselben Ketzer im Ausland. Er spielt auch in der politischen Literatur noch lange eine bedeutsame Rolle.

---

[1]) „Sendschreiben etlicher Churfürsten, Fürsten und Stend, des Heiligen Römischen Reichs, darinn angezeygt sein, die ursachen, derwegen sie, und andere Christliche Könige, Potentaten, Fürsten, Stett und Stende zu gegenwärtigem Feldzug und Kriegsrüstung gedrungen worden.“ s. l. 1552.

[2]) Relation Bernardo Navageros 1546. Albèri I, I, S. 363.

[3]) a. a. O. S. 2.

Der zweite Hauptgedanke des Manifestes ist die patriotische Verteidigung „der alten löblichen Libertät und Freyheit unsers geliebten Vatterlands der Teutschen Nation“ gegen „das beschwerlich Joch des vorgestellten viehischen Servituts und Dienstbarkeit“.[1])

Beide Gedanken werden verbunden in der Abwehr der „so lange gepracticierten Monarchie“ Karls, „die dann nichts ansehnlichs neben sich leiden kann“; unter „Monarchie“ ist hier und ebenso in einer großen Zahl französischer und deutscher Schriften der nächsten Jahrzehnte offenbar wie bei Dante „Universalmonarchie“ zu verstehen. Gegen diese richtet sich also der Kampf. Sie wird dem Publikum, vor allem also den deutschen Fürsten, als Schreckbild vorgeführt, im schärfsten Gegensatz zum Mittelalter, wo der universalistische Gedanke gerade in Deutschland noch im 14. Jahrhundert überall lebendig war.[2]) Jetzt wird die deutsche Freiheit der gleichmachenden Weltmonarchie gegenüber gestellt, während im späteren Mittelalter in Deutschland gerade die nationale Gesinnung mit dem Anspruch zusammenfällt, das herrschende Volk im Weltreich zu sein.

Ein neues positives System des staatlichen Zusammenlebens an Stelle der bekämpften universalen Idee fehlt allerdings noch. Ein Ansatz dazu findet sich auch in den beiden anderen aus derselben Zeit stammenden Schriften nicht. Diese sind aus dem Französischen übersetzt, wie sich denn eine beträchtliche Zahl von Flugschriften aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts finden, die aus dem Französischen ins Deutsche übertragen worden sind. Die beiden Schriften[3]) polemisieren wieder gegen die gefährlichen Pläne Karls V., betonen die Uneigennützigkeit des französischen Königs und die Bedeutung der deutschen Freiheit, dieser „festen Vorburg, nicht allein der Krone Franckreich, sondern der gantzen Christenheit.“[4]) Heinrich II. ist der Retter

[1]) a. a. O. S. 6.

[2]) Vgl. Ficker, „Deutsches Königtum und Kaisertum,“ S. 121 f.

[3]) Ihre Titel sind „Libertas Sendschrifften der Königlichen Majestät zu Franckreich etc. an die Chur und Fürsten, Stende und Stet des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation, darin sie sich ihrer itzigen Kriegsrüstung halben aufs kürzest erkleret.“ s. l. 1552.

„Rechtschaffene Verantwortung, wider die gantz unverschampten Lügen der Kayserlichen, für den aller Christlichsten König, Herr Heinrich den Andern, König zu Frankreich.“ s. l. 1552. (Im Dez. 1551 geschrieben.)

[4]) In der „Libertas“ etc., s. Anm. 2.

dieser Freiheit, die durch eine kaiserliche Monarchie vernichtet worden wäre.[1]) — Es braucht wohl nicht darauf hingewiesen zu werden, daß der Ausdruck „ganze Christenheit" hier allein religiöse, nicht politische Bedeutung hat. Der Gedanke des einheitlich regierten christlichen Abendlandes wird ja eben abgewiesen.

Noch in demselben 1551 ausgebrochenen spanisch-französischen Kriege, der, wie wir sahen, von französischer Seite mit der laut verkündeten Absicht begonnen worden war, keine neue Weltmonarchie zu dulden, haben venetianische Staatsmänner den Gedanken gefaßt, daß eine gute Staatskunst dritten Mächten die Aufgabe zuweise, zwischen den beiden größten Mächten Europas eine Art Gleichgewicht zu erhalten.

Zum ersten Male finde ich ihn allerdings nicht von einem Venetianer selbst, sondern von der verwitweten Königin Maria von Ungarn, damals Statthalterin der Niederlande, ausgesprochen. Aus der Stelle selbst aber geht hervor, daß die Idee aus Venedig stammt. Die Königin schreibt nämlich an den kaiserlichen Gesandten in England, Renard, im Oktober 1553 über die Ziele der Politik der italienischen Staaten und besonders Venedigs, um ihm Direktiven für seine schon begonnenen Unterhandlungen mit dem venetianischen Gesandten in London, Giovanni Michele, zu geben.[2]) Sie ist der Ansicht, daß die Italiener begründete Ursache hätten, sich gegen Frankreich zu erklären, aber, so fährt sie fort, „Ihr kennt die Befürchtungen, die sie vor der Größe des einen wie des andern dieser zwei Fürsten (Karls V. und Franz' I.) hegen, und ihre Sorge, deren Macht zu balancieren."[3]) Trotzdem rät die Königin dem Gesandten, seine Bemühungen bei dem persönlich kaiserlich gesinnten Michele fortzusetzen, da eine gewisse Wirkung auf Venedig ja immerhin dadurch möglich sei.

[1]) In einer Flugschrift des 17. Jahrhunderts, „Le catholique d'estat" von du Ferrier (gedruckt bei Hay du Chastelet, „Recueil de diverses pièces pour servir à l'histoire" s. l. 1635) wird eine Stelle aus einer mir sonst nicht bekannten Broschüre von 1552 mitgeteilt, die den Titel führt: l'Apologie de la France contre Charles le Quint." Karl V. wird redend eingeführt und sagt: mit Hilfe der Kirche will ich den König von Frankreich niederwerfen, „lequel seul me peut faire teste, et obvier à la fin de mes entreprises, qui sont de devenir Monarque, et finalement establir la grandeur de ma Maison, et perpetuer ainsi ce grand Empire, que j'auray curieusement gagné, et le laisser héréditaire à ma postérité." Nach Erreichung dieses Ziels will Karl V. sogar den Kirchenstaat vernichten, a. a. O. S. 108. Der rein politische Charakter von Karls Weltpolitik, den die Franzosen behaupteten, wird hier mit besonderer Schärfe betont.

[2]) Gedruckt bei Weiß, „Papiers d'état du cardinal de Granvelle." t. IV. Paris 1843. S. 120ff. Der Brief ist datiert von Brüssel, d. 8. 10. 1553.

[3]) a. a. O. S. 121.

Im Jahre 1554 spricht dann ein Venetianer selbst, der Gesandte Giovanni Cappello, über die Bündnisanträge, die Heinrich II. Venedig mehrfach gemacht hat, ohne daß die Republik auf sie hätte eingehen wollen. Der König sei überzeugt, dieser Entschluß beruhe auf der Furcht Venedigs, Spanien möchte bei dem etwaigen Tode Karls V. Frankreich unterlegen sein; Venedig aber strebe dahin, die Dinge im Gleichgewicht zu erhalten.[1])

Ausführlicher entwickelt Giovanni Soranzo 1558 diese Politik bei derselben Gelegenheit der Zurückweisung eines französischen Bündnisses: man meine, daß die zu große Macht Spaniens wie Frankreichs Venedig argwöhnisch mache, und danach beurteile man das Verhalten der Republik während der letzten Kämpfe in Italien. Und der Herzog von Guise habe das auch ihm, Soranzo, gegenüber ausgesprochen. Er habe nämlich auf die Versicherungen von Venedigs tiefer Betrübnis über die französischen Verluste geantwortet, er sei immer von Venedigs Neigung für Frankreich überzeugt gewesen, aber er habe auch bemerkt, daß Venedig danach strebe, „daß die Wage sich nicht auf die eine Seite neige.“ [2]) Soranzo fügt hinzu, daß diese Politik von klugen Männern gelobt, ja bewundert werde. Denn bei den schweren Erschütterungen der Christenheit fänden die Bedrängten jeglicher Nation nirgends Schutz, als bei der Republik Venedig: daher wünschten besonders alle Italiener deren Unabhängigkeit und freuten sich über ihre Rüstungen.

Darin, daß Venedig während des Krieges von 1551—59 zwischen Frankreich und Spanien eine regulierende Stellung eingenommen hat, und daß augenscheinlich über diese prinzipielle Stellungnahme mehrfach debattiert worden ist, darf man wohl den Ursprung der bewußten Bestrebungen für ein Gleichgewicht der Mächte sehen. Zwar steht das Interesse Italiens bei dieser Politik noch im Vordergrunde, aber das Interesse auch der

---

[1]) Albèri, I, II, S. 287: Heinrich II. „ha opinione che questa repubblica non ha voluto entrare in lega con lui, affinchè, se morisse l'imperatore, restando il re di Spagna inferiore di forze, la serenità vostra si voglia accostare ad esso per tener le cose in eguale stato.“

[2]) Albèri I, II, bes. S. 462 ff. die zitierte Stelle S. 464 „sua eccellenza mi rispose che lo credeva di certo, avendo sempre conosciuto l'affezione che porteva la serenità vostra a quella corona, ma che conosceva anco, che lei faceva che la bilancia non pendesse da alcuna parte.“

anderen Staaten wird doch wenigstens von Soranzo schon hervorgehoben. Die Idee ist da; bei dem nächsten großen Vorstoß der spanischen Weltmacht wird sie zum ersten Male nicht nur in der praktischen Politik, sondern auch als Kampfmittel in der Literatur erscheinen.

---

2. Kapitel.

1. Der Ursprung des Gedankens des politischen Gleichgewichts beruhte auf dem Gegensatz der zwei mächtigsten Staaten Europas; er hatte Gestalt genommen erst nach langem Kampfe der beiden Gegner. Nach dem Frieden von Chateau Cambrésis begegnet er fürs erste auch in den venetianischen Relationen nicht mehr. Das Hauptinteresse nehmen die religiösen Gegensätze in Anspruch, wenn auch eine latente politische Feindschaft zwischen Frankreich und Spanien von den Venetianern mehrfach betont wird.[1]) Erst mit der wachsenden Gefahr einer Einmischung Philipps II. in die französischen Unruhen, die Frankreich politisch von Spanien abhängig machen und das Fundament für die von Philipp in den letzten Jahren seiner Regierung geplante katholische Universalmonarchie abgeben sollte,[2]) erscheinen die ersten bedeutenden Flugschriften, die energisch die modernen politischen Ideen den mittelalterlichen gegenüberstellen.

In einer sechsbändigen Sammlung von allerlei interessanten Schriften aus der Zeit der Liga findet sich auch ein „Discours au Roy Henry III., sur les moyens de diminuer l'Espagnol, du 24 Avril 1584".[3]) Gleich im Beginn verkündet der Verfasser, ein lebhaft national denkender Franzose, seine Ansichten über auswärtige Politik. Sie sind erfüllt von staatsmännischem Realismus und zeigen doch zugleich Sinn für eine allgemeine Betrachtung der politischen Verhältnisse: „Alle Staaten werden für stark oder schwach gehalten im Vergleich zu der Stärke oder Schwäche ihrer Nachbarn; deshalb suchen weise Fürsten gegen ihre Nachbarstaaten ein Gegengewicht zu bilden, soweit sie dazu

---

[1]) Vgl. Michele Soriano 1562, Alb. I, IV, S. 147. Aloise Contarini 1572, Alb. I, IV, S. 260, 262, 266. Sigismondo Cavalli 1574, Alb. I, IV, S. 337; ders. 1584, Alb. I, IV, S. 442.

[2]) Vgl. Ranke, W. W. 24, S. 236.

[3]) „Mémoires de la Ligue," Neuausgabe, Amsterdam 1758, I, 598 ff.

imstande sind; solange es ihnen gelingt, können sie in Frieden leben; gerät das Verhältnis der Gegengewichte ins Wanken, so haben Friede und Freundschaft ein Ende, denn diese beruhen zwischen Fürsten nur auf gegenseitiger Furcht und Achtung."

Nur mit anderen Worten wird hier also inhaltlich ziemlich dasselbe gesagt, was oben in der Einleitung im Anschlusse an Ratzel ausgeführt worden ist. Es ist die Grundlage, auf der sich eine den jeweiligen staatlichen Verhältnissen angepaßte Gleichgewichtspolitik entwickeln kann. In der Tat wendet der Verfasser des „Discours" seine allgemeinen Prinzipien sofort auf die Gegenwart an: „Die Häuser Frankreich und Österreich sind heute wegen ihrer Größe die, von deren Friedens- oder Kriegszustand Frieden oder Krieg in der ganzen Christenheit abhängen: für ihre — der Christenheit — Ruhe liegt also viel daran, sie soweit möglich zwischen zwei Eisen zu halten. Besonders aber muß Frankreich, das zuerst Gefahr und Schaden fühlen würde, an seine Angelegenheiten denken, zumal es in der letzten Zeit sehr geschwächt worden ist, Österreich aber seine Macht sehr verstärkt hat: so daß die Wage zweifellos auf der einen Seite zu schwer belastet ist, und es für den, der Frankreich nicht schließlich ganz überboten sehen will, Zeit wird, ein wenig auf die andere Seite zu drücken."[1]) Dieser Einsicht muß die Politik entsprechen, die Forderung der Idee muß in praktische Wirklichkeit umgesetzt werden. So traurig dem Schreiber auch die Lage seines Vaterlands erscheint, so sehr das bis zum Frieden von Chateau Cambrésis bewahrte Gleichgewicht zwischen Frankreich und Habsburg gestört, so tief Frankreich von Bürgerkriegen zerrüttet ist, der Kampf muß aufgenommen werden. Und der Kampf ist auch nicht hoffnungslos. Gerade das Wachsen der spanischen Macht hat alle Fürsten mit Furcht erfüllt; sobald das Lilienbanner sich entfaltet, werden alle bereit sein, unter ihm zu kämpfen gegen „die unverhältnismäßige Größe und den zügellosen Ehrgeiz des Hauses Österreich".

Für den Kampf werden mehrere Maßregeln empfohlen, bevor es Frankreich zu einem offenen Kriege kommen lassen darf.

---

[1]) „tellement que la balance est sans doute trop chargée d'un côté, et s'en va temps de peser un peu sur l'autre qui ne veut que notre France en soit enfin emportée."

In erster Linie soll es eine mächtige antispanische Liga um sich scharen. Mehr wie ein Staat kommt dafür in Betracht. Vor allen anderen erwartet Königin Elisabeth von England nur die Aufforderung zu einer Allianz, die natürlich nur von Frankreich, dem mächtigeren Staate, dem die Initiative gebührt, ausgehen kann. Die ewigen Attentate gegen ihre Person und ihren Staat, die jüngste scharfe Spannung, die durch die Ausweisung des Gesandten Mendoza in ihre Beziehungen zur spanischen Krone gekommen ist, lassen der Königin gar keine andere Wahl. In Deutschland kann man an die Partei des Erzbischofs Gebhard Truchseß von Köln anknüpfen. Dänemark muß zum Anschluß gebracht werden. Und zu diesen Mächten kommen dann die alten Freunde.[1]) Neben den Allianzbestrebungen muß man alle die Elemente unterstützen, die sich im Herrschaftsbereich der habsburgischen Macht selbst gegen diese erhoben haben. Die Kölner Frage wird dabei wieder herangezogen und der Gedanke ausgesprochen, daß nach der Restitution des vertriebenen Erzbischofs vielleicht später einmal die deutsche Kaiserkrone an Frankreich kommen könnte! Natürlich werden auch die Niederländer nicht vergessen, eine kräftigere Unterstützung für sie wird angeraten, aber zugleich die nicht sehr uneigennützige Aussicht daran geknüpft, durch solche Hilfe die reichen Länder dermaleinst für Frankreich zu erwerben.

Schließlich könne man Spanien noch auf eine dritte Weise Abbruch tun, wenn man mit Hilfe der guten Beziehungen zu den Türken den Versuch machen wolle, den ostindischen Handel wieder durch das Mittelmeer zu lenken und in Marseille zu konzentrieren. Dadurch würde der Nutzen der Erwerbung Portugals für Spanien illusorisch gemacht werden.

Fassen wir Inhalt und Bedeutung des „Discours" zusammen, so werden wir umgekehrt wie sein Verfasser von den praktischen Zielen ausgehen. Diese bestehen charakteristischerweise nicht allein in der Zurückdrängung der habsburgischen Übergriffe, sondern sie gehen weiter und zielen auf eine Vergrößerung der französischen Macht. Ein französischer König, gestützt auf ein im Innern geeintes Reich, im Besitz der Nieder-

[1]) Die Schweiz und Venedig sind vermutlich gemeint.

lande und womöglich der deutschen Kaiserkrone, an der Spitze eines fast ganz West- und Mitteleuropa umfassenden antihabsburgischen Bundes ist das Ideal der Zukunft – mit anderen Worten, Frankreich soll selbst die erste Stelle in Europa einnehmen! Das ist die glänzende Aussicht, mit der die französischen Katholiken von ihren spanischen Sympathien abgezogen werden sollen.

Denn um das hohe Ziel der französischen Politik zu erreichen, ist auf Grund der vorangeschickten allgemeinen Auseinandersetzungen ein Bündnis auch mit den protestantischen Staaten unvermeidlich. Allerdings zieht der Verfasser diese Schlüsse nicht selbst, er vermeidet es, auf die religiösen Fragen einzugehen, aber sicherlich hat ihm bei der Widmung an den gut katholischen König die Absicht im Sinn gelegen, diesen aus den Prämissen die notwendigen Folgerungen selbst ziehen zu lassen. Durch das Eingehen auf die religiöse Frage mit eigenen Worten hat der Verfasser offenbar die Geschlossenheit der politischen Beweisführung nicht stören wollen.

Erscheint so die Forderung eines politischen Gleichgewichts der beiden führenden europäischen Staaten als eine literarische Streitwaffe im Kampfe der feindlichen Parteien im Innern Frankreichs, so ist doch auch deutlich die Anwendung auf die auswärtigen Mächte gegeben. Für ihre eigene Sicherheit müssen diese Frankreich unterstützen und das Gleichgewicht bewahren. Die Notwendigkeit, die Balance aufrecht zu erhalten, erscheint fortan als Werbemittel der französischen Politik bei den fremden Höfen.

Nicht viel später als der „Discours au Roy Henry III“ ist in Deutschland eine kleine Schrift erschienen, die großes Aufsehen gemacht haben muß. Nach dem Vorwort wäre das mir nicht bekannte Original von einem vornehmen Adligen in lateinischer Sprache abgefaßt worden. Deutsch ist die Flugschrift zuerst im Jahre 1585 erschienen,[1]) dann 1587 etwas umgearbeitet mit besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse der Schweiz, 1599

[1]) „Ein sehr Notwendige, Trewherzige und wolgemeinte Warnung und Vermahnungsschrift ahn alle Chur und Fürsten, Stende und Stette des Heiligen Reichs Teutscher Nation: auch alle anderen Christlichen Potentaten: Umb den gemeinen Nutz, Freyheit und Wolfahrt der gantzen Christenheit zu erhalten“ s. l. 1585. – Ich zitiere nach der paginierten Ausgabe von 1619.

unverändert, 1619 nur mit neuem Titel. Andere Ausgaben mögen sich wohl in manchen Bibliotheken noch nachweisen lassen.

Auch dieser deutsche Edelmann geht nicht vom Besonderen, sondern vom Allgemeinen aus. Er weist darauf hin, daß das ehrgeizige Umsichgreifen einer Macht alle anderen in Mitleidenschaft ziehe, daß sich daher alle gegen sie vereinen und ihr einen festen Damm entgegensetzen müßten, wie man es sonst gegen die zerstörende Gewalt der Meeresfluten tut. Zur näheren Begründung folgen einige historische Beispiele aus der alten und neuen Geschichte; dabei wird mit charakteristischen Worten Venedigs Politik in der jüngsten Vergangenheit besprochen: „Die Venediger haben bey unserm gedenken und zuvor von viel Jahren hero ... ihr bedenken dermaße gehabt, ... Wo etwan Fürsten oder Herren ihre Benachbarte mit gewalt angriffen, und aus trieb ihres unzimlichen, gewaltgierigen gemüths undertrucken wöllen, daß sie allwegen dem schwächern theil, ihr hülff und rettung geschickt haben, damit also der Italiänischen Fürsten macht und sterke im zaum gehalten und in der Wag entschieden werde, niemand understehen, noch verhoffen könnte, der Venediger Herrschaft mit gewalt zu undertrücken." Dadurch hat sich Venedig „über tausend und viel Jahr" erhalten. Dieselbe kluge Politik hat Lorenzo von Medici „nach allen Historikern" inne gehalten — wobei dann freilich dem Verfasser einige historische Versehen unterlaufen,[1]) die aber für uns irrelevant sind.

Den angeführten Beispielen müssen alle Völker folgen; lassen sie aber die Macht irgend eines Staates zu sehr anwachsen, so sind sie „als Verrähter des gemeinen Vatterlands schwerlich anzuklagen." Auf die augenblickliche politische Lage angewendet, folgt aus den allgemeinen Grundsätzen, daß die Fortschritte der Spanier eine „gemeine Gefahr für die gantze Christenheit" sind. Die Untätigkeit so vieler Völker gegenüber dem Heldenkampf der Niederländer ist daher zu tadeln, denn der Krieg Spaniens gegen die Aufständischen ist nur die Einleitung für die Unterwerfung auch Frankreichs, Englands und Deutschlands.

[1]) So wird Lorenzo als Schüler der Venetianer hingestellt (S. 10), Venedigs Bedeutung als selbständiger Staat viel zu hoch zurückdatiert

Das letzte Ziel Spaniens ist ja „ein newe Monarchiam auff und anzurichten", während der Eifer für die katholische Religion nur ein Vorwand ist. Besonders groß ist die Gefahr einer habsburgischen Weltherrschaft für Deutschland. Mit der deutschen Freiheit und Wohlfahrt wird es dann vorbei sein, ja auch der deutsche Handel wird vernichtet sein, wenn Habsburg nach Bezwingung der Niederlande und der Besetzung eines Emshafens die wichtigsten deutschen Ströme, Rhein, Ems und Donau, beherrscht.

Wir haben diese „Sehr notwendige Warnung" des deutschen Edelmanns eingehender besprochen, weil in ihr die Idee der politischen Wage in einem Sinne gebraucht wird, wie er sonst in dieser Zeit und im ganzen 17. Jahrhundert selten begegnet. In der deutschen Flugschrift fehlt die Gegenüberstellung von zwei großen Staaten, denen sich alle übrigen politisch angliedern. An ihre Stelle tritt die Vorstellung, daß unter einer Zahl miteinander in näherer Berührung stehender Staaten nie einer so mächtig werden darf, daß er allen anderen zusammengenommen überlegen ist. Die Forderung des Gleichgewichts erscheint bildlich etwa so dargestellt, daß in der einen Schale der Wage die nach Universalherrschaft strebende Macht, in der andern die übrigen Mächte gewogen werden, und die Politiker dafür zu sorgen haben, daß die erste Schale nicht zu schwer wird. Darin beruht das gemeinsame Interesse aller Schwächeren, dadurch bewahren sie sich das kostbare Gut der politischen Freiheit, das zu erhalten geradezu Pflicht ist, auch wenn die Gefahr zunächst einen andern bedroht. Dies Band des gemeinsamen Interesses aller an der Freiheit aller ist es, das die Staaten West- und Mitteleuropas zusammenhält, was sie unter dem gemeinsamen Namen der Christenheit auch politisch als eine Einheit zu fassen erlaubt.

Wir können diese Vernachlässigung der besonderen Stellung Frankreichs bei dem deutschen Politiker wohl verstehen. Er sah gerade damals Frankreich in den mehr als zwei Jahrzehnte schon währenden inneren Hader verstrickt. Deutschland war trotz seiner territorialen Zersplitterung und der konfessionellen Gegensätze noch ein reiches Land, im Besitze einer fast alle Stände durchdringenden Kultur[1]) — von seinem Standpunkt aus konnte dem Deutschen

[1]) Vgl. die Bemerkung Rankes: Franz. Gesch. II, 128.

Frankreichs Lage der der übrigen Staaten ziemlich gleich erscheinen. Anders lagen die Dinge für den französischen Verfasser des „Discours". Ihm mußte das Bild Franz' I. und Heinrichs II. und die Bedeutung der französischen Macht zu ihrer Zeit vor Augen stehen; Frankreich sollte wieder zu gleichem Glanze emporgehoben werden. Danach gruppierte sich ihm das europäische Staatensystem um den Gegensatz zwischen Spanien und Frankreich. Deren Gleichgewicht war nach seiner Ansicht die Basis des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Staaten, war das gemeinsame Interesse der Christenheit.

Ungefähr aus derselben Epoche, in der die soeben besprochenen Schriften geschrieben sind, dürfte eine dritte Auffassung des europäischen Gleichgewichts stammen, die uns in einem in Camdens Geschichte der Königin Elisabeth enthaltenen Passus einer mir sonst leider nicht bekannten Schrift entgegentritt.[1]) Der englische Historiker erzählt zum Jahre 1577 von Verhandlungen der Königin mit dem Statthalter der Niederlande, Don Juan D'Austria. Dieser beklagt sich über den Beistand, den sie den Aufständischen geleistet hat, die Königin aber bleibt bei der von ihr als richtig erkannten Politik und weist die Beschwerden höflich zurück. Camden fügt, ihre Festigkeit rühmend, hinzu: „So saß sie da als eine heroische Fürstin und als Schiedsrichter zwischen Spaniern, Franzosen und Niederländern, sodaß sie wohl das Wort ihres Vaters hätte brauchen können: cui adhaereo, praeest . . . Und wahr ist, was jemand geschrieben hat, daß Frankreich und Spanien gewisser Maßen die Schalen in der Wage Europas sind, und England das Zünglein oder der Halter der Wage."[2])

Es ist deutlich, daß die zitierten Worte dieses „jemand" nicht im Jahre 1577 geschrieben zu sein brauchen. Camden hat sie in der von ihm benutzten Literatur, vermutlich in einer Flugschrift, gefunden und nun bei einer Gelegenheit untergebracht, wo ihm

---

[1]) William Camden, "The History of the most Renowned and Victorious Princess Elizabeth, late Queen of England." 3. A. London 1675. S. 223.

[2]) Die wichtigsten Worte lauten: "And true it is which one hath written, that France and Spain are as it were the Scales in the Balance of Europe, and England the Tongue or the Holder of the Balance."

seine Heldin — übrigens wohl kaum mit Recht — eine besonders glänzende Schiedsrichterrolle zu spielen schien. Viel wahrscheinlicher ist, daß die Flugschrift in die neunziger Jahre des 16. Jahrhunderts gehört, und daß sie gelegentlich der kräftigen Unterstützung Heinrichs IV. durch Elisabeth entstanden ist. Das war ganz der rechte Augenblick dazu, England als die ausschlaggebende Macht zwischen Spanien und Frankreich zu bezeichnen, während man vor der Niederlage der spanischen Armada kaum Elisabeth eine so stolze Stellung hätte anweisen können.

Mit dieser Einordnung in die politischen Verhältnisse ist im Grunde auch schon die Bedeutung der Stelle gegeben. In den Jahren, in denen Elisabeth ihre bisherige vorsichtige Politik verließ und offen Spanien entgegentrat, hat ein Engländer im Vollgefühl der neu errungenen Weltstellung den Gedanken gefaßt, daß das europäische Staatensystem auf dem richtigen Verhältnis von drei Mächten, Frankreich, Spanien und England beruhe. England hätte dabei, seiner insularen Lage entsprechend, regulierend in die Machtverhältnisse der beiden großen Kontinentalmächte einzugreifen, die Wage im Gleichgewicht zu erhalten, ähnlich wie früher Venedig. Aber diese Form des europäischen Gleichgewichts ist ebensowenig, wie die der oben angeführten deutschen Flugschrift diejenige, die sich für die nächste Zeit in der politischen Auffassung durchgesetzt hat; wir werden ihr häufiger erst in der Periode des Übergewichts Ludwigs XIV. wieder begegnen.

2. Wie in der Politik der spanisch-französische Gegensatz mit der Thronbesteigung Heinrichs IV. ebensowenig wie mit dem Frieden von Vervins und dem Tode Philipps II. nachläßt, so ist auch die politische Literatur noch lange von ihm beherrscht. Allein in zahlreichen Flugschriften aus der Zeit Heinrichs IV. habe ich wohl mehrfache Angriffe gegen den spanischen Universalismus gefunden, so in einer Broschüre des bekannten Hugenottenführers du Plessis-Mornay,[1]) oder in dem leidenschaftlichen

[1]) In den Mémoires de la ligue II, 106 ff.

Pamphlet „L'Anti-Espagnol",[1]) aber das Gleichgewichtsprinzip wird in ihnen nicht angerufen. Ja halbmittelalterliche Ideen begegnen uns, wie die Schwärmerei für einen Kreuzzug als bestes Mittel, den Frieden der Christenheit zu wahren![2]) Überhaupt waren damals und auch später noch Kreuzzugsgedanken ein sehr beliebtes Thema für politisierende Schriftsteller.[3])

In einem gewissen Zusammenhang mit den Gleichgewichtsideen steht allerdings der sogenannte „große Plan" Heinrichs IV. in den Memoiren Sullys. Indessen hat es für uns keinen Zweck, näher darauf einzugehen, da Kükelhaus die allmähliche Entstehung dieser berühmten Chimäre literar-historisch völlig aufgedeckt hat.[4]) Einen eigentlich politischen Zweck hat die Idee bei Sully nicht, und mit Heinrichs IV. Plänen hat die Sache nichts gemeinsam als ihre Richtung gegen Habsburg.

Von Interesse sind erst wieder Schriften, die seit dem zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts erscheinen. Der sich ankündigende große deutsche Krieg, vor allem dann das Prager Bündnis, das die beiden habsburgischen Kronen aufs neue, diesmal unter österreichischer Leitung, vereinte, endlich der Dreißigjährige Krieg selbst geben den immer mächtiger werdenden Impuls für antihabsburgische Streitschriften.

Schon im Jahre 1615 erschien in Berlin die deutsche Übersetzung[5]) der mir nicht im Original bekannten Schrift eines Franzosen, deren unmittelbare Veranlassung das Einrücken spanischer Truppen in die jülich-bergischen Länder, vor allem die Besetzung der Festung Wesel bildete.[6]) Es wäre interessant zu erfahren, ob an der Abfassung dieser Schrift die brandenburgische Regierung beteiligt gewesen ist; es ist bekannt, daß Kurfürst Johann Sigismund schon mit Heinrich IV. in engen

[1]) Mém. de la ligue IV, 211 ff. Eine charakteristische Stelle lautet „la religion de l'Espagnol consiste à s'agrandir, son zèle à commander à ses voisins, son ardeur à devenir Monarque".

[2]) „Discours sur la Paix", in „Mém. de la ligue VI, 617 ff.

[3]) Näheres bei Theod. Kükelhaus, „Der Ursprung des Planes vom ewigen Frieden in den Memoiren des Herzogs von Sully." Berlin 1893.

[4]) s. Anm. 3.

[5]) „Politischer Discurß, Ob sich Franckreich der Protestierenden Chur und Fürsten wieder Spannien annehmen, oder neutral erzeigen, und mit diesem Hause befreunden solle. Aus dem Frantzösischen ins Deutsche gebracht." Berlin 1615.

[6]) Auf S. 9 der Schrift wird davon gesprochen. Vgl. Moritz Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation II, 408. Wesel fiel am 5. September 1614.

Beziehungen stand. Besonders auffallend ist der Druck der deutschen Übersetzung in Berlin und die Angabe des Druckorts, die damals im allgemeinen zu unterbleiben pflegt.

Die Schrift wendet sich an die Franzosen und sucht sie zu einer Allianz mit den protestantischen deutschen Ständen zu bewegen. Infolgedessen bekämpft ihr Verfasser kräftig die Vermengung von religiösen und politischen Fragen. Da nun als politische Grundregel für alle Fürsten aufgestellt wird, „daß sie nimmermehr einen andern lassen so groß werden, daß er sie nachmale alle leichtlichen unterdrücken könne", so folgt für Frankreich, daß es die deutschen Protestanten unterstützen muß. Von den andern europäischen Staaten wird nicht gesprochen, Frankreich erscheint als der natürliche Antipode Habsburgs. Die Regel, „daß ein theil dem andern wegen der gemeinen sicherheit die Wage hält", leidet keine Ausnahme durch religiöse Bedenken. Da zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts außer den eigenen Mitteln auch Allianzen nötig sind, so muß man diese auch mit Ketzern schließen, wenn das vorteilhaft erscheint. Der Verfasser stützt sich für diese Folgerung ebenso wie für die Richtigkeit seines Gleichgewichtsprinzips auf historische Beispiele, besonders auf die Politik Heinrichs IV. Überhaupt ist der ganze Ton dieser Flugschrift auf eine Wiederbelebung der Tendenzen des großen Königs abgestimmt. Ihr Verfasser wird zu der Partei der Opposition gegen das schlaffe Regiment Concinis gehört haben, die eine Stellung ähnlich der Partei der „Politiker" zur Zeit Heinrichs III. in den Fragen der innern und äußern Politik einnahm. Ihr Haupt fand diese Partei in Richelieu, der mit den politischen Schriftstellern in mannigfachen Beziehungen stand. Über seine Verbindung mit einem von ihnen, Fancan, besitzen wir auch eine Monographie, aus der der Gegensatz Richelieus zu der Politik der Regierung bis zu seinem zweiten Ministerium neu beleuchtet wird.[1])

Ebenfalls aus der Betrachtung der deutschen Dinge und ihrer Bedeutung für Frankreich entsprungen ist eine Untersuchung

[1]) Leon Celey: Fancan et la Politique de Richelieu." Paris 1884. Dazu kommt das o. S. 31) zitierte Buch des Abbé Desdouvres über den Pater Joseph als Polemiker, dessen Auszüge aus den angeblichen Schriften seines Helden leider zu fragmentarisch sind, um für uns nennenswerte Ausbeute zu geben, und dessen kritische Ergebnisse, die zum Teil gegen Celey polemisieren, ich wegen des energischen Widerspruchs von Fagniez nicht zu übernehmen wage. Ein eigenes Urteil in der Frage kann ich mir nicht erlauben.

des Interesses, das dieses und daneben auch die andern Mächte an der Besetzung der Kaiserwürde haben.[1]) Sie stammt aus dem September 1617. Der schon erwähnte Prager Vertrag und die in Verbindung damit geregelte Kaiserwahlfrage veranlassen den Verfasser, die politische Zweckmäßigkeit der erneuten Sukzession eines habsburgischen Prinzen im einzelnen zu analysieren und zu verneinen. Die „Staatsraison", die hier ausdrücklich an einer Stelle angerufen wird, muß alle Mächte zu einer Politik der „Gegengewichte" veranlassen. Da Spanien die Universalmonarchie zu erringen trachtet, richtet sich diese Politik gegen eben diese Macht und den mit ihr verbündeten deutschen Zweig der Habsburger. Ja selbst der Papst kann sich aus weltlichen wie geistlichen Interessen dem Widerstand gegen Habsburg nur anschließen; auch sein Ansehen ist „plus respectée en l'egalité des Princes et contrepoids des affaires, qu'en l'estendue d'une grande et suréminante domination."[2])

Mit diesem allgemeinen, etwas blassen „système des contrepoids" verbindet der Verfasser aber den konkreteren großen spanisch-französischen Gegensatz. Denn er weist die Erwerbung der Kaiserkrone für Ludwig XIII. mit denselben Gründen zurück, mit denen er das habsburgische Kaisertum bekämpft hat: Staatsraison und Selbstbewahrung müssen jeden europäischen Staat einen solchen Plan bekämpfen lassen. Dem französischen Herrscher ziemt vielmehr, durch seinen Einfluß irgend einem anderen Fürstenhaus die Krone zuzuwenden. Dadurch wird er der allgemeine Schiedsrichter werden „und die Wage der Welt in seinen Händen halten, die er vom Himmel empfangen hat".[3]) Seine Stellung wird so eine außerordentlich glänzende sein, selbst über dem von ihm geschaffenen und geschützten Kaiser wird er in den Augen der Welt stehen. Bei alledem aber wird er nicht

[1]) „Discours, auquel est examiné s'il seroit expédient au Roy d'entendre à l'Empire pour lui: ou seulement de tenir la main pour le faire tomber à un autre Prince qui ne fust point de la Maison d'Austriche." Gedruckt im „Recueil de quelques discours politiques, escrits sur diverses occurences des affaires et guerres estrangeres depuis quinze ans en ça. s. l. 1632. Erstes Stück.

[2]) a. a. O. S. 8. Die Bedeutung Frankreichs für den Papst als contrepoids gegen Habsburg bildet auch ein Argument der o. S. 20, Anm. [1]) zitierten französischen Broschüre des Jahres 1626. Chastelet: Recueil etc. S. 149.

[3]) Le roy „tiendra la balance du monde en ses mains, qu'il a apportee du Ciel," a. a. O., S. 29.

wie die habsburgischen Fürsten wegen ihres zügellosen Ehrgeizes gehaßt werden, sondern den Ruf der Klugheit und Mäßigung besitzen.

Das Ziel dieses Appells an den glorreichen französischen König ist völlig klar. Nicht durch Eroberungen, sondern durch weise Politik soll er die führende Stellung in Europa zu gewinnen suchen. Die religiösen Bedenken gegen eine antihabsburgische Politik werden schonender Weise nicht direkt berührt, sondern nur indirekt durch die Aufdeckung des Interesses gerade auch des Heiligen Stuhles an der Einschränkung der habsburgischen Macht widerlegt. Die Schrift scheint ihrem Stil nach aus den höfischen Kreisen hervorgegangen und auf sie berechnet zu sein.[1]) Weniger deutlich ist das Gleichgewichtssystem zu bezeichnen, das dem Verfasser als Ideal vorschwebt; es ist aber charakteristisch, daß er trotz seiner etwas verschwommenen Vorstellungen bei seiner Polemik gegen die habsburgischen Weltmachtspläne auf die Gleichgewichtsidee nicht hat verzichten wollen. Zu erwähnen ist auch die allgemeine Schiedsrichter-Rolle, die dem französischen König als Ziel seiner Bemühungen in Aussicht gestellt wird. Dieser Gedanke ist sehr beliebt seit Heinrich IV.[2]) Richelieu hat den Titel „arbitre de la chrestienté" schon 1616 als eine Erwerbung Heinrichs IV. für die französische Krone bezeichnet.[3]) Mit der Gleichgewichtspolitik ist das wohl vereinbar. Frankreich sammelt gerade in Befolgung dieser Politik alle Mächte um sich, bildet dadurch das nötige Gegengewicht gegen die habsburgische Macht und gewinnt ganz von selbst bei allen Streitigkeiten den maßgebenden Einfluß.

Weniger hohe Ziele stecken sich einige Politiker, die in den ersten Jahren des Dreißigjährigen Krieges während des französischen Hugenottenaufstandes (1620—1622) ihre Stimme gegen Österreich-Spanien erheben. Bei der schwierigen Lage ihres Vaterlandes suchen sie vor allem im Ausland Stimmung gegen

[1]) Dafür spricht auch, daß derselbe Schriftsteller im folgenden Jahre eine Verteidigung der habsburgischen Kaiserkrone geschrieben hat; wie der „Recueil" sagt, auf Wunsch des ersten Staatsministers (Luynes); in demselben Recueil, zweites Stück.

[2]) Vgl. Kükelhaus, a. a. O. (s. o. S. 30[2])), S. 25, 42, 72 f.

[3]) Vgl. die Instruktion an den nach Deutschland gehenden Gesandten Schomberg: „Lettres etc. du Cardinal de Richelieu." Paris 1853, I, 208.

die wieder eifrig als nahe bevorstehende Gefahr geschilderte Weltherrschaft Spaniens zu machen und die Fürsten zum Anschluß an Frankreich zu bringen. So werden die italienischen Staaten gegen die spanischen Umtriebe im Veltlin zu einem französischen Bündnis eingeladen mit dem Hinweis auf das Verhängnis, das der ganzen Christenheit droht.[1]) Ähnliche Aufforderungen enthält eine ziemlich umfangreiche Untersuchung aus dem Jahre 1620 oder 1622 über die Verhältnisse derjenigen europäischen Staaten, die für Frankreich ein besonderes Interesse haben.[2]) Die Untersuchung aber wird eingerahmt durch die Forderung einer energischen Gleichgewichtspolitik. Um deren Möglichkeit und Nutzen im einzelnen zu zeigen, scheint sie überhaupt geschrieben zu sein. Wieder wird dabei das Bild Heinrichs IV. beschworen. Charakteristisch aber für das Gefühl der eigenen Schwäche gegenüber den Habsburgern ist die Vorstellung, daß dies Gleichgewicht auf der einen Seite nicht eigentlich durch ein zu stärkendes Frankreich gebildet werden soll, sondern durch eine große Koalition, als deren Zentrum dann allerdings der französische König erscheint.[3]) Von seiner starken Hand müssen alle Bedrückten emporgehoben werden. — Neben diesem allgemeinen Gleichgewicht aller Staaten gegen den einen übermächtigen Staatenkomplex, der ausdrücklich als eine Einheit trotz seiner zwei Herrscher bezeichnet wird, begegnen auch hier mehr lokale Gegengewichtssysteme, so besonders ein italienisches, das durch die spanischen Besitzungen auf der einen, Venedig, Toscana, Savoyen und den Papst auf der andern Seite gebildet wird.[4])

War so innerhalb Italiens ein engeres Gleichgewicht gefordert worden, so stellt eine energische Kampfschrift des Jahres 1621 zum erstenmal die These von einem deutschen Gleich-

---

[1]) „Discours sur le sujet de l'invasion de la Valteline," in der Sammlung „Mercure d'Estat ou Recueil de divers discours d'Estat" s. l. 1635.

[2]) „Discours des princes et estats de la chrestienté plus considerables à la France, selon leurs divers qualitez et conditions:" Mercure d'Estat S. 293 ff. Wenn die Angabe „40 Jahre nach der Eroberung Portugals" (S. 304) richtig ist, gehört der Discours ins Jahr 1620. S. 399 aber wird von dem durch Ludwig XIII. glücklich wiederhergestellten guten Zustand Frankreichs gesprochen, was man eigentlich nur auf die Beendigung der Hugenotten-Unruhen 1622 beziehen kann.

[3]) Vgl. S. 296 f. u. S. 399.

[4]) Vgl. S. 316.

gewicht auf, zu der die Niederlage Friedrichs V. von der Pfalz die unmittelbare Veranlassung gegeben hat.[1]) Danach soll innerhalb der Deutschen Republik, wie man sich im 17. und 18. Jahrhundert gern ausdrückt, zwischen den Kräften Österreichs und denen der protestantischen Stände ein Gleichgewicht bestehen. Mit dem Imperium dürfen die deutschen Habsburger nicht die wirkliche Beherrschung der deutschen Fürsten verbinden. Wenn dieser Zustand des Gleichgewichts geändert würde, müßten bei den „prétensions imaginaires" des Hauses Habsburg auf die Universalmonarchie alle Staaten der Christenheit in die größte Gefahr geraten. Am nächsten bedroht diese Gefahr Frankreich, dessen Sicherheit allein auf dem rechten Gleichgewicht der Kräfte innerhalb des deutschen Reichs beruht. Deshalb muß Frankreich in die deutschen Angelegenheiten eingreifen, und wenn Österreich sich nicht im Guten fügt, als Schiedsrichter der Christenheit alle Mächte vereint gegen den Feind ins Feld führen.

Man begreift leicht, daß ein solches System für Frankreich sehr vorteilhaft sein mußte; allen Eingriffen in deutsche Verhältnisse wäre damit ein wohlklingender, uninteressiert scheinender Vorwand geliehen worden. Frankreich hatte dann auf der einen Seite die Pflicht, um des allgemeinen Besten willen das europäische Gleichgewicht bei jedem Kriege Habsburgs gegen eine schwächere Macht durch sein Einschreiten zu wahren, auf der anderen Seite hatte es auch über allen staatsrechtlichen Änderungen innerhalb des Reichs zu wachen, um das durch absolutistische kaiserliche Pläne bedrohte deutsche Gleichgewicht zu schützen. Indessen beabsichtigte der Verfasser dieser Flugschrift offenbar weniger, dem Argwohn der deutschen oder anderer Fürsten gegen eine französische Einmischung in die deutschen Verhältnisse durch den Nachweis ihrer höheren politischen Notwendigkeit zu begegnen, sondern das deutsche Gleichgewichtssystem sollte vor allem den Widerspruch entkräften, den ein antiösterreichischer König in Frankreich selbst fand. Der Verfasser polemisiert gegen die Vorwürfe, mit denen die streng katholische Partei in Frankreich jedes Vorgehen gegen die katholischen Habsburger als Verbrechen

[1]) Discours sur ce qui peut sembler estre plus expedient, et à moyenner au sujet des guerres entre l'Empereur et le Palatin": Recueil von 1632, bes. S. 139.

an der Kirche brandmarkte, eine Auffassung, die in leidenschaftlichen Pamphleten gegen die gottlosen Freunde der deutschen Ketzer vertreten wurde.[1]) Gegenüber dieser Partei vertritt unsere Flugschrift die „wahren Interessen des Staats",[2]) deren Begründung eben durch die Lehre vom deutschen Gleichgewicht gegeben wird.

Ganz der gleiche Gesichtspunkt leitet häufig Fancan bei den Angriffen, die er gegen die leitenden Kreise der französischen Politik von 1621 an bis zum entscheidenden Siege Richelieus gerichtet hat. Auch er kämpft gegen die konfessionellen Rücksichten in Frankreichs auswärtiger Politik. Ganz im Geiste Richelieus verlangt er nicht eine katholische, sondern eine „patriotische" Politik; seine Partei, die geistigen Erben der „Politiker", nennt er deshalb die „Patrioten".[3]) Er weist die Vorstellung zurück, als seien bon catholique und Espagnol, und bon Français und huguenot identisch;[4]) der Patriotismus hat nichts mit der Konfession zu tun. Von dieser Stimmung aus hat er auch gegen die spanischen universalistischen Tendenzen seine Feder gewandt[5]) und in einer Schrift gerade auch das Interesse des Papstes an dem Gleichgewicht der beiden führenden Nationen Europas behauptet.[6]) Nicht um im Ausland, sondern um im französischen Volke selbst Stimmung für eine kräftige auswärtige Politik zu machen, hat Fancan Richelieu sein Talent zur Verfügung gestellt und von Gleichgewichtspolitik gesprochen. Allerdings tritt dieser Gedanke in seiner Polemik nicht an die erste Stelle.

Es würde kaum etwas Neues lehren, wollten wir sämtliche uns bekannte Schriften besprechen, die in den nächsten Jahrzehnten noch die Gleichgewichtspolitik Frankreichs verteidigt haben. Es überwiegt jetzt ganz allgemein die Auffassung, daß Frankreich allein imstande sein müsse, Habsburg gegenüber das

---

[1]) Gegen solche Pamphlete sind z. B. einzelne Schriften Fancans direkt gerichtet, deren eine betitelt ist „La Réponse au libelle intitulé Admonitio ad regem Galliae", Oeley, a. a. O. S. 238 ff. Vgl. Mercure d'Estat, 2. Stück, S. 51 ff.

[2]) a. a. O. S. 139.

[3]) Vgl. die reichen Auszüge, die Oeley, „Fancan" aus den verschiedenen seinem Helden vindizierten Flugschriften gibt, bes. S. 60.

[4]) Oeley, a. a. O. S. 142.

[5]) Oeley, a. a. O. S. 64, 279.

[6]) Oeley, a. a. O. S. 256/57. Derselbe Gedanke ist uns schon früher begegnet, vgl. oben S. 32.

nötige Gegengewicht zu bilden. Seit der aggressiven Richtung der französischen Politik, die Richelieu ihr nach Besiegung seiner Gegner zu geben wußte, ist Frankreichs Rolle mehr die des Beschützers der Kleinen, die sich ihm von selbst anschließen, als die der ängstlich überall nach Bundesgenossen gegen den übermächtigen Gegner ausschauenden Macht. Aber ehe wir einige der hierhin gehörenden Flugschriften anführen, weisen wir auf eine im März 1624 erschienene politische Betrachtung hin, die einen sonst in dieser Zeit kaum begegnenden Gedanken vertritt.[1])

Hier wird offenbar ganz nach den Ideen Richelieus, zu dessen Programm eine auf einer Verbindung der beiden königlichen Familien beruhende gemeinsame Politik Englands und Frankreichs gehörte, England dieselbe Aufgabe zugewiesen, die einst Königin Elisabeths Ruhm gebildet hatte.[2]) König Jakob wird aufgefordert, als drittmächtigster Herrscher nach Spanien und Frankreich dem glorreichen Beispiel seiner Vorgängerin und Heinrichs VIII. zu folgen, „der so gut seinerzeit zwischen Kaiser Karl V. und König Franz seine Rolle gespielt hat, indem er sich von beiden fürchten und umschmeicheln ließ und gewissermaßen das Gleichgewicht zwischen ihnen hielt.“[3]) — Eine solche Auffassung des Grundverhältnisses der europäischen Staaten mußte schwinden, als das englisch-französische Einvernehmen sich während der Kämpfe um La Rochelle löste, und die englische Regierung durch ihren Kampf mit dem Parlament keine Mittel mehr für ein einigermaßen wirksames Eingreifen in die auswärtigen Verhältnisse übrig hatte.

Im allgemeinen erscheint, wie gesagt, Frankreich selbst als Regulator des Gleichgewichts. Recht hübsch wird Anfang 1625 trotz des Hinweises auf den Nutzen, den alle Mächte an dem Widerstand gegen die immer noch lebendigen Ideen Karls V. und Philipps II. haben, vor allem auf die Bedeutung des Gleich-

---

[1]) „Discours des princes et estats de la Chrestienté plus considerables à la France, selon leurs diverses qualitez et conditions“: Mercure d'Estat, S. 161 ff.

[2]) a. a. O. S. 204 f.

[3]) a. a. O. S. 204. Übrigens wird auf die Gefahr einer spanischen Universalmonarchie auch in einer sonst nicht bedeutenden englischen Flugschrift derselben Zeit hingewiesen: „An excellent and material discours . . . what great danger will hang over our heads of England and France . . . if it shall happen, that those of Germany which are our friends be subdued, and the king of Denmark vanquished.“ s. l. 1626.

gewichts für Frankreich hingedeutet: wenn man mit rechter Überlegung den Zustand der Christenheit betrachtet, „sieht man, daß in diesem Gleichgewicht der Kräfte Frankreichs und Spaniens, die wie durch ihre (bloße) Erschütterung durch die Federn, die sie in Bewegung setzen, alle anderen (Mächte) Europas wegen ihrer Bedeutung nach sich ziehen, jeder Zuwachs des einen sichtlich dem andern schadet, und daß genau so viel, wie einer im Werte steigt, der andere sinkt.“[1]) – Es ist ein Versuch, die mechanische Auffassung, die in der Balanceidee liegt, im Bilde streng durchzuführen.

Ähnliche Gedanken, wie die oben besprochenen Ideen über ein deutsches Gleichgewicht,[2]) vertritt eine Broschüre des Jahres 1629,[3]) freilich ohne diese Idee selbst wieder aufzunehmen. Das Übereinstimmende ist vielmehr nur das Nebeneinanderhergehen der zwei Gedanken, daß einmal Frankreich als Bewahrer des Gleichgewichts um der Allgemeinheit und zwar hauptsächlich der deutschen und italienischen Fürsten willen sich den Habsburgern entgegen werfen muß, andererseits aber ein geeintes Deutschland für Frankreich eine unerträgliche Gefahr wäre. Es ist nicht leicht zu entscheiden, an wessen Adresse sich diese Broschüre richtet, die sich speziell noch mit dem Plan eines bayrischen Kaisertums bei der nächsten Vakanz trägt. Sie wird ebenso sehr durch die Schilderung der Gefahren eines kaiserlichen Absolutismus in Deutschland, der ja nach Wallensteins glänzenden Erfolgen nahe bevorzustehen schien, auf die österreichfreundlichen französischen Kreise, wie durch das Betonen des allgemeinen Wertes der französischen Balance-Politik auf die ausländischen Fürsten besonders in Italien und in Deutschland haben wirken sollen. Das sehr eigennützige Interesse Frankreichs an einem uneinigen Deutschland soll in den Augen der Fremden vor der hochherzigen Hingabe an den Gedanken des Gleichgewichts verschwinden, das die Freiheit aller Schwachen sichert.

Wieder in erster Linie mit den deutschen, daneben auch mit

---

[1]) Mercure d'Estat, S. 211 ff.

[2]) s. o. S. 34 f.

[3]) „Discours sur l'occurence des affaires estrangeres, et particulierement sur le sujet de celles d'Allemagne:“ Mercure d'Estat, bes. S. 279 ff. u. 307 ff.

den italienischen Verhältnissen, im Zusammenhang mit den allgemein-europäischen Zuständen, beschäftigt sich eine Flugschrift, die schon in ihrem Titel angibt, an wen ihre Mahnungen gerichtet sein sollen, nämlich an alle christlichen Fürsten.[1]) Sie stammt wohl von einem französischen Geistlichen, der zwar in einer Vorrede durch allerhand falsche Angaben über sein Leben und seinen Aufenthalt sein Inkognito besonders sichern möchte, es aber nach den Andeutungen einer Gegenschrift offenbar doch nicht erreicht hat.[2]) Ein Jahr nach dem Original, 1631, erschien eine recht gute, nur dem Geschmack der Zeit entsprechend umständliche deutsche Übersetzung.[3]) Da Droysen diese gekannt und als eine „merkwürdige Broschüre" bezeichnet hat,[4]) möchte ich ihren Inhalt kurz skizzieren. Es wird sich zeigen, daß sie nach der schon vorangegangenen politischen Literatur im Grunde nichts Neues bringt.

Gleich die Einleitung erinnert an andere ähnliche Erzeugnisse. Die beiden größten Staaten, heißt es, die alle übrigen christlichen Staaten im Gleichgewicht halten, sind Frankreich und das Haus Habsburg, denn nur sie können ohne fremde Hilfe an Geld oder Mannschaften Krieg führen. Aber in ihrer ganzen Konstitution sind beide Staaten grundverschieden: Frankreich will sich nicht auf Kosten anderer ausdehnen, beschützt seine Freunde und befolgt überhaupt eine ruhige Friedenspolitik, Habsburg aber trachtet mit allen seinen Maßnahmen nach dem einen Endziel, der Universal-Monarchie. Auf Grund dieser Vergleichung werden alle Fürsten aufgefordert, sich Frankreich zuzuwenden, das ihre Freiheit schützen will. Deutschland und Italien gilt es zu befreien; aus diesem alle Fremden zu verbannen, in jenem den

---

[1]) „Advis aux princes chrestiens, sur les affaires publiques presentes:" Mercure d'Estat, 1. Stück.

[2]) Diese Erwiderung steht im Mercure d'Estat, S. 51 ff. und heißt: „Aux Princes Catholiques sur l'estat present des affaires publiques." Ihre Tendenz ist antifranzösisch, streng katholisch, mit lebhafter Verteidigung der Gerechtigkeit der habsburgischen Sache. Von seinem Gegner sagt der Verfasser: er hat eine Maske vorgenommen „pour se couvrir de son heresie et pertinacité", aber er ist erkannt als einer „qui pour son ordre et pour la condition de sa naissance devroit plustost publier des escrits qui servissent à relever et fortifier les courages des fideles sujets", als Ärgernis erregen.

[3]) „Rathschlag, Bedenken und Gutachten an alle Christlichen Potenzen, über den gegenwärtigen Zustand des gemeinen Wesens." s. l. 1631.

[4]) Preußische Politik III, 1, Anm. 9.

Mißbrauch der Kaiserdesignierung zu beseitigen und gesetzlich zu verbieten, daß hintereinander zwei Kaiser aus derselben Familie gewählt werden.

Zum Schluß wird erneut an die bedeutendsten Fürsten, an Gustav Adolf und den englischen König, an die Niederlande und an das „primum mobile" von ihnen allen, Frankreichs Herrscher, die Aufforderung zum Kampf für die Freiheit gerichtet. Ludwig XIII. soll sich dadurch den Titel „Liberator Christianitatis" erringen.

Die abschließende Darstellung des Gleichgewichtssystems, wie es die französische Publizistik im Kampf gegen das Haus Habsburg in verschiedenen Nuancen herausgebildet hat, ist die bekannte Schrift des letzten bedeutenden Hugenottenführers, des Herzogs von Rohan „De l'interest des Princes et Estats de la Chrestienté", zuerst erschienen 1638.[1]) Der Verfasser hat seine Arbeit Richelieu gewidmet; in der Tat ist sie die beste Verteidigung der auswärtigen Politik des großen Kardinals von allgemeinen Gesichtspunkten aus. Obgleich durchaus auf politische Wirkung berechnet, auf Beeinflussung der auswärtigen Mächte zugunsten der französischen Kriegspolitik, vermeidet die Abhandlung die Unklarheiten, die Stillosigkeiten und den Mangel an logischer Beweisführung, die eine fast allgemeine Erscheinung bei den schnell geschriebenen und schnell vergessenen politischen Broschüren sind. Nicht nur ein Augenblickserzeugnis, sondern eine Grundlage der praktischen Politik für längere Zeit beabsichtigt Rohan zu bieten. Trotzdem kann es unsere Aufgabe nicht sein, den Inhalt im einzelnen vorzuführen. Denn nicht nur ihrem Stil, auch ihrem Gedankenwert nach steht die Schrift am Schluß einer Epoche; sie faßt zusammen und ordnet, aber enthält nichts, was nicht schon einmal gesagt worden wäre. Wir geben daher nur in Umrissen ein Bild von ihr.

Ausdrücklich bezeichnet Rohan das Nebeneinanderstehen Frankreichs und Spaniens, der „beiden Pole" im europäischen

---

[1]) Dies Datum gibt die Biographie Universelle. Mir liegt eine Ausgabe von 1640 mit königlichem Privileg vor. Eine lateinische Übersetzung zitiert Meinberg: „Das Gleichgewichtssystem Wilhelms III." etc., S. 6.

Staatenleben,[1]) als die Grundlage aller Erörterungen über auswärtige Politik. Er sucht dann für die einzelnen Staaten nachzuweisen, daß das Gleichgewicht der beiden großen Mächte die leitende Maxime für ihr Verhalten sein müsse. Wir begegnen wieder dem Interesse der Kurie an der rechten Balancepolitik, dem Gleichgewicht zwischen deutschen Protestanten und Katholiken, dem besondern italienischen Gleichgewicht und der entscheidenden Stellung, die England zwischen den beiden Großmächten einnehmen könnte. Ein zweiter längerer Teil erläutert diese Prinzipien an historischen Beispielen, wie dem Jülichschen und dem Mantuanischen Erbfolgestreit.

Trotz des im allgemeinen sachlich-vornehmen Tones fehlt natürlich auch die Polemik nicht. Eine Gegenüberstellung der politischen Grundsätze der Habsburger und der französischen Krone zeigt den anderen Fürsten mit genügender Deutlichkeit an, auf wessen Seite sie sich in dem großen Kampfe zu stellen haben, falls ihnen das mehr abstrakte Balancesystem noch einen Zweifel gelassen haben sollte.

Fassen wir die Grundgedanken der bisher besprochenen Gleichgewichtsliteratur zusammen! Ihr Quell ist die Opposition gegen die wirklichen oder vermeintlichen Pläne, alle christlichen Völker unter eine politische Herrschaft zusammenzufassen. Als positives Ideal erscheint dagegen die Freiheit aller Staaten, die durch das politische Gleichgewicht herbeigeführt werden soll. Dieses Ideal ist nach der Meinung der Publizisten schon an sich von solcher Kraft, daß sie es nie näher in seinem Werte begründen oder ihm gegenüber die Verderblichkeit einer Weltmonarchie nachweisen. Die Vorstellung einer Universalherrschaft halten sie allein für genügend, um Furcht und Schrecken hervorzurufen.

Daneben spielt der Gegensatz zwischen Staatsinteresse und katholischer Kirchlichkeit eine bedeutende Rolle. Gegenüber den ultramontanen Forderungen nach Solidarität aller katholischen Mächte gegen die Ketzer wird die Superiorität der Staatsräson

---

[1]) S. 1.

begründet und die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts auch durch Bündnisse konfessionell getrennter Staaten verteidigt. Ja der Hugenott Rohan bezeichnet in seiner dem Kardinal Richelieu gewidmeten Schrift zwar deutlich den Zusammenhang zwischen protestantischer und Balancepolitik für England,[1]) aber von einer ähnlichen Beziehung zwischen katholischer und Gleichgewichtspolitik für Frankreich kann er natürlich ebenso wenig wie seine literarischen Vorgänger sprechen. Politische und religiöse Interessen mögen also, wie in England, zusammenfallen und sich so gegenseitig stützen. Streiten sie aber miteinander, so müssen die politischen Rücksichten siegen, in unserem Falle also Gleichgewichtsbestrebungen über Katholizität.

Daraus ergeben sich für die französische Literatur — und diese überwiegt ja durchaus — die Adressaten resp. die Gegner: die auswärtigen Fürsten resp. die orthodox katholische Partei innerhalb Frankreichs. Die fremden Fürsten sollen im Bunde mit Frankreich die Sicherung ihrer Existenz, in seiner Unterstützung gegen das Haus Habsburg eine Forderung ihrer eigensten Interessen erblicken. Die extremen französischen Katholiken sollen in den einflußreichen Kreisen als Feinde der einzig richtigen, nationalen Balance-Politik diskreditiert oder womöglich zum Anschluß an die antihabsburgische Partei gebracht werden. Nur in zwei Broschüren habe ich neben den beiden großen Zielen der Gleichgewichtspolitik, der Bewahrung des selbständigen Nebeneinanderbestehens mehrerer Staaten und der Aufrechterhaltung der bedeutenden Stellung der französischen Krone das Ziel genannt gefunden, das später von immer größerer Bedeutung in der Literatur wird, die Rettung des Handels der einzelnen Völker vor der Ausschließung vom Kolonialhandel durch ein übermächtiges Reich. Die eine dieser Schriften ist die „Treuherzige Vermahnung" von 1585, die den Ruin des deutschen Handels durch eine spanische Universalmonarchie befürchtet,[2]) die andere die Schrift Rohans, in der für England speziell auf sein Handelsinteresse neben dem allen Fürsten gemeinsamen Interesse am

[1]) a. a. O. S. 26.
[2]) S. o. S. 27.

Gleichgewicht hingewiesen wird.[1]) Im allgemeinen kommt dieses Moment für die erste Epoche unserer Betrachtung nicht in Frage.

Die Vorstellungen über die Form des Gleichgewichts, also wesentlich die Frage, welche Staaten es bilden, sind, wie wir sahen, während des besprochenen Zeitraums nicht immer dieselben. Fest steht nur, daß es auf der einen Seite durch das Haus Habsburg gebildet wird. Die andere Seite wird nach der einen Meinung von allen anderen europäischen Staaten eingenommen – soweit sie nicht von Habsburg abhängig sind –, nach der anderen allmählich sich allgemein durchsetzenden Meinung von Frankreich allein. Beiden Anschauungen gemeinsam ist die Überzeugung, daß das Haus Habsburg mit seiner Stellung als einer der „Pole der Christenheit" nicht zufrieden, nach einer Ausdehnung seiner Herrschaft über ganz Europa strebt. Eine dritte Ansicht taucht unter der Königin Elisabeth und dann vereinzelt auch unter den beiden ersten Stuarts auf, wonach England neben Frankreich und Spanien-Österreich eine bedeutungsvolle Aufgabe, nämlich die Regulierung ihrer beiderseitigen Ausdehnungsbestrebungen, die Rolle als „Halter" oder „Zünglein der Wage" zukomme. Hinter der anderen Vorstellung aber, nach der der schwächere der beiden großen Staaten selbst alle anderen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts aufruft und um sich sammelt, tritt die von Englands besonderem Beruf zurück. Darin spiegeln sich richtig die tatsächlichen Verhältnisse.

Treten so die grundlegenden Gedanken des Gleichgewichtssystems dem Idealbild der mittelalterlichen Staatsanschauung diametral gegenüber, so heben die literarischen Vertreter der neuen Ideen mehrfach den unmittelalterlichen Charakter auch der habsburgischen Weltreichstendenzen hervor; denn das wollen sie doch bezeichnen, wenn sie – ob mit Recht oder Unrecht, kommt für uns nicht in Betracht – die kirchlichen Motive der nach Weltherrschaft strebenden Habsburger leugnen, wenn sie deren Ziele als Ausfluß rein staatlichen, weltlichen Ehrgeizes brandmarken, dem die Kirche nur als Mittel dient, nicht wie im Mittelalter als

[1]) a. a. O. S. 23.

höchster Zweck.[1]) Aus einer derartigen Auffassung erklärt es sich, daß manche Schriftsteller hoffen, selbst den Papst für ihr Gleichgewichtssystem gewinnen zu können; sie suchen ihm eben zu beweisen, daß unter einem modernen weltlichen Universalherrscher die Rolle des kirchlichen Oberhauptes recht kläglich sein müsse.

---

[1]) vgl. o. S. 18; ähnlich in „L'Anti-Espagnol", 1590, gedruckt in den Mémoires de la Ligue IV, 211 ff. – Oeley: „Fancan", S. 279. – Rohan: „De l'interest etc.", S. 11.

Natürlich fehlt auch die entgegengesetzte Ansicht nicht. Der innige Zusammenhang zwischen den Habsburgern und der Kirche, der leidenschaftliche Haß gegen die Ketzer sind das Leitmotiv für die oben, S. 39 Anm. 2), zitierte ultramontane, antifranzösische Flugschrift. Aber auch von deutsch-protestantischer Seite aus wird die Identität von Katholizismus und habsburgischem Regiment als ein natürliches Argument in der Polemik verwertet, nur eben gegen Habsburg: vgl. ein hübsches fingiertes Oespräch zwischen Papst Paul V. und Philipp III. mit König Ferdinand I.: „Colloquium oder Oespräch Bapst Pauli deß V. und deß Königs zu Hispanien, und Ertzherzogen Ferdinandi etc." 1608.

II.

Das europäische Gleichgewicht im Kampf gegen Ludwig XIV.

1. Kapitel.

Durch Richelieu und seinen großen Verbündeten, Gustav Adolf, war die bis dahin ungestüm vordringende Macht Kaiser Ferdinands II. in ihrem Siegeszuge gehemmt worden; nach schwerem Ringen sank die deutsche Linie des Hauses Habsburg besiegt zu Boden, und bald folgte der noch tiefere Fall des spanischen Zweiges. Gleichzeitig aber stieg die französische Monarchie, gestützt auf ihre neue glänzende Armee, von einem Willen einheitlich geleitet, mit überraschender Schnelligkeit empor und weckte nun selbst Furcht und Mißtrauen, die schnell charakteristischen Ausdruck in der politischen Literatur fanden.

Noch während der Stürme des Dreißigjährigen Krieges, in dem Frankreich die Welt gegen die habsburgische Universalmonarchie und für sein System eines auf zwei großen und einer Reihe kleinerer Staaten beruhenden politischen Gleichgewichts zu den Waffen gerufen hatte, ist der Vorwurf, nach der Weltherrschaft zu streben, gegen dasselbe Frankreich erhoben worden. Der kaiserliche Publizist von Warendorff hat 1641 eine Broschüre veröffentlicht, in der er es unternimmt, Österreich von allen Anklagen rein zu waschen, um Frankreich um so heftiger im Namen aller Mächte anzuklagen.[1]) Österreich hat keinen sehnlicheren Wunsch, als die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens.

[1]) „Jean Petage, oder französischer Brillenreißer ... " von Wunefried Alman, von Warendorff. Wer dieser Warendorff gewesen ist, habe ich nicht ermitteln können.

Deshalb hat es die Verträge von Regensburg 1630 und von Prag 1635 geschlossen; und wie es so die Basis für die Pazifizierung Deutschlands gelegt hat, so sucht es auch Italien mit den Wohltaten des Friedens zu beglücken. Frankreichs Politik dagegen ist diktiert vom krassesten Egoismus, der nirgends so sichtbar hervortritt, wie in seinem Verhalten gegenüber den Protestanten. Denn wie kann man anders die Tatsache beurteilen, daß es die Angehörigen derselben Religion innerhalb seiner Grenzen ebenso hart verfolgt, wie es sie im Auslande eifrig unterstützt? Für die französische Politik dienen die Protestanten nur als ein Mittel, mit dessen Hilfe sie ihr letztes großes Ziel zu erreichen hofft, „daß Regiment über die gantze Welt und also alle Menschen unter ihre Botmäßigkeit zu bringen". Denn was können sie sonst mit ihrer „mündlichen und schriftlichen" Behauptung meinen, „daß Caroli Magni Monarchie ihnen gehöre." [1]) Die Franzosen tragen eben gar kein Bedenken, ihrem maßlosen Ehrgeiz Ausdruck zu verleihen, und „die Feindschaft der Affektierten allgemeinen Monarchie, die sie bißher wider die Spanier mit so großem Geschrei erwecket, auff sich zu lenken". Wenn also überhaupt jemals die Christenheit „gesambleter Macht und mit einhelligem Gemüth" gegen eine einzelne Macht Krieg führen soll, darf nur Frankreich das Ziel des allgemeinen Angriffs sein.

Noch in zwei anderen der mir bekannten Flugschriften aus dem Dreißigjährigen Kriege werden gleiche Vorwürfe gegen Frankreich erhoben. Die eine sucht die deutschen Fürsten gegen Frankreich in Harnisch zu bringen. [2]) Die andere möchte auf die Holländer wirken und verdient einige nähere Angaben. [3]) Sie bekämpft eine gegnerische Schrift, sucht ihre Leser von der

---

[1]) Damit dürfte auf das häufig zitierte Werk de Cassans: „La recherche des droicts du roy et de la couronne de France sur les royaumes, duchez, comtez, villes et païs occupez par les princes estrangers", 1632, angespielt werden, sowie auf das weniger bekannte des Besian Arroy: „Questions décidées sur la Justice des Armes des Rois de France etc.": vgl. G. Friedr. Preuß, „Wilhelm III. von England und das Haus Wittelsbach im Zeitalter der spanischen Erbfolgefrage." I. Breslau 1904. S. 4*.

[2]) „Nächtlich Gesichte, welches einem Teutschen der Kirchen(,) des Römischen Reichs und des Hauses Oesterreich besondern Liebhabern, im Schlaaf fürkommen über dieser, neulich aus Franckreich herkommenden Prophezeyung Gallus ab Hispana totl dominabitur orbi." 1647.

[3]) „Antwort auff ein Schreiben so ein Venedischer Edelmann an seinen Freund zu Turin abgehen lassen: In sich haltende die Frage „Wem doch die Schuld bey zu messen daß der Friede nicht fortgehe?" 1646.

ehrlichen Friedensliebe Spaniens in ähnlicher Weise zu überzeugen, wie Warendorff Österreichs friedliche Stimmung behauptet hatte, und warnt vor Frankreichs kriegerischen Zielen: „könnte Franckreich die Monarchie der ganzen Welt erobern, es würde dem Könige so glorieus und rühmlich sein, als es jener Zeit Augustus und Alexandren gewesen.“ Kein Staat wird so sehr dadurch bedroht, wie Holland, zumal wenn Flandern, Hennegau, Namur und Luxemburg in französische Hände gefallen sein werden. Denn diese Provinzen sind Hollands „Außenwerke“; „mehr als zu verwundern“ ist es, daß es selbst zu deren Zerstörung durch den Krieg gegen Spanien beiträgt. Wie alles Irdische vergänglich ist, so wird auch Frankreichs Freundschaft für Holland nicht ewig währen. Viele Schwierigkeiten aber wird Frankreich nicht zu überwinden haben, sobald es erst bis an den Rhein vorgedrungen ist und von dort aus auch Holland unterwerfen will: „Dies sind keine Träume, keine Fabeln, es ist sonnenklar, alle Wohlaffektionierten sehen es.“

Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Gedanke einer drohenden französischen Weltherrschaft, wie ihn der Verfasser dieser Schrift vertritt, nichts als eine Übertragung der alten gegen Spanien erhobenen Vorwürfe auf Frankreich darstellt. Es ist zu bemerken, daß der Verfasser sich an die freien Niederländer wendet, mit denen Spanien sich damals noch im Kriegszustande befand. Die spätere spanisch-holländische Allianz wird hier schon vorausgesehen und der Gedanke einer französischen Universal-Monarchie dient dazu, Holland seinem bisherigen Verbündeten abwendig zu machen. Der Verfasser dürfte ein spanischer Niederländer sein, der uns vorliegende Druck eine Übersetzung des vermutlich französisch geschriebenen Originals.

Keine der erwähnten antifranzösischen Schriften verbindet mit der Warnung vor einer Universal-Monarchie das Lob einer Gleichgewichtspolitik. Es ist daraus zwar nicht mit Sicherheit zu schließen, daß nicht schon damals der Gleichgewichtsgedanke gegen Frankreich geltend gemacht worden ist; auch später, nachdem das mehrfach geschehen war, haben zahlreiche Schriftsteller gegen Ludwigs XIV. universale Pläne geeifert, ohne die Balance-Idee damit zu verbinden. Indessen ist es doch wahr-

scheinlich, daß zuerst eine Zeitlang der Welt der Gedanke zum Bewußtsein gebracht werden mußte, daß nicht Habsburg, sondern der bisherige zuverlässigste Verteidiger der Freiheit Europas, Frankreich, die Welt seinem Gebot zu unterwerfen trachte, ehe auf Grund dieses politischen Gedankens die weitere Folgerung gezogen werden konnte, daß die systematische Unterstützung des Hauses Habsburg die neue Basis der europäischen Politik sein müsse.

Erst nach dem Pyrenäenfrieden war aller Zweifel an der Niederlage auch der spanischen Linie der Habsburger geschwunden. Es fragte sich, ob Frankreich auch im Glanze des Sieges fortfahren würde, sich als den Hort der Freiheit und der Unterdrückten zu betrachten. Ludwig XIV. hat die Antwort auf diese Frage gegeben; er war nicht gemeint, sich mit dem, was er besaß, zu bescheiden. Weitausschauende Gedanken lagen in seiner Brust.[1]) Die spanische Heirat führte ihn zum Devolutionskriege, und gleichzeitig wurde die Welt durch die Aufsehen erregende Schrift des Parlamentsrats Aubéry über den Umfang der Ansprüche der französischen Krone belehrt.[2])

Aber sofort eröffnete einer der kühnsten und weitblickendsten österreichischen Staatsmänner, ein glänzender und fruchtbarer Publizist, Franz Paul von Lisola, den literarischen Gegenangriff.[3]) Noch 1667 ließ er seine bekannte Broschüre, „Le bouclier d'estat et de justice", erscheinen. Der weitaus größte Teil ist juristisch-historischen Widerlegungen der französischen Ansprüche auf die spanischen Niederlande gewidmet; ein sechster Artikel aber behandelt die politische Bedeutung des Krieges, das „Interesse der christlichen Fürsten".[4]) Was aber bildet den Inhalt dieser Erörterungen? Eine Adoption des Gleichgewichtssystems des Herzogs von Rohan, das nach Lisolas Meinung nur den einen Fehler hat, bisher immer in falscher Weise angewendet worden zu sein!

---

[1]) vgl. Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte 1648—1740. Berlin 1892 f. I, 505 ff. Vast: „Des tentatives de Louis XIV pour arriver à l'empire". Rev. hist. LXV (1897), bes. S. 224.

[2]) D'Aubéry: „Des justes prétensions du Roy sur l'Empire". Paris 1667; vgl. Erdmannsdörffer: a. a. O. S. 509 f.

[3]) „Le bouclier d'estat et de justice, contre les desseins manifestement découverts de la Monarchie Universelle, sous le vain pretexte des pretentions de la Reyne de France." 1667. Vgl. Pribram: „Franz Paul v. Lisola". Leipz. 1894, S. 351 ff. über Lisolas schriftstellerische Tätigkeit.

[4]) a. a. O. S. 194 ff.

Der erste Schriftsteller, der die Fahne des europäischen Gleichgewichts gegen Ludwig XIV. erhebt, knüpft bewußt an den glänzendsten Vertreter der Gleichgewichtsidee vom französischen Standpunkt aus an. Hätte man, ruft Lisola aus, die Idee nur immer in der rechten Weise und mit der rechten Kraft in die Praxis umgesetzt, dann „genösse Europa heute tiefe Ruhe!“ Alles Unglück ist dadurch entstanden, daß man sich über die Seite der politischen Wage geirrt hat, deren Gewicht man vermehren mußte. Jetzt aber kann der Irrtum nicht länger obwalten, der die Mächte Europas „von ihrer wahren Staatsraison hat abweichen lassen“. Man braucht nur Frankreichs und Habsburgs Politik zu vergleichen, um klar zu sehen.[1]) Die habsburgischen Herrscher lieben den Frieden, achten im Innern die Privilegien ihrer Stände, kämpfen für ganz Europa gegen die Ungläubigen, und wenn sie siegreich sind gegen christliche Mächte, beweisen sie edle Milde und Mäßigung. Karl V. und Philipp II. haben der Welt diese Eigenschaften gezeigt,[2]) wie kann man da behaupten, daß sie je nach einer Universal-Monarchie verlangt haben? Das ist „ein lächerliches Schreckgespenst“ [3]) der französischen Diplomatie gewesen! Frankreich dagegen bietet der Welt ein anderes Bild. Kriegslustig und kriegsbedürftig gehorcht es einem absoluten Könige, stellt seine Sonderinteressen denen der Christenheit voran,[4]) und gibt mit alle dem der Welt Anzeichen genug „d'un vaste et profond dessein semé depuis long-temps“.

Das Neue an Lisolas Auffassung der Gleichgewichtspolitik, wie er sie im „bouclier d'estat et de justice“ vertritt, ist lediglich die veränderte Richtung gegen Frankreich und nicht mehr gegen Österreich, und die damit geforderte Wandlung der europäischen Politik. Für unsere Untersuchung bedeutungsvoller sind zwei andere Schriften von ihm, beide von 1673.

---

[1]) Auch dieser Vergleich ist nichts als eine Umkehrung der Gegenüberstellung Frankreichs und Habsburgs bei Rohan; vgl. o. S. 41.

[2]) Lisola scheut vor gewaltsamen Geschichtskonstruktionen um des guten Zweckes willen nicht zurück.

[3]) a. a. O. S. 212.

[4]) Der Vorwurf richtet sich natürlich gegen Frankreichs Beziehungen zu den Türken.

In dem „Appel de l'Angleterre“ [1]) sieht er von Rechtsfragen fast ganz ab, um die politischen Konsequenzen des französisch-englischen Krieges gegen Holland auszumalen. Aber er sucht mit seiner wie stets leidenschaftlich franzosenfeindlichen Polemik nicht mehr alle Mächte auf Grund des apodiktisch als notwendig aufgestellten Gleichgewichtssystems zu beeinflussen, er wendet sich vielmehr an England allein. Er schildert das Anwachsen der französischen Macht, als deren Ziel schon Heinrich IV. die Monarchie universelle vorgeschwebt habe, und das Vorgehen Ludwigs XIV., um damit alle Fürsten und in erster Linie Karl II., „der dafür besonders empfänglich ist“, zu überzeugen, daß das einzige Mittel, die allgemeine Sicherheit zu erhalten, darin besteht, „die Mächte Europas im Gleichgewicht zu halten“.[2])

Gegen dies spezifisch englische Interesse aber verstößt der englisch-französische Krieg gegen Holland. Was auch immer das Resultat des Kampfes sein mag, es kann auf keinen Fall für England wirklich nutzbringend sein. Der Krieg ist ein Fehler, denn er entspricht nicht einem der Hauptgesichtspunkte, die England und sein König in der gegebenen Situation beobachten müssen, nämlich „der Notwendigkeit, Europas Schiedsrichter zu sein“ und „der Gefahr, die darin läge, dies Schiedsrichteramt aufzugeben“.[3])

Also ein österreichischer Staatsmann ruft England zum Kampf gegen die Übermacht Frankreichs auf, weist dem englischen Volk und seinem König die Stellung als ausschlaggebendem Faktor in dem Gleichgewichtssystem Europas an und sucht zu begründen, daß in einem bestimmten Falle das allgemeine Prinzip in der Tat dem eigensten Interesse Englands entspricht. Die gleiche Tendenz verfolgt im Jahre 1671 die umfangreiche Broschüre eines spanischen Niederländers,[4]) der neben allerhand

[1]) „Appel de l'Angleterre touchant la secrète Cabale ou Assemblée à Withael à et envers le Grand Conseil de la Nation. Fait en Angle(terre) par un Zelateur de sa patrie“. Amsterdam 1673. Befindet sich in einem Sammelbande der Wiener Universitätsbibliothek (I, 246420) als zweites Stück. Die w. u. S. 51 [5]) zitierte Schrift in demselben Bande an sechster Stelle. Nach Pribram, a. a. O. S. 351 [1]) von Lisola höchst wahrscheinlich verfaßt. Inhalt und Auszüge bei Heinlein: „Einige Flugschriften aus den Jahren 1667–78“: Programm des Realgymnasiums zu Waidhofen a. d. Thaia. 1877. S. 3 ff.

[2]) a. a. O. S. 15.

[3]) a. a. O. S. 91; vgl. auch dieselbe Idee S. 67.

[4]) „Le politique desinteressé ou ses raisonnements justes sur les affaires presentes de l'Europe.“ A Cologne 1671. Die Nationalität des Verfassers ergibt sich aus dem Lob des neuen Gouverneurs der spanischen Niederlande, Monterey, (S. 214 ff.) und dem angefügten Gedicht auf ihn.

nicht sehr zusammenhängenden politischen und historischen Betrachtungen, die sich alle gegen Frankreich richten und nur in diesem Ziel eine gewisse Einheit finden, vor allem an England einen Schirm der bedrohten Freiheit Europas zu finden hoffte. Spanien und Frankreich, so meint er, suchen Englands Beistand, aber während das eine Schutz und Aufrechterhaltung der Balance begehrt, fordert das andere deren Beseitigung und gemeinsamen Raub an dem Schwachen.[1]) Die Wahl dürfte für England nicht zweifelhaft sein: „Heinrich VIII. hielt die Balance zwischen den beiden Kronen, Elisabeth befolgte diesen Grundsatz; ebenso Jakob; Karl I. tat desgleichen, und auch der gegenwärtige Herrscher hat sich dadurch zur Tripelallianz und zum Frieden von Aachen leiten lassen ... Das hieß, Englands Interesse folgen!“ [2]) Nicht nur Neutralität, sondern offensive Kriegspolitik fordert Europas Lage von Englands König, wenn „die Machtgleichheit, der Friede und die Ruhe Europas bewahrt bleiben sollen.“ [3]) Allerdings sollen auch die anderen Fürsten nicht untätig sein, auch sie verdienen Tadel, wenn sie sich allein dem augenblicklichen Sonderinteresse überlassen und an das „interest general“ gar nicht denken.[4])

Einem anderen Zweck widmet Lisola die zweite Schrift des Jahres 1673.[5]) Er möchte durch sie die Holländer in ihrer Not aufrichten, sie gleichzeitig durch das Bild der bevorstehenden französischen Weltherrschaft[6]) zum energischen Widerstand anspornen und ihnen Hoffnung auch auf den Beistand anderer erwecken. Alle Mächte werden sich ihrer gerechten Sache anschließen, mit Ausnahme höchstens von Schweden und Portugal, denn „es ist zu jeder Zeit eine Staatsmaxime gewesen, die Staaten Europas in der Weise zu balancieren, daß keine unter ihnen zu solcher Größe gelangt, daß sie den andern furchtbar wird“.[7])

---

[1]) a. a. O. S. 127.

[2]) a. a. O. S. 129.

[3]) a. a. O. S. 136 f.

[4]) So mit Anwendung auf die deutschen Fürsten, S. 55.

[5]) „Considerations politiques au sujet de la guerre presente entre la France et la Hollande.“ Amsterdam 1673. Auszüge bei Heinlein, a. a. O. S. 7 ff. Auch Pribram hält Lisola für den wahrscheinlichen Verfasser, a. a. O. S. 353.[1])

[6]) a. a. O. S. 4 und S. 40.

[7]) a. a. O. S. 37.

Eben weil die Holländer auf die Hilfe rechnen dürfen, die ihnen Europa wegen des Gleichgewichts bringen wird, müssen sie ihre Güter und ihr Leben gegen den Feind einsetzen; es wird nicht vergebens sein.

Im Beginne seiner Siegeszüge trat, wie wir sahen, Ludwig XIV. bereits die Idee des europäischen Gleichgewichts gegenüber, in der Form des Gegensatzes der zwei großen Fürstenhäuser und ihrer Staaten, vertreten von Angehörigen der habsburgischen Länder, bestimmt, ihnen die Unterstützung der auswärtigen Mächte zu gewinnen. Zugleich aber wiesen zwei Schriften darauf hin, daß England in dem System der sich balancierenden Mächte berufen sei, die entscheidende Stellung einzunehmen und in der Tat auch schon unter früheren Regenten eingenommen habe. Aber während dieser Gedanke aus der politischen Literatur des europäischen Festlandes mit Lisolas Tod, wie es scheint, für mehrere Jahrzehnte ganz verschwand,[1]) hatte er schon zur selben Zeit in England selbst wieder Aufnahme gefunden[2]) und war berufen, dort eine für lange Zeit, ja bis auf unsere Tage bleibende Stätte zu finden.[3])

---

2. Kapitel.

Es wäre nicht unmöglich, daß auch während der Regierungen Jakobs I., Karls I. und Cromwells der Gedanke an Englands ruhmvolle Stellung in der Welt unter der Königin Elisabeth in der Literatur seinen Ausdruck in dem Bild von der politischen Wage Europas mit England als ihrem Zünglein gefunden hat.

[1]) Allerdings ist gegen Ludwigs XIV. Streben nach der Universalmonarchie wenigstens während des Krieges von 1672—78 noch oft geeifert worden. Titel dahin gehöriger Flugschriften, zu denen auch solche von Lisola gehören, hier zu nennen, ist nicht erforderlich. Belege bieten v. Zwiedineck-Südenhorst: „Die öffentliche Meinung in Deutschland im Zeitalter Ludwigs XIV. 1650—1700." 1888. S. 22, 26, 50, 62 f. Ebenso Haller: „Die deutsche Publizistik in den Jahren 1668—74. Heidelberg 1892. S. 21 f., 65 f., 75, 110 f. Vgl. auch Eman. Münzer: „Die brandenburgische Publizistik unter dem großen Kurfürsten": „Märkische Forschungen" XVIII. (1884). S. 255, 258 und 282. Über die Art, wie Leibniz sich in seinem 1670 geschriebenen Aufsatz über die Sekurität des Reichs die französische Weltherrschaft dachte — als ein „arbitrium rerum in Europa" — vgl. Erdmannsdörfer: Deutsche Geschichte, S. 536 ff., bes. S. 538.[1])

[2]) s. o. S. 28 ff. über sein erstes Auftreten.

[3]) vgl. die Formel für die jährliche Bewilligung des stehenden Heeres in England: s. o. S. 1.[1])

Wirksam geworden ist er erst gegenüber der aufsteigenden Macht der Bourbonen unter Ludwig XIV. Zuerst ausgesprochen finde ich ihn bereits in einem Briefe des Grafen Arlington an Sir William Temple vom 4. Oktober 1667 (a. St.).[1]) Allerdings steht ihm der Graf selbst nicht sehr freundlich gegenüber, wenigstens ist die politische Lage nach seiner Ansicht noch nicht dazu angetan, daß sich England auf ein so weitaussehendes Unternehmen einlassen dürfte, wie es "the keeping of the balance even between the two crowns" wäre. William Temple selbst schreibt am 27. Februar 1668 während der Verhandlungen, die zum Aachener Frieden führten, an de Wit, Spanien müsse endlich mit Portugal zum Abschluß kommen, um wieder imstande zu sein, durch ungehinderten Widerstand gegen Frankreich die Verhältnisse „in das notwendige Gleichgewicht zu bringen".[2]) Später aber setzt er in einem Aufsatz für den Herzog von Ormond aus dem Oktober 1673 auseinander, England müsse ein Bündnis mit Spanien schließen, um dadurch nun seinerseits „das wahre Gleichgewicht der Christenheit aufrecht zu erhalten".[3]) Schon aber hatte sich die Publizistik des gleichen Themas bemächtigt.

Noch vor dem Ausbruch des französisch-holländischen Krieges schrieb Thomas Manley[4]) ein kräftiges Pamphlet gegen Frankreich, das er aber wegen Karls II. schon damals offenkundiger Hinneigung zu Frankreich nicht veröffentlichte. Es erschien erst 1689, wir weisen ihm aber in dem Zusammenhang seine Stelle an, dem es seine Entstehung verdankt.[5])

[1]) Die betr. Stelle ist gedruckt bei Ranke: „Englische Geschichte", V, 52.

[2]) „The Works of Sir William Temple". London, 1770. I, 390.

[3]) a. a. O. II, 238. Die politische Bedeutung Temples ist zwar nach Emerton: „Sir William Temple und die Tripelallianz vom Jahre 1668", Leipz. Diss. 1877, stark überschätzt worden. Wenn das von Emerton gezeichnete Bild richtig ist, so würden Temples Äußerungen zwar nicht auf Originalität, dafür aber auf Wiedergabe der allgemeinen Meinung der diplomatischen Welt Anspruch machen können. Vgl. indessen Rankes Urteil über Temple: „Englische Geschichte" III, 281 (WW. X).

[4]) vgl. über seine sonst unbedeutende literarische Tätigkeit das „Dict. of Nat. Biogr.", Bd. XXXII.

[5]) Neugedruckt im „Harleian Miscellany of Tracts", London 1744 ff. Der Titel ist langatmig: „The present State of Christendom examined, and found languishing, occasioned by the Greatness of the French Monarchy: For Cure whereof, a Remedy (from former Examples), is humbly proposed. Wrote upon occasion of the House of Commons vote to raise 80000 l. to equip a fleet for the year 1671, moved thereunto by the pretended march of the French Army, towards the Maritime Parts of Flanders." By Thomas Manley Esq. 1689. I, 190 ff.

Manley lenkt die Aufmerksamkeit seiner Landsleute auf den sichtbaren Niedergang Spaniens und den Aufschwung der französischen Macht, deren junger Herrscher sich die „Western Monarchy" zum Ziel gesetzt habe. Um diesem Ziele näher zu kommen, habe er sich bemüht, England und Holland miteinander zu verfeinden.[1]) Das einzige Mittel, Ludwigs XIV. Plänen wirksam zu begegnen, sieht Manley in der Wiederaufnahme der Politik früherer englischer Herrscher, die mit Nichtachtung ihrer Ruhe und selbst ihres Lebens die europäischen Mächte balanciert, ihre Waffen immer in die leichtere Wagschale geworfen und dadurch ihren eigenen Frieden und ihre Sicherheit gerettet haben. Schon daß er gegen diese Regel der politischen Kunst gefehlt hat, würde genügen, um Cromwell zu einem hassenswerten, schlechten Politiker zu machen.[2]) Natürlich erkennt Manley Elisabeths Politik im Gegensatz zu der Cromwells rühmend an, und ebenso lobt er die Tripelallianz. Aber er ist der Meinung, daß sie nicht mehr genüge, solange „das rechte Gleichgewicht so sehr gestört bleibe" und Frankreich Holland bedrohe. Denn wenn wirklich Holland in französische Gewalt gerät, ist auch England verloren, da es allein gegen Ludwig XIV. zu schwach ist; ebenso wie alle anderen Nationen verloren wären, wenn Frankreich sich zuerst auf England stürzte, und sie nicht helfend eingriffen. Deshalb müssen England und mit ihm die anderen Mächte die erste günstige Gelegenheit zu einem offensiven Kriege gegen Frankreich ergreifen und so das ausgezeichnete Beispiel befolgen, das einst Richelieu und Oxenstierna durch ihren Kampf gegen das übermächtige Habsburg gegeben haben.[3])

So sieht Manley Englands Freiheit mit der des übrigen Europa, besonders der Hollands, unauflöslich verbunden, und das Gleichgewichtssystem scheint ihm das Mittel, beide zu erhalten. Darin liegt für ihn wie für alle folgenden Publizisten die Basis der

---

[1]) Ein sehr häufiger Vorwurf. Vgl. z. B. den „Appel de l'Angleterre" (s. o. S. 50[1]) S. 31; den vielleicht von Lisola verfaßten „Veridicus Gallicus" (Wiener Univ.-Bibl.) S. 11; Pribram, S. 353[1]).

[2]) Auch diese Anklage gegen Cromwell begegnet uns immer wieder, z. B. noch bei Bolingbroke: Works, London 1754. II, 388.

[3]) Es ist interessant, daß hier, noch in verhältnismäßiger zeitlicher Nähe der höchsten habsburgischen Machtentfaltung, Richelieu als Gleichgewichtspolitiker gelobt wird. Später verwischt sich die Erinnerung daran und wird erst in der französischen Literatur zur Zeit des Siebenjährigen Krieges wieder lebendig.

Balancepolitik Englands. Doch verbindet sie sich bei den verschiedenen Schriftstellern mit mehreren anderen Gesichtspunkten und erhält dadurch in jedem einzelnen Falle ihr spezifisches Gepräge. Für Manley kommt nur ein besonderes Moment neben dem allgemeinen in Betracht. Er macht sich selbst den Einwurf, daß ein Krieg gegen Frankreich England nicht nur keinen greifbaren Nutzen bringen, sondern seinem Handel schwere Wunden schlagen würde. Aber nach seiner Meinung ist der Einwand in doppelter Weise nicht stichhaltig. Gesetzt, Englands Handel würde wirklich schwer durch einen französischen Krieg leiden, so gilt es, den Verlust während des Kampfes zu ertragen, wenn dadurch die nationale Freiheit und der mit ihr bedrohte Handel für immer gerettet werden können. Außerdem ist es aber gar nicht einmal gewiß, daß der englische Handel von einem französischen Kriege geschädigt werden wird, vielleicht ist gerade das für ihn die einzige Möglichkeit, sich auszubreiten und den Handel Frankreichs zu vernichten. – Eine sehr beachtenswerte Hypothese! In der ersten uns bekannten englischen Broschüre über die Bedeutung der Gleichgewichtspolitik für England wird die Perspektive eröffnet, die französische Handelskonkurrenz durch sie zu vernichten. Dem Verfasser erscheint die Aussicht allerdings als eine unsichere, er scheint sie nur zu eröffnen, um einem gewichtigen Einwand gegen die von ihm vertretene Politik zu begegnen, aber leicht kann aus dieser eventuellen Aussicht ein unmittelbarer politischer Antrieb werden. – Berechnet hat Manley seine Schrift auf das englische Publikum, um es gegen die Politik der Regierung einzunehmen.

In anderer Beziehung verdient eine ebenfalls noch vor dem französischen Angriff auf Holland geschriebene Broschüre erwähnt zu werden.[1]) Ihr Verfasser gibt sich für einen englischen Presbyterianer aus. Dem ganzen Inhalt nach kann kaum ein Zweifel sein, daß diese Angabe auf Wahrheit beruht.[2]) Er erklärt, von zwei Dingen handeln zu wollen, vom Staat und von der Religion,

[1]) „Traité politique sur les mouvemens presens de l'Angleterre contre ses interests et ses maximes fondamentales". Ville Franche 1672. Wiener Univ. Bibliothek, Sammelband.

[2]) Pribram, a. a. O. S. 353[1]) erwähnt eine Schrift Lisolas, die mit dieser englischen Schrift bis auf die letzten Worte, die dort fehlen, gemeinsamen Titel führt, aber von 1671 datiert ist. Leider habe ich sie nicht erhalten können. Es scheint mir unmöglich anzunehmen, daß diese Broschüre Lisolas mit der mir vorliegenden hier besprochenen Flugschrift in engerem Zusammenhang steht. Möglicherweise ist nur der Titel übernommen worden.

um Englands Volk über die Politik des Kabinetts aufzuklären. Ganz ähnlich wie Thomas Manley sucht er zu zeigen, daß „Englands Ruhe von der Ruhe Europas abhängig ist, und daß diese Ruhe die Wirkung des ewigen Gegensatzes zwischen Spanien und Frankreich ist".[1]) Diesen Gegensatz muß England nach dem Muster Heinrichs VIII. und Elisabeths regulieren. Der Verfasser erzählt darauf, mit welchen Künsten Frankreich es fertig gebracht hat, England in den letzten Jahren von der Gleichgewichtspolitik abzudrängen, wie Karl II. durch die Aussicht auf eine Retablierung seines Verwandten, des Prinzen von Oranien, zu seiner feindseligen Haltung gegen die Republik gebracht worden ist. Schlimmer aber als die Interessen des Staates werden durch die Politik des englischen Ministeriums die der Religion verletzt. Elisabeth hat auch aus religiösen Motiven Heinrichs IV. Partei ergriffen, und Cromwell hat aus denselben Gründen den Krieg gegen die Generalstaaten so bald wie möglich beendet. Karl II. aber hat seine Regierung mit der Wiedereinführung der Bischöfe begonnen und hat den Marquis von Argyle hinrichten lassen,[2]) dessen „Manen nach Rache schreien", und dessentwegen „der Himmel diesen Fürsten strafen wird, weil er der Henker eines Unschuldigen und wahren Märtyrers des Glaubens gewesen ist".[3]) Die Rücksicht auf den Protestantismus ebenso wie auf Englands politischen Vorteil fordert, daß die Politik der Tripelallianz fortgesetzt wird, und daß „dieser Wahnsinn", der Krieg gegen Holland, endlich aufhört. Beide Ziele will der Verfasser durch die erprobte Anwendung des Balancesystems erreichen, zu der er Englands Volk und Regierung zu bewegen sucht, zu der er eventuell aber auch das Volk gegen die Regierung aufzureizen denkt; der gelegentlich sehr bittere Ton seiner Anklagen gegen die Regierung läßt daran nicht zweifeln.

Noch enger mit der inneren englischen Politik verwoben sind die Ideen des Verfassers von zwei bald nacheinander, die eine kurz vor, die andere kurz nach der Eröffnung der Feind-

---

[1]) a. a. O. S. 6.

[2]) Der Marquis von Argyle, bekannt als Gegner Karls I., wurde trotz der Amnestie nach der Restauration vor dem schottischen Parlament angeklagt und 1661 hingerichtet; vgl. Ranke: Englische Geschichte IV, 350. (S. W. 17.)

[3]) a. a. O. S. 44.

seligkeiten durch die englische Flotte geschriebenen Pamphleten.[1]) Sie gehören nach Inhalt und Tendenz beide so eng zusammen, daß wir sie ungesondert besprechen. Ihr Verfasser macht kein Hehl aus seinem grimmigen Haß gegen die Hofpartei, die des Königs „grundlose Kriege gegen die protestantischen Staaten[2]) und seine sündige und närrische Verbindung mit den Franzosen" verschuldet hat.[3]) Dagegen erhebt er nun seine Forderungen, die, so verschiedener Art sie sind, doch wohl, ohne den Gedanken des Verfassers Gewalt zu tun, sich auf die Grundforderung vereinigen lassen, daß der König in der gegenwärtigen Lage „die Balance halten und über sie absolut als Schiedsrichter walten muß zwischen allen seinen Nachbarn, während diese durch Kriege ermüdet und gebrochen sind, um so den Frieden wieder herzustellen, das Recht wieder in seine Stelle einzusetzen und das Interesse der englischen Nation kräftig zu fördern".[4]) Worin besteht nun aber Englands Interesse an der Gleichgewichtspolitik? Natürlich vor allem darin, daß durch sie Holland und die spanischen Niederlande vor Frankreich gerettet werden, das sonst durch deren Eroberung sich einen bequemen Weg zur Eroberung Europas[5]) bereiten würde, die auch „das arme England" zwingen würde, „den Nacken unter das französische Joch zu beugen". Dazu kommt die zu befürchtende Vernichtung des Handels und der Kolonien. Aber noch mehr Güter stehen auf dem Spiele! Englands „altes Interesse" besteht auch in der „Erhaltung der Religion, der gerechten Freiheit und Sicherheit der Parlamente, der wünschenswerten Harmonie zwischen Seiner Majestät und ihnen, der Sicherheit und des Vermögens des Volkes".[6]) Und alles das wird durch die Wendung gegen Frankreich geschützt werden, denn nur dieses bedroht Englands heiligste Güter durch seinen Bund mit den absolutistischen Bestrebungen Karls II.; dessen Ziele sind eben nicht identisch mit den Zielen des englischen Volkes, er verfolgt ein besonderes Interesse, nämlich seine Freiheit vom Parlament, das er ganz abzuschaffen gedenkt, die ungehinderte

---

[1]) „The English Ballance, weighing the reasons of Englands present conjunction with France, against the Dutch". 1672. Kgl. Univ.-Bibl. zu Göttingen.

[2]) „Staaten" ist hier im technischen Sinne von „Generalstaaten" gebraucht.

[3]) a. a. O. S. 39.

[4]) a. a. O. S. 22.

[5]) „this part of the World", a. a. O. S. 57.

[6]) a. a. O. S. 61 f.

Verfügung über Armee und Schatz, das „stat pro ratione voluntas“ in Staats- und Kirchensachen.[1]) Um diese Pläne durchzuführen, bedarf der König der Hilfe Ludwigs XIV.; um sie zu vereiteln, muß Englands Volk auf den Kampf gegen die werdende Weltmacht dringen, muß es sich auf Hollands Seite stellen, muß es das europäische Gleichgewicht erhalten. – Äußere und innere Politik verschlingen sich unauflöslich. Wer, wie der Verfasser der vorliegenden Flugschriften, Nonkonformist und Konstitutionalist ist, antipäpstlich und antiabsolutistisch fühlt, muß sich gegen die katholisch-absolute französische Königsmacht wenden, muß in einem festen Bündnis mit den republikanisch-calvinistischen Generalstaaten Englands wahre Politik erkennen. Nicht aus irgendwelchen Idealen für die Bewahrung der Selbständigkeit aller bedrohten Staaten Europas, sondern aus konfessionellen und konstitutionellen Beweggründen sucht der Verfasser Englands Volk zur Gleichgewichtspolitik zu veranlassen. Die Rücksicht auf die materiellen Interessen dient ihm nur dazu, seinem Systeme größere werbende Kraft zu verleihen. Übrigens dürfte nicht bestimmt zu sagen sein, wie sich der Verfasser sein Gleichgewichtssystem gedacht hat. Er erwartet von Spanien und dem Kaiser so wenig,[2]) daß ihm kaum ein Zweimächtesystem, sondern mehr eine Konföderation aller Schwachen mit England als Kristallisationspunkt gegen den einen Starken vorgeschwebt haben wird. Auf die Umstände, die nicht viel später Habsburgs Rolle in der Balance Europas wieder aufs neue betonen ließen, kommen wir noch zurück.

Hatte die Opposition seines Volkes Karl II. schon nach kurzem Kampfe 1674 zum Frieden gezwungen, so fuhr die politische Presse trotzdem in ihren Angriffen gegen Frankreich fort. Eine Schrift von 1677 verlangt, mit den bekannten Ausführungen über die unmittelbare Gefährdung Englands durch die Fortschritte Frankreichs auf dem Kontinent, England solle sofort nachdrücklich in den Krieg eingreifen, da „in dieser gefährlichen Krisis es der göttlichen Vorsehung gefallen hat, England als Schiedsrichter über das Schicksal Europas einzusetzen und diesem Amte solche Vorteile beizufügen, daß Ehre, Pflicht und Sicherheit der

[1]) a. a. O. S. 62.
[2]) vgl. a. a. O. S. 57.

Nation eng verschlungen zu sein scheinen".[1]) Unter „Sicherheit" aber ist nach der Ansicht des Verfassers offenbar nicht nur die Abwendung der Gefahr einer Eroberung zu verstehen, sondern auch die der Vernichtung des englischen Handels, dessen Interessen die Flugschrift vielleicht das Hauptmotiv ihrer Entstehung verdankt. Denn der Gedanke der französischen Universalmonarchie wird hier in sehr charakteristischer Weise mit dem eines „Universalhandels" verbunden, mit der Begründung, daß dieser „nur die notwendige Konsequenz jener ist".[2]) Daher werden beide gleichzeitig vereitelt, wenn England sein Schiedsrichteramt ausübt, das heißt, mit dem gebräuchlicheren Ausdruck, das Gleichgewicht bewahrt.[3])

Wegen der in ihr zitierten älteren Schriften und des dadurch deutlichen Zusammenhangs der publizistischen Ideen verdient eine gleichfalls aus dem Jahre 1677 oder Anfang 1678 herrührende Schrift einige Worte.[4]) Sie eifert aus allgemein politischen und kommerziellen Interessen gegen Ludwig XIV., dadurch der vorangehenden Schrift verwandt, begründet Frankreichs Pläne zur Erringung der Weltherrschaft unter anderem mit dem „großen Projekt" Heinrichs IV., zitiert zu demselben Zwecke Aubérys „des justes prétensions du Roy sur l'Empire",[5]) und stützt das von ihr vertretene Balancesystem auf „das kleine, aber gewichtige Buch des ausgezeichneten Herzogs von Rohan", der es als Englands Interesse bezeichnet habe, immer das Gleichgewicht zwischen Frankreich und dem Haus Österreich zu halten, und wenn einer eine überragende Stellung gewönne, ihn „zu einer Gleichheit zu reducieren".[6]) Historische Beispiele bekräftigen die Richtigkeit der Regel.

Vor und während des französisch-holländischen Krieges hatte die Publizistik die Gemeinsamkeit der englischen und

---

[1]) „The present State of Christendom, and the Interest of England, with a regard to France: Harleian Misc. I, 242 ff.

[2]) a. a. O. S. 245.

[3]) Dafür, daß „holder of the ballance" und „arbiter of Europe" gleichbedeutend in dieser Zeit gebraucht werden, vgl. Lisolas „Appel de l'Angleterre", s. o. S. 50.

[4]) „Christianissimus Christianandus: or reasons for a reduction of France to a more Christian state in Europe." Gedruckt in „A Collection of State Tracts, published during the Reign of King William III". London 1705 ff. I, 394 ff. Das Datum ergibt sich nur aus dem Inhalt: der terminus ante quem ist der Friede von Nymwegen.

[5]) a. a. O. S. 396; vgl. o. S. 48.

[6]) a. a. O. S. 417 f.

holländischen Interessen gegenüber der Politik Karls II. vertreten. Nach dem Frieden von Nymwegen schien auch die Politik des englischen Königs ähnlichen Antrieben folgen zu wollen. Die im Beginn 1680 im Haag geführten Unterhandlungen über ein englisch-niederländisches Bündnis[1]) scheinen einen Anhänger dieser Bestrebungen bewogen zu haben, seine Gedanken darüber zu veröffentlichen.[2]) Nach seiner Ansicht ist Frankreich durch seine vollendete innere Einheit, sein besonders auch in finanziellen Fragen absolutes Königtum und neuerdings durch seine starke Seemacht auf dem besten Wege zur Weltmonarchie. Den entscheidenden Anstoß zur Realisierung des großen Plans gibt die Persönlichkeit Ludwigs XIV. Frankreich wird zuerst die spanischen Niederlande, dann das Deutsche Reich bis zum "complete Conquest of that Branch of the miserable House of Austria" unterjochen. Das wird das Zeichen sein, um von den belgischen Häfen aus England zunächst in Irland anzugreifen und es seiner „Dominion of the Sea" und überhaupt seines Handels zu berauben.

Nicht minder bedroht ist dadurch der Protestantismus, und doch hat während des letzten Krieges Karl II. sich tatenlos verhalten, als ob nicht der Ruhm seiner Vorfahren gerade im "holding and casting of the Balance of Europe, and Protection of the Protestant Religion" bestände.[3]) Allerdings ist Frankreich schon so stark geworden, daß kein einzelner Staat mehr fähig ist, es zu balancieren,[4]) und auch Gelegenheitsbündnisse ihren Zweck nicht erfüllen. Deshalb muß in Europa ein neues „Kapital an Macht und Interesse aufgebracht werden",[5]) um das Gleichgewicht zu schützen, damit „es nicht wieder in ein Chaos gestürzt

---

[1]) vgl. Ranke: „Englische Geschichte" V, 270 f.

[2]) „Discourses upon the modern affairs of Europe" etc : Harleian Misc. I, 411 ff. Datiert vom Haag, 24. 5. 1680.

Der Verfasser dürfte Engländer sein, so wenn er den uns schon andeutungsweise begegneten Gedanken vertritt (s. o. S. 56 ff.), eine englisch-holländische Allianz würde Karl II. mit seinem Parlament versöhnen (S. 422), oder für England die „Dominion of the Sea" (S. 416) beansprucht, oder die Furcht vor englischem Ehrgeiz zurückweist und sich auf Heinrich VIII. beruft (S. 420), der nichts wollte, als zwischen Karl V. und Franz I. die Balance halten.

[3]) a. a. O. S. 416.

[4]) Hier wird besonders deutlich dem „miserable House of Austria" jede besondere Bedeutung für das Gleichgewicht abgesprochen.

[5]) "there must be a new Fund of Power and Interest raised up": a. a. O. S. 417.

werde, aus dem die Franzosen eine Universalmonarchie machen können".[1]) Dieser Zweck wird allein durch eine festgefügte Verbindung zwischen Holland und England erreicht werden, deren nächste Spezialaufgabe der Schutz der spanischen Niederlande sein müßte, der für England und Holland wertvoller ist als für Spanien,[2]) und deren allgemeine Bedeutung darin bestehen würde, daß durch sie das europäische Gleichgewicht erhalten wird, wodurch diese Liga zugleich einen Universalzweck für ganz Europa erfüllen und darin ihre höchste Rechtfertigung finden würde. Die ausschlaggebende Stellung Englands können sich alle Staaten unbedenklich gefallen lassen. Anders wie die Völker des Kontinents hat es von Gott in dem Meere, das es von allen Seiten umspült, eine so starke natürliche Grenze erhalten, daß ihm Ausdehnung zum Schaden anderer verwehrt ist. Sein Ehrgeiz kann nur das eine Ziel haben, nach Heinrichs VIII. Vorbild Schiedsrichter in den Kämpfen der großen Festlandsmächte zu sein. Nichts kann daher Holland abhalten, mit ihm ein festes Bündnis zu schließen.

In dieser Wendung an Holland liegt gewiß die eine Tendenz der Schrift, die im übrigen auf die Engländer selbst zu wirken sucht. Sie wäre dann die erste, die für Englands Gleichgewichtspolitik im Auslande, und zwar in einem bestimmten Staate, Billigung zu finden hoffte. Sämtliche vorher zitierten englischen Pamphlete sind dagegen nur auf die Wirkung innerhalb Englands berechnet; das würde schon daraus hervorgehen, daß sie ausnahmslos zu der Politik der englischen Regierung im Gegensatz stehen. Die Schrift des Jahres 1680 zeichnet sich vor allen anderen auch dadurch aus, daß sie das große Ereignis von 1688 gewissermaßen vorausnimmt: die Verschmelzung der englischen und holländischen Politik mit dem Überwiegen des englischen Einflusses, die seit der glorreichen Revolution immer mehr das bestimmende Element in der europäischen Gleichgewichtspolitik wird, bildet schon die Grundlage des Systems des Verfassers. Der Zusammenhang der kontinentalen Machtgruppierungen mit

---

[1]) " . . . to keep the Balance of Europe from being called back into a Chaos, out of which the French may form a Universal Monarchy": a. a. O. S. 417.

[2]) a. a. O. S. 416.

den Interessen Englands als selbständiger, Handel treibender und protestantischer Macht, der dadurch bedingte Gegensatz zu Frankreich, bildet den Inbegriff des Gleichgewichtssystems, wie es vom englischen Standpunkt aus aufgefaßt wird, unter Betonung der allgemeinen Bedeutung des Systems für ganz Europa, seinen Frieden und seine Sicherheit. Es ist die typische Form, der sich die englische Gleichgewichtsliteratur der nächsten Jahrzehnte anschließt, je nach den Umständen das eine oder das andere Moment stärker hervorhebend oder vernachlässigend, mehr oder minder aber auch im Dienste der inneren Parteigegensätze. Denn das ist ja das Charakteristische der englischen Politik des 17. und 18. Jahrhunderts, daß sie nicht wie die der maßgebenden Kontinentalstaaten von einer autoritativen Stelle aus ohne Widerspruch des Landes gelenkt wird. Bei der Betrachtung der englischen Publizistik darf das nicht übersehen werden.

---

3. Kapitel.

1. So war das Gleichgewichtssystem, das wir gern mit dem Namen Wilhelms III. bezeichnen,[1]) gedanklich ausgebildet und im politischen Kampfe mehr als einmal verwertet worden, ehe der große Oranier den englischen Thron bestieg und in Wirklichkeit umzusetzen unternahm, was so lange nur politisches Postulat gewesen war. Er brauchte nicht, wie Karl II., erst aufgefordert

---

[1]) vgl. Meinberg: „Das Gleichgewichtssystem Wilhelms III., und die englische Handelspolitik". Berlin 1869. M. macht darauf aufmerksam, daß die rastlose politische Tätigkeit des großen Oraniers, die ganz Europa gegen die Übermacht Ludwigs XIV. zu einen suchte, bis zum Jahre 1688 ihren lebendigen Antrieb aus der Not und Bedrängnis Hollands erhielt, während nach Wilhelms Erhebung auf den englischen Königsthron die englischen See- und Handelsinteressen ihn in dieselben Bahnen einer antifranzösischen Politik wiesen, so daß wir wenigstens in dieser späteren Zeit seines Lebens die englischen Handelsinteressen als den realen Inhalt des nach seinem Namen genannten Gleichgewichtssystemes zu betrachten haben.

Ob gerade Wilhelm III. persönlich auf die Vorstellungen von der politischen Balance viel Einfluß gehabt hat, läßt sich nach M.s Darstellung nicht entscheiden; daß die praktischen Erfolge seiner Politik der Idee eine außerordentlich gesteigerte Verbreitung und zuerst auch offizielle Anerkennung gegeben haben, geht nicht nur aus der Flugschriftenliteratur hervor, sondern z. B. auch aus dem Friedensvertrag zwischen England und Spanien vom 13. Juli 1713, Art. II., in dem als Ziel des Friedens bezeichnet wird „de rétablir la Paix et la tranquillité de la Chrétienté par un juste équilibre de puissance": Lamberty: „Mémoires p. s. à l'historie du XVIIIe siècle", A la Haye, 1731 ff. VIII, 377.

In dem Vertrag zwischen England und den Staaten vom 24. August 1689 und in der sog. „Großen Allianz" vom 7. September 1701 ist nur von „repos et tranquillité de l'Europe" oder von der Gefahr der Freiheit Europas die Rede: Lamberty, a. a. O. I., 462 und 621 ff.

zu werden, das europäische Gleichgewicht zu verteidigen. Wir dürfen uns daher nicht wundern, daß während des Krieges von 1689 – 97 die Gleichgewichtsliteratur nicht nur nicht anschwillt, sondern im Gegenteil ihr Strom recht spärlich fließt. Wir werden daraus schließen dürfen, daß auch jetzt die Idee des Gleichgewichts in erster Linie nicht einer Rechtfertigung der englischen Politik vor dem Auslande, sondern vor den heimischen Parteien diente. Die Bestätigung wird uns die Publizistik zu Beginn und während des Spanischen Erbfolgekrieges gewähren.

Es fehlen uns aber nicht etwa ganz uns interessierende Erzeugnisse der politischen Literatur während der neunziger Jahre des 17. Jahrhunderts. Es sind uns eine Reihe von Flugschriften überliefert, von denen mehrere Wilhelms III. Kriegspolitik verteidigen.[1]) Sie erinnern England daran, daß der Krieg um die höchsten geistigen, politischen und materiellen Interessen geführt wird, die notwendigen schweren Lasten daher willig getragen werden müssen. Alle polemisieren gegen die Übermacht Frankreichs, die meisten sprechen von der drohenden Universal-Monarchie. Nur eine Flugschrift verbindet damit die Gleichgewichtsbestrebungen.[2]) Sehen wir, inwiefern sie Neues bietet. Ihr Verfasser untersucht gelegentlich französischer Friedensanerbietungen unter schwedischer Vermittelung die Ziele, die England in einem annehmbaren Frieden erreichen muß. Er verlangt vor allem eine starke Barriere für Holland und zwar erstens, weil Hollands Unterwerfung Frankreich zum Gebieter in Europa machen würde, zweitens, weil Frankreich durch sie Herr des englischen Handels werden würde. Aber auch seinen übrigen Verbündeten muß England günstige Friedensbedingungen verschaffen, und indem der Verfasser das mit den anderen Forderungen kombiniert, fährt er fort: „Es ist das allgemeine Interesse der gesamten Christenheit, das Haus Österreich wieder in eine gewisse Gleichheit mit Frankreich zu bringen. Dies „Equilibrium" ist

[1]) „The Pretences of the French Invasion examined, for the Information of the People of England". London 1692: Harl. Misc. VIII, 407 ff., u. Somers' Tracts, 1813, X, 349 ff.

Zwei Schriften des extremen Whig und Nonkonformisten John Hampden: Collection of State Tracts, II, 309 ff., 320 ff. Beide von 1692. Ebenso „Short and important considerations" etc.: State Tracts, II, 299 ff.

Auch Charles Davenant: „An Essay of the Ways and Means of Supplying the War": Works, I, 3 ff. aus dem Jahr 1695, gehört hierher: vgl. u. S. 65 [2]) [3]).

[2]) „Reflexions upon the Conditions of Peace, offered by France; and the Means to be employed for the procuring of better". Printed 1694: State Tracts, II, 412 ff.

notwendig für die Sicherheit der Völker und ebenso für die der Fürsten. Das besondere Interesse Englands aber ist es, diese Gleichheit wiederherzustellen, so daß es die Wage in der Hand haben und auf die von ihm gewünschte Seite wenden kann. Das ist das einzig mögliche Mittel für uns, nicht nur das „Empire of the Seas" aufrecht zu erhalten, dessen Besitz wir in so ruhmreicher Weise wiedergewonnen haben,[1]) sondern uns auch zu befähigen, über den Erfolg des Krieges und über die Friedensbedingungen zu entscheiden." Um diese Aussichten, die dem Verfasser auf Grund einer den größten Teil der Flugschrift einnehmenden Schilderung der militärischen Lage erreichbar erscheinen, zu realisieren, rät er zur Fortsetzung des Krieges. — Zweierlei zeichnet diese Flugschrift aus, die gehobene Stimmung des Engländers, sein gefestigtes Gefühl für die endlich wiedergewonnene Bedeutung seines Landes in der europäischen Staatenwelt, und andererseits die Bedeutung, die er für das Haus Österreich in Anspruch nimmt. Es ist ganz augenscheinlich der Aufschwung, den die Macht der deutschen Habsburger durch die glänzenden Siege im Türkenkriege und die Eroberung Ungarns genommen hat, der seinen Ausdruck in der Gleichgewichtsauffassung findet.[2])

2. Die Zahl der englischen Broschüren und Flugschriften aus den Jahren 1700 und 1701, die für unsere Untersuchung in Betracht kommen, ist so groß, daß sich ein Eingehen auf jede einzelne verbietet.[3]) Wir finden zudem in ihnen immer

[1]) Anspielung auf die Schlacht von La Hogue, im Mai 1692: Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte, II, 24.

[2]) vgl. Ranke, S. W. XXIV, 15 f. über das neue Österreich der Türkensiege.

[3]) Die Titel werden nur hier vollständig genannt und von 1–9 numeriert; alle späteren Verweisungen geben nur die Nummer und Seite an.

I. (Defoe): „The two great questions considered". London 1700. Brit. Museum. Von demselben „The two great questions further considered", London 1700, gibt nichts Neues.

II. „A letter to a Member of Parliament in the Country, concerning the present posture of affairs in Christendom"; datiert vom 1. Dez. 1700: State Tracts III, 194 ff.

III. Lord Somers: „Anguis in herba: Or the fatal consequences of a treaty with France". 1701. State Tracts III, 312 ff.

IV. „An Essay upon the present Interest of England." 1701. State Tracts III, 154 ff.

V. „The claims of the People of England essayed, in a letter from the country." 1701. State Tracts III, 1 ff.

VI. u. VII. „The Duke of Anjou's Succession considered, as to its legality and to its consequences", 1701, und „The Duke of Anjou's Succession further considered, as to the danger that may arise from it to Europe in general; but more particularly to England, and the several branches of our trade". 1700: State Tracts III, 22 ff. und 44 ff.

VIII. Charles Davenant: „An Essay upon the Ballance of Power." 1701. Works III, 297 ff.

IX. „The danger of Europe, from the growing power of France". Nov. 1701. State Tracts III, 343 ff.

wieder dasselbe mit meist geringfügigen Variationen. Wir werden daher die von ihnen vertretenen Forderungen im Zusammenhang darstellen und darauf einige Bemerkungen über die praktischen Ziele hinzufügen, die sie etwa noch außer den innerhalb des Balancesystems vereinigten Tendenzen verfolgen.

Der Ausgangspunkt für alle Schriften ist natürlich der Tod Karls II. von Spanien. Die Gefahr einer Universalmonarchie schien dadurch in drohendere Nähe gerückt als je zuvor.[1]) Während aber bisher allgemein das Wort „Universal Monarchy" oder „Empire universel" hatte genügen müssen, um Frankreich als den Feind Europas erscheinen zu lassen, versuchte jetzt der bedeutende politische Schriftsteller Charles Davenant,[2]) seinen Landsleuten in einer Abhandlung zu beweisen, daß der das Wort begleitende Schrecken wohl begründet sei.[3]) In einem ersten Teile gibt er die psychologische Erklärung des manchen Völkern innewohnenden Dranges nach Weltherrschaft, erläutert die relative Ausdehnung, die man dem Begriffe unterlegen müsse,[4]) und zeigt an Beispielen der Geschichte, daß in alter und neuer Zeit verschiedene Völker tatsächlich mit derartigen Bestrebungen große Erfolge errungen haben. Eingehender spricht er von der türkischen und der spanischen Universalmonarchie und begründet, warum sie nicht zur Vollendung gelangten, um dann auf Frankreich überzugehen, das nach seiner Meinung der Universalherrschaft schon nahe gekommen ist und durch die Erwerbung Spaniens die ganze Welt in die größte Gefahr bringen würde; "this sad prospect" fügt er hinzu, "has occasioned these papers".[5]) In einem zweiten Teil prüft Davenant die Frage nach dem Nutzen oder Schaden einer Universalmonarchie für die Menschheit. Er bekämpft die Ansicht des Spaniers Pedro Mexia, der in seinem Buche „Los Cesares" die glücklichen Zeiten der römischen Kaiser des zweiten Jahrhunderts zurückersehnt hatte. Er will weder in staatlicher, noch kommerzieller, noch geistiger Beziehung unter einer Weltherrschaft die Möglichkeit längere Zeit an-

[1]) Davon sprechen z. B. I, 15; III, passim; IV, 155; VI, 32; VII, 54; IX, 344, 372.
[2]) vgl. Dict. of Nat. Biogr. XIV, 99 f.
[3]) Charles Davenant: „On Universal Monarchy". 1701. Neugedruckt in seinen „Political and commercial Works", London, 1771. IV, 1 ff.
[4]) vgl. die Ansichten von Leibniz, o. S. 52.[1])
[5]) a. a. O. S. 28.

dauernder gesunder Verhältnisse anerkennen; mit besonderer Schärfe wendet er sich gegen den auch von sonst ausgezeichneten Herrschern wie Trajan geübten Gewissenszwang, dem man sich in einem Weltreich nicht einmal durch die Flucht entziehen könne.

Vor diesen allen Engländern jetzt zusammenhängend geschilderten, mit einer Weltherrschaft notwendig verbundenen Gefahren sollen England und mit ihm ganz Europa nach der übereinstimmenden Meinung der Publizisten durch das Gleichgewichtssystem bewahrt bleiben. Diese Gefahren sind so dringend, weil nach der allgemeinen Meinung Spanien auch unter der Herrschaft eines eigenen Königs aus dem Hause Bourbon in Wahrheit von Frankreich regiert werden würde,[1]) und weil Ludwig XIV. auf diesem Umwege nicht minder sicher seine Universalmonarchie durchführen würde. In einer Flugschrift wird ein eigener Nachweis dafür angetreten, daß Ludwig XIV. wirklich die ihm allgemein zugeschriebenen Ziele verfolgt,[2]) während Defoe der Meinung ist, daß kein Beweis erforderlich sei, weil naturgemäß jeder Herrscher seine Macht soweit ausdehnen werde, wie ihm nicht durch einen Stärkeren Halt geboten würde.[3]) Der erste und wichtigste Zweck, den England durch die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts erzielen soll, ist also die eigene Unabhängigkeit wie die der übrigen Fürsten; beide sind untrennbar verbunden.[4]) England soll in der Erfüllung dieser Aufgabe eine „unschätzbare Prärogative" und seinen schönsten Ruhm sehen.[5]) Ja, wenn sich wie bei dem zweiten Teilungsvertrage[6]) ein Konflikt zwischen dem strengen Recht und dem Prinzip des Gleichgewichts erhebt, so muß dieses siegreich bleiben, oder, wie sich der Anwalt dieser Meinung, Defoe, ausdrückt: „the Peace of Kingdoms, the General quiet of Europe, prevails to set aside the Point of nice Justice".[7]) Wie in den Broschüren der siebziger Jahre werden auch jetzt vielfach historische Beispiele herangezogen; Heinrich VIII. und Elisabeth ernten reiches Lob, Cromwell und Karl II. scharfen Tadel.[8])

[1]) II, 202; VI, 26; VII, 46.
[2]) III, 326 ff.
[3]) I, 15.
[4]) III, 323; VII, 59; II, 201 f.; IV, 159 ff.
[5]) II, 196.
[6]) vgl. Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte, II, 171.
[7]) I, 20.
[8]) I, 15; V, 17; bes. VIII, 305 f.

Ebenso wie sich die Verteidigung der Freiheit Englands mit dem Schutz der Freiheit Europas zu einer Einheit verbindet, so hängt auch die Rettung der englischen Kirche untrennbar mit der Erhaltung des Gleichgewichts zusammen. Nicht nur, daß die Universalmonarchie mit dem Katholizismus identifiziert wird, für die freie Ausübung ihrer Religion besteht für die protestantischen Engländer darin eine besondere Gefahr, daß der von ihnen vertriebene König Jakob II. im engen Bunde mit der katholischen Vormacht stand, ein Bund, der auch unter seinem Sohne fortdauert. Es taucht wohl die Vorstellung von einem „protestantischen Gleichgewicht" auf, das mit dem politischen Gleichgewicht nicht identisch ist, aber durch dieses allein erhalten werden kann.[1]) England erscheint auch in diesen religiösen Gegensätzen als ausschlaggebender Faktor, es hat auch hier einen doppelten Beruf als Schützer aller Protestanten und seiner besonderen religiösen Unabhängigkeit auszuüben.[2]) Eine Schrift bringt den Zusammenhang staatlicher und konfessioneller Selbstbestimmung auf die Formel: Der Königin Elisabeth vorbildliche Maximen seien es gewesen „das Haupt der Protestanten zu sein und die Balance von Europa zu halten".[3]) Ein anderer Publizist spricht die Hoffnung aus, zum Entgelt für die aus den allgemeinen politischen Gründen notwendige Unterstützung des Kaisers würde England Zugeständnisse für die protestantischen Brüder in den kaiserlichen Erblanden erwirken können.[4])

Das dritte Gut, das durch die drohende Universalmonarchie dem Untergange geweiht wäre, ist Englands Handel: neben das ganz allgemeine Freiheitsinteresse, neben das Wohl des Protestantismus tritt ein rein englisches Interesse.[5]) Es ist nicht zu verwundern, wenn die meisten Flugschriften von ihm mit größerer Ausführlichkeit sprechen, waren doch Englands kommerzielle Beziehungen damals schon ausgedehnt genug.[6]) Und gerade die

---

[1]) I, 17.

[2]) bes. VI, 37; vgl. auch IV, 156, 165, 172 ff.; eine protestantische Liga VII, 63; VIII, 316; "the king was acknowledged to be the head of the Protestant Interest": nach dem Frieden von Ryswick.

[3]) V, 17.

[4]) VI, 36.

[5]) Nur I und V kommen hier nicht in Betracht.

[6]) Über die tatsächlichen Verhältnisse vgl. v. Noorden: „Europäische Geschichte im 18. Jahrhundert". 1870 ff. I, 37 ff., bes. S. 44.

Aussicht einer Vereinigung Spaniens mit Frankreich regte die öffentliche Meinung Englands aus gewichtigen Gründen auf. Da schien der gewinnbringende spanische Wollhandel in französische Hände geraten zu sollen, was die englische Tuchindustrie schwer treffen mußte; man behauptete, England würde bei einem französischen Monopol auf spanische Wolle in Zukunft Stoffe importieren müssen, statt sie wie bisher auszuführen.[1]) Und auch der sonstige Warenaustausch mit Spanien, der England gegen seine industriellen Erzeugnisse einen Teil an dem aus Amerika kommenden Edelmetallstrome vermittelte, würde sicherlich durch unerträgliche Zölle zugunsten Frankreichs unmöglich gemacht werden. Nicht England, sondern Frankreich, so hieß es, wird die spanischen Kolonien mit Leinen- und Wollwaren versorgen. Französische Schiffe werden die Erlaubnis erhalten, direkt nach Westindien zu fahren; der an den Weg über Cadiz gebundene englische Kaufmann wird die Konkurrenz nicht aushalten können.[2]) Nicht viel besser wird es dem englischen Levantehandel gehen, denn die Straße von Gibraltar kann durch die vereinigten französischen und spanischen Flotten gesperrt werden,[3]) und auch wenn dies Extrem nicht eintritt, wird Frankreich durch den Besitz oder die Verfügung über Neapel und Sizilien die englischen Nebenbuhler leicht aus dem Felde schlagen.[4]) Der afrikanische Sklavenhandel wird französischen Handelstreibenden zufallen.[5]) Womöglich werden selbst Englands eigene Kolonien in Gefahr geraten.[6]) Hilft England aber dem Hause Habsburg in den Besitz der spanischen Erbschaft, dann darf es zum Lohne günstige Handelsbedingungen erhoffen.[7])

Eine andere Gefahr für die englische Schiffahrt würde durch die Unterwerfung Hollands durch Frankreich drohen, denn England kann sich auf seine Seemacht gegenüber der durch die holländischen Schiffe verstärkten französischen Marine nicht verlassen.[8])

---

[1]) III, 320, 340; IV, 157; bes. VII, 47.
[2]) IV, 157 f.; VII, 50 ff.
[3]) VII, 49.
[4]) III, 320; VII, 49.
[5]) VII, 52; III, 321.
[6]) VII, 52.
[7]) VII, 66 f.
[8]) II, 201 f.

„Liberty, religion, trade“ ist das allen Schriften aus dem Beginn des spanischen Erbfolgekrieges mit gewissen Nuancen gemeinsame Motiv, zusammengefaßt überall unter der Forderung des europäischen Gleichgewichts, das von da an eigentlich erst wieder den Charakter eines Schlagworts erhält. Die Form des europäischen Gleichgewichts ist in allen Schriften dieselbe: das Haus Bourbon auf der einen, das Haus Habsburg auf der anderen Seite, England als dritte Macht, nach freier Wahl die politische Wage nach der Richtung durch sein Gewicht senkend, wie es ihm um des rechten Äquilibriums willen gut dünkt. Die unabhängige Existenz mehrerer gleichberechtigter Staaten, die freie Ausübung der protestantischen Religion, die ungehinderte Ausdehnung des englischen Handels sollen durch das Gleichgewichtssystem gesichert werden.

Aber was bezwecken die politischen Schriftsteller im einzelnen Falle mit der Darlegung dieser Verhältnisse? Man wird ohne Zweifel annehmen dürfen, daß in mehr oder minder starker Weise neben anderen Motiven lebendig patriotische Gefühle sie alle oder doch die meisten unter ihnen trieben, die von ihnen für richtig gehaltene Politik vor der Nation literarisch zu vertreten. Mußte doch das englische Volk wissen, wofür es sich in einem neuen Kriege gegen Frankreich neue Opfer an Menschen und finanziellen Aufwendungen auferlegen sollte. An das englische Volk appellieren in der Tat alle von uns besprochenen Schriften der beiden Jahre vor dem Ausbruch des Krieges, nicht an das Ausland. Nirgends werden andere Nationen oder Regierungen aufgefordert, um des europäischen Gleichgewichts willen sich England anzuschließen, im Gegenteil, England wird gemahnt, auf Grund dieses Prinzips andere Mächte, vor allem den Kaiser und Holland,[1]) in ihren Ansprüchen zu unterstützen. Eine Ausnahme macht höchstens eine Schrift,[2]) die sich am Schluß, nach sehr eingehenden Betrachtungen der Gefahren der Thronbesteigung des Herzogs von Anjou für England von den drei bekannten Gesichtspunkten „liberty, religion und trade“ aus, über

[1]) Holland war wegen der spanischen Niederlande von vornherein gegen die Totalsukzession eines französischen Prinzen.

[2]) VI, 39 f.

das voraussichtliche Verhalten der kontinentalen Mächte ausläßt. Aber wenn dort gesagt wird, die Schweiz würde am besten fahren, indem sie zwischen Habsburg und Bourbon die Balance hielte; wenn auch die italienischen Fürsten nach der Meinung des Verfassers ihr Interesse in der „ballance of Christendom" sehen würden; so scheint damit weniger eine Aufforderung an sie beabsichtigt zu sein, dem entsprechend Partei zu ergreifen, sondern der Verfasser möchte mehr durch diese Erwägungen seinen eigenen Landsleuten Mut machen, zusammen mit dem größten Teil von Europa die von ihm empfohlene Politik zu befolgen.[1])

Außer den patriotischen Motiven aber können wir in mehreren Broschüren auch parteipolitische Tendenzen deutlich wahrnehmen. Zwei besonders auffallende Beispiele seien hier hervorgehoben.[2]) Das erste ist Davenants Essay über das Gleichgewicht der Macht.[3]) Davenant macht sich den zweiten Teilungsvertrag zunutze. Indem er diesen auf das heftigste angreift, unter sorgfältiger Schonung der Person Wilhelms III., indem er die whiggistischen Minister, die ihn abgeschlossen haben, verdächtigt, gegen ihre ganze Politik die schwersten Beschuldigungen erhebt, das „country interest" gegen das „money interest" ausspielt, das durch Parlamentsbestechungen und die Gründung der Neuen Ostindischen Kompagnie und der damit in Verbindung stehenden Bank von England das politische Leben vergiftet habe, indem er aber andererseits für die absolute Notwendigkeit einer Balancepolitik eintritt, macht er jedermann den Schluß leicht, daß nur die unehrliche Whigverwaltung durch ein ehrliches Toryregiment ersetzt zu werden braucht, damit jeder Engländer mit

---

[1]) Damit soll in keiner Weise bestritten werden, daß die englische Diplomatie die Idee des Gleichgewichts als Werbemittel im Kampfe gegen Frankreich den kontinentalen Mächten gegenüber verwandt hat. Die Zeugnisse dafür sind in den diplomatischen Verhandlungen zu suchen, nicht in der politischen Literatur; diese allerdings ist von solchen Tendenzen frei. Daß aber wirklich der Gleichgewichtsgedanke während des Spanischen Erbfolgekrieges von England aus auf dem Kontinent eingebürgert worden ist, spiegelt auch die Publizistik wieder. Vor 1713 ist nur die politische Literatur Englands voll von der Balanceidee, nach dem Utrechter Frieden begegnet sie überall, besonders in Deutschland, und wird hier sofort ein Gegenstand gelehrter Spekulation. Vgl. auch den Anhang.

[2]) Aber frei von Parteitendenzen sind auch andere Schriften nicht, so V, VI und jede Schrift, die den zweiten Teilungsvertrag erwähnt, wie II und IV besonders.

[3]) Oben als VIII. bezeichnet. Vgl. auch Ringhoffer: „Die Flugschriftenliteratur zu Beginn des spanischen Erbfolgekrieges". Berlin 1881. S. 49 ff.

Freuden Gut und Blut zu opfern bereit ist, um das europäische Gleichgewicht zu schützen. Allerdings leistet sich Davenant am Schluß seines Pamphlets trotz der vorangegangenen Gehässigkeiten die Mahnung an „alle guten Engländer", im Interesse des Gleichgewichts „die Parteinamen beiseite zu legen und sich in schuldigem Gehorsam gegenüber dem König zu vereinen"; er wird aber alles andere lieber gesehen haben, als eine Erfüllung dieses Wunsches.

Nicht minder leidenschaftlich in ihren Angriffen auf die Gegner ist eine Whigschrift, die in ihrer Weise die Kriegsleidenschaften zu steigern und für die Partei auszunutzen strebt.[1]) Während Davenant die Gleichung: Whigs = Geldspekulanten aufgebracht hatte, werden hier Tories und Jakobiten identifiziert, um aus den bevorstehenden Neuwahlen überall Whigs hervorgehen zu lassen, die allein zuverlässigen Männer in der großen Gefahr. Alle Ämter sollen mit ihnen besetzt, die Gesetze gegen die Sekten aufgehoben werden.[2]) Alles wieder im Interesse des Gleichgewichts! Die innere Eintracht wird wie von Davenant gepriesen, der Verfasser denkt sie sich dadurch erreicht, daß das ganze Land whiggistisch wählt, und die paar etwa doch noch vorhandenen Jakobiten und Tories gegenüber dem einigen England nicht in Betracht kommen.

Sieht man nur diese beiden Schriften an, so könnte man meinen, das europäische Gleichgewicht sei im Anfang des 18. Jahrhunderts in England nichts als ein Schlagwort im Parteikampf gewesen. In dieser Ausschließlichkeit ist das für die bisher angeführte Literatur nicht richtig: Defoes Schrift und auch die des Lord Somers sind von direkter Vertretung eines Parteistandpunktes fern, die anderen Flugschriften auch nur bis zu einem gewissen Grade von ihm beeinflußt. Dem Gleichgewichtsgedanken wohnt sichtbar noch eine eigene Bedeutung bei, er ist geeignet, auch außerhalb des Parteiinteresses dem politischen Fühlen des englischen Volkes einen gewissen idealen Schwung zu verleihen. Die Begeisterung für Unabhängigkeit, Protestantismus und freien Handel ist in ihrer Vereinigung nicht ohne einen erhebenden Zug.

---

[1]) Oben als IX bezeichnet.

[2]) a. a. O. S. 357 f.: Polemik gegen die Testakte.

3. Dieser Schwung fehlt fast gänzlich den Flugschriften aus den letzten Jahren des Spanischen Erbfolgekrieges, die in beträchtlicher Zahl in England erschienen, und die wir hier anfügen. Durch die glänzenden Siege während des Krieges war ja erreicht, was man in England erstrebt hatte. Eine wirkliche Gefahr für die großen Güter der Nation bestand nicht mehr. Wenn trotzdem die Gleichgewichtsliteratur noch einmal zu einem breiten Strome anschwoll, so lag der Grund in den inneren Verhältnissen Englands. Die Torypartei arbeitete aus hier nicht zu erörternden Gründen seit dem Jahre 1710 für baldigen Frieden,[1]) während die Fortsetzung des Krieges mit dem politischen und materiellen Interesse der Whigs zusammenfiel.[2]) Durch den Tod Josephs I., im April 1711, und die Wahl des habsburgischen Königs von Spanien zum Kaiser erhielten die Tories einen ausgezeichneten Agitationsstoff. Gleich das erste berüchtigte Pamphlet gegen die Fortsetzung des Krieges[3]) führte außer den zahllosen einzelnen Angriffen auf Englands Verbündete einen allgemeinen Grund für den Frieden an: Das europäische Gleichgewicht wird verletzt, wenn derselbe Mann, der Kaiser ist und die österreichischen Besitzungen des Hauses Habsburg beherrscht, gleichzeitig über Spanien regiert. In derselben Weise verlangte eine andere Toryschrift, daß Philipp von Anjou unter gewissen beschränkenden Bedingungen Spanien erhalten müsse, da Spanien und Österreich vereint schon dreimal in der Geschichte, zur Zeit Karls V., Philipps II. und Ferdinands II., das Gleichgewicht gestört und die politische wie die religiöse Freiheit Europas bedroht hätten.[4]) Bolingbrokes Zeitschrift, der Examiner,[5]) brachte kurze Artikel mit ähnlichen Argumenten. Dagegen aber erhoben nun auch die Whigs das Gleichgewicht zu ihrem Panier, sie suchten nachzuweisen, daß die ungeteilte Sukzession der Habsburger in die Länder der spanischen Monarchie unter dem Kampf fürs Gleichgewicht zu verstehen und auch bisher von Krone und Parlament stets verstanden worden sei.[6])

[1]) Erdmannsdörffer, a. a. O. S. 276.

[2]) Erdmannsdörffer, a. a. O. S. 268.

[3]) „The conduct of the Allies and of the late Ministry, in beginning and carrying on the present war." London 1712. (Brit. Museum.) (1. Ausg. 1711.)

[4]) „The Ballance of Europe" etc. London 1711. (Brit. Mus.)

[5]) Im Brit. Mus. ist ein Exemplar erhalten.

[6]) „A few words upon the Examiner's scandalous peace." London 1711. (Brit. Mus.)

Damit verband sich der Streit, ob England in den spanischen Erbfolgekrieg als ein Hauptbeteiligter (principal) oder nur als Hilfsmacht (auxiliary, confederate) eingetreten sei.[1]) Für die Auffassung von Englands Bedeutung im europäischen Gleichgewichtssystem ist die Erörterung nicht unwesentlich. Die Frage, bis zu welchem Grade England sich in die kontinentalen Verwicklungen einlassen müsse, soll durch eine allgemeine Formel fixiert werden. Wir werden der Diskussion darüber noch einmal begegnen.[2]) So wird von Whigs und Tories in ihrem Kampfe die Idee von Englands Stellung als Halter der politischen Wage Europas hin und her gezerrt, von den Tories ihrer kommerziellen und religiösen Bestandteile meist beraubt, während die Whigs gerade religion und trade auch jetzt eifrig in diesem Zusammenhange betonen.[3]) Mag man auch annehmen, daß es ihnen dabei nicht allein um wirkungsvolle Worte zu tun ist, daß die Begeisterung für die alten Ideale aus dem Beginn des großen Krieges nicht ganz in ihnen erloschen ist, im allgemeinen hat man den Eindruck, daß ein großer Gedanke, der sich soeben noch von fruchtbarer politischer Kraft erwiesen hatte, zu einem Spielball in den Händen von Parteiführern geworden ist.

4. Gegenüber der Zahl der englischen Flugschriften verschwinden die Erzeugnisse der Gleichgewichtsliteratur anderer Staaten aus der Zeit des spanischen Erbfolgekrieges. Es ist schon von Ringhoffer[4]) gezeigt worden, wie geringe Ausbeute die österreichische Literatur für die Betrachtung vom allgemeinen politischen Standpunkt aus gewährt. Sie ist zum größten Teil juristischer Natur. Erwähnenswert ist immerhin eine deutsch geschriebene Verteidigung der habsburgischen Ansprüche auf die spanische Erbschaft.[5]) Darin wird in einer Weise, die ganz an

[1]) Aufgebracht wohl schon Ende 1710 von Bolingbroke in einer Nummer des Examiner; neu gedruckt bei Somers: „A collection of scarce and valuable Tracts," Neuaufl. London 1814, XIII, 71 ff. Im „Conduct of the Allies" vertreten. Dagegen „The Allies and the late Ministry defended against France and the present friends of France". 4 parts. London 1712. (Brit. Museum.)

[2]) s. u. S. 82 ff.

[3]) „The Allies . . . defended" S. 22 und passim. Ähnlich in „The offers of France explained", London 1712. (Brit Mus.) S. 23. Freiheit und Religion auch in „Europe a Slave, when the Empire is in Chains". 1713. (Brit. Mus.)

[4]) a. a. O. passim.

[5]) „Die ans Licht gebrachte Wahrheit des oesterreichischen Rechts und frantzösischen Unrechts zur spanischen Succession." Cöllen 1701.

die bald immer lebhafter werdende naturrechtliche Behandlung der Gleichgewichtstheorie erinnert, die Gemeinsamkeit der Interessen aller Völker gegen die zu sehr anwachsende Macht eines Staates betont: „Es ist nämlich die Welt ein allgemeines Vaterland, worinnen alle freyen selbst herrschenden Völcker und Könige die Bürger vorstellen.“[1]) Diese Weltbürger müssen ebenso auf das allgemeine Weltbeste achten, wie der Staatsbürger auf das Heil seines engeren Vaterlandes. Um dieses allgemeinen Besten willen hat die Gemahlin Ludwigs XIV., Maria Theresia, auf ihr Erbrecht verzichten müssen, und es ist eine besondere „Glorie“ für Philipp IV., in dieser Weise für das Interesse ganz Europas gesorgt zu haben. Frankreich aber treibt eine ganz andere Politik: seit Franz I. strebt es nach einer Universalmonarchie. Der Verfasser weist das im einzelnen nach und fügt hinzu, wer noch jetzt daran zweifeln kann, „der muß wohl noch sehr jung in der Welt sein, und wann solche Einfalt bey einigen noch übrigen Europäischen Potenzen noch weiter vorhalten sollte, so ist die Rechnung bald gemacht; nemlich, die Welt werde auf solche Weiß nimmermehr Ruhe haben, bis alles mit einander Frantzösisch worden“.[2]) Später erklärt der Verfasser auch, in welcher Weise Frankreich seine Absichten verwirklichen wird. Sein „Universaldominat“ wird aus zwei Elementen bestehen, dem „Obergebiet“, das es direkt oder indirekt beherrscht,[3]) und dem „Alleinkauf oder Monopolio“.[4]) Zu dem Zwecke wird es die wichtigsten Seeplätze in der ganzen Welt besetzen und den Handel in Ost- und Nordsee, den spanischen, Levante- und Kolonialhandel sich vorbehalten, Engländer, Spanier und nordische Staaten von Handel und Verkehr ausschließen. Und dabei haben die Franzosen der Welt vormachen wollen, Spanien suche sich die Welt zu unterwerfen![5]) Und wirklich hat die betrogene Welt lange genug Frankreichs Warnungen Gehör geschenkt und ist ständig bemüht gewesen „wie doch die Waagschal zwischen beyden Monarchien gleicher zu machen wäre“, wobei sie sich denn stets gegen

[1]) a. a. O. S. 8.
[2]) a. a. O. S. 22.
[3]) a. a. O. S. 60ff.
[4]) a. a. O. S. 60, und bes. S. 71ff.
[5]) a. a. O. S. 66f.

Spanien gewandt hat, so daß man von dieser Verblendung der Völker „eine recht lustige Komödie" schreiben könnte.[1])

Es scheint so, als ob der Verfasser dieser Broschüre zwar gegen den Unfug kämpfen will, den die französische Diplomatie mit dem Schlagwort „Universalmonarchie" getrieben hat, und gegen die dadurch irregeleitete Richtung der Gleichgewichtsbestrebungen des übrigen Europa, daß er aber im Prinzip diese für wohl berechtigt anerkennt. Er will eben nur dieselbe Umkehrung des Angriffsobjektes der Gleichgewichtspolitik vornehmen, welche Lisola zuerst vertreten hat.[2]) Und zwar wünscht der Verfasser mit dieser richtig verstandenen Forderung des Abwägens der beiden großen Mächte auf das Ausland zu wirken, in erster Linie wohl auf die Seemächte. Nur diese konnten durch die Ausführungen über das geplante französische Handelsmonopol sich bewegen lassen, Österreichs Ansprüche zu verteidigen. Innerhalb Deutschlands würden derartige Argumente wenig Verständnis gefunden haben. Ähnlich den englischen Publizisten verbindet der deutsche Publizist Freiheit und Handel als Ziele im Kampf gegen die Universalmonarchie; er läßt den dritten Bestandteil des englischen Gleichgewichtssystems, die Sicherheit des Protestantismus, dagegen notwendigerweise fort. Der literarische Vertreter des katholischen Erzhauses konnte dies Element in seinem politischen System nicht brauchen.

Neben diese österreichische Flugschrift stellt sich eine Broschüre ähnlicher Tendenz, die nach Ringhoffers Vermutung von einem spanischen Niederländer verfaßt ist.[3]) Sie enthält einen umfangreich juristisch und politisch begründeten Angriff auf den zweiten Teilungsvertrag, dem gegenüber das Recht des Kaisers, resp. des Erzherzogs Karl, auf die ungeteilte Erbschaft vertreten wird: Das Interesse Europas verlangt nicht minder wie

[1]) a. a. O. S. 67.

[2]) s. o. S. 48 f.

[3]) Das französische Original zitiert bei Ringhoffer, a. a. O. S. 31. Ich zitiere nach einer englischen Übersetzung: „The fable of the Lion's share, verified in the pretended partition of the Spanish Monarchy". 1701. State Tracts, III, 129 ff.

Ringhoffer führt namentlich das Interesse an den kommerziellen Verhältnissen für die spanisch-niederländische Nationalität des Verfassers an; nach dem oben besprochenen deutschen Traktat erscheint dieser Schluß nicht notwendig. Indessen spricht doch die eingehende Beschäftigung mit der Bedeutung der einzelnen spanischen Länder, vor allem die Verteidigung und das Lob Philipps II. (S. 138 f.) und die gute Schilderung des wirtschaftlichen Darniederliegens Spaniens (S. 146 f.) für Ringhoffers Annahme.

die Gerechtigkeit die Abweisung der französischen Ansprüche, die auf die endgültige Schwächung des Hauses Habsburg und damit auf die Vernichtung des Gleichgewichts zielen.[1]) Noch sicherer würde natürlich der „Bruch der Balance“[2]) eintreten, wenn bei dem erwarteten Tode Karls II. ein französischer Prinz sein Nachfolger werden würde. Für die beiden großen Seemächte zeigt sich die Gefahr besonders in dem Übergewicht, das der französische Handel im Mittelmeer wie in Westindien dadurch erringen würde. An England und Holland, beziehungsweise ihre leitenden Staatsmänner, richtet der Verfasser daher wohl den Tadel der „speculative“ oder „enthusiastick Politicians“, die ihre Augen vor der dringenden allgemeinen Gefahr nicht offen halten wollen, sondern von Zeit und Zufall Hilfe erwarten.[3])

Wir sehen, das europäische Gleichgewicht wird auch in dieser Schrift im Interesse der Habsburger angerufen. Die Parömie „Freiheit und Handel“, die den konkreten Inhalt des Gleichgewichts bildet, soll England und Holland zu Bundesgenossen des Kaisers im Kampf um das spanische Erbe machen. Die kaiserliche Politik wendet sich, soweit sie das Schlagwort Gleichgewicht sich dienstbar macht, an das Ausland, vor allem an die Seemächte, die sich ihrerseits, unter Führung Englands, als den dritten großen Machtfaktor in Europa betrachten, als den „holder of the ballance of power“. Es war der Ausdruck für die Tatsache, daß England unter der Regierung Wilhelms III. und der Königin Anna sich als ebenbürtig neben die beiden großen Festlandsmächte gestellt hatte. Aus dem spanischen Erbfolgekrieg ging das sogenannte „alte System“ neu gefestigt hervor.[4])

---

[1]) a. a. O. S. 144.

[2]) a. a. O. S. 153.

[3]) a. a. O. S. 144.

[4]) Über dies „alte System“ der englischen Politik vgl. Wolfgang Michael: „Die englischen Koalitionsentwürfe des Jahres 1748“: Forsch. z. br. u. pr. Gesch. (1888), I, 203 ff. Es beruhte auf der Balanceidee, mit einer nun schon traditionellen Vorliebe Englands für Habsburg und Feindseligkeit oder mindestens Argwohn gegenüber Frankreich.

III.

Vom Frieden zu Utrecht bis zum Frieden zu Aachen.

1. Kapitel.

Die Zeit von 1714 – 40 ist eine politisch sehr bewegte, so wenig sie auch durch große kriegerische Ereignisse erfüllt wird. Dementsprechend ist die Gleichgewichtsliteratur, obgleich gering an Umfang, der Ausdruck mannigfacher politischer Konstellationen. Sie läßt sich in vier Gruppen ordnen.

1. Das europäische Gleichgewichtssystem der Publizistik zeigte eine Beschränkung, die mit seinem Anspruch auf Allgemeingültigkeit kontrastierte: es beanspruchte, für ganz Europa zu gelten und war doch in Wahrheit nur eine Abstraktion aus den politischen Verhältnissen West- und Mitteleuropas, und auf die Staaten dieses Teils von Europa in der Literatur fast allein bezogen. Diese Tatsache war den politischen Schriftstellern im allgemeinen nicht recht zum Bewußtsein gekommen, wir haben deshalb noch nicht früher darauf aufmerksam gemacht. Eine Änderung scheint zuerst während des nordischen Krieges eingetreten zu sein, der zugleich mit dem Kampf um die spanische Erbfolge ausgefochten wurde. Aber wie die praktische Politik mit Erfolg bemüht war, beide Kriege auseinander zu halten,[1]) so kam die Publizistik auf den Gedanken, ebenso bewußt den Norden von dem übrigen Europa zu trennen. Eine schon in anderem Zusammenhang erwähnte englische Flugschrift des Jahres 1711 drückt den Ge-

[1]) vgl. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte II, 307 ff.

danken mit deutlicher Schärfe aus:[1]) „Dem Leser braucht nicht gesagt zu werden, daß Europa hier im engern Sinne für die Nationen Europas genommen werden muß, die an dem gegenwärtigen Krieg gegen Frankreich auf der einen oder andern Seite beteiligt sind, ohne daß wir uns mit den Angelegenheiten von Schweden oder Moskovien, Ungarn oder der Türken abgeben wollen. Diese liegen zwar in Europa, aber da West- und Mitteleuropa der regierende Teil von Europa sind, ist die Anwendung des Wortes Europa auf dieses allein durch Zeit und Gewohnheit legitimiert worden."

Nun wurden aber gerade durch den nordischen Krieg die Interessen auch der alten Kulturmächte stark berührt, eine völlige Abtrennung des Nordens und Ostens schien doch nicht recht möglich. Aber es ist bezeichnend für die Zähigkeit politischer Anschauungen, daß die neue Machtentfaltung Rußlands auf die Idee des europäischen Gleichgewichts an sich keinen Einfluß ausübte, sondern daß man sich mit einem Ausweg half. Wie man die innern Verhältnisse der deutschen Mächte mit den allgemein-europäischen dadurch verknüpfte, daß man ein deutsches Gleichgewicht annahm und von dessen Bewahrung die des europäischen Gleichgewichts abhängig machte,[2]) so kam jetzt die Idee eines ähnlich mit den allgemeinen Interessen verbundenen nordischen Gleichgewichts auf. Noch während des großen Krieges forderte eine englische Broschüre unter dieser Devise zur Unterstützung Schwedens und Zurückdrängung Rußlands auf.[3])

Allgemeinere Bedeutung hat die Idee wohl erst in den diplomatischen Verhandlungen gefunden, die ihren Ausdruck in den Verträgen von Wien im Mai und von Herrnhausen-Hannover im September 1725 erhielten. Der Norden wurde dadurch hineingezogen, daß Rußland der österreichisch-spanischen Allianz beitrat.[4]) Wie sollte sich Schweden in dieser Lage entscheiden?

---

[1]) „The Ballance of Europe", Lond. 1711. (Brit. Mus.) S. 25f. Die Übersetzung ist möglichst getreu; der im Deutschen nicht wörtlich wiederzugebende Schlußpassus lautet englisch: "Without concerning ourselves with the Affairs of Sweden or Muscovie, Hungary or the Turks, which, tho'it is true they are in Europe, yet as this is the governing part of Europe, it has been a word Legitimated to this Part by the Custom of the Times."

[2]) s. o. S. 34f., S. 41, und u. S. 90f.

[3]) „The conduct of the Allies" etc. (s. o. S. 72 [3]) S. 94.

[4]) Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte II, 410.

Eine Broschüre vom Jahre 1726 sucht darauf zu antworten.[1]) Scheinbar ist sie eine Untersuchung der Gründe für oder gegen den Anschluß an das englisch-französische Bündnis, in der Tat eine höchst wahrscheinlich von englischer Seite ausgehende Parteischrift.[2]) Während der Kaiser angeklagt wird, im Gegensatz zu den Bemühungen Englands die schweren Verluste Schwedens im Nordischen Kriege verschuldet zu haben, obgleich ihm doch ebenso wie den anderen europäischen Fürsten daran hätte gelegen sein müssen, Schweden zu helfen und Rußland „zur Bewahrung des Gleichgewichts im Norden wieder in seine alten Grenzen einzuschließen",[3]) wird Englands Politik gegen etwaige Angriffe verteidigt. Der Kaiser hat bewiesen, daß Schweden und das „équilibre dans le Nord" ihm gleichgültig sind, darum muß Schweden sich an England und Frankreich anschließen, die beide gern jede Gelegenheit benutzen werden, ihm um ihres Handels und des Gleichgewichts im Norden willen das Verlorene wieder zu verschaffen. Schweden wird seinerseits durch eine Förderung der englischen Interessen zwischen Rußland und England eine Balance herstellen können, die ihm, dem Schwächeren zwischen zwei Starken, allein Sicherheit vor beiden gewähren kann.[4])

Die Vorstellungen des Schriftstellers über die Gestalt des von ihm vertretenen nordischen Gleichgewichts sind nicht einheitlich: Einmal sind ihm Schweden und Rußland die Gegner, zwischen denen England ausgleicht, dann wieder Rußland und England, die durch Schweden balanciert werden. Treffend spiegeln sich die alten und die neuen Gegensätze des nordischen Staatensystems in diesen schwankenden Vorstellungen. Einheitlich dagegen ist der Zweck, den die englische Politik mit der Idee des nordischen Gleichgewichts verbindet, den Schutz der britischen

---

[1]) „Réponse faite de Stockholm à la lettre d'un ami de Province, sur la diversité des opinions au sujet de l'accession de la Suède au traité de Hannover." s. l. s. d. Das Jahr 1726 ergibt sich aus der Erwähnung der Absendung eines englischen Geschwaders in die Ostsee als „in diesem Jahre" geschehen.

[2]) Dafür spricht außer dem ganzen Ton des Pamphlets die ausführliche Verteidigung der Haltung Englands im Jahre 1719 und die darauf gegründete Behauptung, die Geschichte lehre „de compter l'Angleterre . . . la véritable pierre de touche de la bonne foi des Princes": S. 11. Vgl. auch die Idee, daß Schweden, England und Rußland balancieren müsse, oben im Text.

[3]) a. a. O. S. 10.

[4]) a. a. O. S. 20. Das Vorhergehende auf S. 19.

Handelsinteressen in der Ostsee. Es ist der alte Kampf um das dominium maris baltici, der unter neuen politischen Konstellationen mit einem neuen Schlagwort geführt wird, dessen Tendenz sich gegen die unbedingte Vorherrschaft einer der die Ostsee umgebenden Mächte richtet, in concreto also gegen Rußland. Dieselben Gesichtspunkte begegnen uns wieder in einer offiziösen englischen Broschüre vom Jahre 1727, die gleichfalls die Aussendung der englischen Ostseeflotte im Frühjahr 1726 mit der notwendigen Rücksicht auf das nordische Gleichgewicht verteidigt.[1])

Wenn auch vornehmlich Englands Handelsinteressen zu der Forderung eines Gleichgewichts der nordischen Staaten geführt haben, und diese Idee von vornherein in ganz anderem Maße als das allgemeine europäische Gleichgewicht der Verteidigung wirtschaftlicher Interessen dienen soll, so ist sie doch auch von anderer Seite als berechtigt anerkannt worden. Eine ausgezeichnete österreichische politische Abhandlung über die Aufgaben des für Cambray geplanten, tatsächlich dann in Soissons 1728 abgehaltenen europäischen Kongresses geht in einer ihrer propositiones auf die Verwicklungen im Norden, insbesondere auf die noch nicht erledigte Angelegenheit der Restitution des Herzogs von Holstein-Gottorp in seine Besitzungen in Schleswig ein.[2]) Dabei kommt ihr Verfasser auf die englische Flottenexpedition von 1726 zu sprechen und erklärt sie mit der „nimia Russorum maritima potentia", mit der Furcht vor russischen Angriffen gegen eine der andern Ostseemächte, und mit dem großen Interesse der britischen Krone „ut Aequilibrium Europae itidem in Septentrionalibus Regnis et Provinciis servaretur". Entsprechend wünscht der österreichische Staatsmann die Restitution resp. Entschädigung des Gottorper Herzogs, da davon „Aequilibrii in oris septentrionalibus ratio" hauptsächlich abhänge. Auch er legt also Wert darauf, seine Vorschläge mit der Erhaltung des nordischen Gleichgewichts zu begründen.

---

[1]) „Recherche des motifs sur lesquels est fondée la conduite de la Grande-Bretagne, par rapport aux affaires de l'état présent de l'Europe." Traduit de l'Anglais. A la Hay 1727. Über den Charakter dieses kleinen Buches s. u. S. 84 f.

[2]) „Propositiones quaedam de causis ac dissidiis summorum aliquot Europae principum, et de horum amicabili compositione, et solidae pacis restauratione in futuro congressu Cameracensi perficienda." 1728. Enthält zwölf propositiones, den Norden behandelt propositio VIII. Über den Charakter der Schrift s. u. S. 86.

2. Nur wenige Jahre später fand die österreichische Publizistik Gelegenheit, auch die Idee des europäischen Gleichgewichts ausgiebiger als bisher zu verwerten. Der polnische Thronfolgekrieg bot den Anlaß. Eine Reihe von Flugschriften erschien und hallte wider von Deklamationen gegen Frankreichs Universalmonarchie, die dieses bei den polnischen Thronstreitigkeiten unbemerkt zu fördern gedenke, nachdem es ihm unter Ludwig XIV. mit dem offenen Versuche nicht gelungen. Selbständigen Wert besitzen für uns diese Flugschriften meist nicht.[1]) Englands und Hollands Neutralität wird so erklärt, daß es Frankreich gelungen sei, „denen Puissancen, denen am meisten daran gelegen, daß sie das Gleichgewicht in Europa erhalten sollten", eine Falle zu stellen.[2]) In einem Zwiegespräch zwischen einem Deutschen und einem Franzosen wirft der Franzose die Meinung auf, England würde wohl wegen des Gleichgewichts Frankreich beistehen müssen, wogegen der Deutsche natürlich protestiert.[3])

Politisch höher als der Durchschnitt steht nur ein Erzeugnis der österreichischen Publizistik, das die polnischen Dinge mehr im Vorbeigehen streift, um die Lage in Italien näher ins Auge zu fassen.[4]) Der Verfasser behauptet, Spanien beabsichtige durch den Krieg für den Infanten Don Carlos ganz Italien zu erobern und es zu einer neuen bourbonischen Monarchie zu machen. Er appelliert dagegen an den Patriotismus der deutschen Fürsten und an das Interesse der italienischen Fürsten an ihrer politischen Existenz, um sich dann eingehender über Englands und Hollands Rolle in dem polnischen Thronfolgekriege zu äußern. Er ist überzeugt genug von der Weisheit Georgs II.

[1]) Genannt seien: „Antwort auf des Königs von Frankreich Beweggründe, einen Schluß, zur Ankündigung des Krieges zu fassen." 1733. Damit z. T. übereinstimmend: „Beantwortung der Schrifft, so den Titel führet: Bewegungs-Gründe des vom Könige gefaßten Entschlusses" etc. Dresden 1733: in französischer Übersetzung als „Réponse à l'écrit qui a pour titre: Motifs des résolutions du Roy", s. l. s. d.

Übrigens schleudert das „Manifest des Königs von Spanien" etc. (aus dem Französischen übersetzt) den Vorwurf des „falschen Wahns seiner Superiorität" zur Abwechslung gegen den Kaiser.

[2]) „Beantwortung" etc. S. 7.

[3]) „Curieuse Gespräche im Reiche der Lebendigen zwischen einem Frantzosen und Deutschen von denen Ursachen des itzigen Krieges und den Conjuncturen von Europa." 1734. S. 55. Dies politisch höchst unbedeutende Pamphlet ist wohl ein reines Erzeugnis der „öffentlicheu Meinung", von der wir sonst absichtlich nicht häufig sprechen.

[4]) „Réflections sur le projet de la nouvelle Monarchie." 1734. Der Appell an die deutschen Fürsten, die Reichsrechte in Italien im Bunde mit dem Kaiser zu schützen, beweist die österreichische Herkunft der Schrift.

und seines Parlaments, um darauf zu vertrauen, daß sie ebenso wie Holland nicht länger untätige Zuschauer bleiben werden. Ist doch nach seiner Meinung Englands Wohl abhängig von der Bewahrung des Gleichgewichts in Europa, der sichersten Basis der allgemeinen Ruhe. Denn bei einem Überwiegen der bourbonischen Macht fallen auch die zwei Säulen, die Englands Glück tragen, die protestantische Dynastie, zugleich das Bollwerk gegen absolutistisches Willkürregiment, und der freie Handel. Für Holland gilt es, sich auch in dieser Frage seinem mächtigen Freunde anzuschließen. Dieselben religiösen und kommerziellen Interessen leiten beide Staaten, die weisen Maximen der Republik „pour maintenir l'équilibre du pouvoir en Europe" dürfen nicht aufgegeben werden. Alles deutet darauf hin, daß England und Holland nicht länger zögern dürfen, nach den Prinzipien der großen Allianz und des spanischen Erbfolgekrieges auch gegenüber dem neuen Vorstoß der Bourbonen zu handeln. Wollte jemand einwenden, daß der Verlust Neapels und Siziliens an einen spanischen Prinzen die Pläne Karls VI. für die Beförderung des Seeverkehrs in seinen Ländern scheitern lassen werde, und daß England dabei seinen Vorteil finden würde, so ist das eine unhaltbare Ansicht. Erstens läßt sich gegen die Absichten des Kaisers, von Triest aus seine Besitzungen am kommerziellen Leben teilnehmen zu lassen, kein berechtigter Einspruch erheben, und selbstverständlich wird der Kaiser auch hier alle wünschenswerte Rücksicht auf den Handel der ihm befreundeten Seemächte nehmen; zweitens aber würde Neapel in spanischem Besitz unfehlbar Englands Levantehandel ruinieren und das europäische Gleichgewicht vernichten.[1])

Auch diese Schrift zeigt, wie die Seemächte, in erster Linie England, durch die Gleichgewichtsidee in die kontinentalen Kämpfe hineingezogen werden sollen.

3. Gegenüber solchen Versuchen gewinnen die Diskussionen doppeltes Interesse, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in England über die Frage geführt wurden, inwieweit die Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht England zum Eingreifen

[1]) Über das bedeutendste koloniale Projekt Karls VI., die Ostendische Kompagnie, vgl. w. u. S. 84 ff.

in die Streitigkeiten des Festlandes verpflichte. Es sind namentlich die Schriften Lord Bolingbrokes, die hier in Frage kommen.[1]) Natürlich entspringen sie nicht wissenschaftlichem Definitionsbedürfnis, sondern politischen Interessen: gegen den Leiter der allgemeinen englischen Politik, Robert Walpole, und dessen ruhelose Tätigkeit in den europäischen Händeln richtet Bolingbroke seine Erörterungen. Unter dem Pseudonym des „Occasional Writer" griff er im Beginn des Jahres 1727 den Gegner an.[2]) In der Form eines Essays über die historische und rationelle Bedeutung des Gleichgewichtssystems verfocht er die Forderung einer Politik zwischen den Extremen. Als das eine Extrem erschien ihm das Verhalten Karls I. und der folgenden Regierungen bis zur glorreichen Revolution, als das andere eine Politik, „die unter dem Vorwand, das Gleichgewicht der Macht zu erhalten, den Leidenschaften einzelner Männer diente", so daß das Prinzip, in dessen vernünftiger Anwendung Englands Sicherheit beruhte, geradezu eine Quelle von Gefahren für England geworden war.[3]) — Gleichfalls gegen Walpoles Verwaltung zielten Bolingbrokes „Bemerkungen über die englische Geschichte", die zuerst in verschiedenen Nummern seiner Zeitschrift, des Craftsman, von Ende 1730 bis zum Frühjahr 1731 erschienen.[4]) An dem Beispiel der Königin Elisabeth suchte er nachzuweisen, daß Englands Interesse zwar keine politische Isolierung erlaube, aber doch gegenüber den kontinentalen Mächten eine besondere, seiner insularen Lage entsprechende Politik verlange. Nicht wie bei jenen ist „ständiges Verhandeln Leben und Seele ihrer Regierung", sondern nur in den großen Krisen des europäischen Staatensystems darf England mit anderen Mächten Allianzen schließen, ohne sich im allgemeinen tief in die Stürme der kontinentalen Politik einzulassen. Nur in diesem, von ausschließlich englischem Interesse beherrschten Sinne hat Elisabeth das Gleichgewicht in Europa aufrechterhalten. Die ständigen Bündnisse Walpoles mit allen möglichen Staaten richten sich danach von selbst.

---

[1]) Neugedruckt in St. John, Lord Viscount Bolingbroke: „Works". London 1754

[2]) Works Bd. I. Der Originaldruck im Brit. Museum. Hier kommt nur die Nummer II in Betracht; a. a. O. S. 144 ff.

[3]) a. a. O. S. 158.

[4]) Works I, bes. S. 411 ff., 415 f., 426 ff., 434.

Bolingbroke hat dann noch einmal seine Gedanken über Englands Stellung in der allgemeinen Politik niedergelegt und auf breiter historischer Grundlage zu begründen unternommen.[1] Er behandelt den großen Kampf zwischen Habsburg und Bourbon in seinen verschiedenen Stadien in der Absicht, die Bedeutung einer gesunden Gleichgewichtspolitik Englands, wie er sie verstand, an einer kritischen Wanderung durch die moderne Geschichte darzulegen. Die Tendenz, seine eigene Politik während der letzten Jahre des spanischen Erbfolgekrieges zu rechtfertigen, tritt nicht eigentlich störend hervor; aggressive Zwecke verfolgt er in dieser Schrift überhaupt nicht. Die eindringende politische Schärfe seines Blickes und die Fähigkeit, die Dinge im Großen zu sehen, erscheinen daher in diesen Briefen weniger als sonst durch Partei-Voreingenommenheit getrübt.

Praktisch wurden die von Bolingbroke als „occasional writer" und im „Craftsman" vertretenen Ansichten besonders im polnischen Thronfolgekrieg. Die Opposition zeigte sich bestrebt, Englands Neutralität vom Standpunkt des Gleichgewichts anzugreifen,[2] die Regierung war bemüht, von demselben Gesichtspunkt aus ihr Verhalten zu rechtfertigen. Beide wenden sich an die englischen Parteien; neue Gedanken fehlen dieser Polemik.

4. Wohl aber hat in dieser Zeit das Balanceprinzip bei einer andern Gelegenheit eine eigenartige Anwendung erhalten. Es handelt sich um die Frage der Kompagnie von Ostende, die durch den Wiener Vertrag vom Mai 1725 wieder akut geworden war.[3] Eine umfangreiche englische, nach ihrer eigenen Angabe zur Aufklärung der öffentlichen Meinung verfaßte Broschüre legt den Standpunkt der englischen Regierung dar.[4] Sie trägt sichtbar offiziösen Charakter, verzichtet auf eigentliche Polemik, wendet sich höchstens ganz im allgemeinen einmal gegen „andere Meinungen",[5] teilt mit allen offiziösen Publi-

[1] „Letters on the use and study of history", Works II, bes. Brief VI–VIII, S. 358 ff.

[2] „The politick on both sides with regard to foreign affairs" etc. London 1734. Dagegen als Antwort „A Series of wisdom and policy manifested in a review of our foreign negotiations and transactions for several years past." London 1735. Beide im Brit. Museum.

[3] Die ganze Angelegenheit behandelt im Zusammenhang Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte II, 415 ff.

[4] „Recherche des motifs sur lesquels est fondée la conduite de la Grande-Bretagne, par rapport aux affaires de l'état présent de l'Europe." Traduit de l'Anglais. A la Haye 1727.

[5] a. a. O. S. 114 f.

kationen den sachlichen Ton und die Vorliebe für juristische Erörterungen. Der Inhalt wie die Tatsache, daß von ihr eine französische Übersetzung im Haag erschienen ist, läßt mit Sicherheit annehmen, daß sie nicht minder für das Ausland wie für England bestimmt war.

Neben den juristischen Betrachtungen fehlen die politischen doch nicht ganz. Holland, heißt es da, würde durch die Anerkennung der ostendischen Gesellschaft schwer geschädigt werden. Und das würde im allgemeinen Interesse nicht geduldet werden können. Denn selbst wenn nur Holland durch die Ostender Kompagnie benachteiligt würde, – was allerdings nicht richtig sei – so würde doch Hollands Ruin den Englands nach sich ziehen. Solange nämlich diese beiden Mächte vereint sind, können sie die politische Wage in Europa durch Anschluß an einen der großen Kontinentalstaaten auf die von ihnen gewünschte Seite sich senken lassen. Aber ihre Kräfte reichen für diese Aufgabe gerade aus, daher „zerstört der, der ihren Handel ruiniert, das heißt ihren Reichtum und ihre Stärke, gleichzeitig das Gleichgewicht; und wenn er auch nur einen ruiniert, so raubt er doch damit ihrer Allianz die zur Erhaltung des Gleichgewichts nötigen Kräfte". Die Folgen sind leicht vorauszusehen. Der Verlust, den England oder Holland in ihrem Handel erleiden, muß einem anderen Lande zugute kommen, und „diese Übertragung der Kräfte wird den Verlust des Gleichgewichts zur Folge haben, und dieser den Verlust der Freiheit Europas im allgemeinen und Großbritanniens im besondern".[1]) Zugleich wird diese Machtveränderung einem katholischen Staat zum Vorteil gereichen, und dadurch der Protestantismus bedroht werden, ja selbst die gewaltsame Zurückführung des Prätendenten durch Spanien und den Kaiser ist zu fürchten. England muß so schweren Gefahren gegenüber nicht an die Last seiner Schulden denken, sondern tun, was die Gerechtigkeit von ihm verlangt.

Diese Auffassung des Gleichgewichtssystems ist in mehrfacher Weise bedeutsam. Nicht nur, daß die Gefährdung des Protestantismus und der Dynastie sichtlich nicht mehr wie zur Zeit der Vorherrschaft Ludwigs XIV. ein konstitutiver Bestandteil

[1]) a. a. O. S. 110 f.

des Systems, sondern, statt organisch ihm eingefügt zu sein, oberflächlich nur ihm angefügt ist, und daß somit als rationelle Grundlage des Gleichgewichtssystems für England nur das Handelsinteresse übrig bleibt, auch die Vorstellung über die Art und Weise, in der England die rechte Balance zu halten hat, ist eine andere. Einmal erscheint es in einer sonst nur in der außerenglischen Literatur gebräuchlichen untrennbaren Verbindung mit Holland – diese ist ja, insofern Holland allein der eigentlich Bedrohte ist, notwendig, um überhaupt die Balanceidee auf die Angelegenheit anwenden zu können – zweitens sollen die so vereinten Seemächte nicht nur die schwächere der beiden großen Kontinentalmachtsgruppen unterstützen, sondern sie sollen zuerst jede Schädigung ihrer eigenen Macht verhindern, und zwar im Interesse ganz Europas, im Interesse des Gleichgewichts. Eine außerordentlich brauchbare Auslegung dieser politischen Theorie bot sich damit der englischen Politik dar, die sie befähigte, ihre egoistischsten Bestrebungen vor der Welt mit einem idealen Schein zu umgeben.

Nicht gerade der Polemik gegen die „Recherches des Motifs", sondern einer andern englischen Schrift ohne Interesse für uns verdankt die schon einmal angeführte österreichische Schrift über die Regelung der noch schwebenden Zwistigkeiten wenigstens teilweise ihren Ursprung.[1]) In lateinischer Sprache geschrieben, diskutiert sie mit wohl dazu passender, fast wissenschaftlicher Ruhe ihre Vorschläge, ohne doch das Interesse der Wiener Alliierten vom Mai 1725 irgendwie aus den Augen zu lassen. Wir weisen auf die historische Einleitung über die Versuche, durch verschiedene Bündnisse die im Frieden von Utrecht offen gebliebenen Fragen beizulegen und endlich ein gerechtes Gleichgewicht herzustellen, nur kurz hin, bemerken, daß das Wiener Bündnis gegen den Vorwurf verteidigt wird, das Gleichgewicht gestört zu haben,[2]) und wenden uns den wichtigsten propositiones VI und VII zu. Propositio VI handelt von dem mißlungenen spanischen Angriff auf Gibraltar im Jahre 1727,

[1]) „Propositiones quaedam" etc. (s. o. S. 80[2])). Der Standpunkt des Verfassers ergibt sich aus dem im Text Gesagten.

[2]) a. a. O. S. 2, 3f., 8, 10.

rechtfertigt ihn juristisch und schlägt Rückgabe Gibraltars an Spanien gegen ein Äquivalent, Ceuta etwa, vor. Die Frage dürfe aber erst auf dem allgemeinen Kongreß endgültig entschieden werden, auch wenn England und Spanien sich etwa vorher schon einigen sollten, denn alle Mächte seien an ihrer Regelung interessiert und wünschten, daß ihnen „offene und sichere Zeugnisse" gegeben würden „über die bessere Befestigung des europäischen Gleichgewichts, das durch die allzu große Macht eines Volkes, sei es eine Land- oder Seemacht, leicht Schaden erleiden würde".[1])

Propositio VII wendet dieselben allgemeinen Gesichtspunkte auf die Ostender Frage an. Weder Englands noch Frankreichs besondere Interessen würden dabei berührt, und sollte Holland wirklich durch die Unterdrückung der Kompagnie gewinnen und England ihm aus alter Freundschaft gern zur Seite stehen, so müsse man doch einen andern Weg wählen, „zumal trotz allem in solchen Geschäften sowohl den Verträgen bequem genügt, wie auch das Gleichgewicht in bezug auf Handlung und Schiffahrt gewahrt bleiben könne".[2]) Man könne ja eventuell die Zahl der Schiffe der Gesellschaft fixieren, aber die Ansprüche der Holländer liefen auf ein allgemeines Monopol hinaus, „was nicht nur mit einer Schädigung des österreichischen Belgiens, sondern auch anderer Nachbarvölker, und mit einer Verletzung des europäischen Gleichgewichts durchaus verbunden wäre".[3])

Diese Ausführungen, verglichen mit denen der vorher analysierten englischen Broschüre, zeigen die außerordentliche Elastizität der Gleichgewichtsidee. Der österreichische Politiker sieht unter den durch den Wiener Vertrag geschaffenen Konstellationen von der sonst allgemein üblich gewordenen Gegenüberstellung von Habsburg und Bourbon ab und geht wieder auf die ursprüngliche Idee zurück, nach der der Gedanke des

---

[1]) . . . „reliquarum . . Nationum quam maxime interest, publica veluti ac certa, de pace ac tranquillitate servanda, ac Aequilibrio Europae magis stabiliendo, utpote quod nimia alicujus Gentis potentia, vel terrestri vel maritima, facile jacturam patiatur aliquam, testimonia edi et promulgari: a. a. O. S. 56.

[2]) „praesertim quum nihilominus in negotiis...quibuslibet conventionibus commode satisfieri, ac Aequilibrium intuitu navigationis et commerciorum quoque servari queat:" a. a. O. S. 73.

[3]) a. a. O. S. 76.

europäischen Gleichgewichts nichts anderes sein soll, als der Ausdruck des Protestes gegen jede „nimia potentia". Das Überraschende aber ist, daß eine solche „nimia potentia" nicht immer eine Landmacht zu sein braucht, sondern daß es auch eine „nimia potentia maritima" geben kann, und daß gegen diese ein „Gleichgewicht der Schiffahrt und des Handels" von allen anderen Völkern erstrebt werden muß. In concreto macht er im Namen des Gleichgewichts ebenso Front gegen einen kleinen, aber wenigstens gegenüber neuen Rivalen monopolistisch gesinnten Handelsstaat wie Holland, wie gegen eine alle anderen Völker bedrohende Kontinentalmacht. Wir machen schon an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß sich diese neue Auffassung in demselben Augenblicke zu erhöhter Bedeutung in der Publizistik erheben sollte, als aufs neue und für längere Jahre andere Gegensätze in einer großen europäischen Krisis zur Entscheidung kamen, als die alte Rivalität zwischen Bourbonen und Habsburgern.

---

2. Kapitel.

Die Gleichgewichtsliteratur während des österreichischen Erbfolgekrieges zeichnet sich durch eine verwirrende Mannigfaltigkeit der Auffassung und der politischen Tendenzen aus. Für die Auffassung ist die enge Verbindung naturrechtlicher Anschauungen mit der in ihrem Wesen politischen Gleichgewichtsidee charakteristisch, und eben so stark wirkt auf sie vielfach der überraschende, glänzende Aufstieg des preußischen Staates. Die verschiedenen praktischen Tendenzen finden ihre Erklärung in der Zahl der beteiligten Staaten und ihren sich kreuzenden Interessen. Im allgemeinen decken sich in gewissem Grade gleichartige Vorstellungen und verwandte Interessen.

1. Die Verteidigung des „alten Systems",[1]) im wesentlichen in der bekannten Weise, ist die Aufgabe der österreichischen

[1]) Unter dem „alten System" ist in diesem Abschnitt die durch den Frieden von Utrecht begründete Konfiguration der drei großen Mächte zu verstehen, Habsburg und Bourbon als die zwei Schalen der politischen Wage, England als das Zünglein. Durch die Natur der Dinge verbindet sich in England mit dem Begriff eine Österreich freundliche, Frankreich feindliche Gesinnung, vgl. o. S. 76 f).

Publizistik. So enthält eine Schrift vom Jahre 1746 Angriffe auf Frankreichs Übermacht,[1]) gegen die es einen etwas allzu utopischen Plan aufstellt, nach dem Frankreich seiner nördlichen und östlichen Provinzen beraubt und daraus selbständige Republiken gebildet werden sollen. Dadurch würde Deutschlands Friede gesichert werden, und zugleich würden die Seemächte dadurch „das so längst gesuchte Gleichgewicht von Europa finden und ihren Handlungen zur See ohne weitere Gefahr abwarten können".[2]) — Die deutschen Fürsten und die Seemächte sollen hier wie im polnischen Thronfolgekriege für die Balancepolitik, das heißt für Österreich, gewonnen werden. Es wäre möglich, daß der Gedanke der Zerstückelung eines Teiles von Frankreich und der Schaffung selbständiger Kleinstaaten aus ihnen ein Gegenstück zu dem Teilungsprojekt des Kardinals Fleury wäre, an das dieser im Beginn des Jahres 1741 dachte. Danach sollte Österreich Böhmen, Mähren, Schlesien und Oberösterreich verlieren, Preußen, Sachsen und Bayern sollten diese Provinzen erhalten und dadurch in Deutschland vier kleine Königreiche gebildet werden — Friedrich der Große brauchte den Ausdruck „reguli" von ihren Herrschern — die sich gegenseitig balancierten und lahmlegten.[3])

In ganz ähnlicher Weise, nur noch nachdrücklicher und mit näherer Ausführung hatte sich schon im Jahre 1745 ein österreichisch gesinnter Schriftsteller an die Reichsfürsten und an die Seemächte gewandt.[4]) Mit der Schilderung der nimmer rastenden bösen Pläne Frankreichs verband er ein begeistertes, wohl berechnetes Lob Georgs II. und seiner englischen Minister, denen er die mit ihrer Gleichgewichtspolitik eng zusammenhängende Verteidigung der Niederlande als auch im eigensten englischen Interesse gelegen noch besonders ans Herz legte.[5]) An die deutschen Fürsten richtete er die Mahnung, sich Englands, Hollands und Österreichs Gleichgewichtsbestrebungen anzuschließen. Soweit bewegten sich

[1]) „Frankreichs Fall, wenn solchen dessen Nachbarn wollen. Oder Betrachtungen über den jetzigen Staat von Frankreich, und wie dessen fürchterliche Macht zur allgemeinen Sicherheit von Europa könnte in sichere Schranken eingeschlossen werden." 1746.

[2]) a. a. O. S. 18.

[3]) vgl. Droysen: „Geschichte der preußischen Politik", V, 1, 245 f., 261 und bes. S. 276 f. Koser: „König Friedrich der Große", 3. A., Stuttgart u. Berlin 1904. I, 149.

[4]) „Das entlarvte Frankreich, oder das entdeckte Projekt von der europäischen Universalmonarchie." Im Haag 1745.

[5]) a. a. O. S. 17, 19, 21.

seine Gedanken in alten Geleisen; doch fügte er auch Neues hinzu. Bei Gelegenheit des Appells an die deutschen Stände schaltete er folgenden Passus ein: „Auf daß aber das Gleichgewicht von Europa gerade bleibe, ... damit auch nicht einige von denen, so von dem Souveränetäts-Geiste aufgeblasen und von der Süßigkeit des Regiments trunken gemacht sind, die Autorität des Reichs an sich ziehen: so muß man solche Gränzen setzen, welche die Macht eines oder des andern mäßigen, unter ihnen das Gleichgewicht in dem Maße, worinne es bleiben soll, halten, und das nöthige Gegengewicht geben . . . Eben diese Gränze hat Frankreich oft verrücken wollen, ja eben dieses Gleichgewicht hat gedachte Krone vielmals wegzuschaffen und diese vortreffliche Gleichheit, in deren Erhaltung hauptsächlich nicht nur die Glückseligkeit von Teutschland, sondern auch die Wohlfahrt von ganz Europa beruht, zu Grunde zu richten versuchet."[1])

Die Stelle ist auf den ersten Blick etwas dunkel. Sie wird trotz des schwerfälligen Satzbaus klar, sobald man erkannt hat, wer mit denjenigen gemeint ist, „die von der Süßigkeit des Regiments trunken gemacht, die Autorität des Reichs an sich ziehen". Die Franzosen können das nicht sein, Karl VII. ebensowenig, da er durch seine Wahl zum Kaiser ja eine wenn auch bestrittene Legitimation zur Lenkung des Reiches besaß. Es kann kein anderer als Friedrich II. von Preußen gemeint sein, der junge, vor wenigen Jahren zur Regierung gelangte Fürst, der mit seinem Heere von 80000 Mann und seinem Manifest vom 8. August 1744 in der Tat die Vertretung des deutschen Reiches offiziell auf sich genommen hatte.[2]) Dann soll also gegen ihn ein „Gegengewicht gegeben werden", so daß eine „Gleichheit eintritt", durch die in erster Linie die Glückseligkeit von Deutschland, dann auch die von ganz Europa erreicht werden soll. Irren wir nicht, so hat der Verfasser die Vorstellung im Sinn, die uns als „deutsches Gleichgewicht" schon mehrfach begegnet ist.[3]) Nur daß bisher dieser Gedanke stets gegen das habsburgische Übergewicht innerhalb Deutschlands gewandt worden

[1]) a. a. O. S. 29.
[2]) vgl. R. Koser, „König Friedrich der Große". I, 228.
[3]) s. o. S. 34 f. u. S. 38.

war, während er jetzt von österreichischer Seite aus gegen die junge preußische Macht gekehrt und durch die Verknüpfung mit dem europäischen Gleichgewicht zum Gegenstand des allgemeinen Interesses gemacht wird. Es ist das erste Mal, daß der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich als das konstitutive Element der innerdeutschen Verhältnisse und gleichzeitig als ein bedeutsamer politischer Faktor für ganz Europa in der publizistischen Literatur erscheint.

2. Aber nicht nur die österreichische Publizistik suchte das „alte System" zu beleben und die Hilfe des Reiches und der Seemächte für seine Erhaltung zu interessieren, auch der weitaus größte Teil der den englischen Interessen sich widmenden Literatur ging auf denselben Wegen. Allerdings waren deren Ziele nicht so einheitlich, vielfach diente sie nur den Kämpfen der Parteien oder den Leidenschaften der Führer. Denn in England waren die Gegensätze fast ausschließlich persönlicher Natur, und wir finden daher die seltsame Tatsache, daß Regierungs- und Oppositionspresse in den Prinzipien, vor allem in der Verteidigung des europäischen Gleichgewichts, völlig einig sind und nur über Fragen zweiten oder dritten Ranges streiten.[1]) Es ist für uns wertlos, außer dieser Tatsache noch der Einzelheiten zu gedenken. Wir heben vielmehr zwei den Parteigegensätzen entsprungene Flugschriften nur deshalb hervor, weil sie für die Auffassung des Gleichgewichts als solchen Interesse besitzen.

Der Empfehlung der Carteretschen Politik vor Englands Volk dienend, erinnert das „Politische System Großbritanniens" lebhaft an die Broschüren aus dem Beginn des spanischen Erbfolgekrieges.[2]) In geradezu ermüdender Wiederholung rechtfertigt der Verfasser das Eintreten für die Unteilbarkeit der habsburgischen Erbländer mit dem Nutzen des „natürlichen, ewigen, unveränderlichen Gleichgewichts"[3]) zwischen Frankreich und Österreich für

[1]) vgl. die Darstellung der Tatsachen und die Analysen und Auszüge aus der politischen Literatur bei E. von Wiese: „Die englische parlamentarische Opposition und ihre Stellung zur auswärtigen Politik des britischen Kabinetts während des österreichischen Erbfolgekrieges, bzw. der Jahre 1740–45. Göttinger Diss. 1883.

[2]) „Le Système politique de la Grande-Bretagne dans la conjuncture présente . . . p. s. de suite à l'Histoire de la Grande Crise." A la Haye 1743. Über den Verfasser vgl. v. Wiese, a. a. O. S. 79.

[3]) a. a. O. S. 83. Vgl. z. B. S. 56. „L'ancien et le seul vrai Système" S. 66.

Englands Sicherheit und Handel. Während indessen zu Wilhelms III. Zeit das Gleichgewicht einen in jeder Beziehung defensiven Charakter trug, hat es jetzt einen stark offensiven Zug bekommen. Nicht nur die Gefahren, die dem englischen Handel von der aufstrebenden Seemacht Frankreichs drohen, schildert der Verfasser — „à proportion de ce que la première (la France) gagnera de terrain, la dernière (l'Angleterre) en doit perdre" — er deutet auch auf die Vorteile hin, die in einem Seekrieg gegen Frankreich in den verschiedenen Erdteilen zu gewinnen sind. Der Krieg ist nötig, wenn die Engländer ihre Freiheit behalten wollen „und ihren Handel weiter als irgend ein anderes Volk ausdehnen".[1]) — Immer unverkennbarer wird für England die Gleichgewichtspolitik zu einem Mittel im Dienste seiner Handelspolitik.

Über die Gefahr, in die das von ihm verteidigte „alte System"[2]) durch Friedrichs des Großen Eroberung Schlesiens geraten war, ging der Verfasser mit der Wendung hinweg, daß diese auf Grund des Friedens, der durch die erfolgreiche englische Vermittelung zustande gekommen sei, glücklich beschworen wäre.[3]) Davon wollte aber eine oppositionelle Broschüre nichts wissen.[4]) Unter ständiger Berufung auf pragmatische Sanktion und Gleichgewicht polemisierte sie gegen die Anerkennung des Breslauer Friedens, um gegen das Ministerium im Lande Stimmung zu machen. Die Bedeutung, die Preußen unter seinem kriegerischen jungen Fürsten in Europa gewonnen hatte, hallte wider aus der Heftigkeit dieser Diskussionen.

Auf das Ausland zu wirken, ist dagegen die französische Übersetzung eines kleinen Buches bestimmt, das mit antifranzösischer Tendenz eine Geschichte der politischen Ereignisse seit 1733 enthält.[5]) Der Übersetzer hat dem Buche eine Vorrede zugefügt,

---

[1]) a. a. O. S. 122 und 124. Vgl. übrigens auch die Bemerkung, daß für England untrennbar seien „l'un d'être Puissance Maritime, l'autre d'avoir un commerce florissant, et le dernier de tenir l'équilibre du pouvoir": S. 124.

[2]) So z. B. a. a. O. S. 89; vgl. das Zitat o. S. 91 Anm. 3, das sich allerdings auch auf die innere Politik bezieht.

[3]) a. a. O. S. 104 f. Der Verfasser scheint dafür einzutreten, daß Österreich ein Äquivalent erhalten müsse. vgl. S. 72 f., S. 82.

[4]) „An Englishman's answer to a German Nobleman. Containing some observations upon the political system of the present administration." London 1743.

[5]) „Histoire de la grande Crise de l'Europe" etc. Traduit de l'Anglais. A Londres 1743.

deren Gedanken er als ein Leitmotiv betrachtet haben wird, das bei jedem in dem Buche erzählten französischen Übergriffe in den Herzen der Leser erklingen sollte. Er fordert darin Europa auf, energisch für das Recht Maria Theresias einzutreten. „Es handelt sich hier", fährt er fort, „um das öffentliche Interesse von ganz Europa, dem, gemäß dem Natur- und Völkerrecht, das partikulare Interesse jedes beliebigen Staates oder Herrschers geopfert werden muß". Wie innerhalb eines Staates das Recht der Gesamtheit dem des einzelnen vorangeht, so muß auch innerhalb Europas, das aus mehreren Reichen besteht, ähnlich wie ein Reich aus mehreren Provinzen, das öffentliche Wohl stets vorangehen. Daher ist die pragmatische Sanktion geschaffen worden „weil man erkannte, daß das Gleichgewicht und die Freiheit Europas, die man jetzt als Gemeinplätze behandelt, während sie doch die kostbarsten öffentlichen Güter sind", von der Erhaltung zweier gleich starker, sich gegenseitig balancierender Mächte abhingen. Selbst wenn Bayern oder die spanischen Bourbonen Ansprüche auf die habsburgische Erbschaft hätten, dürfte man darüber in gar keine Diskussion eintreten, weil das europäische Gleichgewicht von der ungeteilten Einheit der habsburgischen Länder abhängt.

In diesen Ausführungen wird, soweit ich sehe, zum ersten Male zu einem bestimmten politischen Zwecke das europäische Gleichgewicht mit ausdrücklichen Worten auf das Natur- und Völkerrecht begründet.[1]) Deshalb fallen hier alle Erörterungen über etwaige besondere Vorteile, die mit der Gleichgewichtspolitik für einen oder den anderen Staat verbunden sind, gänzlich fort. Der ideale Charakter der Ausführungen soll nicht gestört werden. Aber natürlich verfolgen diese trotzdem einen realen politischen Zweck. Sie wollen alle diejenigen, die noch nicht auf Maria Theresias Seite stehen, für ihre und damit zugleich Englands Sache gewinnen. Es ist eine der seltenen Gelegenheiten, bei denen sich die englische Publizistik mit der Gleichgewichtsidee an die auswärtigen Mächte wendet. Holland und die deutschen Anhänger Karls VII. werden gemeint sein; vielleicht darf man

[1]) Inhaltlich ähnliche Ideen tauchen allerdings schon früher auf, auch in der politischen Literatur. Vgl. bes. o. S. 73 f. und den Anhang.

wegen des völligen Absehens von den Handelsinteressen noch mehr an Deutschland wie an Holland denken.

Diese Erwägungen führen uns zu der merkwürdigsten Schrift dieser Jahre.[1]) Ihr Verfasser ist ein deutscher Gelehrter,[2]) der sie zur Erlangung der juristischen Doktorwürde von der Universität Göttingen verfaßt hat. Seine scheinbar rein wissenschaftliche Abhandlung über das europäische Gleichgewicht blieb nicht im Dunkel weltfremder Gelehrsamkeit. Noch im Jahre ihres Erscheinens wurde sie von einem Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, dem Professor Formey, ins Französische übersetzt.[3]) Bald darauf ließ ein Stettiner Gymnasialprofessor, Stisser, eine Entgegnung in zwei Abteilungen erscheinen.[4]) Wir wenden uns dem Inhalt zu, um zu sehen, aus welchem Grunde die lateinische Abhandlung so viel Beachtung gefunden hat.

Kahle möchte gern das europäische Gleichgewicht, von dem die ganze Welt spricht, in seinem Wesen erklären und als eine Norm des Völkerrechtes beweisen. Er macht sich die Sache aber ziemlich leicht. Aus der damals allgemein angenommenen Lehre von dem Naturzustande, in dem die Staaten untereinander leben, folgert er ihre böse Wesensart und aus dieser die Notwendigkeit eines Schutzes vor allzu mächtigen Staaten. Aus dem Trieb der Selbsterhaltung wird das Gleichgewichtssystem geboren. Neben dieser völkerrechtlichen Konstruktion sucht Kahle in der Geschichte nach praktischen Beweisen für die Richtigkeit seines Prinzips, und findet sie natürlich. Dann wendet er sich von dieser allgemeinen rationellen und historischen Grundlegung Europa speziell zu, von

---

[1]) L. Martin Kahle: „Commentatio iuris publici de trutina Europae, quae vulgo appellatur „Die Ballance von Europa." Göttingen 1744.

[2]) vgl. über Kahle A. D. B. XIV, 795. Er war schon 1737 Professor der Philosophie in Göttingen, wurde 1744 Dr. juris. Daß die „Commentatio iuris publici" etc. seine juristische Dissertation war und auch als solche erschien, gibt Meusel im Schriftstellerlexikon, VI, 389 an. Kahle ist als höherer preußischer Beamter gestorben. Daß er diese Arbeit überhaupt als juristische Dissertation verwandte, bemängelt Stisser (s. u. Anm. 4): a. a. O. I, 22.

[3]) „La balance de l'Europe considérée comme la règle de la paix et de la guerre." Berlin und Göttingen 1744. Über Formey s. A. D. B. VII, 156.

[4]) „Freymüthige und bescheidene Erinnerungen wider des berühmten Göttingischen Professors, Herrn Dr. Kahle, Abhandlung von der Balance Europens." Leipzig 1745 f. Über Stisser s. Meusel, Schriftstellerlexikon XIII. Er hat auf Friedrich den Großen 1740 eine Ode, 1742 eine Rede veröffentlicht. Eine Erwiderung Kahles auf Stissers Angriff trägt rein logischen Charakter und ist für uns irrelevant.

dem er eigentlich allein handeln wollte, und findet, daß hier die Balance „die Hauptregel für Krieg und Frieden ist“,[1]) und daß sie im Grunde allein von Frankreich und Österreich gebildet wird, denen sich die übrigen Völker je nach den Umständen anschließen.[2]) Aus der Identität des Heilsamen und Gerechten folgert er dann, daß diese Balance keine Chimäre sei, geht auf die Nachteile jeder Universalmonarchie ein, um aus der Verwerfung des Gegenteils indirekt sein System zu bekräftigen, und wendet sich den Konsequenzen seiner Lehre zu. Diese führen darauf hinaus, daß im Interesse des Ganzen, das heißt in concreto des europäischen Gleichgewichts, das Recht des einzelnen verletzt werden darf, im besonderen einem Staate rechtmäßige, etwa durch Erbfall erfolgte, Vergrößerungen seines Gebietes verboten werden dürfen.

Soweit ließe sich zwar mancherlei gegen das logische Raisonnement und die Anordnung vorbringen,[3]) aber nichts gegen den rein wissenschaftlichen Geist der Arbeit einwenden. Wenn ihr nur Kahle nicht noch einige Paragraphen angefügt hätte, in denen er seine Grundsätze auf die politische Lage des Augenblicks überträgt! Spanien, so erklärt er, stört gegenwärtig Englands Handel und damit die Balance, denn „es ist für das Gleichgewicht Europas wesentlich, daß diese Nation (England) im Genusse ihrer Vorteile erhalten bleibt.“[4]) Frankreich aber ist mit Recht als der Feind ganz Europas anzusehen; ist sein Ziel doch die Universalmonarchie.[5]) Kahle will offenbar nahe legen, daß der französische König eine „puissance excessive“ besitzt, und daher durch Krieg „sans scrupule“ gezwungen werden müßte, herauszugeben, was er zu viel hat.[6]) Wer einer solchen übergroßen Macht Beistand leistet, begeht in jedem Falle eine Ungerechtigkeit,[7]) folglich – so soll nach dem ganzen Zusammenhang offenbar geschlossen werden, obgleich Kahle es nicht selbst sagt –

[1]) a. a. O. § 14.

[2]) a. a. O. § 19.

[3]) Gelegentlich der Schriften Justis werden wir auch auf diese uns sonst nicht berührenden Fragen zurückkommen.

[4]) a. a. O. § 31.

[5]) a. a. O. § 39.

[6]) a. a. O. § 34. Wohl absichtlich von Kahle nicht mit ausdrücklichen Worten auf Frankreich bezogen.

[7]) a. a. O. § 32.

ist das Bündnis Friedrichs II. mit Frankreich ein Verstoß gegen das Völkerrecht! Georg II. von England dagegen ist des höchsten Lobes für seine Bemühungen im allgemeinen Interesse würdig, für ihn und Maria Theresia steigen die Segenswünsche aller Guten zum Himmel.

Dürfen wir wegen dieser letzten Paragraphen Kahles Schrift für eine verkleidete rein politische Tendenzschrift im hannöverisch-englischen Auftrage halten? Gewiß nicht, da dann unverständlich bliebe, weshalb Kahle sie der Universität eingereicht, weshalb er sie in lateinischer, nicht in französischer Sprache geschrieben hat, der Sprache der Diplomaten und Gebildeten. Aber Tendenzschrift bleibt die Arbeit! Wir werden annehmen dürfen, daß Kahle der naheliegende und schon von anderen vor ihm in derselben Weise verwertete Gedanke kam, die Theorie des europäischen Gleichgewichts für seine juristische Dissertation zu verwenden,[1]) und daß er die Gelegenheit benützte, die Wissenschaft mit der Politik zu verbinden. So kamen zu seinen naturrechtlichen und historischen Deduktionen die offenen Angriffe auf Frankreich und Spanien, der etwas versteckte auf Friedrich von Preußen, die Verherrlichung Georgs II. Wahrscheinlich ist, daß er sich der hannöverischen Regierung zu empfehlen beabsichtigte. Mit seiner anti-bourbonischen Tendenz verbindet auch Kahle die Beibehaltung des „alten Systems" der drei Großmächte. Zwar nicht im allgemeinen Teil, aber gelegentlich der Anklagen gegen Spanien bezeichnet er Englands besondere Bedeutung für das Gleichgewicht, und vertritt die uns schon bekannte Auffassung, daß jeder das Gleichgewicht stört, der Englands Handel zu nahe tritt.[2]) Es war die Auffassung, die geeignet war, den Gleichgewichtsgedanken absolut den englischen Handelsinteressen dienstbar zu machen.

3. Ähnlich haben wir uns psychologisch die Gegenschrift Stissers zu erklären. Auch ihm ist wissenschaftlicher Eifer nicht abzusprechen, seine Beweisführung mit ihrer minutiösen Einzelkritik läßt dem geduldigen Leser keinen Zweifel daran. Der unmittelbare Antrieb zu seinem Angriff auf Kahles Schrift dürfte aber ein politischer gewesen sein. Stisser war Preuße, sein be-

[1]) vgl. die Titel anderer juristischer Arbeiten im Anhang.
[2]) vgl. o. S. 86.

wunderter König der Verbündete der Franzosen, die Kahle als Störer des europäischen Gleichgewichts, als die Feinde aller Völker, deren Unterstützung er als einen Akt der Ungerechtigkeit gebrandmarkt hatte. Anlaß genug für Stisser, Kahles These kritisch zu beleuchten und gleichzeitig seine politischen Anschauungen zu bekämpfen. In hie und da verstreuten Bemerkungen rügte er, daß Kahle gegen Frankreich sehr heftige, in einer wissenschaftlichen Abhandlung unzulässige Ausdrücke gebraucht hatte, während er die universalen Bestrebungen der Habsburger, namentlich im Dreißigjährigen Kriege, mit rücksichtsvollem Stillschweigen übergangen hatte.[1]) Er behauptete, daß die Politik der Königin Elisabeth mehr in Selbstverteidigung, als in Hingabe an den Balancegedanken bestanden habe, daß man begründetes Mißtrauen gegen die Frieden stiftenden Mächte hegen dürfe, die von Gleichgewicht und allgemeinem Wohl sprächen, aber damit nichts als ihr eigenes Interesse wahrzunehmen suchten.[2])

Solche politischen Erwägungen führten Stisser zu einem Angriff auf die Vorstellung vom europäischen Gleichgewicht überhaupt, mindestens in der Form, in der Kahle es wissenschaftlich zu begründen versucht hatte. Seine logischen Erörterungen interessieren uns hier nicht,[3]) dafür müssen wir aber auf eine andere Schrift etwas näher eingehen, die schon vor ihm aus politischen Motiven und mit politischen Gründen das Gleichgewicht bekämpft hatte.

Karl VII. und seine Anhänger fühlten sich namentlich in Deutschland durch das odium gehemmt, das auf ihrem französischen Verbündeten infolge der zahlreichen Angriffe gegen dessen Weltherrschaftspläne lag. Ihren Bundesgenossen von diesem Verdacht zu reinigen und ihren Gegnern ihr bestes publizistisches Kampfmittel zu entziehen, war das Ziel eines Teils ihrer Publizistik. Im Jahre 1743 erschien eine aus ihren Kreisen stammende Broschüre, die in drei „Propositionen" gegen die Lehre vom europäischen Gleichgewicht zu Felde zog.[4]) Einigermaßen naiv soll

[1]) a. a. O. I, 92ff., 117, 172f.

[2]) a. a. O. bes. I, 63ff.

[3]) Einzelnes im Anhang.

[4]) „Réflexions touchant l'équilibre de l'Europe." Nach der „Neuen europ. Fama", 98. Teil (1743), S. 124, Anm., 1743 französisch und deutsch in Frankfurt erschienen. Die ersten Seiten sind in dem zitierten Band der „N. eur. F." im Anhang abgedruckt. Ich benutze eine franz.-deutsche Ausgabe ohne Datum und Druckort. (Univ. Bibl. zu Breslau.)

die erste Proposition zeigen, daß die Sorge um das europäische Gleichgewicht ein Quell nie aufhörender Beunruhigung der Völker sei und zu so ungerechten Vorwürfen Anlaß gäbe, wie den Angriffen auf die angebliche französische Universalmonarchie,[1]) die ebenso gut einmal ähnlich törichten Beschuldigungen gegen Preußen oder Rußland Platz machen könnten. Gerade die Rücksicht auf die allgemeine Ruhe sollte zur Ergebung in den Gang der Dinge führen, die die Hand des Allmächtigen ja doch zum Besten leitet. In der zweiten Proposition verficht der Verfasser das Prinzip der Gerechtigkeit gegenüber dem der Opportunität, das im europäischen Gleichgewichtssystem seinen Ausdruck gefunden habe. Solle dies System den Ausschlag geben, dann würden die besten Rechte hinfällig werden, sobald sie sich gegen österreichische Länder richteten, ja dann würde auch Preußen nicht im Besitz von Schlesien bleiben dürfen, auf das es sichere Ansprüche habe, und dessen Besitz ihm durch die feierlichsten Verträge garantiert sei.[2]) Wenn englische Schriftsteller die Sicherheit ihres Vaterlandes auf die Balancierung von Habsburg und Bourbon begründeten, könne das doch nicht deutsche Fürsten veranlassen, sich über das Recht hinwegzusetzen!

Und um so weniger würden sich die Reichsfürsten dazu verstehen, als von ihrem Standpunkt aus das europäische Gleichgewicht ein Unding, ein Umsturz ihres eigenen politischen Systems, nämlich des deutschen Gleichgewichts, sei. Eins von beiden lasse sich nur erreichen, entweder verstärke man Österreich, damit es Frankreich an Kräften gleich sei, das heißt, man helfe ihm selbst dazu, eine unumschränkte Macht in Deutschland zu gewinnen, oder man lasse die Idee des europäischen Gleichgewichts fallen.[3]) Wer vor Frankreich Besorgnis hege, der begnüge sich mit Alliancen!

Herkunft und Tendenz dieser Flugschrift sind völlig klar. Da Preußen damals mit Österreich im Frieden lebte, kann sie nur aus der Umgebung Karls VII. stammen.

Wohl nur wenig später veröffentlichte der „Königlich Großbritannische und kurfürstlich braunschweigische Justizrat" Struben,

[1]) Polemik gegen eine ungenannte österreichische Broschüre: a. a. O. S. 14 ff.

[2]) Dieser Satz ist aus der 3. Proposition genommen, a. a. O. S. 39. Die „traités des plus solennels" sind die Breslau-Berliner Verträge von 1742.

[3]) a. a. O. bes. S. 42 f.

sicher in höherem Auftrag, eine Gegenschrift, die die Gleichgewichtstheorie in einer Reihe kurzer Aufsätze vom allgemeinen Standpunkt wie von dem der deutschen Fürsten mit den üblichen Vorwürfen gegen Frankreich und der Zurückweisung der Verdächtigungen gegen Österreich rechtfertigte.[1]) Man wollte offenbar einer weiteren Verbreitung der Ideen der „Réflexions touchant l'équilibre" sofort entgegentreten.

Indessen gingen diese trotzdem in eine im nächsten Jahre, 1744, veröffentlichte, wiederum wohl der wittelsbachischen Partei entstammende Verteidigung des bayrisch-französischen Bündnisses über.[2]) Ihr Verfasser legte zwar den Hauptnachdruck auf den Nachweis, daß Frankreich nie gegen das Deutsche Reich als solches feindliche Pläne im Schilde geführt, vielmehr allein gegen Österreich seine Kriege gerichtet habe, daß nur Habsburg die Freiheit Deutschlands und Europas bedrohe, und daß von einer Gefährdung des Gleichgewichts durch Frankreich keine Rede sein könne.[3]) Aber trotzdem er im Einklang mit diesen Gedanken die deutschen Stände aufforderte, sich Karl VII. gegen das übermächtige Österreich anzuschließen, gerade wenn sie „das Gleichgewicht von Europa unverletzt erhalten" wollten, fügte er an anderer Stelle die Bemerkung ein, daß „eine geschickte Feder", nämlich der Verfasser der „Réflexions", schon längst die Überflüssigkeit des ganzen Gleichgewichtssystems zwischen Habsburg und Bourbon nachgewiesen habe.[4]) Offenbar hat der Autor dieser Schrift selbst noch zwischen den alten, allgemein anerkannten Ansichten über die Notwendigkeit des europäischen Gleichgewichts, und den neuen, gewissermaßen revolutionären Ideen geschwankt, vielleicht auch aus Rücksicht auf seine Leser das Neue nicht unbedingt annehmen wollen. Und so braucht er beide Anschauungen nebeneinander für seine praktischen Zwecke.

Diese Erklärung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir ein ganz ähnliches Schwanken bei einem anderen Politiker be-

[1]) „Prüfung der ans Licht getretenen Réflexions touchant l'Equilibre", in Strubens „Nebenstunden", Hannover, 1747. II, 267 ff.

[2]) „Historisch-politische Erörterung der Frage, ob die Crone Franckreich vor einen Erb-feind des Heiligen Römischen Reiches zu achten sey." 1744.

[3]) a. a. O. S. 26

[4]) a. a. O. S. 22.

obachten. Es ist eine Flugschrift des geistreichen Bewunderers Friedrichs des Großen, des späteren Ministers und Staatssekretärs, Lord Chesterfield, von der wir sprechen wollen.[1]) Chesterfield gehörte damals, Anfang 1744, zu der Opposition, die sich vornehmlich gegen die Person des leitenden Ministers, Lord Carteret, wandte. Wir sehen von den Angriffen ab, die er in seinem Pamphlet gegen die Regierung richtet, bemerken nur, daß er sich ausschließlich an das englische Publikum wendet, und heben allein die für uns wertvollen Partien hervor.

Chesterfield bekämpft die antipreußische Richtung des englischen Ministeriums, die er auf ein „Parteivorurteil" zurückführt.[2]) Eine Entschuldigung für diese Haltung würde nach seiner Meinung nur darin gefunden werden können, daß in dem Kampfe Preußens „zugunsten des Hauptes und der Freiheiten des Reichs" das allgemeine Interesse oder das Gleichgewicht beteiligt wären. Wäre das der Fall, so könnte man darin allerdings eine Veranlassung zu kräftigem Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten sehen. Aber davon kann nach Chesterfields Ansicht keine Rede sein. Die Person des deutschen Kaisers geht England als einen Handelsstaat nichts an. Und überhaupt, fügt der Verfasser an einer späteren Stelle hinzu, wird Englands Handel ebensowenig wie das Gleichgewicht durch Besitzwechsel zwischen deutschen Fürsten berührt. Höchstens ein Sieg Österreichs würde die „Balance of Power in the Empire" und damit auch das europäische Gleichgewicht gefährden, das durch Friedrich, den deutschen Patrioten, gesichert wird.[3]) Zwischen diese Ansichten über die Beziehungen des preußisch-österreichischen Krieges zu dem Balancesystem, die charakteristisch sind durch ihre Verbindung mit dem deutschen Gleichgewicht und ihre Spitze gegen Österreich, schiebt Chesterfield gänzlich unvermittelt die überraschende Behauptung ein, daß die „Balance of Power" überhaupt nur eine „ideal chimera" sei, durch bestechliche und intriguierende Minister in England eingeführt, um

[1]) „Natural reflexions on the present conduct of his Prussian Majesty." 1744. Gedruckt bei Koser: „Preußische Staatsschriften aus der Regierungszeit Friedrichs II." Berlin 1877 f. I, 597 ff.
Über Chesterfields Persönlichkeit vgl. Koser: a. a. O. S. 582 ff.

[2]) a. a. O. S. 608.

[3]) vgl. a. a. O. S. 610 und 616.

ihre betrogenen Landsleute zu täuschen und ihren Plänen dienstbar zu machen.[1]) Wolle man aber annehmen, das Gleichgewicht sei ein Ding der Wirklichkeit, fährt er fort, dann wäre doch Frankreich die einzige zu fürchtende Macht, und diese könne durch Machtverschiebungen im Reich nichts gewinnen. – Damit ist für Chesterfield die Leugnung des Gleichgewichts durch einen etwas gezwungenen Übergang für den Rest seiner Ausführungen wieder rückgängig gemacht.

Offenbar ist sich Chesterfield des Widerspruchs in seinen Anschauungen nicht völlig klar geworden. Ihm ist zum Bewußtsein gekommen – und darin liegt das Interessante seiner Schrift – daß bei dem Eingreifen der neuen Großmacht Preußen mitten in die Kämpfe der drei bisher führenden europäischen Staaten das alte System, wie es im Frieden von Utrecht festgelegt worden war, antiquiert, unhaltbar geworden war. Indessen, die alten Vorstellungen waren noch in der ganzen politischen Welt zu mächtig, als daß er sich ganz von ihnen hätte frei machen können, und vor allem, sie waren für Chesterfields publizistische Zwecke, für die Wirkung auf die englische Nation, noch unentbehrlich.[2]) Eine einzelne ketzerische Bemerkung über das Gleichgewichtssystem konnte an geeigneter Stelle Eindruck machen, eine konsequente Leugnung war doch nicht gut möglich.

Um die Verschiedenartigkeit der Interessen, die damals mit dem Gleichgewichtsgedanken sich auseinander setzen mußten, durch ein letztes Beispiel zu beleuchten, führen wir noch eine holländische Flugschrift aus dem Jahre 1744 an.[3]) Wir haben oben eine englische Broschüre besprochen, die wohl auch in Holland ihre Wirkung ausüben sollte.[4]) Die uns hier beschäftigende Schrift sucht gegenüber den Mahnungen an Holland, sich England fest anzuschließen, die abwartende Politik der Generalstaaten zu verteidigen. Es ist fast amüsant zu beobachten, wie der Verfasser sich zwischen dem rein holländischen Interesse,

---

[1]) „. . . introduced among us by corrupt and designing ministers, to subject and fleece their deluded Countrymen": a. a. O. S. 608; das Folgende ebenda.

[2]) vgl. einen Bericht des preußischen Residenten in London, Andrié: Koser, a. a. O. S. 581.

[3]) „La conduite des Hollandais justifiée" etc. Amsterdam 1744.

[4]) s. o. S. 92 ff.

das ihm den Frieden zu fordern scheint, und der Rücksicht auf die allgemeinen Interessen hin und her windet. Kaum hat er auseinandergesetzt, daß eine vernünftige Politik der Republik durchaus Zurückhaltung auferlege, und daß diese einzig richtige Haltung unmöglich würde, wenn Holland sich durch die „chimärische Idee, die eine oder die andere Macht zu unterstützen oder zu schwächen", von der Sorge um das zunächst Notwendige abbringen lasse[1]) — so lenkt er auch schon wieder ein und eifert gegen die Universalmonarchie und begeistert sich für das Gleichgewicht, um dann doch wieder auf seinen Ausgangspunkt zurückzukommen und sich mit der „Raison d'Etat" zu decken.[2]) Dem unglücklichen Holländer bleibt eben nichts anderes übrig, als mit Begriffen zu spielen. Darüber, daß Gleichgewicht und gesunde Realpolitik manchmal unvereinbar sind, kann er natürlich mit aller Rhetorik nicht hinwegkommen.

In ihrer Gesamtheit zeigt die politische Literatur des österreichischen Erbfolgekrieges auf der einen Seite, die in der praktischen Politik die alten Machtverhältnisse unverändert wahren möchte, die Aufrechterhaltung des auf Frankreich, Österreich und England gegründeten Gleichgewichtssystems, ja seine scheinbar ewige Konsolidierung durch die Verbindung mit dem Naturrecht; auf der anderen Seite zeigt sie die mehr oder minder unentschiedene Verwerfung des ganzen Systems, in erster Linie veranlaßt durch das Erscheinen einer neuen Großmacht, die bald das alte Machtverhältnis der Staaten endgültig in der Welt des realen Lebens wie in der Literatur umstoßen sollte, in zweiter Linie durch den vorübergehenden Versuch eines wittelsbachischen Kaisertums unter französischem Schutze.

---

[1]) a. a. O. S. 8.
[2]) a. a. O. S. 18, 23.

IV.

Der Siebenjährige Krieg.

Einleitung.

Im österreichischen Erbfolgekriege war noch einmal die Konstellation der europäischen Mächte lebendig geworden, wie sie sich zur Zeit Ludwigs XIV. und Wilhelms III. gebildet hatte. Zumal seit Preußen aus dem Kampfe ausgeschieden, und der wittelsbachische Kaisertraum mit Karls VII. frühem Tode ruhmlos beendet war, schien das politische System Europas wieder auf den drei großen alten Mächten zu beruhen. Wäre dem wirklich so gewesen, so wäre die Möglichkeit geblieben, die sinnlich-mechanische Auffassung des europäischen Gleichgewichts zu bewahren, die der Idee plastischen Ausdruck und damit allgemein überzeugende Kraft gegeben hatte, die Vorstellung von zwei alle anderen Staaten überragenden Kontinentalmächten, deren Kräfte wie die Schalen einer Wage von dem englischen Inselstaat im Gleichgewicht gehalten werden müßten, damit durch diese Balance die Existenz und Unabhängigkeit aller kleineren Staaten gewährleistet würde.[1]) Dieser Gedanke war von einleuchtender Einfachheit.

[1]) So faßt noch Vattel die konkrete Erscheinungsform des europäischen Gleichgewichts auf: „Le droit des gens", l. III. c. III § 47 f. Natürlich behaupten Vattel und die übrigen Völkerrechtslehrer nicht, daß das europäische Gleichgewicht auf Österreich, Frankreich und England basiert sein müsse, sie erklären nur, daß es tatsächlich so sei. Indem sie aber das Gleichgewicht als ein Rechtsmittel zum Schutz der Freiheit der einzelnen konstruieren, wird der Anschein erweckt, als ob auch seine zufällige Form rechtlich garantiert sei. – Übrigens muß Vattel diesen Passus mit dem Lob der Uneigennützigkeit Englands und der Gegenüberstellung von Habsburg und Bourbon schon einige Jahre vor der ersten Ausgabe seines Werkes – 1758 – geschrieben haben, da er nach dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges auf die politischen Verhältnisse in keiner Weise mehr paßte. Dazu stand Vattel 1758 in sächsischen Diensten, hatte also gar keine Veranlassung, das Lob Englands, des Alliierten Preußens, zu singen; vgl. Nouv. Biogr. Univ., XLV, 997 ff.

Die Natur selbst schien allen Völkern den Weg gezeigt zu haben, die Sicherheit ihres politischen Daseins durch sorgfältige Bewahrung des Gleichgewichts zu begründen. So fruchtbar erwies sich die Idee, daß man sie schon früh auch auf andere Gebiete staatlichen Lebens übertrug. Wo zwei unorganisch sich gegenüberstehende Gewalten miteinander im Kampfe lagen, dachte man ihre Kräfte durch ein Gleichgewicht vor Übergriffen zurückzuhalten und die Harmonie des staatlichen Lebens zu sichern.[1]) Allerdings erhielt durch diese Vorstellung das europäische Gleichgewichtssystem etwas Unbewegliches, Starres. Die Konsequenz dieses konservativen Charakters mußte die Zurückdrängung jedes neu aufstrebenden Staates sein, durch den die Machtverhältnisse, auf denen das Balancesystem beruhte, hätten verändert werden können. Wir haben bemerkt, wie man Rußland auch unter Peter dem Großen nicht als neuen Faktor des Gleichgewichts hatte anerkennen wollen. Indem sich dann der politische Charakter der Gleichgewichtsidee mit den völkerrechtlichen Konstruktionen verschmolz, konnte der Gedanke entstehen, als ob die Mächte des „alten Systems", Österreich, Frankreich und England, ihre leitende politische Stellung auch als auf einen Satz des internationalen Rechts begründet betrachten dürften und damit in der glücklichen Lage der beati possidentes wären, deren Besitz durch das Recht geheiligt ist.

---

[1]) Der Gegensatz zwischen dem monarchischen Absolutismus in Frankreich, verkörpert durch den ersten Minister, und den Aspirationen der Stände führte in der Zeit der Fronde zu der Forderung eines Gleichgewichts zwischen Regierung und Ständen, das seinen Ausdruck in einer hübschen kleinen Satire fand: „La balance d'estat. Tragi-Comédie allégorique." o. D. (Brit. Museum). Ähnlich wird die Theorie der „Teilung der Gewalten" unter dem Bilde des Gleichgewichts veranschaulicht, so von J. H. G. Justi (vgl. über ihn u. S. 115 ff. und S. 122, Anm. 2): „Abhandlung von der Anordnung und dem Gleichgewicht der Hauptzweige der obersten Gewalt", in seinen „Gesammelten politischen und Finanzschriften", II, 3 ff. Justi wünscht ein Gleichgewicht zwischen der vollziehenden und der gesetzgebenden Gewalt, von denen die richterliche Gewalt gleichmäßig abhängig sein soll. Er entlehnt nicht gerade den Ausdruck, aber die Idee der sich balancierenden Gewalten Montesquieus „Esprit des lois", l. XI. „Des lois qui forment la liberté politique, dans son rapport avec la constitution". Vgl. bes. die Darstellung der englischen Verfassung im chap. VI und den Satz: „pour qu'on ne puisse abuser du pouvoir, il faut que, par la disposition des choses, le pouvoir arrête le pouvoir": l. XI, chap. IV.

Locke: „Two treaties on government" kennt zwar die Trennung der Gewalten, räumt aber der legislativen eine überragende Stellung ein.

Für England charakteristisch ist die Idee des Gleichgewichts zwischen Staat und Kirche in einer jakobitischen Flugschrift aus dem Regierungsbeginn Wilhelms III.: „The balance adjusted or the interest of church and state considered upon this conjunction." o. D. (Brit. Mus.).

Auch das Gleichgewicht zwischen Kaiser und Ständen oder das zwischen Protestanten und Katholiken in Deutschland gehört hierher.

Aber die Tatsachen entsprachen dem doch nicht mehr. Wenn auch Rußland so wenig mit West- und Mitteleuropa verwachsen war, daß man es allenfalls als außerhalb Europas stehend betrachten konnte, so ging das Preußen gegenüber nicht. Und es konnte doch auch nach dem Dresdener Frieden bei ruhigem Hinsehen kein Zweifel sein, daß mit Preußen den führenden Mächten ein sehr ernsthafter Rivale an die Seite getreten war. Es fragte sich nur, ob es auf die Dauer seine Stellung behaupten, oder ob es den drei Großstaaten gelingen würde, das alte System wieder herzustellen.[1]) Im Siebenjährigen Krieg ist die Entscheidung zugunsten Preußens gefallen.

Zu der durch Friedrich den Großen inaugurierten Umgestaltung des europäischen Gleichgewichtssystems kam noch ein anderes, nicht minder bedeutsames Moment. Es zeigte sich immer deutlicher, daß England durchaus nicht nur die Rolle als Zünglein an der Wage zu spielen gedachte, sondern daß der englisch-französische Gegensatz im Handel und in den Kolonien auch ganz unabhängig von etwaigen französischen Fortschritten auf dem Kontinent ausgefochten werden mußte. Vor allem doch der Umstand, daß Englands König auch auf dem Festlande Besitzungen hatte, fügte es dann so, daß der schon vorher ausgebrochene See- und Kolonialkrieg zum größten Teile mit dem kontinentalen Ringen zusammenfiel, das wir im engeren Sinne als den Siebenjährigen Krieg zu bezeichnen pflegen. Allerdings leiteten den führenden englischen Staatsmann weniger diese persönlichen Motive als politische Erwägungen, seinen Einfluß für die Verteidigung Hannovers in die Wagschale zu werfen.[2]) Begleitet wurde überall der Kampf der Schwerter von dem Streit der Federn, in dem die Gleichgewichtsidee den veränderten politischen Kombinationen entsprechend Ausdruck fand. Aber wenn schon der politische Zusammenhang zwischen den beiden

[1]) Diese Bemerkungen sind nicht ohne starke Einschränkungen richtig. Alle drei großen Mächte haben sich nie gemeinsam unter der Devise des Gleichgewichts gegen Preußen gewandt. In den ersten Schlesischen Kriegen ist Frankreich, im dritten England Friedrichs Verbündeter gewesen. In den vierziger Jahren ist von englischen Schriftstellern auf die Gefahr der Balance durch Preußens Beraubung Österreichs nur schwach hingewiesen worden, erst im Siebenjährigen Kriege wird das Gleichgewichtsinteresse scharf gegen Preußen geltend gemacht.

[2]) vgl. A. v. Ruville: „William Pitt, Graf von Chatham". Stuttgart 1905. II, 101 ff. u. 159.

Kriegen ein ziemlich loser war, so zeigt die Publizistik eine fast völlige Divergenz und muß gesondert dargestellt werden, wobei als unterscheidendes Merkmal nicht die Herkunft aus dem einen oder dem anderen Lager, sondern das Überwiegen der kontinentalen resp. der maritimen Gesichtspunkte gilt. Gemeinsam ist den meisten Erzeugnissen beider Gruppen die engere Verknüpfung von Theorie und Politik, gedanklicher Konstruktion und praktischem Zweck, die nicht so scharf wie vorher von einander gelöst werden können.

1. Kapitel.

Durch das große „Renversement der Alliancen", den Bund Österreichs und Frankreichs und die Vereinigung von Preußen und England, entstand zunächst in der politischen Literatur mehrfach ein Gefühl der Verwirrung und Unsicherheit, das durch den kühnen Angriff Preußens auf seine mächtigen Feinde noch erhöht wurde. — Eben noch war Preußen eine Macht zweiten Ranges, so beginnt ein gleichzeitiger Schriftsteller einen Abriß der ersten Regierungsjahre Friedrichs des Großen, und jetzt läßt es ganz Deutschland vor sich erzittern. Welchen Einfluß wird seine Macht auf das politische System Europas ausüben, welche Veränderungen im Gleichgewicht Deutschlands verursachen?[1]) Ein deutscher Publizist drückt den Wechsel, den der Siebenjährige Krieg hervorgerufen hat, mit den Worten aus: „Das politische Systema, das sonsten die europäischen Völkerschaften gegen einander geheget, sieht bey gegenwärtigem Krieg sehr verwirrt aus, es scheinet, als ob die mehreste im Krieg verwickelte Mächte, ihr altes System über den Haufen geschmissen, und ein ganz neues, von dem man sehr ungewiß seyn muß, ob es die Probe halten werde? errichtet haben", während früher der politische Zustand Europas sehr einfach darin bestand, daß immer zwei Mächte abwechselnd nach der Universal-Monarchie strebten und sich gegenseitig an der Vollendung ihrer Pläne hinderten.[2])

[1]) „L'Europe ridicule ou réflexions politiques sur la guerre présente." Cologne 1757.

[2]) „Juristische und politische Briefe von Bedenklichkeiten bey jetzigem Kriege." Altdorf 1758. S. 15. Vgl. über diese Schrift auch w. u. S. 113 f.

Wenn die Politiker sich klar darüber waren, daß die alten Konstellationen der Mächte zusammenzubrechen begannen, so erhob sich für sie die Frage, ob man überhaupt noch von einem Gleichgewicht sprechen sollte, oder ob der Begriff nicht ganz fallen zu lassen war. Zog man diese letzte Folgerung nicht, so hatte man zu untersuchen, woher der gegenwärtige Wirrwar entsprungen war, oder mit anderen Worten, wer das europäische Gleichgewicht gestört hatte, und gegen wen daher in seinem Namen einzuschreiten war. Eng verbunden damit war die Erörterung über den Einfluß des preußisch-österreichischen Krieges auf die deutschen Staaten, nach damaligem Sprachgebrauch auf das deutsche Gleichgewicht. Doch brauchten die Antworten auf die Frage nach dem Interesse der einzelnen Staaten am europäischen und am deutschen Gleichgewicht in derselben Schrift nicht identisch beantwortet zu werden. Die Gründe dafür werden sich bei der Besprechung der einzelnen Broschüren zeigen.

1. Im Jahre 1716 hatte der bekannte Hallenser Jurist Nicolaus Hieronymus Gundling eine ebenso scharfsinnige wie witzige Abhandlung über die seit Albericus Gentilis immer wieder zur Diskussion gestellte Frage geschrieben, ob die bloße Tatsache der übergroßen Macht eines Staates dessen Nachbarn einen gerechten Grund zum Kriege gewähren könne.[1]) Gundling hatte die Frage bejaht und, ganz sichtbar unter dem noch frischen Eindruck des spanischen Erbfolgekrieges, mit der Gleichgewichtsidee lose verbunden. Jetzt, im Jahre 1757, wurde die kleine Schrift gesondert in Frankfurt und Leipzig neu herausgegeben.[2]) Der Neudruck enthält keinen Kommentar, keine Angabe über die Veranlassung der Edition. Und doch kann man nicht glauben, daß ein plötzliches wissenschaftliches Bedürfnis der kleinen Broschüre nach über vierzig Jahren zu verjüngtem Leben verholfen habe. Den einzigen Anhalt für eine Vermutung geben der oder die Druckorte, beide Zentren der antipreußischen Stimmungen. Darf man daraus schließen, daß Gundlings Polemik nach der Meinung des Herausgebers jetzt gegen die „übergroße Macht"

[1]) Sie steht in den „Gundlingiana". 5. Stück. „Ob wegen der anwachsenden Macht der Nachbarn man den Degen entblößen könne." Halle 1716.

[2]) „Nic. Hieronymi Gundlings . . . Erörterung der Frage, ob wegen der anwachsenden Macht" etc. Frankfurt und Leipzig 1757.

Friedrichs des Großen ihre Spitze richten sollte? Wenn man weiß, daß in der Tat von sächsischer wie von österreichischer Seite das Gleichgewicht in der literarischen Fehde gegen Preußen ins Feld geführt worden ist,[1]) wird die Vermutung höchst wahrscheinlich, und wir hätten dann in des einstigen preußischen Professors Abhandlung das erste Beispiel für eine antipreußische Verwendung der Gleichgewichtsidee. Wir gehen jedoch auf die Schrift, die immerhin nur indirekt zur politischen Literatur des Siebenjährigen Krieges gehört, hier nicht näher ein.[2])

Wenn auch schon in den ersten Jahren des Siebenjährigen Krieges mehrfach die Gleichgewichtspolitik in der Publizistik eine Rolle spielt, scheint sie doch mit Nachdruck von österreichischer Seite aus erst in einer offiziösen Broschüre aus dem Frühjahr 1761 geltend gemacht worden zu sein.[3]) Wir analysieren diese, soweit sie für uns wertvoll ist, schon an dieser Stelle, obgleich die bedeutendste Publikation von englisch-preußischer Seite schon drei Jahre früher erschienen war,[4]) da sie durchaus den Charakter des Angriffs, die gegnerischen Schriften den der Abwehr tragen.

Die österreichische Staatsschrift ist nach Beginn der Verhandlungen über einen dann allerdings nicht zustande gekommenen Friedenskongreß geschrieben worden und beabsichtigt, die Forderungen der Gegner Preußens bei einem Friedensschluß mit allgemeinen Gründen zu vertreten.[5]) Die Grundsätze, nach denen die verschiedenen Staaten Europas ihre Politik während des Krieges der österreichischen Koalition gegen Preußen richten sollen, entwickelt der Verfasser nicht in logischer Gedankenfolge, sondern neben einigen im Zusammenhang vorgebrachten und allerdings grundlegenden Ansichten stehen an verschiedenen Stellen andere, die sie zu ergänzen und genauer zu bestimmen geeignet sind. Wir fassen die leitenden Gesichtspunkte zusammen, ohne Rücksicht darauf, wo und in welcher Reihenfolge sie ausgesprochen

---

[1]) vgl. w. u. S. 108 ff.

[2]) Einige Angaben im Anhang.

[3]) „Staatsbetrachtungen über gegenwärtigen preußischen Krieg in Teutschland. Wien 1761. Mit Anmerkungen wieder aufgelegt." Berlin, im Oktober 1761. Daß die österreichische Schrift eine aus dem Ministerium hervorgegangene Staatsschrift vom Mai 1761 ist, sagt die offizielle preußische Erwiderung (s. u. S. 114, Anm. 2), S. 7.

[4]) Die w. u. besprochene Schrift Justis.

[5]) vgl. Koser: „König Friedrich der Große". II, 283 f.

werden, und gehen dabei vom allgemeinen aus, um darauf die praktischen Konsequenzen kennen zu lernen.

Die Notwendigkeit eines Balancesystems in Europa steht für den Verfasser gewissermaßen a priori fest; es handelt sich für ihn nur darum, sein Wesen näher zu bezeichnen. Aus den Betrachtungen eines sonst nicht hervorragenden französischen Schriftstellers, Pecquet, sollen die landläufigen Vorstellungen vervollständigt und vertieft werden.[1]) Danach ist das Gleichgewicht als der Zustand der europäischen Staaten zu definieren, in dem sie „unter sich in Ruhe und Frieden sich befinden können, und keine Macht von der andern einen Umsturz oder nachtheilige Veränderung ihrer Lande oder Gerechtsame zu befahren hat".[2]) Für das Zustandekommen des „équilibre" muß zwischen „causes premières" und „causes secondaires" unterschieden werden;[3]) unter den einen sind die physischen Machtmittel verstanden, unter den andern weniger greifbare, aber nicht minder einflußreiche Momente, wie der Geist der Staaten und vor allem ihrer Regenten. Denn nicht nur die Stärke eines Staates ist von dem Charakter und den Talenten seines Herrschers vielfach abhängig, auch völkerrechtlich ist es nicht bedeutungslos, wie der Fürst gesinnt ist. Der Verfasser schränkt nämlich die von ihm zitierte Ansicht Gundlings, nach der jeder Fürst seinem Nachbarn schaden wird, sobald es in seiner Macht steht, dahin ein, daß nur eroberungslustige und ruhmbegierige Fürsten das tun werden. Und nur dann darf völkerrechtlich einem übermächtigen Staate ein Teil seiner Länder abgenommen werden, wenn bei seinem Herrscher „Recht und Gerechtigkeit, Treu und Glauben nichts gelten", wenn er Macht und Willen zum Bösen in sich vereinigt. Nur in diesem Falle darf gegen ihn auf Grund des Gleichgewichts, das auf dem Recht der Selbsterhaltung beruht, eingeschritten werden.[4]) Alle diese Erwägungen gelten in derselben Weise auch für das Verhältnis der deutschen Staaten zueinander, d. h. für das deutsche Gleichgewicht.

---

[1]) Pecquet: „L'esprit des maximes politiques". A Leyde 1758. I. cap. XII, S. 131 ff. Vgl. über Pecquet die Nouv. Biogr. univ.: XXXIX, 44 f. Pecquet war eine Zeitlang im „bureau des affaires étrangères" in einer höheren Stellung beschäftigt.

[2]) „Staatsbetrachtungen" etc, S. 31.

[3]) Die „Staatsbetrachtungen" übernehmen nicht die technischen Ausdrücke Pecquets, wohl aber die Sache: vgl. S. 31.

[4]) „Staatsbetrachtungen" etc. S. 31 ff. und 65.

Aus diesen Prämissen ergibt sich ohne Schwierigkeit für den österreichischen Publizisten der praktische Schluß. Preußens Macht übertrifft die aller anderen Staaten und ist, durch die Talente seines Königs noch höher gehoben, eine Bedrohung für das europäische Gleichgewicht. Die Gefahr wird noch schwerer dadurch, daß Friedrich II., „der Eyffer und Talente zum Kriegführen besitzet, selbst zu Felde lieget und obrister Befehlshaber ist".[1]) Da Friedrich außerdem nach Ruhm und Eroberungen dürstet, also sicher seine großen Mittel zum Schaden aller gebrauchen wird, so tritt ihm gegenüber der Grundsatz in Kraft, nach dem sich alle Mächte um des Gleichgewichts willen zusammentun müssen. Es gilt, Preußen zu Boden zu schlagen, aber auch es im Frieden wirksam zu reduzieren, da bei dem militärisch-despotischen Geist, der in dem ganzen Staate lebt, auch nach Friedrichs Tode sein Nachfolger gewissermaßen gezwungen sein würde, in seines Vorgängers Fußstapfen zu treten, wenn Preußen in seinem alten Umfang erhalten bliebe. Preußen muß, mit anderen Worten, „nach dem allgemeinen europäischen wahren Interesse" den übrigen deutschen Kurfürstentümern wieder gleich gemacht werden. Demnach hat, falls es auf dem geplanten Kongresse zum Frieden kommen sollte, Österreich das geraubte Schlesien, Sachsen verschiedene preußische Besitzungen, Schweden Vorpommern zu erhalten, und auch Ostfriesland und Geldern dürfen nicht bei Preußen bleiben.[2]) Selbst Preußens Verbündeter, England, sollte daran denken, seine Politik zu ändern. Bliebe auf die Dauer Preußens Macht unbeschränkt, so würde zuletzt England selber „noch die Haltung des Gleichgewichts in Europa verlieren, . . . weil das Gleichgewicht zu Lande sich dahin lenken würde, wohin Preußen sich hinlenkte". Außerdem beruht Englands Interesse vornehmlich auf seinem Handel, es kann ihm aber um dessentwillen ganz gleichgültig sein, ob Preußen Schlesien behält oder Österreich es wiederbekommt.[3])

Dieselben Maßregeln, die sich aus dem europäischen Gleichgewicht für alle Staaten ergeben, folgen für die Angehörigen des

---

[1]) a. a. O. S. 31 f.
[2]) a. a. O. S. 61 f., 68 ff, 76 f.
[3]) a. a. O. S. 53 und 26.

Reichs aus dem deutschen Gleichgewicht. Wie schon Pufendorf es definiert hat, besteht das leitende Prinzip aller deutschen Politik darin „ne unius gliscens potentia (in imperio) ceteris praegravis fiat". Die preußische Macht aber „zeigt eine brandenburgische Haupt-Superiorität über die Reichs-Mitstände, und eine Tretung aus dem Gleichgewichte, in betreff des Reichs-Systems, an". Die einzig richtige Politik aller Reichsstände ist deshalb der Widerstand gegen Preußen, der auch für Hannover das natürlich Gegebene wäre.[1]) Die Annahme, daß die protestantischen Reichsstände irgend ein besonderes Interesse an einem starken Preußen hätten, ist ganz verfehlt, Friedrich II. ist in keiner Weise der berufene Vertreter des Protestantismus in Deutschland; Religion und Politik stehen nicht mehr, wie in früheren Zeiten, in irgend einem Zusammenhang.[2])

Neu sind unter diesen Ausführungen der Wiener Staatsschrift vor allem zwei Dinge. Einmal die Einführung der „sekundären Ursachen" der Macht eines Staates. Darin lag nichts, was logisch überraschen könnte, im Gegenteil, es war eine ganz richtige Beobachtung, die dazu führte, den Umfang eines Staates, die Einwohnerzahlen und ähnliches nicht allein als ausschlaggebend zu betrachten. Aber natürlich war die Übernahme der Pecquetschen „causes secondaires" nur Mittel zu einem bestimmten Zweck. Wie hätte jemand Preußen seinem Territorium nach als eine Gefahr für ganz Europa bezeichnen können? Erst dadurch, daß seine militärische Organisation und die Leidenschaften und die Feldherrntugenden seines Monarchen als Gewichte von beliebig hoher Schwere in die politische Wagschale geworfen wurden, konnte Preußen als eine Bedrohung der Freiheit Europas erscheinen. Das zweite neue Moment ist eben die Wendung des Gleichgewichtsgedankens gegen Preußen, das bisher überhaupt nicht zu den großen Mächten gehört hatte. Die wahre Tendenz dieser Wendung liegt klar vor Augen: nicht eigentlich die Be-

[1]) a. a. O. S. 28 ff.

[2]) Die angeblichen Unterdrückungsgelüste der österreichischen Regierung gegen die Protestanten spielen in der Publizistik des Siebenjährigen Krieges eine sehr große Rolle. In den preußischen Staatsschriften wie in privaten Broschüren dient die Gefahr des Protestantismus in Deutschland der Stimmungmache gegen Österreich. Die gegnerischen Schriften pflegen mehr oder minder energisch solche Beschuldigungen zurückzuweisen. Vgl. auch Koser: a. a. O. I, 611.

seitigung der preußischen Gefahr, sondern die Rückwandlung des jungen Großstaats in einen Territorialstaat ist das Ziel der Flugschrift. Das bedeutet der Appell an das europäische und an das deutsche Gleichgewicht! Die Großen sollen den kühnen Eindringling in ihren Kreis wieder ausstoßen, die Kleinen den über sie Hinausgewachsenen wieder zu sich hinabziehen. – Wie sich der Verfasser den Zustand des europäischen Gleichgewichts nach der Zertrümmerung Preußens gedacht hat, läßt sich aus seiner Schrift nicht entnehmen. Es ist recht fraglich, ob er sich über die Form der Staatengruppierung, die dann zu erwarten war, klar geworden ist. Auch wenn Preußen wieder in das politische Nichts zurücksank, war damit das alte Staatensystem noch nicht in seiner einstigen Form wieder hergestellt.

Ähnliche Tendenzen verfolgte zum größeren Teil eine schon 1758 erschienene sächsische Flugschrift, der indessen die so charakteristische staats- und völkerrechtliche Fundierung der Wiener Broschüre fehlt.[1]) Ihr Verfasser spricht nur die Erwartung aus, daß „alle Potentaten, um das Gleichgewicht von Europa zu erhalten, dem preußischen Adler nicht die Flügel zu lang wachsen lassen werden", und macht auf die Gefahr für den Norden Europas und sein Gleichgewicht aufmerksam, dessen Vernichtung durch einen übermächtigen Staat auch im Interesse „der Freiheit vieler europäischen Teile nicht zu wünschen sei".

Auch die deutschen Stände dürfen nicht ruhig zusehen, „daß ein Reichsmitstand eine verdächtige Übermacht an Mannschaft und Zurüstung auf den Beinen habe"; aber an eine Zertrümmerung Preußens sollen sie doch nicht denken, denn „durch den gänzlichen Umsturz des Hauses Brandenburg würde das deutsche Gleichgewicht ebenfalls gewaltig leiden"! – Gegen allzuweit gehende Pläne Österreichs in Deutschland macht selbst ein Angehöriger des stets Habsburg freundlichen Sachsen Front. So wenig er von einer preußischen Hegemonie wissen will, auch eine allmächtige Stellung Österreichs im Reich ist ihm nicht wünschenswert, gegen beide gilt es das „deutsche Gleichgewicht", den Hort der Kleinstaaten, zu erhalten. Der Dualismus

[1]) „Das politische Ma- und Microscopium des gegenwärtigen Kriegs und das allgemeine System des römischen Reichs betreffend." 1758. Die angeführten Stellen auf S. 31, 9, 11, 32. Die sächsische Herkunft ist nach dem ganzen Inhalt nicht zu bezweifeln.

Preußens und Österreichs scheint schon hier als die Devise der deutschen Mittelstaaten verteidigt zu werden.

2. Gegen die Angriffe der Gegner fand die preußisch gesinnte Presse vornehmlich zwei Wege für die Verteidigung offen. Den einen, den näher liegenden, wählte der Verfasser einer wahrscheinlich aus dem protestantischen Nürnberg stammenden kleinen Schrift.[1]) In der Form einer brieflichen Diskussion suchte er die deutschen Stände über die wahre Bedeutung der veränderten politischen Konstellationen aufzuklären. An die bekannte Schrift Kahles und an Stissers „Erinnerungen" anknüpfend,[2]) untersucht er im ersten Briefe die formale Berechtigung des preußischen Angriffs auf Sachsen,[3]) im zweiten und dritten beleuchtet er die politische Situation, deren Eigentümlichkeit in dem französisch-österreichischen Bunde bestand. Die alten Vorstellungen über die Form des europäischen Staatensystems sind nach seiner Ansicht nicht länger haltbar;[4]) aber auch wenn man ganz von ihnen absieht und nur die Gegenwart im Auge hat, ist es schwer, sich ein Bild von den Zielen der Politik vor allem der kleinen Staaten und der deutschen Fürsten zu machen. Man sollte bei der Übermacht der österreichischen Partei über die preußische doch erwarten, daß alle nicht direkt interessierten Staaten auf die neue Lage die Gleichgewichtsidee anwenden, „die Doctrin wohl studieren" und sich auf Preußens Seite stellen würden.[5]) Aber nichts von dem geschieht; dieselben Reichsstände, die früher gegen Habsburg bei Frankreich Schutz suchten, halten es jetzt unbesorgt mit dem vereinten Österreich und Frankreich; man muß glauben, daß „die Völkerschaften in Europa sich gar nichts mehr aus der Doctrin von der Balance in Europa machen . . . und als ob sie derselben den Satz: ein jeder für sich, Gott für uns alle entgegen setzten".[6]) Die betreffenden Staaten können doch nicht etwa

[1]) „Juristische und politische Briefe von Bedenklichkeiten bey jetzigem Kriege." Altdorf 1758. Der Inhalt läßt in dem Verfasser einen protestantischen Preußenfreund erkennen, der Druck in Altdorf, der Nürnberger Universitätsstadt, vielleicht auf einen Nürnberger Bürger schließen.

[2]) vgl. o. S. 94 ff., 96 f.

[3]) Die Ausführungen bringen nichts Neues. Bei Kahle, Stisser und Justi (s. u S. 115 ff.) sind die beiden entgegengesetzten Ansichten ausführlicher behandelt.

[4]) vgl. o. S. 106.

[5]) a. a. O. S. 15.

[6]) a. a. O. S. 19.

annehmen, daß Preußen durch die Eroberung Schlesiens so mächtig geworden sei, daß es seinerseits das europäische Gleichgewicht gefährde! Die Politik Österreichs und seiner Verbündeten allerdings ist ganz klar; sie wollen durch den Krieg einen Zustand herbeiführen, in dem sie allein die ausschlaggebenden Mächte sind, oder im Stil der Zeit, „Österreich, Frankreich, Rußland und Schweden wollen die sogenannte Universal-Monarchie als vor eine einzige Macht ein unmögliches Werk unter sich teilen". Es gilt deshalb für alle anderen Staaten, sich ihren Plänen zu widersetzen und sich Preußen und seinen Alliierten anzuschließen, „den rechten europäischen Patrioten, die die Knechtschaft des übrigen Europa abzuwenden suchen".[1])

Das Ziel dieser Flugschrift ist nicht zu verkennen. Sie dreht zugunsten Preußens einfach die Spitze des von den Gegnern gegen Preußens Übermacht gerichteten Gleichgewichtsprinzips um und läßt Friedrich den Großen als den Verteidiger eben des europäischen Gleichgewichts erscheinen, das er nach der Behauptung seiner Feinde zu vernichten beabsichtigt. Interessanter ist eigentlich die Vorstellung, die der Verfasser von den politischen Zielen der großen Koalition hat. Diese „Universalmonarchie zu vieren" ist im Grunde nur eine andere, beschränktere Form für das Gebilde, das sich am Ende aus dem siebenjährigen Riesenkampf entwickelte, die Vorherrschaft der fünf großen Mächte, die im 19. Jahrhundert als System der Pentarchie mit dem Kern der heiligen Allianz und später als europäisches Konzert eine bevormundende Autorität gegenüber den Kleinstaaten beanspruchen sollten, eine Autorität, die der Verfasser unserer Flugschrift als eine „geteilte Universalmonarchie" bezeichnet haben würde.

Schärfer war die zweite Waffe der preußischen Publizistik. Die offizielle Entgegnung auf die Wiener Staatsschrift vom Mai 1761, die im Oktober desselben Jahres in Berlin erschien,[2]) löste die Verschmelzung von deutschem und allgemein europäischem Interesse radikal auf. Innerhalb einer Staatenverbindung, wie das

[1]) a. a. O. S. 19 und 22.

[2]) „Das wahre Interesse des Teutschen Reiches bei dem gegenwärtigen Kriege zwischen den Häusern Preußen und Oesterreich." Berlin 1761. Den Hauptinhalt der Schrift bilden nicht die allgemeinen Erörterungen, sondern der Nachweis der Widersprüche der bekämpften Broschüre.

Reich sie darstelle, bestände allerdings der gemeinsame Vorteil aller Mitglieder darin, daß niemand unter ihnen allzu mächtig würde, und aus diesen „Grundsätzen einer gesunden Staatskunst" folge, daß „jedermann die Preußische Macht als das Gleichgewicht und den Damm ansehen müßte, welcher die österreichische Obermacht im teutschen Reiche in Schranken hält". Die Geschichte bewiese ja zur Genüge Österreichs Versuche, die Freiheit der deutschen Stände zu beseitigen, während Preußen gar nicht auf einen derartigen Gedanken kommen könne, da ihm das Mittel fehle, mit dessen Hilfe Österreich zu jeder Zeit an die allmähliche Erfüllung seiner Wünsche gelangen könne — die deutsche Kaiserwürde.

Die Waffe des deutschen Gleichgewichts gegen Österreich zu wenden, verschmäht also die preußische Broschüre nicht; war doch die Behauptung, das Haus Habsburg habe nie aufgehört, nach einer wirklichen Herrschaft in Deutschland zu streben, seit Richelieus Tagen ein beliebtes Argument aller antiösterreichischen Publizistik und auch von Friedrich dem Großen nicht verachtet worden.[1]) Aber von der Theorie eines europäischen Gleichgewichts will die Berliner Schrift nichts wissen. Auf Grund von Zitaten aus dem großen Werk des älteren Mirabeau, des „Ami des hommes",[2]) und aus der Abhandlung Justis über das Gleichgewicht wird die Notwendigkeit, ja die Möglichkeit des Gleichgewichts geleugnet.[3])

Damit sind wir zu der interessantesten Schrift gelangt, die wir unter den Erzeugnissen des literarischen Kampfes auf dem Kontinent zu betrachten haben.[4]) Obschon bereits 1758 erschienen, stellen wir Justis Schrift doch an das Ende dieses Kapitels, da sie einen abschließenden Charakter durch ihren Inhalt trägt. Wir geben diesen zunächst wieder, ausführlicher als wir es sonst zu tun pflegen, da die Schrift auch heut noch an Klarheit der Gedanken kaum übertroffen werden könnte, und werden darauf die Frage nach ihrer politischen Tendenz untersuchen.

---

[1]) vgl. Koser: a. a O. I, 611.

[2]) vgl. w. u. S. 126 ff.

[3]) Eigenes enthält die Broschüre nicht.

[4]) Johann Heinrich Gottlob v. Justi: „Die Chimäre des Gleichgewichts von Europa." Altona 1758.

Justi teilt seine Schrift in fünf Hauptstücke ein, von denen vier sich direkt mit dem Gleichgewicht beschäftigen, eins staatswissenschaftliche Auseinandersetzungen enthält, die als Fundierung des Baus unentbehrlich sind. Wir folgen Justis Gedankengängen unter Auslassung aller etwa zwischen den allgemeinen, theoretischen Ausführungen versteckten praktisch-politischen Ziele.

Die erste Frage, die jede wissenschaftliche Diskussion der Gleichgewichtstheorie zu beantworten hat, ist die nach ihrer Entstehung. Justi widmet ihr sein erstes Hauptstück. Gleich hier zeigt sich allerdings die Schwäche aller seiner scharfsinnigen Deduktionen, der Mangel an historischem Sinn trotz der eingehenden Erörterung der geschichtlichen Vergangenheit, und das Überwiegen des Rationalismus. Justi beginnt mit dem alten Thema, der Untersuchung, wann ein Krieg erlaubt sei. Er erklärt den Krieg für gerechtfertigt bei friedlich nicht beizulegenden Interessenkonflikten, das heißt praktisch bei kommerziellen Gegensätzen. Nur dann sind Kriege vernünftig. Bei dieser engen Begrenzung, bei der z. B. das Machtbedürfnis als unvernünftig ausgeschaltet wird, lassen sich nun selbstverständlich nicht alle Kriege unter die Kategorie der erlaubten, weil vernünftigen, Kriege bringen. Justi schließt daraus, daß $^9/_{10}$ aller Kriege in den Leidenschaften oft ganz untergeordneter Persönlichkeiten ihre Erklärung finden. Die allgemeinste dieser Leidenschaften, die am stärksten sich bei Fürsten äußert, ist der Neid, und in diesem ist auch der Ursprung der Gleichgewichtsidee zu suchen. Weil blühende Staaten sofort der Gegenstand des Neides ihrer Nachbarn werden, bilden sich alsbald Bündnisse mehrerer Fürsten gegen sie. Nun haben aber meistens diese Ligen gegen einen gut regierten Staat wenig Erfolg, deshalb beginnen die Unterlegenen gegen die Übermacht des Siegers zu eifern, und bei einer solchen Gelegenheit ist zum ersten Male als ein Einfall Heinrichs VIII. die Idee des Gleichgewichts in die Welt gesetzt worden. Obgleich längere Zeit ohne Einfluß, haben doch die französischen und englischen Deklamationen gegen die habsburgische Universalmonarchie sie nicht wie ähnliche Ideen wieder vergessen lassen, so wenig reale Berechtigung auch hinter diesem „Geschrei“ steckte. Zu allgemeiner Anerkennung aber hat erst Wilhelm III.

von Oranien die Theorie gebracht. Haß gegen Ludwig XIV., Furcht vor Jakob II. nach der Revolution von 1688, vor allem das englische Handelsinteresse leiteten ihn und seine Berater. Die französische Seemacht galt es zu schwächen durch kontinentale Angriffe auf Frankreich, „und das System des Gleichgewichts war ein schönes Gespenst, die Landmächte zu erschrecken und zum Bündnisse mit England zu bewegen, um diese Landkriege gegen England zu unterhalten".

So erweist sich schon die Geschichte der Gleichgewichtsidee als eine Folge von Handlungen des Neides gegen blühende Staaten.

Der Begriff des Gleichgewichts selbst, wie ihn dessen Verteidiger aufgestellt haben, ist ein doppelter. Der eine „ist ziemlich grob" und betrachtet Österreich und Frankreich als zwei Wagschalen, an die sich je nachdem England und die übrigen Staaten anhängen. Trotzdem hat Kahle auf ihn vorzüglich seine Folgerungen aufgebaut. Mindestens ist der Begriff jetzt nicht mehr haltbar, da Rußland und vielleicht auch Preußen ebenfalls Wagschalen sein müßten, und außerdem ist durch die politische Kombination des Siebenjährigen Krieges „dieses ganze System als ein Schattenbild verschwunden". Man kann also von dieser Auffassung gänzlich absehen, und hat sich nur mit dem zweiten, „ein klein wenig gesünderen", auch schon von Kahle aufgestellten Begriff zu beschäftigen, nach dem das Gleichgewicht darin besteht, daß kein Staat in Europa so mächtig werden darf, daß ihm die übrigen Staaten vereint nicht mehr widerstehen können, und mithin ihre Freiheit gefährdet wird.

Um die Unmöglichkeit auch dieser weiteren Auffassung des Gleichgewichts zu beweisen, schaltet Justi als zweites Hauptstück die Beantwortung der Frage ein, worauf die wahre Macht eines Staates beruht. Denn da sich die Gleichgewichtstheorie gegen die zu große Macht eines Staates richtet, muß man wissen, nach welchen Kriterien überhaupt staatliche Macht zu beurteilen ist. Die Anhänger der Gleichgewichtstheorie scheinen dabei immer nur an den Umfang des staatlichen Gebiets zu denken, obgleich damit durchaus nichts Sicheres über die wirkliche Macht gesagt ist. War nicht Spanien mit allen seinen europäischen und amerikanischen Besitzungen ein Bild der Schwäche unter

Philipp IV. und Karl II.? Und auch die Zahl der Einwohner ist kein brauchbarer Maßstab; das ungeheure und gut bevölkerte Perserreich, das kaiserliche Rom im dritten und vierten nachchristlichen Jahrhundert, oder das menschenreiche China sind verhältnismäßig sehr kleinen erobernden Heeren erlegen. Oder will man den Reichtum an Edelmetallen oder die Größe der Armeen zu Kriterien machen? Auch dagegen gibt es historische Gegenbeweise genug. Die riesigen modernen Heere, wie sie Ludwig XIV. zuerst eingeführt hat, sind zudem wegen der Verproviantierungsschwierigkeiten und der unerträglichen Lasten, die sie dem Lande auferlegen, ein sehr zweifelhafter Gewinn. In Wahrheit beruht eben die Blüte eines Staates nicht auf solchen äußeren Manifestationen, sondern auf der Vollkommenheit seiner Regierung.

Damit ist Justi, der große Kameralist, auf sein eigenstes Gebiet gekommen. Mit sichtlicher Liebe entwirft er ein Bild des vollkommen regierten Staates. Als einem überzeugten Anhänger des Polizeistaats des aufgeklärten Absolutismus gilt ihm das Prinzip des Individualismus oder auch der freien Genossenschaft nichts, das der Ordnung des gesamten Staatslebens vom Zentrum aus, nach einem genauen, wohl ausgearbeiteten Plane, dagegen um so mehr. Als das zu erstrebende Ideal preist er das Bild einer kunstvollen Maschine, deren Räder und Triebwerke ohne Störung ineinander greifen und alle dem einen großen Zwecke der ganzen Maschine dienen. Eine Reihe besonders wichtiger Gesichtspunkte hebt er einzeln hervor, so die Pflicht des Fürsten, selbst zu regieren, keine Faktionen aufkommen zu lassen, die einheitliche Seele der Staatsmaschine zu sein. Die Wahl tüchtiger, nur dem Ganzen dienender Beamter, so schwierig sie ist, ist doch von höchster Bedeutung. Der König muß mit ganzer Tatkraft sich dazu der Armee widmen, das Amt des Heerführers „ist eine der allerwichtigsten Pflichten des Regenten“. Schließlich wird der Regent Gelegenheit finden, einen Schatz zu sammeln, die Kultur des Landes zu heben, die Kommerzien zu befördern; aber diese sind nicht das eigentlich Wesentliche, sondern folgen aus der guten Anordnung der Regierung fast von selbst. Die größten Veränderungen in der

Macht eines Staates können also vor sich gehen, ohne daß er einen Fußbreit neuen Bodens gewinnt. Aber es kann doch auf keinen Fall ein Akt der Gerechtigkeit und nicht vielmehr des Neides sein, einen ausgezeichnet gelenkten Staat eben wegen der Weisheit seiner Regierung anzugreifen! Das wäre ja nicht anders, als wenn ein Unfähiger aus Neid einem Gelehrten Opium eingäbe, um ihn dumm zu machen und von seiner Klugheit nichts mehr befürchten zu brauchen.

Dies würde indessen die Konsequenz der Gleichgewichtstheorie sein. Diese müßte, so führt Justi im dritten Teil aus, das Recht geben, einem Staate innere Reformen, die geeignet sind, seine Macht zu erhöhen, zu verbieten, würde also auf das empfindlichste gerade die Freiheit der Staaten beschränken, die man durch das Gleichgewicht zu schützen beabsichtigt. Das Prinzip würde in seiner Anwendung die Legitimation der Rechtswidrigkeit sein, es würde dem natürlichen Trieb nach Erhöhung des Glücksempfindens, das den Staaten ebenso wie den Individuen durch das Naturrecht garantiert ist, eine Schranke errichten, es würde die „Beleidigung" eines Staates erfordern, der selbst niemandem unrecht getan, es würde gegebenen Falles gegen unstreitige Rechte eines Staates, z. B. bei Eröffnung einer politischen Erbschaft, einzuschreiten befehlen. Ebenso unbrauchbar würde sich die Theorie nach Justis Meinung selbst vom Standpunkt der Politik erweisen – und hier zeigt sich die dialektische Kunst Justis auf der Höhe. Ganz abgesehen davon, daß Gerechtigkeit und Staatskunst in ihren Forderungen an sich identisch sind, sobald man nur den wahren Vorteil des Staates im Auge hat, so verdankt die Welt dem Gleichgewicht die ungeheuren Armeen und die Staatsschulden, also das schlimmste Übel der modernen Staaten, verleitet die Balancepolitik zu Kriegen, deren Ausgang immer ungewiß ist, um einer vielleicht ganz unbegründeten Furcht willen, und kann überhaupt nur in ganz außerordentlich seltenen Fällen zur Anwendung kommen. Denn fast nie wird der Fall eintreten, daß ein Staat in jeder Beziehung allen anderen derart überlegen ist, daß er eine wirkliche Übermacht besitzt. Tritt dieser Ausnahmefall aber wirklich einmal ein, dann ist die einzig vernünftige Politik die, Konzessionen zu machen und den Unüberwindlichen nicht zu reizen.

Wollte man Justi hier einwenden, daß es sich ja darum handelt, einem schon sehr mächtigen, aber noch nicht unbesiegbaren Staate weitere Vermehrung seiner Kräfte zur rechten Zeit zu verwehren, so führt Justi sein stärkstes Argument ins Feld, die Bestreitung auch nur der Möglichkeit der Gleichgewichtspolitik. Denn da die Macht des Staates auf seinen inneren Vorzügen beruht, diese aber unmerklich wachsen, weil so vieles Kleine dabei ineinander greift, so können Angehörige fremder Staaten nie den Zeitpunkt bestimmen, wo die Stärke des betreffenden Staates plötzlich „zu groß" wird. Dazu kommt, daß der Begriff der „zu großen Macht" ein relativer ist, alle Staaten in einem ständigen Fallen und Steigen begriffen sind, und jeder feste Maßstab fehlt.

Damit könnte Justi seine Abhandlung schließen, er zieht es aber vor, in zwei letzten Teilen auf den positiven Beweis eine Widerlegung der gegnerischen Argumente folgen zu lassen. Die Freunde des Gleichgewichts operieren gern mit einer Reihe von falschen Voraussetzungen, deren eine die ist, daß es irgendwo doch einen Berufenen geben muß, der über den Eintritt der Gefahr des Gleichgewichts entscheidet. Aber wo soll man nur einen Richter herholen, der über allen Staaten steht? Diese können natürlich nicht selbst Richter in einer Sache sein, in der sie notwendigerweise immer Partei sind! Eine andere Annahme ist die, daß jeder Mächtige auch den Willen habe, anderen zu schaden, was nicht zutrifft, auch wenn man sich alle Regenten von Leidenschaften beherrscht vorstellt; gibt es doch genug unkriegerische Leidenschaften. Gerade der Idealzustand ferner, der jedem Gleichgewichtsfreund vorschweben muß, der einer völligen Gleichheit aller Staaten, würde das traurigste Resultat geben, da er jeden Fleiß und Eifer ebenso sicher vernichten müßte, wie es etwa volle Vermögensgleichheit unter den Angehörigen eines Staates tun würde. Die bestechendste, aber darum nicht weniger zu bekämpfende These der Gegner ist schließlich die Konstruktion einer Staatengemeinschaft, einer „société unie par un lien moral". [1]) Zwar hat auch Leibniz in seinem Buche „De suprematu" [2])

[1]) s. Kahle-Formey § 25.

[2]) Erschienen 1677 unter dem Pseudonym Caesarinus Fuerstenerius.

dieselbe Auffassung vertreten, „allein die Staatskunst war eben nicht die Stärke des Herrn von Leibniz". Davon kann keine Rede sein, daß man sich ein Gebilde wie eine allgemeine europäische „Republik" vorzustellen habe; die verschiedenen Völker leben „im Stand der natürlichen Freiheit", ohne Verbindung und Zusammenhang miteinander, und haben überhaupt in ihrer Gesamtheit keine gemeinsamen Interessen.

Nicht besser wie den naturrechtlichen und logischen Konstruktionen Kahles und seiner Gesinnungsgenossen geht es ihren historischen Begründungen. Eine wie zweischneidige Waffe die Geschichte in den Händen derer ist, die aus ihr irgend eine Wahrheit für einen bestimmten Zweck entnehmen möchten, läßt sich hier recht hübsch an einem konkreten Beispiele studieren. Man hätte meinen sollen, die Geschichte mindestens der letzten beiden Jahrhunderte, die für Politiker und Theoretiker immer wieder den Beweis der Realität der Gleichgewichtsidee geliefert hatte, hätte nicht umgedeutet werden können. Und doch geschieht es, und man kann nicht einmal sagen, daß Justi dabei viel willkürlicher verführe, wie seine Gegner, die wie Kahle oder Hume[1]) das Gleichgewicht auch im Altertum nachgewiesen zu haben meinten. Justi weist nicht ohne Berechtigung auf die Sondervorteile hin, die bei den allgemeinen Koalitionen gegen eine Macht die anderen Staaten jeder für sich verfolgt haben, er macht ganz richtig auf vielfache Unbegreiflichkeiten in der Politik der letzten Jahrzehnte aufmerksam, wenn die Rücksicht auf das Gleichgewicht immer das leitende Prinzip aller Staaten gewesen wäre. Und so kommt er zu dem Schluß, daß in Wahrheit sich nie ein Volk nach dem Balancesystem gerichtet hat, sondern daß alle „sich dieses Lehrgebäudes bedient haben, um sich Bundesgenossen zu verschaffen und ihr besonders Interesse und ihre Leidenschaften . . . darunter zu verstecken."

Wollte man Justis „Vorbericht" glauben, so hätte ihn allein das durch die Lehre vom europäischen Gleichgewicht über die Völker gekommene Unglück zu einer Widerlegung dieser unheilvollen Chimäre veranlaßt. Ganz im Geschmack seiner Zeit,

[1]) David Hume: „On the Ballance of Power". In seinen „Essays and treaties on several subjects". New edition. London 1760. II.

in der Kultus der Vernunft und Kultus des Gefühls in so seltsamer Mischung oft ineinander übergingen,[1]) einer Zeit, die Voltaire und Rousseau gleichzeitig bewunderte, läßt auch Justi neben den Gründen des Verstandes die Töne des Gefühls bald pathetisch, bald wehmütig erklingen. Mit starken Worten geißelt er den unseligen Neid, dessen Ausgeburt die Lehre vom Gleichgewicht ist, mit rührenden Worten beklagt er die Not des hungernden Untertanen, der unter den unendlich gesteigerten militärischen Lasten seufzt, den unausbleiblichen Folgen des Gleichgewichts. Er kann sich darauf berufen, schon in seinem Werke über Staatswirtschaft kurz gegen die Balancetheorie polemisiert zu haben,[2]) er verwahrt sich ausdrücklich gegen die Annahme, als ob er auf die Gegenwart exemplifizieren oder irgend jemand persönlich angreifen wolle.

In der Tat hat Justi den Schein sehr gut gewahrt. Denn als Schein enthüllt sich bei schärferem Zusehen die Leugnung jeder Tendenz, und sollte sie sich natürlich in gewissem Sinne auch enthüllen, denn jede Tendenz ist dazu da, verstanden zu werden. Wozu dienen sonst die häufigen Zitate aus dem Antimachiavell mit der nie fehlenden Verbeugung vor seinem „großen", „weisen und erhabenen", „allen folgenden Zeiten verehrungswürdigen Verfasser", dem „größten Monarchen unseres Jahrhunderts"?[3]) Will Justi nichts als eine historische Tatsache anführen, wenn er erklärt, daß König Friedrich „die alleredelste, wahrhaftigste und weiseste Staatskunst ausübt"?[4]) Ist es ohne tieferen Zweck, wenn er an einer Stelle Ludwig XIV. und Friedrich den Großen gegenüber stellt, um diesen als das Bild eines idealgesinnten Fürsten, jenen als einen rücksichtslosen Eroberer zu malen?[5]) Polemisiert er nur um der wissenschaft-

---

[1]) vgl. G. Steinhausen: „Verstand und Gefühl im 18. Jahrhundert". Deutsche Monatsschrift, 1904, Heft 11 und 12.

[2]) Justi meint seine im Jahre 1755 aus den Vorlesungen am Theresianum hervorgegangene „Staatswirtschaft"; vgl. den Artikel von Inama-Sterneggs in der A. D. B., XIV, 747 ff.

[3]) a. a. O. S. 4, 39, 43, 46, 51, 61.

[4]) a. a. O. S. 79.

[5]) a. a. O. S. 102. Die Stelle verdient, angeführt zu werden: „wenn Friedrich, der wahrhaft Große, sehr wichtige Geldsummen und andere außerordentlich vortheilhaftige Bedingungen anbietet, um dasjenige zu erhalten, worauf er gerechte Anforderungen hat; wenn er gleichsam in dem Augenblicke eines wichtigen Sieges Frieden schließet, ohne sich seines in Händen habenden Vortells zu bedienen, wenn er in dem Dresdner Frieden nichts

lichen Erkenntnis willen gegen diejenigen Engländer, die sich in ihren Schriften gegen jede Verbindung Englands mit dem Kontinent erklärt haben, und die nicht wie Justi der Ansicht sind, daß es „immer eine starke Landmacht in seinem Bündnis und Interesse haben muß?“ [1])

Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein! Und wenn man erwägt, daß Justi bei Abfassung dieser Schrift königlich großbritannischer Bergrat war,[2]) und dann die angeführten Verirrungen von den Höhen der Theorie in die Welt der praktischen Politik in Zusammenhang mit den heftigen Schwankungen der englisch-hannöverischen Politik während der ersten beiden Jahre des Siebenjährigen Krieges bringt, so kann der realpolitische Zweck, den Justi mit seiner Schrift verfolgt, leicht erkannt werden.[3]) Gegenüber den Wünschen der hannöverischen Regierung, die unter Führung des Kammerpräsidenten von Münchhausen bis zu der Schlacht von Roßbach gegen den Anschluß an Preußen agitierte,[4]) gegenüber denjenigen Engländern, die gegen jede Allianz mit einer Kontinentalmacht waren, gegenüber all den Stimmen, die in dem Staat des Preußenkönigs eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts sehen wollten und unter diesem Schlagwort gegen Friedrich zu Felde zogen, verteidigt Justi das englisch-preußische Bündnis durch den Nachweis, daß Englands Politik so wenig wie die irgend eines anderen Staates jemals von der Gleichgewichtstheorie bestimmt worden ist noch vernünftigerweise hat bestimmt werden können. Diese ganze Theorie ist nichts als eine Chimäre, erfunden, um die öffentliche Meinung irre zu führen; wie sie früher gegen Habsburg und Frankreich verwertet worden ist, so soll sie jetzt gegen Preußen verwandt werden und damit zugleich auch England, Preußens

---

verlanget, als was er schon besitzet, und ihm der vorhergehende Friede versichert hat, ... wenn er, um das Blutvergießen zu hindern, nichts als eine Erklärung verlangt, daß man ihn nicht angreifen will; so sind dieses selbstredende Handlungen, die jeden Unpartheiischen überzeugen, daß dieser Held von der ersten Größe ebenso sehr durch den Geist der Mäßigung geleitet wird, als sich Ludwig XIV. von dem Geist der Herrschsucht und Eroberung hat einnehmen lassen.“

[1]) a. a. O. S. 25.

[2]) So bezeichnet er sich selbst auf dem Titelblatt.

[3]) vgl. v. Hassel: „Die Schlesischen Kriege und das Kurfürstentum Hannover.“ Hannover 1879. v. Ruville: „William Pitt, Graf von Chatham“. II.

[4]) vgl. für diese Zeitgrenze v. Hassel: a. a. O. S. 473 ff.

Verbündeter, diskreditiert werden. Es entspricht nur Justis Tendenz, wenn er neben der allgemeinen Rechtfertigung der englischen Politik sie indirekt auch insofern verteidigt, als er Friedrich den Großen in jeder Weise rühmt. Um so ehrenvoller war es für England-Hannover, einen solchen Bundesgenossen zu haben.

Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Justi seine Arbeit in höherem Auftrag geschrieben hat, zumal er noch einmal, und zwar ohne den Schein so sorgfältig zu wahren, die englische Politik verteidigt hat.[1])

---

2. Kapitel.

1. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß der siebenjährige Seekrieg für sich betrachtet werden muß und auch gegenüber den vorhergehenden englisch-französischen Kriegen eine besondere Stellung einnimmt. Er brach aus, ehe noch auf dem Kontinent ein Schuß fiel, er entzündete sich rein an kolonialen Gegensätzen, er wurde von England vom Beginn bis zum Ende fast nur als See- und Handelskrieg geführt. Keine nationalen englischen Regimenter fochten auf dem Festland, nur durch Allianzen und Subsidien schützte das englische Volk das Stammland seiner Könige, wenn es damit auch indirekt seine amerikanischen Kolonien verteidigte, die das durch den Festlandskrieg stark in Anspruch genommene Frankreich nicht mit voller Macht angreifen konnte. Als dann auch der Kampf auf dem Kontinent ausbrach, stand Frankreich an seines alten Rivalen Österreich Seite. Damit fiel für die englische Regierung jede Möglichkeit fort, ihre Mitbürger oder die Neutralen gegen Frankreich als den Störer des europäischen Gleichgewichts zum Kampf aufzurufen.

Es ist daher kein Zufall, daß die einzige einer ganzen Anzahl englischer Flugschriften aus dem Siebenjährigen Kriege, die die Idee der „balance of power“ verficht, noch aus dem Jahre 1755 stammt, aus einer Zeit also, wo die Feindseligkeiten in Amerika und auf dem Meere schon begonnen hatten, die Neugruppierung der Kontinentalmächte aber noch nicht eingetreten

[1]) vgl. die w. u. S. 137 ff. besprochene Schrift Justis.

war.[1]) Schon damals erhob sich in England die Forderung, die Kriegführung von vornherein auf die See und die Kolonien zu beschränken. Das englische Ministerium, das durch einen Subsidienvertrag mit Rußland versucht hatte, auch auf dem Kontinent den englischen Einfluß zum Schutz Hannovers zur Geltung zu bringen,[2]) wurde von der oppositionellen Presse angegriffen. Dagegen sucht unsere Flugschrift die Regierung zu verteidigen und die Engländer durch die beliebte Erinnerung an Königin Elisabeth davon zu überzeugen, daß es Englands eigenes Interesse als Handelsvolk sei, die Verbindung mit dem Kontinent nicht zu lösen, sondern ständig das Gleichgewicht zu schützen und Frankreich und seinen Verbündeten nicht zu gestatten, es zu vernichten.

Dann aber ist höchstens noch einmal in einem Pamphlet des Jahres 1760 von dem Interesse des Protestantismus und damit auch Englands an der Verteidigung Friedrichs des Großen und der Bewahrung des deutschen Gleichgewichts die Rede, während der Verfasser im allgemeinen der Ansicht zu sein scheint, daß England am besten nichts zu tun hat „mit der Eifersucht und den Streitigkeiten von Fürsten, die, sich selbst überlassen, schon das Gleichgewicht der Macht aufrecht erhalten werden".[3]) Die anderen englischen Flugschriften sind während des Krieges ausschließlich den Handels- und Kolonialproblemen gewidmet, wenn auch gelegentlich einmal von einem Autor Holland durch die Furcht vor der Macht und dem „gefährlichen Geist" Frankreichs auf Englands Seite zu ziehen gesucht wird, Englands, das mit seiner „Unfähigkeit" irgend welcher eigenen ehrgeizigen Absichten zusammen mit Holland dazu bestimmt ist, die Welt vor den bösen Plänen anderer zu schützen.[4]) Im all-

[1]) „Reflexions upon the present state of affairs, at home and abroad, particularly with regard to subsidies, and the differencies between Great-Britain and France." London, 1755. (Brit. Museum.) Die Kenntnis dieser und fünf anderer englischer Schriften aus dem Siebenjährigen Kriege, die sich in Berlin und Göttingen nicht befinden, verdanke ich meinem Freunde H. I. Bell, Assistenten am Brit. Museum, der sich die Mühe gemacht hat, die Schriften zu lesen und mir ausführliche Auszüge zu schicken.

[2]) Das russisch-englische Bündnis fällt in den Herbst 1755; vgl. Koser, a. a. O. I, 579 f.

[3]) „Letter to the people of England on the necessity of putting an immediate end to the war." London 1760. (Brit. Museum).

[4]) Charles Jenkinson: „A Discourse on the conduct of the Government of Great-Britain with respect to neutral nations." 1757. Neugedruckt als Einleitung zu einer „Collection of treaties" etc. London 1785. Die angeführte Stelle auf S. XXXIX; vgl. auch S. XLVI.

gemeinen darf man sagen, daß in dem entscheidenden Kampfe um die Herrschaft auf dem Meere und in den amerikanischen und ostindischen Kolonien England mit dem Schlagwort „Gleichgewicht“ weder Bundesgenossen hat werben, noch seine Politik vor der Welt hat rechtfertigen wollen. Selbst in der inneren Politik ist der Gedanke fast bedeutungslos geworden.

2. Dafür trat das Unerwartete ein, daß eben die Macht, gegen deren unaufhaltsames Vordringen halb Europa unter dem Panier „Freiheit und Gleichgewicht“ ein Jahrhundert lang in stets erneuten Kämpfen ins Feld gezogen war, dieselbe Waffe zu seiner Verteidigung ergriff, die seinen Angriffen so starken und schließlich erfolgreichen Widerstand geleistet hatte. Ohne auf die schwierige Frage nach Recht oder Unrecht beim Ausbruch der Feindseligkeiten in Nordamerika einzugehen, dürfen wir doch sagen, daß England von Anfang an besser vorbereitet in den Krieg eintrat und imstande war, noch im Jahre 1755 durch seine überlegene Flotte mehrere hundert französische Handelsschiffe abzufangen, ohne wesentliche Gegenwehr zu erfahren. Seine Überlegenheit zur See und der Wille, sie rücksichtslos auszubeuten, schienen zweifellos.[1]) Das schwächere Frankreich suchte alsbald die Welt mit allgemeiner Furcht vor Englands Tyrannei auf dem Meere zu erfüllen.

Schon der ältere Mirabeau muß hier genannt werden. Im zweiten Bande seines großen Werkes über Volkswirtschaft,[2]) der zuerst 1756 erschien, findet er Gelegenheit, auf die allgemeine europäische Politik zu kommen. In seiner unsystematischen Weise schreibt er die Gedanken nieder, wie sie ihm in bunter Fülle zufließen, nicht selten sich widersprechend, immer beherrscht von dem Verlangen, seine neuen Ideen mit Kraft und Ursprünglichkeit auszudrücken.[3]) Er weist in einem dem Handel gewidmeten Teil mit lebendigen Worten auf die Bedeutung von Handel und Verkehr, von Kauffahrtei- und Kriegsflotte für sein

---

[1]) vgl. Mahan: „Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte.“ (Deutsche Übers.). Berlin 1896. S. 322.

[2]) (Victor de Riquette de Mirabeau): „L'Ami des hommes ou traité de la population“. Nouv. éd. 1758.

[3]) Über Mirabeaus schriftstellerische Eigentümlichkeit und Bedeutung vgl. Erdmannsdörfer: „Mirabeau“. Bielefeld und Leipzig 1900. S. 14 ff. Über den „Ami des hommes“ S. 17 ff.

Vaterland hin:[1]) Die vorwiegend kontinentale Politik Ludwigs XIV. war ein verhängnisvoller Fehler; in erster Linie sollten französische Staatsmänner sich der Sorge für freien Handelsverkehr auf allen Meeren und in allen Ländern widmen. Darauf beruht der Wohlstand der Völker, und doch wird er in der ungerechtfertigsten Weise durch England eingeschränkt. Seit dem Erlaß der Navigationsakte, „dieses Attentats auf die öffentliche Freiheit", „auf das Völkerrecht", gegen das alle Nationen Front machen müßten, sucht England allen Staaten „das Joch seines ausschließlichen Interesses" aufzuerlegen, „das im Grunde nichts anderes ist, als die Universalmonarchie".[2]) Nicht diese aber darf die handeltreibenden Völker in Fesseln schlagen, nein, ein „System der Brüderlichkeit" sollte zwischen ihnen walten und sollte auch überallhin übertragen werden, wohin Europäer kommen; in Amerika und den dortigen Kolonien sollte es nicht minder herrschen, wie in Europa.[3])

Mit den Angriffen Mirabeaus auf England stehen in innerem Zusammenhang seine Vorstellungen vom europäischen Gleichgewicht, die er an einer etwas späteren Stelle seines Buches, leider ohne rechte Konsequenz der Gedanken, auseinandersetzt.[4]) Jedenfalls ist soviel gewiß, daß nach Mirabeaus Ansicht bisher das Gleichgewicht sich nur als eine gefährliche Chimäre erwiesen und dem „Neid und dem Ehrgeiz einzelner" gedient hat. Noch mehr zeigt sich die Wesenlosigkeit der Gleichgewichtsidee, wenn man sie auf die Gegenwart anwenden wollte. Frankreich, gegen das die Idee doch gewöhnlich benützt wird, ist frei von allem Ehrgeiz, so daß es seinen Gegnern ganz unmöglich sein wird, je wieder das „équilibre" auf ihre Fahnen zu schreiben, und selbst wird es hoffentlich nie wieder so dem „esprit de la vertique" verfallen, daß es die Wiederbelebung dieser trügerischen Idee nötig hätte. Das wahre Ziel der französischen Politik sieht Mirabeau in einem etwas phantastisch ausgemalten Zustand, in dem Frankreich nichts als die Ruhe Europas zu erhalten trachtet, und in dem sein König als „père universel" die Rolle eines

[1]) a. a. O. S. 73.
[2]) a. a. O. S. 119 und 116.
[3]) a. a. O. S. 117.
[4]) a. a. O. S. 183 ff.

allgemeinen Völkerbeglückers ohne äußeren Zwang spielt. Aber – und hier kommt in das ideale Zukunftsbild ein sehr praktischer Gedanke – dieser Zustand des Friedens, in dem der „pacificateur universel" eine Art von Gleichgewicht allerdings herstellen wird, etwa nach dem Beispiel Lorenzos von Medici, wird nie Sicherheit und Festigkeit gewinnen können, wenn die Verhältnisse in Amerika nicht neu geregelt werden, und wenn nicht völlige Handelsfreiheit eingeführt wird, ohne die die Eifersucht nie enden kann.

Damit kommt Mirabeau wieder zurück auf die Gedanken, von denen er bei dem Thema der Handelspolitik ausgegangen ist: England stört durch seine kommerzielle Eifersucht die Ruhe Europas, während Frankreich der natürliche Beschützer der allgemeinen Freiheit ist. Sein Ehrgeiz darf nur sein, durch den friedlichen Einfluß seiner Kultur einen Zustand ruhigen Nebeneinanderlebens der Staaten herbeizuführen.

Dies war die Stimmung, von der die eigentliche Publizistik des Siebenjährigen Krieges ausging. Zwei französische Literaten, Maubert und Moreau, haben in der vordersten Reihe der Kämpfer gestanden, ihre Schriften haben wir hier zu besprechen.

Maubert de Gouvest hatte schon ein seltsam abenteuerliches Leben hinter sich, als er im Siebenjährigen Kriege im Dienst des französischen Ministeriums seine Angriffe gegen England eröffnete.[1]) Auch als politischer Schriftsteller war er schon 1753 mit dem „Testament politique du Cardinal Alberoni" (erschienen in Lausanne) hervorgetreten. Diese ziemlich umfangreiche Broschüre zeigt manche Ähnlichkeit mit den beiden uns näher interessierenden Schriften, so die Zusammenhanglosigkeit, häufige Wiederholungen, leidenschaftliche Sprache und auch schon eine starke Feindschaft gegen England.[2]) Wir sehen darin eine Bestätigung seiner Autorschaft für die nur von Justi[3]) ihm zugeschriebenen, hier zu besprechenden, zwei Broschüren.

Wir wenden uns diesen selbst zu und zwar zunächst dem „Politique Danois", in zweiter Auflage 1759 in Kopenhagen

---

[1]) vgl. Nouv. Biogr. Univ., XXXIV, 333 ff.
[2]) vgl. bes. S. 327 f. und das ganze VI. Kapitel.
[3]) „Chimäre des Gleichgewichts der Handlung etc." (s. u. S. 137,[1]) S. 7, 8, 10.

erschienen.[1]) Die erste Auflage, die mir nicht zugänglich war, muß zwischen dem Januar 1756 und dem April desselben Jahres geschrieben worden sein, also nach dem tatsächlichen Ausbruch des Krieges, aber vor der Kriegserklärung Frankreichs.[2]) Maubert sucht in der leidenschaftlichsten Sprache einen negativen und einen positiven Hauptzweck zu erreichen, nämlich Frankreich von allen Vorwürfen zu reinigen und England als den berechtigten Gegenstand allgemeiner Feindschaft hinzustellen. Die Theorie des Gleichgewichts muß seinen Zwecken dienen. Er leugnet nicht, wie Mirabeau, den Nutzen des Balancesystems, sondern sucht es vielmehr naturrechtlich fest zu begründen. Er nimmt die von vielen Völkerrechtslehrern verteidigte Ansicht auf, daß die europäischen Staaten einen inneren Zusammenhang besitzen, der sie als einen „corps général“ oder als eine „Republik“ zusammenzufassen gestattet.[3]) In diesem einheitlichen Staatensystem hat jede Nation ihren bestimmten Platz, so daß das Ganze eine harmonische Gliederung aufweist, die für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in ihm notwendig ist.[4]) Das Gleichgewicht selbst wiederum ist für jeden einzelnen Staat ein Gebot des wohlverstandenen Vorteils, die Garantie gegen die Universalmonarchie.

Nur muß das Gleichgewicht richtig aufgefaßt werden! Man hat bisher stets geglaubt, daß eine Störung des Gleichgewichts im letzten Jahrhundert allein durch die ehrgeizige Politik Frankreichs zu befürchten war. Das ist ein schwerwiegender Irrtum. Der Gedanke, an Stelle des Gleichgewichts eine Universalmonarchie zu setzen, kann überhaupt ernsthaft einer Landmacht gar nicht kommen, das ganze Schreckgespenst „der Universalmonarchie ist so chimärisch, daß die Zukunft nicht glauben wird, wenn sie das Wesen der Staaten genau betrachtet, daß diese Fabel unter zivilisierten Völkern je Glauben gefunden hat“.[5]) Gewiß, Versuche dazu sind wohl einmal ge-

[1]) In der Universitätsbibliothek zu Göttingen vorhanden.

[2]) Der Vertrag von Westminster (16. Januar 1756) wird mehrfach erwähnt (S. 61, 66, 97), der Angriff der französischen Flotte auf Toulon (10. April bis 28. Juni) noch nicht. Vgl. Mahan: a. a. O. S. 323 ff.

[3]) a. a. O. S. 114, 245 f.; vgl. „la république Chrétienne“ S. 124, 199 und passim. Über die völkerrechtliche Auffassung vgl. den Anhang S. 149 ff.

[4]) a. a. O. S. 245 f., 250. Viele ähnliche Stellen passim.

[5]) a. a. O. S. 101.

macht worden, wie z. B. durch Karl V. oder mehr noch durch Philipp II. von Spanien, aber ein derartiger Versuch erregt sofort „allgemeinen Haß“ und endet stets unter schwersten Verlusten für den unverständigen Staat, der ihn unternimmt.[1]) Frankreich jedenfalls hat nie danach gestrebt, so seine Grenzen zu überschreiten, ein Satz, der auch für Ludwig XIV. durchaus seine Geltung behält, einen in jeder Beziehung ausgezeichneten, von seinem Volke angebeteten Monarchen.[2]) Die Beschuldigungen, die die Welt gegen Frankreich und insbesondere gegen seinen größten Herrscher erhoben hat, sind nichts als eine Folge der klugen englischen Politik, die mit großer Verschlagenheit die ganze Welt auf diese falsche Fährte gelockt hat, um ihren eigenen geheimen Plänen zu dienen, die erst jetzt offenkundig geworden sind.[3])

Denn der Gedanke „Europa in Ketten zu schmieden“, „diese Trunkenheit, kann nur in dem Geist einer Seemacht zum Glauben werden“.[4]) In der Tat hat England diese Idee zum Leitstern seiner Politik gemacht. Indem es ihm in geradezu unglaublicher Weise gelungen ist, „anderthalb Jahrhunderte lang... den Versuch zu unternehmen, alle anderen Menschen zu unterjochen und doch ständig zu erklären, daß es seine Macht nicht vermehren wolle“, indem es heuchlerisch alle Welt zur Erhaltung des Gleichgewichts gegen Frankreich aufrief, hat es ständig seine Macht erhöht, sich in immer weiterem Umfang den Welthandel angeeignet, hat Gibraltar und Port Mahon in Besitz genommen und „hat so das Recht, nach dem Imperium über alle Meere zu verlangen“. Im Vertrauen auf seine unbezwingliche Flotte hat es schließlich den letzten Schritt getan und mitten im Frieden, gegen alles Völkerrecht, die französischen Handelsflotten überfallen und in seine Häfen geschleppt und durch diesen Bruch der heiligsten Rechte alle Völker in gleichem Maße beleidigt.[5])

---

[1]) a. a. O. S. 239 f. und 117 ff.
[2]) a. a. O. S. 18, 65, 92, 245 ff.
[3]) Besonders S. 193 f.
[4]) a. a. O. S. 101 f.
[5]) a. a. O. S. 28, 56, 75, 103, 104, 196, 255 ff. und sonst.

Englands Streben nach dem „empire envers et contre tous“ ist nicht länger anzuzweifeln. Wie soll sich Europa dagegen verhalten? Nun, wenn England sein Ziel wirklich erreichte, dann wäre für alle Staaten das Unglück gleich groß, das überaus wichtige Element in ihrer Staatsverwaltung, ihr Handel, wäre vernichtet. Das aber darf nicht geschehen. Nicht nur in den Machtverhältnissen der Völker Europas muß ein Gleichgewicht herrschen, sondern auch in ihrem Handel; da die Reichtümer der Erde „allen Menschen gemeinsam sein müssen“, so ist eine „gleiche Teilung des Handels“ zu fordern. Ermöglicht werden kann diese Forderung bei Englands Widerstand nur dadurch, daß alle Staaten sich zuerst gemeinsam gegen England erheben, damit eine „Balance in den Kräften der Seemächte“ eintritt, auf die von selbst eine gerechte Teilung der Handelsgeschäfte folgen wird.[1])

So hat Maubert eine Basis gefunden, von der aus er alle Staaten in ihrem eigenen Interesse, das zugleich das allgemeine ist, zum Widerstand gegen England sammeln kann. Er fügt dazu Ausführungen über den besonderen Schaden, den die einzelnen Nationen durch Englands Politik erlitten haben. Er erinnert Österreich an die traurige Geschichte der Ostender Kompagnie, er sucht die deutschen Fürsten zu überzeugen, daß eigentlich nur englische Einflüsse das Reich in die langen Kriege mit Frankreich gelockt haben, von dem es durch den Rhein, eine schöne natürliche Grenze, getrennt sei. Nur Wilhelm III. hat Holland in den Gegensatz zu Frankreich und in das englische Bündnis gezogen, sein wahres Interesse fordert es auf, sich von dieser Erbschaft zu trennen. Für die italienischen Staaten gibt es keinen gefährlicheren Feind als die englische Herrschaft im Mittelmeer, und auch Spanien und die nordischen Mächte haben unter englischer Rücksichtslosigkeit zu leiden gehabt.[2])

Alle diese Erwägungen werden von Maubert nicht in der Ordnung vorgebracht, in der sie hier wiedergegeben sind. Bei ihm geht alles durcheinander, manches wird in falschen Zu-

[1]) a. a. O. S. 20, 84, 87, 109, 165, 244.
[2]) a. a. O. S. 78 ff., 56 und 66, 93 ff., 157, 131 und 144.

sammenhang gestellt, überall bricht der Haß gegen England in leidenschaftlichen Tönen hervor. Kaum wird in einer anderen politischen Broschüre ein allgemeines System wie das des Gleichgewichts des Handels in so unverhohlener Weise den besonderen Interessen eines Staates dienstbar gemacht worden sein!

Neben all den Aufforderungen zum Kriege stehen etwas unorganisch Ideen über die Schönheit eines allgemeinen Friedens unter der Ägide des deutschen Reichs, Frankreichs und Spaniens, eines „Friedens ohne Ende", der erreichbar wäre, wenn alle Staaten auf Ehrgeiz und Vergrößerungen verzichten wollten, eines Zustandes, der mit Recht System des Gleichgewichts zwischen den Mächten genannt werden könnte.[1]) Auch dieses Friedensprojekt soll deutlich gegen England und seine Seeherrschaft durchgeführt werden.

Sehr viel kürzer läßt sich das Wesentliche über die zweite Flugschrift Mauberts und über die Broschüre Moreaus sagen. Hatte Maubert in seinem ersten Werk den patriotischen Dänen gespielt, so versucht er es in zwei zusammengehörenden Flugblättern vom Jahre 1758 mit der Rolle des Holländers.[2]) Dazu hatte er einen besonderen Grund in der Erbitterung, die in weiten holländischen Kreisen über die Anwendung der sogenannten „rule of the seven years war" durch die englischen Prisengerichte herrschte.[3]) Darin sah Maubert einen neuen Beweis für die englischen Pläne, Europa zu knechten, die er diesmal in ihrer Entstehung unter Wilhelm III. genauer aufzudecken unternahm: Wilhelm III., der ehrgeiziger war als Ludwig XIV., hat seinen „tiefen Plänen" (vues profondes) ganz Europa dienen

---

[1]) a. a. O. S. 213 ff.

[2]) „La Voix d'un Citoyen d'Amsterdam" I., II. Amsterdam 1758. Beide kleine Schriften können inhaltlich nicht getrennt werden.

[3]) Die Sachlage war folgende: Frankreich sah bei der Schwäche seiner Kriegsflotte keine Möglichkeit, seine Handelsschiffe zu schützen, und hielt sie deshalb überhaupt in den heimischen Häfen zurück. Um seine Kolonien aber nicht von dem Verkehr mit Europa und dem Austausch der kolonialen Produkte gegen die Erzeugnisse der europäischen Kultur abzuschneiden, gestattete es mittelst besonderer Lizenzen holländischen und auch anderen Schiffen den Handel mit den französischen Kolonien, der im Frieden ausschließlich der nationalen Schiffahrt vorbehalten war. England konnte das nicht wohl dulden und ließ daher alle mit französischen Lizenzen fahrenden neutralen Schiffe aufbringen als „ennemis par adoption." Als Frankreich den Neutralen den Handel ohne Lizenzen erlaubte, erklärte England jeden Handel für illegitim, der nicht auch im Frieden erlaubt sei.

vgl. Bergbohm: „Die bewaffnete Neutralität 1780 – 1783." Berlin 1884, S. 33 Wheaton: „Histoire du progrès du droit des gens." 2me éd. Leipzig 1846; S. 271 ff.

lassen; sein Ziel war „die allgemeine Herrschaft über das Meer." Es gilt also, das Gleichgewicht des Handels zu bewahren. Holland hat dazu die meiste Ursache, aber auch die anderen Staaten werden sich gewiß anschließen, „um einen Damm zugunsten der allgemeinen Freiheit zu errichten." [1])

Mit den Angriffen auf England verbindet Maubert eine scharfe Polemik gegen die Statthalterpartei in Holland, in der er die Freunde Englands bekämpft. Die Schrift wendet sich speziell an die kommerziellen Kreise Hollands, die er zu einem festen Bündnis mit Frankreich zu veranlassen sucht.

Die beiden ziemlich starken Bändchen, die der später zum französischen Historiographen ernannte Jacob Nicolas Moreau [2]) im Beginn seiner ungemein fruchtbaren schriftstellerischen Tätigkeit unter einem Gesamttitel 1757 und 1758 veröffentlicht hat,[3]) bestehen aus einer Reihe einzelner Artikel, mit denen er den Anfang des englisch-französischen Krieges begleitet hatte. Sie sind nicht alle den großen politischen Problemen gewidmet, auch die Rechtsfragen, die sich an den Ausbruch des Krieges knüpfen, werden mit antienglischer Tendenz dargestellt, während ein anderer Teil über die Gründe der Antipathie zwischen Engländern und Franzosen handelt. Immerhin nehmen die politischen Betrachtungen einen beträchtlichen Raum ein und lassen sich inhaltlich in allgemeine Grundsätze und praktische Erläuterungen scheiden. Sie sind bemerkenswert geschickt geschrieben, die Sprache ist häufig scharf, aber im ganzen weit gemäßigter als die Mauberts. Seine Behauptung allerdings, er schreibe „weder als Feind Englands, noch als Freund Frankreichs, sondern als Philosoph . . . und als Weltbürger" [4]) wird nicht nur durch den Inhalt, sondern auch durch die Form widerlegt. Einzelne Widersprüche und öftere Wiederholungen erklären sich ungezwungen aus den publizistischen Bedürfnissen sowie daraus,

---

[1]) a. a. O. I, 3 ff.; II, 6; I, 8 f.; II, 9, 12, 15.

[2]) vgl. Nouv. Biogr. Univ. XXXVI, 48 ff. Moreau galt später für streng absolutistisch und ministeriell gesinnt.

[3]) „Mémoires pour servir à l'histoire de notre temps, par rapport à la guerre Anglo-Gallicane. Par l'Observateur Hollandais." Frankfurt et Leipzig 1757 und 58. I, II. (Je 240 Seiten stark.) Die ersten Briefe (Brief 2 und 3 befinden sich einzeln auf der Kgl. Bibliothek zu Berlin) erschienen 1755.

[4]) vgl. a. a. O. I, 70.

daß die verschiedenen Abschnitte nicht gleichzeitig geschrieben worden sind.

Der Ausgangspunkt[1]) aller Erörterungen Moreaus ist derselbe wie der Mauberts, Unterschiede im einzelnen lassen es gerechtfertigt erscheinen, auf seine Gedanken einzugehen. Auch Moreau bekämpft die Idee, als hätte Ludwig XIV. je an das „absurde Projekt der Universal-Monarchie" gedacht.[2]) Nach seiner Ansicht hätten die Réfugiés diese unsinnige Behauptung aufgebracht. Von den Kanzeln der reformierten Kirchen seien ihre Deklamationen zum englischen Parlament, von da zum Londoner Kabinett und weiter zu allen europäischen Regierungen gedrungen. In panischem Schrecken habe Europa den Sturz des Tyrannen als höchstes Ziel seiner Politik betrachtet: „Furcht vor der Universal-Monarchie, Gleichgewicht der Macht, das war der Leitstern für die Operationen der europäischen Kabinette".[3]) Aber in Wahrheit war die Universalmonarchie nur ein Traum, und ist nicht auch das Gleichgewicht nur ein Schemen? Ist es etwa Wirklichkeit geworden? Nein, gewiß nicht, denn würde sonst die Herrschaft über das Meer der Macht geblieben sein, die es zuerst okkupiert hat? Gleicht nicht „Europa einer Wiese, deren sie bewässernder Bach einem fremden Herrn gehört, der nach Belieben in ihm fischen oder seinen Lauf abändern kann?"[4]) Gibt es etwa ein Gleichgewicht bei der Teilung der Neuen Welt? Nein! Und dieser Mißerfolg der Bemühungen Europas ist leicht genug zu erklären. Unglaublicherweise haben die Diplomaten vergessen, die Seemacht der Völker und ihren Kolonialbesitz mit in die politische Wage zu legen.[5]) Und doch könnte man vielleicht behaupten, daß ein Gleichgewicht des Handels und das politische Gleichgewicht gar nicht zu trennen, sondern eins sind,

[1]) Gemeint ist der Moreau unterzulegende logische Ausgangspunkt. Tatsächlich beginnen seine Angriffe auf England ganz anders, denn seine Zwecke sind rein publizistische, keine systematischen, während Justi beide vereint.

[2]) a. a. O. II, 68; vgl. auch I, 213.

[3]) a. a. O. II, 69.

[4]) a. a. O. II, 69.

[5]) Es könnte scheinen, als ob Moreau an einer Stelle (II, 17) und wohl auch an einer zweiten, der oben zitierten, (II, 69) gegen das Gleichgewicht sich auszusprechen beabsichtigte. Doch wäre das auch bei einem schnell schreibenden Publizisten, wie Moreau, ein gar zu starker Widerspruch mit seinen sonst immer wiederkehrenden Ansichten. Ich glaube daher, daß die Stellen, wie oben geschehen, aufgefaßt werden müssen: Moreau bestreitet nicht das Prinzip, sondern nur die tatsächliche Existenz eines Gleichgewichts.

da auf dem Handel die Kraft eines Volkes beruht, und das Volk, das den Handel beherrscht, überhaupt die entscheidende Stimme besitzt. Dies so nützliche Handelsgleichgewicht braucht natürlich nicht darin zu bestehen, daß jeder einzelne Staat den gleichen Handel hat — das wäre unmöglich und ungerecht, da es allen Wettbewerb vernichten würde — sondern es fordert nur, daß kein Volk ein solches Übergewicht erlangt, daß ihm alle übrigen vereint nicht als Gegengewicht dienen können.[1])

Da diese Erkenntnis aber den Staatsmännern gefehlt hat, hat es dahin kommen können, daß England Zeit gefunden hat, „diese universale Tyrannei zu usurpieren", gegen die es selbst sich mit ganz Europa verbündet hatte.[2]) Sein Ziel ist es, den Handel aller anderen Nationen an sich zu bringen. Die Engländer wünschen dahin zu kommen, daß ganz Europa nur noch arbeitet, um sie zu bereichern.[3])

Von diesem Gesichtspunkt aus gilt es, den jetzigen Krieg zwischen England und Frankreich zu betrachten. England möchte „sein System" auch auf Nord-Amerika ausdehnen und dort alle fremden Kolonien vernichten. Dadurch wird die „balance du Commerce de l'Amérique" und weiter der gesamte politische Zustand Europas bedroht. Alle Völker müssen also sich mit Frankreich vereinen; „die Interessen Hollands, Spaniens, Portugals und Dänemarks" sind hier unzertrennlich von denen Frankreichs.[4]) Wenn Frankreich in dieser Lage seine Streitkräfte verstärkt, wo es so deutlich sich in Verteidigungsstellung befindet, kann niemand es anklagen, „das Gleichgewicht zerstören zu wollen".[5])

Einzelne Staaten haben besondere Ursache, ihr Verhalten gegenüber den Kriegführenden gemäß diesen allgemeinen Grundsätzen einzurichten. Spanien wird durch die englischen Übergriffe kaum minder wie Frankreich angegriffen. Allein wird es Florida nicht gegen England verteidigen können, sein gesamter Kolonialhandel geht einer schweren Gefahr entgegen. Wären die spanischen Staatsmänner voraussehende Politiker, so würden sie

---

[1]) a. a. O. II, 42f. und I, 58.
[2]) a. a. O. II, 42f.
[3]) a. a. O. I, 5, 10.
[4]) a. a. O. I, 5ff, 56ff.
[5]) a. a. O. I, 213.

sich nicht besinnen, sondern Frankreich in seinem Kampfe um die Handelsfreiheit ihren Beistand leihen, wie ein besonnener Bürger das brennende Haus seines Nachbarn löschen hilft, um das seine zu retten. So sollte auch Holland sich zu seinem französischen Nachbarn gesellen oder wenigstens strenge Neutralität bewahren, damit nicht die Bemühungen Europas zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zur See sich auch gegen den Freund des übermächtigen England richten.[1]) Vor allen anderen Staaten aber sollten die italienischen Mächte sich gegen England wenden! Nach dem unverzeihlichen Fehler, den die Diplomatie im Utrechter Frieden begangen hat, indem sie Gibraltar und Minorka England auslieferte und dadurch Englands Herrschaft im Mittelmeer begründete, haben die französischen Truppen zwar Minorka erobert, aber nun gilt es, mit gemeinsamen Kräften Gibraltar zu befreien und überhaupt das Handelsgleichgewicht wieder herzustellen. Freilich hätte man sich ja alle Not sparen können, wenn man in Utrecht den „Engländern den Eintritt ins Mittelmeer geschlossen, ihnen jeden Handel mit der Ostsee und dem Süden[2]) verboten und sie gezwungen hätte, Schottland und Irland zugunsten des Prätendenten aufzugeben"; aber durch eine gemeinschaftliche Eroberung Gibraltars ist auch jetzt noch die Befreiung Europas und das „équilibre du commerce" zu erreichen.[3])

Das ist und bleibt das bei Maubert und Moreau bis zur Ermüdung des modernen Lesers wiederkehrende Motiv, der Kampf Europas für seine kommerzielle Unabhängigkeit zur Begründung eines Gleichgewichts im Handel (und, nach Moreau, auch im Kolonialbesitz). Wie solch ein Gleichgewicht im einzelnen durchzuführen sei, kümmert sie nicht; anders als den Propheten des politischen Gleichgewichts schwebt ihnen kein System von ausschlaggebenden Mächten vor. Nur daß der Gegensatz von Frankreich und England es natürlich macht, daß ihre praktischen Vorschläge fast sämtlich darauf hinauslaufen, Frankreich gegen

---

[1]) Für Spanien vgl. I, 67, 102f., 107; für Holland I, 107ff., II, 3ff.

[2]) Mit dem „Süden" wird wohl an das „Schiff des Südens" gedacht sein, d. h. an das eine konzessionierte Handelsschiff, das nach dem Utrechter Frieden England direkt, nicht über Cadiz, nach Portobello schicken durfte – der Anlaß zu einem ungeheuren Schmuggel, der bekanntlich dem englisch-spanischen Kriege von 1739 Veranlassung und Namen gegeben hat.

[3]) a. a. O. II, 18ff. und bes. S. 42ff.

den Tyrannen der Meere, den allgemeinen Feind Europas, zu unterstützen. Charakteristisch für beide Schriftsteller, aber auch für ihre Zeit, ist die völlige Vernachlässigung des Ackerbaues als Quelle für nationalen Wohlstand. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß das in Mauberts und Moreaus Tendenz allein begründet sein könnte, doch stimmen ihre Ansichten über die Bedeutung des Handels für das Staatsleben so gut zu der Praxis des Merkantilismus und der fast allgemeinen Unterschätzung des Bauernstandes – Preußen macht aus den bekannten finanziellen und militärischen Gründen eine Ausnahme –, daß sie hier wenigstens berührt werden mußten.

3. Gegen die neue Theorie von dem „équilibre du commerce" hat sich derselbe Schriftsteller erhoben, der schon das politische Gleichgewicht als unrealisierbares Phantasiegebilde bekämpft hatte. Hatte er hier im Interesse des englisch-preußischen Bündnisses gefochten, so wandte er sich jetzt der Verteidigung der englischen Handelspolitik zu.[1]) Deutlicher als seine erste Schrift verrät die zweite ihren Charakter als politische Tendenzschrift. Sie beginnt zwar auch mit Betrachtungen über den Neid und die Notwendigkeit, ihn zu bekämpfen, unter welcher Maske er sich auch zu verbergen suche, verfällt aber alsdann in eine überaus scharfe Polemik gegen Maubert, die auch an anderen Stellen der Schrift wiederkehrt.[2]) Ebenso dient das ganze sechste Hauptstück dazu, die „rule of the seven years war" gegen die holländischen Angriffe zu verteidigen, zu deren Interpreten sich Maubert gemacht hatte. Schließlich fehlen nicht politische Ratschläge an einzelne Staaten, die zwar nach Justis Wunsch sich aus seinen allgemeinen Ausführungen wie absichtslose, rein logische Konsequenzen ergeben sollen, die aber natürlich in Wirklichkeit erst die allgemeinen Betrachtungen veranlaßt haben. Wir kommen darauf noch zurück.

Im ganzen lehnt sich diese Abhandlung namentlich in der Komposition eng an die „Chimäre des Gleichgewichts von Europa" an. Sie zerfällt in zwei vorbereitende „Hauptstücke",

[1]) Joh. Heinr. Gottlob v. Justi: „Die Chimäre des Gleichgewichts der Handlung und Schiffahrt." Altona 1759.

[2]) Vgl. die Einleitung, S. 7ff. und S. 52, 56, 66, 72ff.

zwei „Hauptstücke", die den positiven Beweis enthalten, und ein fünftes, das die gegnerischen Argumente einzeln abweist.[1])

Justi legt auch hier den eigentlichen Nachdruck auf die staatswissenschaftlichen Grundlagen, das heißt, eine Untersuchung der Natur des Handels. Da dieser allein auf der durch besondere Arbeitsamkeit eines Volkes erzielten Überschußproduktion von Gütern über den eigenen Bedarf hinaus und dem Wunsche ihres Austausches gegen andere Güter fremder Völker beruht, so liegt es in der freien Willkür jedes Staates, ob er überhaupt Handel treiben will, oder mit wem und unter welchen Bedingungen er zu handeln gedenkt. Ferner muß auch deshalb der Handel ganz frei sein, weil er auf gegenseitigen Vorteil gegründet ist, und kein Privater und kein Volk mit einem anderen Geschäfte machen werden, wenn ihnen ein dritter bessere Bedingungen bietet. Folglich beruht blühender Handel eines Volkes auf den niedrigen Preisen seiner Waren, die es so billig abgeben kann entweder vermöge der natürlichen Vorzüge seines Bodens oder der Tüchtigkeit und Geschicklichkeit seiner Angehörigen. Den Gewinn oder Verlust bei den einzelnen Handelszweigen zeigt die Handelsbilanz an, die jedes Volk im Rahmen des natürlichen und arbiträren Völkerrechts so günstig wie möglich zu gestalten bemüht sein mag.[2]) Ja, um nicht zurück zu gehen, muß jedes Volk stets bestrebt sein, seinen Handel zu erweitern.

Denn — und hier tritt uns das Prinzip von Justis Staatslehre unmittelbar entgegen — „der Endzweck eines jeden Staates ist seine gemeinschaftliche Glückseligkeit."[3]) Diese läßt sich zwar auch durch völlige Absonderung erreichen und hat bei steter Aufmerksamkeit Aussicht auf Dauer,[4]) aber in der Tat führt auch die höchste Blüte von Handel und Schiffahrt zu ihr. Allein dieser zweite Weg ist von vielen Gefahren bedroht, und wenn er wirklich zu Ende gegangen wird, so wird der Erfolg, so paradox das

[1]) Das 6. Hauptstück, das nur künstlich mit dem Ganzen zusammenhängt, ist schon erwähnt.

[2]) Justi braucht die technischen Ausdrücke nicht, meint aber S. 19f. dasselbe, was sie besagen. Wenn Justi dabei Maubert die Verwechslung von Handelsbilanz mit der von ihm vertretenen Handelsbalance unterschiebt (S. 17f.), so trifft dieser Vorwurf nicht zu.

[3]) a. a. O. S. 22. Das Folgende im 2. Hauptstück.

[4]) Auf die interessante Schilderung dieses Idealstaats, bei dem wohl an Aristoteles' *αὐτάρκεια* gedacht wird, und auch das Beispiel Spartas vorschwebt (vgl. S. 23, 27, 28), kann hier nicht eingegangen werden.

scheinen mag, mit dem Resultat des Staates, der von vornherein den Weg der Absonderung gewählt hat, identisch sein. Der Beweis ist nach Justi ganz einfach der, daß der im internationalen Verkehr stets gewinnende Staat einen solchen Reichtum an Edelmetallen erlangen wird, daß ihr Wert außerordentlich sinkt, der Preis der Arbeit im Verhältnis zu anderen Staaten immer höher steigt und zuletzt alle Waren so verteuert, daß jeder Export aufhören muß. Trotzdem wird der betreffende Staat bei seinem Geld- und Volksreichtum nun in der Abgeschlossenheit einen Zustand höchsten Glücks repräsentieren.

Wer sich über diese Dinge klar geworden ist, kann die Idee eines Gleichgewichts des Handels der verschiedenen Völker nur unsinnig finden. Wie wären je seine Voraussetzungen zu erfüllen? Müßte man nicht alle Völker nach Vorzügen des Bodens wie nach Fleiß und Anlagen gleich machen, damit ihr Handel gleich werden könnte? Müßte nicht jede freie Wahl beim Handel, die Rücksicht auf den eigenen Vorteil fortfallen, ja, müßten nicht die Unterschiede der geographischen Lage, die die Handelswege und ihre Länge bestimmen und damit den Preis der Waren beeinflussen, irgendwie eliminiert werden? Ebenso unmöglich wäre ein Gleichgewicht durch eine gleichmäßige Aufteilung der Kolonien, da Kolonialbesitz und Handel sich durchaus nicht wie Ursache und Wirkung verhalten, wie das Beispiel Spaniens lehrt. Und da andererseits Handel und Seemacht voneinander wirklich abhängig sind, ist auch ein Gleichgewicht der Macht zur See — ein équilibre maritime — ausgeschlossen. So unmöglich die ganze Idee in die Wirklichkeit umzusetzen ist, so ungerecht ist sie[1]) und so unklug. Die höchste kommerzielle Blüte führt ein Volk ja zur Absonderung, macht es also für alle anderen Staaten ungefährlich. Der Gedanke gar, England könne mit einer allmächtigen Flotte eine Universalmonarchie gewinnen, ist absurd, da alle Landmächte von einer Seemacht überhaupt nichts Ernstliches zu fürchten haben. Außerdem beruht ja eine große Seemacht nur auf inneren Vorzügen eines Staates; diese gilt es nachzuahmen, nicht einen ungerechten und in seinem Ausgang doch höchst

[1]) Die hierfür angeführten Gründe sind denen in Justis erster Abhandlung zu ähnlich, um ihre Wiedergabe hier zu rechtfertigen.

problematischen Krieg zu erregen. Das einzige, was man aus dem gleichen Recht aller Völker auf Glückseligkeit folgern könnte, wäre also „ein Gleichgewicht des Fleißes, der Arbeitsamkeit und Geschicklichkeit“.[1]) — Alle Folgerungen, die aus der Konstruktion einer europäischen Republik gezogen werden, sind ebenso hinfällig wie diese Konstruktion selbst.[2])

Die Idee eines Gleichgewichts des Handels ist und bleibt also eine Chimäre, und damit alle Vorwürfe, die gegen Englands kommerzielle Überlegenheit geschleudert werden. Justi weist deshalb die Anklagen über Englands Haltung in der Ostender Angelegenheit zurück,[3]) und polemisiert gegen die Aufhetzung Dänemarks durch Mauberts „Politique Danois“.[4]) In denselben Zusammenhang gehört wohl auch die Ermahnung an alle handeltreibenden Völker, sich gerade im Interesse der Ausdehnung ihres Handels nicht in einen Krieg mit einer überlegenen Seemacht einzulassen.[5]) Daß Justi diese Broschüre auf höhere Veranlassung hin verfaßt hat, dürfte nicht zweifelhaft sein.

Schluß.

War das das Ende der Gleichgewichtsidee, daß sie als Chimäre unter den Angriffen eines überlegenen Dialektikers endete? Nein, sie ist bis auf unsere Tage nicht gestorben und hat zeitweilig noch in den diplomatischen Verhandlungen eine Rolle gespielt wie nie zuvor.[6]) Trotzdem bezeichnet der Siebenjährige Krieg eine Epoche in ihrer Geschichte. Bis zu diesem mächtigen Ringen war sie zuerst der Ausdruck für das auf zwei, dann für das auf drei Großstaaten basierte europäische Staatensystem gewesen, zuletzt mit der Tendenz, den tatsächlichen Machtzustand als etwas Festes, völkerrechtlich Begründetes erscheinen zu lassen. Jetzt war Preußen ebenbürtig neben die drei alten Mächte getreten, und Rußland, durch die Teilnahme an einem allgemeinen europäischen Kriege mit West- und Mitteleuropa fester verschmolzen,

[1]) a. a. O. S. 63.
[2]) vgl. o. S. 180.
[3]) a. a. S. 19 f.
[4]) a. a. O. S. 56 ff.
[5]) a. a. O. S. 55 f. und 58 ff.
[6]) vgl. bes. die eingehenden Angaben über die Friedensverhandlungen von 1813—15 bei Donnadieu: „Essai sur la théorie de l'équilibre“ Paris 1900. S. 110 ff.

als fünfte Großmacht durch die Tatsachen anerkannt worden. Wenn man jetzt doch noch vom europäischen Gleichgewicht sprach, so verstand es sich von selbst, daß man dabei an fünf Mächte dachte, an und um die sich die übrigen Staaten gruppierten. Dies System hat, durch den Hinzutritt Italiens in seinem Wesen wenig geändert, die Stürme der französischen Revolution und der nationalen Kämpfe des neunzehnten Jahrhunderts überdauert, ja, in der heiligen Allianz und dann im europäischen Konzert sich eine Art Organisation gegeben, die der Zeit vor den Wiener Verträgen noch fremd war.

In den Krisen des europäischen Staatensystems erscheint auch in der Literatur noch nach 1763 häufig die Rücksicht auf das Gleichgewicht als politisches Kampfmittel.[1]) Auch der im Laufe des siebenjährigen Seekrieges zuerst nachdrücklich hervorgehobene Zusammenhang zwischen Handelsmacht und politischer Macht wird im englisch-amerikanischen Kriege und während der Revolutionskriege wieder berücksichtigt.[2]) Eine besondere Bedeutung gewann die Verbindung von Handelsbilanz mit politischem Gleichgewicht bei einigen bedeutenden Nationalökonomen des 18. Jahrhunderts, ohne, soweit ich sehe, in der eigentlich politischen Literatur größeren Einfluß zu erlangen.[3]) Eine bemerkenswerte Zusammenfassung der Geschichte und Bedeutung der

---

[1]) Das russische Vordringen in Polen und in der Türkei bekämpft Mallet du Pan: „Du péril de la balance politique de l'Europe." A Londres 1789. Vgl. bes. S. 3 und S. 90.

Die Bedeutung des deutschen Gleichgewichts zwischen Preußen und Österreich zeigt der Vortrag von Hertzberg: „Sur la véritable richesse des états, la balance du commerce et celle du pouvoir." Der Vortrag ist z. T. eine Apologie der Fürstenbundpolitik Friedrichs des Großen, zu seinem Geburtstag in der Berliner Akademie am 26. Januar 1786 gehalten, gedruckt in Hertzbergs „Huit dissertations". Berlin 1789.

Für die Periode der französischen Revolution sind die Schriften Edmund Burkes zu nennen, bes. „Thoughts on French Affairs": Works. London 1899. IV, 315 ff., bes. S. 330. – Gegen das Gleichgewicht vgl. einen Passus bei D(umouriez): „Tableau spéculatif de l'Europe." 1798, S. 13.

Von französischer Seite stimmt für das politische Gleichgewicht der Kontinentalstaaten als friedefördernd Charles Thèremin: „Des intérêts des puissances continentales relativement à l'Angleterre." Paris, l'an III. S. 8. Der Zweck der Broschüre ist: Friede auf dem Kontinent, Krieg aller gegen England.

[2]) Die Bedeutung des Widerstandes Frankreichs gegen England während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges betont lebhaft Hertzberg, a. a. O. S. 19.

Neben heftigen Angriffen gegen das englische Übergewicht und der Forderung einer Handelsbalance von französischen Publizisten (so Thèremin: a. a. O. S. 1, 5, 20, 95) erkennt auch Burke die Berechtigung dieser Forderung durchaus an: Works, IV, 447, 457.

[3]) vgl. die Angaben v. Heykings: „Zur Geschichte der Handelsbilanztheorie." Berl. Diss. 1880. II. Kap. bes. S. 40 f. Unter den Politikern ist hier wieder Hertzberg zu nennen.

Gleichgewichtspolitik und Gleichgewichtsidee gab der spätere preußische Minister Ancillon.[1])

Der schwerste Stoß, den das europäische Staatensystem in der neueren Zeit erhielt, der Angriff Napoleons auf die alten Machtverhältnisse, wurde wieder mit dem Schlagwort „Gleichgewicht" bekämpft,[2]) und mit der Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht begründeten die Diplomaten das Werk der Wiener Verträge.[3]) Was 1763 erreicht worden war, wurde 1814 und 15 wiederhergestellt.

Die weitere Geschichte der Gleichgewichtsidee auch nur skizzenhaft darzustellen, liegt außerhalb unserer Aufgabe.

---

[1]) Frédéric Ancillon: „Tableau des révolutions du système politique de l'Europe." Berlin 1803.

[2]) Friedrich v. Gentz: „Fragmente aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichts von Europa." St. Petersburg 1806. Gentz gibt als Einleitung einige allgemeine Begriffe über das Gleichgewicht, das er mit Ancillon lieber als „système des contrepoids" (S. 8) bezeichnen möchte. Er greift die polnischen Teilungen heftig an als Symptome des Mißbrauchs der Form bei Erschlaffung des Geistes der Gleichgewichtsidee.

[3]) vgl. Donnadieu: a. a. O. S. 110 ff.

Anhang.

Das europäische Gleichgewicht und das natürliche Völkerrecht im 18. Jahrhundert.

Die Zeit, in der in der Politik die Theorie des europäischen Gleichgewichts zu allgemeiner Anerkennung gelangte, war in ihrer Weltanschauung von dem „natürlichen System der Geisteswissenschaften" beherrscht.[1]) Gegenüber der theologischen Befangenheit des mittelalterlichen Denkens wurde der Versuch unternommen, die Welt und in ihr die menschlichen Verhältnisse allein mit Hilfe der Vernunft zu begreifen. Eine solche Konstruktion erschien möglich durch die Annahme fester, allgemein gültiger Begriffe in der menschlichen Natur; es galt nur, sich diese unveränderlichen Züge des Menschen klar zu machen, um danach auch im praktischen Leben zu handeln.

So entstand die Idee einer natürlichen Religion, in letzter Wurzel aus dem Bedürfnis nach Einheit inmitten der seit der Reformation fast unheilbar gewordenen religiösen Gegensätze entspringend,[2]) und daneben die Annahme der Existenz eines natürlichen Rechts, aus dem die wahren Grundsätze der Ordnung der menschlichen Verbände abzuleiten seien, aus dem sich aber auch die Regeln ergeben müßten, die die gesellschaftlichen Körper unter- und gegeneinander zu beobachten hätten.[3]) Neben ein

[1]) vgl. die unter diesem Titel erschienenen Aufsätze Diltheys im „Archiv f. Gesch. der Philos." Bd. V und VI, sowie den ergänzenden Aufsatz desselben „Die Autonomie des Denkens, der konstruktive Rationalismus und der pantheistische Monismus nach ihrem Zusammenhang im 17. Jahrh.", a. a. O. VII, 28 ff.

[2]) Dilthey: a. a. O. V, 489.

[3]) Damit soll nicht geleugnet werden, daß die Idee des natürlichen Rechts an sich viel älter ist, ebenso wie die Lehren des natürlichen Staatsrechts in das Altertum und Mittelalter zurückreichen. Vgl. Gierke: „Dentsches Genossenschaftsrecht, III" und desselben Verfassers „Althusius".

natürliches Staatsrecht trat damit das natürliche Völkerrecht, dieses besonders in den Nöten des Dreißigjährigen Krieges als notwendiger Ersatz der verlorenen Einheit der christlichen Weltregierung des Mittelalters zu fast allgemeiner Anerkennung durch Hugo Grotius erhoben.[1])

Die außerordentliche Bedeutung des Naturrechts beruht auf dem Bruch mit der scholastischen Denkmethode und auf den praktischen, politischen Wirkungen, die es ausgeübt hat, und deren Einfluß kaum zu überschätzen ist.[2]) Seine wissenschaftliche Basis allerdings ist im 19. Jahrhundert zerstört worden. Ebenso wie die Annahme eines Normalmenschen und einer Normalvernunft der modernen geschichtlichen Auffassung des Lebens widerspricht, sind wir auch imstande, die angeblich allein aus der reinen Vernunft und der Natur gezogenen Sätze in ihrer Bedingtheit nachzuweisen. Wir sehen zugleich, daß hinter den scheinbar allgemeinen und objektiven Formeln der stärkste Subjektivismus steckt. Die Folgerungen aus der Natur des Menschen sind nichts als die Resultate des Nachdenkens eines, und zwar eines von seiner Zeit abhängigen, bedingten Menschen. Daher sind die verschiedenen Naturrechtslehrer zu den entgegengesetztesten Resultaten gekommen, obgleich das eigentlich unmöglich hätte sein sollen, und obgleich sie dadurch gezwungen waren, sich selbst die rechte, dem Gegner aber eine getrübte Vernunfterkenntnis zuzuschreiben. Auf der anderen Seite hatte der Subjektivismus eine große Elastizität der naturrechtlichen Systeme zur Folge. Diese waren schließlich imstande, so ziemlich jeden positiv rechtlichen Satz und jedes rechtliche Postulat aufzunehmen.[3]) Dadurch ist es möglich geworden, auch eine scheinbar so rein politische Theorie, wie die Lehre vom europäischen Gleichgewicht, zu einem Satz des Völkerrechts zu machen.

Erst im spanischen Erbfolgekriege war die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts zu einem vor allem in England,

[1]) Über die theoretisch lange unterschätzten Vorläufer des Grotius vgl. E. Nys: „Le droit de la guerre et les précourseurs de Grotius." Bruxelles 1882. Über den durchaus naturrechtlichen Charakter des Werkes von Grotius und seine Beschränkung auf das formelle Recht – denn der Krieg steht bei ihm ganz im Mittelpunkt – vgl. Bulmerincq: „Die Systematik des Völkerrechts von H. Grotius bis auf die Gegenwart." Dorpat 1858. S. 16 ff.

[2]) vgl. außer Jellineks Allgemeiner Staatslehre Bergbohm: „Jurisprudenz und Rechtsphilosophie", I. „Das Naturrecht der Gegenwart." Leipzig 1892, bes. S. 195 ff.

[3]) vgl. Bergbohm: a. a. O. S. 161 f., bes. Anm. 15.

Holland und Deutschland allgemein anerkannten politischen Dogma geworden, mit dem Anspruch, die in seinem Namen geführten Kriege vor der Welt zu rechtfertigen. Das war das Signal für die Vertreter des Völkerrechts, sich dieser politischen Theorie zu bemächtigen und sie von ihrem Standpunkt aus zu untersuchen. Noch innerhalb des ersten Jahrzehntes nach dem Utrechter Frieden erschienen mehrere dem Gleichgewicht gewidmete Abhandlungen — meist juristische Dissertationen — und andere folgten ihnen. Wenigstens die große Mehrzahl der von Ompteda aufgeführten Arbeiten sind mir zugänglich gewesen.[1]) Die meisten haben nur wissenschaftliche, keine politischen Ziele; wo solche erkennbar sind, werden sie doch an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

Den Hebel, mittelst dessen das Gleichgewicht in das Völkerrecht einbezogen wurde, bildete die Lehre vom gerechten und ungerechten Kriege, nach der es einen absoluten Unterschied zwischen erlaubten und unerlaubten Kriegen gab, der im einzelnen durch das natürliche Völkerrecht bestimmt war.[2]) Es fragte sich, ob man in das schon vorhandene Schema das Gleichgewicht würde einfügen können. Wirklich fand man eine Kategorie von Kriegsgründen, die dazu wohl geeignet schien, in der Lehre von den Kriegen gegen die allzu große oder die zu stark wachsende Macht eines Nachbarn vor. Man hatte dann eigentlich nichts

---

[1]) Von Ompteda: „Die Literatur des gesammten, sowohl natürlichen als positiven Völkerrechts." Regensburg 1785. S. 485 ff.

Die Titel der benutzten Schriften – die im folgenden nur mit dem Autorennamen zitiert werden – sind: 1. Anhänger der Theorie: a) Gundling: „Ob wegen der anwachsenden Macht der Nachbarn man den Degen entblößen könne": Gundlingiana, 5. Stück, Halle 1716. b) v. Huldenberg: „Diss. jurid. sol. de aequilibrii alioque legali juris gentium arbitrio in gentium controversiis pacis tuendae causa interponendo." Helmstadii 1720. c) Joh. Jac. Lehmann: „Trutina vulgo bilanx Europae, norma belli pacisque hactenus a summis imperantibus habita." Jena 1716; von mir in dem Abdruck des eigentlichen Teils bei Olafey: „Vernunft und Völkerrecht", Frankfurt 1727, benutzt. d) Eberh. G. Wittich (praes. Joh. Friedr. Kayser): „Dissertatio juris gentium et publici, de tuendo aequilibrio Europae." Gießae 1723 (Univ.-Bibl. zu Halle). e) Ludw. Mart. Kahle: „Commentatio juris publici de trutina Europae, quae vulgo appellatur „Die Balance von Europa." Göttingen 1744. f) Carl Friedr. v. Behring (praes. Joh. Christ. Muhrbeck): „Dissertatio de bilance gentium." Gryphiswaldiae 1772. (Univ.-Bibl. zu Greifswald.)

2. Gegner der Theorie: a) (Stisser): „Freymütige und bescheidene Erinnerungen wider des berühmten Göttingischen Professors, Herrn Dr. Kahle, Abhandlung von der Balance Europens." I., II. Leipzig 1745/46. b. Joh. G. Mans. v. Benzel (praes. Joh. G. Neureuter): „Specimen juris naturae de justis aequilibrii finibus." Maguntiaci 1746. (Univ.-Bibl. zu Marburg.) c) Joh. Heinr. Gottlob von Justi: „Die Chimäre des Gleichgewichts von Europa." Altona 1758 (vgl. die Analyse o. S. 115 ff.). Einzelne Zitate aus den allgemeinen Lehrbüchern des Völkerrechts s. in den Anmerkungen.

[2]) Das moderne Völkerrecht scheint diesen ganzen Unterschied abzulehnen; vgl. Lueder in v. Holtzendorfs Handbuch, I, 222 f. Ebenso Bergbohm: a. a. O. S. 352.

weiter zu tun, als die Verstärkung der Macht eines großen Staates als einen Verstoß gegen die ursprüngliche Idee des Gleichgewichts zu bezeichnen. Um die besonderen Formen des Gleichgewichts, die sich in der praktischen Politik ergeben mochten, brauchte sich die juristische Konstruktion nicht zu kümmern. Deshalb haben moderne Autoren die Idee des Gleichgewichts zuerst bei Albericus Gentilis finden wollen,[1]) obschon er das Wort nicht kennt und es nur für gerecht erklärt, dafür zu sorgen, „ne homines augentur nimium potentia."[2]) Wenn man auch gegen diese Einbeziehung des Gentilis in die Gleichgewichtsliteratur kaum etwas einwenden kann, so bleibt doch so viel richtig, daß die ganze Frage erst lebhafter und vor allem auch in Spezialuntersuchungen diskutiert wurde, seitdem sie unter der Flagge des aequilibrium stand.

Die Frage, ob und wie weit die Rücksicht auf das Gleichgewicht einen Krieg rechtfertige, ließ sich von zwei ganz verschiedenen Ausgangspunkten konstruieren, deren Unterschied allerdings den Verfassern einiger der dem aequilibrium gewidmeten Schriften nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint, so daß sie mit Gründen aus beiden Beweisreihen promiscue operieren.[3])

a) Der eine Beweis beginnt mit der Lehre vom status naturalis und seiner Anwendung auf das Völkerrecht. Danach leben die Staaten untereinander in demselben Zustand und unter denselben Gesetzen der Natur, in dem die einzelnen Menschen vor der Begründung der societates lebten. Sie alle sind einander rechtlich völlig gleich und erkennen keinen superior über sich an.[4]) Daraus folgte, daß es unter den Staaten keinen

[1]) vgl. E. Nys: „La théorie de l'équilibre européen": Revue de droit international, (1893), XXV. 44. Der Aufsatz, dessen angekündigte Fortsetzung nicht erschienen ist, zitiert zwar die bei Ompteda aufgezählten Schriften und fügt einige biographische oder kurz beurteilende Notizen hie und da hinzu, behandelt aber sonst die historisch-politische, nicht die völkerrechtliche Theorie. Ganz an ihn lehnt sich Donnadieu (s. o. S. 2, Anm. [1]) an.

[2]) Alb. Gentilis: „De jure belli libri III." (Von mir benutzt in der Ausg. von Hanau. 1598.) l. I, c. XIV. Das Zitat auf S. 103.

[3]) So besonders Kahle.

[4]) v. Behring § 3, Benzel § 7; Gundling, S. 384: „daß die Republiken, Printzen und Herrn in der natürlichen Freiheit stehen, und keinen menschlichen Oberherrn haben, wird als ein postulatum voraus gesetzet". — Hobbes und Pufendorf folgerten daraus, daß es überhaupt kein anderes Völkerrecht als das Naturrecht gebe: vgl. Rivier in v. Holtzendorfs Handbuch, I, 416, 425; Landsberg: „Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft", III, I, 9, 17.

arbiter gab. Mußte man da nicht weiter folgern, daß dann auch keine Möglichkeit vorhanden war, überhaupt ein Urteil über die Gerechtigkeit eines Krieges zu fällen, wie das z. B. Böhmer behauptete?[1]) Nein, diese Folgerung war durchaus nicht notwendig! Ein Dritter allerdings konnte eine Entscheidung darüber, wer in einem schon begonnenen Kriege Recht habe, nicht fällen, aber man brauchte das Urteil nur vor den Ausbruch des Krieges und in die Gewissen der beiden Parteien zu legen. Diese selbst mußten wissen, ob sie nach den auf die Staaten anzuwendenden Sätzen des Naturrechts im Begriff waren, einen gerechten Krieg zu führen oder nicht. Waren sie sich im einzelnen Falle nicht recht klar, nun, so war ja die Völkerrechtswissenschaft dazu da, ihnen Auskunft zu geben. Aber natürlich mußte diese die schwierigeren Fragen, wie die des aequilibrium, selbst erst gründlich erörtern.

Einer der einfachsten Sätze des Naturrechts verbietet jede Kränkung eines Individuums durch ein anderes, resp. es gestattet gegen jedes Unrecht die Verteidigung des Angegriffenen. Ebenso ist es im Völkerrecht; ja, die Verteidigung wird von einzelnen Autoren zu einer Pflicht der Selbstbewahrung erweitert.[2]) Ferner ist es eine natürliche Folge des Rechts auf Selbsterhaltung, daß nicht nur gegen eine laesio (injuria) illata, sondern auch gegen eine laesio imminens, sofern sie zweifellos eintreten wird, oder sofern sie „moraliter certa“ ist, wie man das ausdrückt, die Verteidigung gestattet ist.[3]) Nun lebt jeder Staat, resp. jeder Fürst, soweit er nicht Privatmann, sondern Repräsentant des Staates ist,[4]) „nach seinen natürlichen Begierden“, d. h. er hat „keinen affectus fortior, als Land und Leute zu gewinnen“.[5]) Wenn er die Macht hat, seinen Nachbarn straflos zu schädigen, mit anderen Worten, wenn er aus der Balance getreten ist, wird er unbedingt den Schwächeren unterdrücken.

---

[1]) Böhmer: „Jus publicum universale“. Halle 1710. S. 308.

[2]) vgl. Kahle, § 7. Ähnlich de Bielefeld: „Institutions politiques“, II, 1760. c. IV, § 27. Allerdings vermengt Bielefeld völlig Politik und Völkerrecht: vgl. Bulmerincq: a. a. O. S. 50.

[3]) Die termini am zusammenhängendsten bei Behring, § 4.

[4]) Diese für das historische Urteil sehr wertvolle psychologische Scheidung bei Gundling, S. 406, im Anschluß an Bayle.

[5]) Gundling, S. 385, 390. vgl. Wittich, § 1. Kahle, § 6.

Folglich ist die Furcht, die der Schwächere vor einem Unrecht des Stärkeren hegt, gewiß, „die künftige attaque“ ebenso „nicht ungewiß, sondern gewiß“. Folglich „ist auch das jus belli, vel vim adhibendi, vorhanden“,[1]) d. h. jeder Krieg, der zur Erhaltung des Gleichgewichts unternommen wird, ist gerecht.

Es ist ja deutlich, daß dieser Grundsatz in der Schärfe, in der er bei Gundling und bei Kahle begegnet, vielfach Anstoß erregen mußte, nicht nur bei den Gegnern, auch bei den Freunden der Balancetheorie. Diese suchten deshalb eine Abschwächung der extremen Ansicht. Gundling war stark von Hobbes beeinflußt[2]) und räumte außerdem politischen Erwägungen einen Einfluß auf die Lehren des Völkerrechts ein,[3]) Kahle schrieb gar mit politischer Tendenz[4]) — davon waren die meisten Völkerrechtslehrer frei. Soweit sie daher aus dem Recht auf Selbstbewahrung das aequilibrium zu rechtfertigen suchten, knüpften sie es doch an Bedingungen. Sie gaben nicht zu, daß große Macht unbedingt gegenüber den Schwachen zu Mißbrauch werde, sondern verlangten in jedem Falle einen besonderen Beweis für die moralische Gewißheit eines durch einen Übermächtigen drohenden Schadens, ehe sie ein Einschreiten gegen ihn für gerecht erklärten.[5]) Dasselbe hatten auch schon Grotius und Pufendorf gelehrt, aber sie hatten daraus den Schluß gezogen, daß nimia potentia keinen Kriegsgrund in sich schließe.[6]) Logisch war jeder andere Schluß unmöglich, denn sobald eine laesio imminens moraliter certa vorlag, dann enthielt eben diese einen Grund zum Kriege, und es war ein reiner Zufall, wenn mit der Absicht, einem andern zu schaden, große Macht verbunden war.

---

[1]) Gundling, S. 385.

[2]) vgl. die Abhandlung: „De statu naturali Hobbesii“ seines Schülers v. Kirchensittenbach. Halle 1706. (Praes. N. H Gundlingio.)

[3]) Gundling, S. 413: er polemisiert gegen die reinen Philosophen und ihren Grundsatz „aliter philosophos, aliter politicos censere“ mit den drastischen Worten „es sey zu bedauern, daß die Philosophen sich einbilden, alle anderen Leute wären ungerecht; Sie allein aber säßen auf dem Catheder der Weißheit, und tränken von den Quellen der Wahrheit: Dahingegen diejenigen, welche von ihren Ideen sich entfernen, mit Pfützen-Wasser sich gurgelten.“

[4]) vgl. o. S. 94 ff.

[5]) Übrigens hatte auch Kahle zugegeben, daß nicht jeder Fürst böse sei (§ 6), aber er hatte daraus keine seine Ansicht einschränkenden Folgerungen gezogen.

[6]) Grotius: „De jure belli et pacis“, l. II, c. 22; Pufendorf: „De jure naturae et gentium“, Londini Scanorum 1672, l. VIII, c. VI, § 5. Allerdings windet sich Pufendorf zwischen seinem Rechtsbewußtsein und den politischen Erwägungen einigermaßen hin und her.

Aber die Autorität der Gleichgewichtsidee war so groß, daß trotzdem das aequilibrium selbst als causa belli – man kann nur sagen – hineingeschmuggelt wurde.[1])

b) Einen anderen Weg schlugen, z. T. neben diesem ersten Weg, mehrere Anhänger des Gleichgewichts ein. Sie gingen nicht von den einzelnen Staaten, sondern von ihrer Gesamtheit aus. Obschon sie den status naturalis der Staaten nicht bestritten,[2]) behaupteten sie doch die Existenz einer Art von Völkergemeinschaft und eines allgemeinen Völkerinteresses, ohne den Versuch zu machen, die beiden Ideen miteinander auszugleichen. Dieser Widerspruch tritt besonders auffällig bei den Autoren hervor, die die Gerechtigkeit der Gleichgewichtskriege sowohl auf das Recht der Selbstbewahrung des einzelnen Staates begründen, wie die aus der Annahme eines allgemeinen Interesses sich ergebenden Schlüsse benutzen.[3])

Die wesentlichste Forderung des allgemeinen Interesses ist der Friede und die gegenseitige Sicherheit der Existenz.[4]) Beide werden, bei dem vorauszusetzenden logischen Zusammenfall von Macht und Willen zum Schaden,[5]) durch die zu große Macht eines Staates bedroht. Es können dabei entweder schon die aus der Furcht vor einer nimia potestas entspringenden Rüstungen der Nachbarn, deren Lasten für sie den Frieden tatsächlich wertlos machen,[6]) oder nur der reale, von dem Mächtigen zu erwartende Schade als Störungen der gemeinsamen Interessen aufgefaßt werden, jedenfalls ergibt sich ein Konflikt zwischen der salus publica und dem Vorteile der einzelnen mächtigen Mitglieder der Völkergemeinschaft. Es handelt sich daher um ein Mittel, beide in gerechten Einklang zu bringen. Nun sind schon außer dem Gleichgewicht verschiedene Mittel vorgeschlagen worden, deren Brauchbarkeit die Balancefreunde gut tun zu prüfen, ehe sie ihre Lehre entwickeln.

Das Mittelalter kannte in der Theorie einen arbiter in allen

---

[1]) vgl. Wittich § 29ff.; Benzel § 36f., obgleich dieser eigentlich von den Gegnern der Theorie sich kaum unterscheidet.

[2]) Ausdrücklich erkennt ihn Wittich an, § 16, wenn er alle Staaten für gleich erklärt.

[3]) Vgl. Kahle, bes. § 6f. und § 25. Auch Wittich gehört hierher.

[4]) Lehmann c. III, § 8; Wittich § 3; Huldenberg c. III.

[5]) Huldenberg c. III, § 9; Lehmann, c. III, § 75.

[6]) Lehmann c. II, § 80.

weltlichen Händeln, den Kaiser; das moderne Naturrecht lehnt ihn aber in dieser Stellung ab,[1]) ebenso wie ein eventuelles Schiedsrichteramt des Papstes.[2]) Die Idee ferner einer tatsächlichen politischen Vereinigung aller Völker unter einer Universalmonarchie könnte nur durch unzählige Kriege realisiert werden, wenn man überhaupt an die Durchführung eines so chimärischen Unternehmens glauben könnte.[3]) Wichtiger scheint vom völkerrechtlichen Standpunkt der „große Plan" Heinrichs IV. und das Friedensprojekt des Abbé de St. Pierre zu sein.[4]) Indessen läßt die nähere Betrachtung ihrer Systeme schon an ihrer politischen Unbefangenheit und wenn nicht an St. Pierres, so doch an Heinrichs IV. reinen Absichten zweifeln, und außerdem ist die Ausführung ihrer Vorschläge kaum möglich und würde ähnlich wie die Aufrichtung einer Universalmonarchie gerade die blutigen Kriege nötig machen, zu deren Vermeidung die Projekte dienen sollen. Der von St. Pierre zur Unterstützung seiner Ideen angeführte Vergleich mit dem deutschen Reichsverband ist recht unglücklich, da dieser auf dem Boden der einen deutschen Nation organisch erwachsen ist, während die Union des Abbé „per mera ratiocinia"[5]) entstehen soll.

Es bleibt also nur das Gleichgewicht als Mittel der Friedensbewahrung. Nach der Ansicht der Extremen unter seinen Anhängern rechtfertigen der allgemeine Nutzen und die aus der Geschichte bewiesene Notwendigkeit die Einrichtung eines Gleichgewichts, d. h. einer völkerrechtlichen Institution, kraft derer allzu mächtige Staaten soweit eingeschränkt werden, daß eine derartige Proportion der Kräfte erreicht wird, wie sie die conservatio gentium erfordert.[6]) Daraus ergeben sich eine Reihe von völkerrechtlichen Gesetzen, wie der Vorrang des allgemeinen

[1]) Glafey: „Vernunft- und Völkerrecht", Leipzig 1727, l. VI, c. I, § 3f. Huldenberg c. VII, § 1.

[2]) Huldenberg c. VIII.

[3]) Kahle § 21 ff.; Huldenberg c. I, § 4f. vgl. Wittich § 2: in anderem Zusammenhang wird die Universalmonarchie für utopisch erklärt. – Ähnlich schon Pufendorf: „De systematibus civitatum": (Dissertationes academicae selectiores", Lipsiae 1677), § 2.

[4]) Huldenberg c. II; Lehmann c. III, § 7; Wittich § 4ff.; Benzel, § 29. – Vgl. Pufendorf; a. a. O. § 7, von dem Wittich abhängig ist.

[5]) Huldenberg S. 120, Anm.

[6]) Lehmann c. III, § 4. Im engsten Anschluß an ihn Kahle, § 4. Überhaupt ist Kahle von Lehmann stark abhängig, selbst den Titel hat er mit geringen Änderungen von seinem Vorgänger übernommen.

Interesses vor dem Recht des einzelnen, wonach z. B. um des Gleichgewichts willen ein mächtiger Fürst zum Verzicht auf eine ihm rechtmäßig zugefallene Erbschaft gezwungen werden kann,[1]) ferner die Pflicht, die Realisierung des Gleichgewichts zu fördern, sich jeglicher direkter oder indirekter Störung der Balance zu enthalten.[2]) Natürlich ist der Krieg nur als ultima ratio zu betrachten nach Erschöpfung aller milderen Mittel.[3])

Außer diesen allgemeinen Gesichtspunkten findet sich mancherlei Besonderes bei den einzelnen Autoren. Huldenberg untersucht, wem das arbitrium legale aequilibrii zustehe, und wie ein Mißbrauch am besten zu vermeiden sei.[4]) Kahle und Lehmann werfen die Frage auf, ob auch das Wachstum der inneren Kräfte eines Staates Grund zur Geltendmachung des aequilibrium gebe, und beantworten sie verneinend.[5]) Gegen die Einwände der Gegner verteidigt Huldenberg die vorher positiv bewiesene Theorie. Er bestreitet, daß sie die allerdings unmögliche physische Gleichheit aller Staaten voraussetze,[6]) weist Analogien aus dem bürgerlichen Recht zurück und erklärt ähnlich wie Gundling die Vorstellung eines sehr mächtigen, aber seinen Nachbarn ungefährlichen Fürsten, für eine blutlose, irreale Idee.[7])

Auch diese Lösung des Problems ist so gut wie die andere von Anhängern der Theorie eingeschränkt worden. Die Idee eines „arbitrium juris gentium legale" schien ihnen mit der Natur der Staaten nicht vereinbar, sie wollten dem Gleichgewicht nur die Bedeutung beilegen, daß in seinem Namen alle durch eine große Macht bedrohten Staaten sich vereinten, aber nur bei dem Vorhandensein einer moralisch sicheren Kränkung zu den Waffen griffen und einen die Forderungen des aequilibrium berücksichtigenden Frieden schlössen.[8]) Oder sie gaben zwar eine gemein-

[1]) Kahle, § 26, § 30. In dieser Folgerung aus dem Gleichgewichtsprinzip lag seine fruchtbarste politische Anwendung beschlossen, sowie andererseits die politische Tatsache des mit der spanischen Erbschaftsfrage zusammenhängenden Krieges die Theorie stark beeinflußt hatte.

[2]) Die Gesetze ausführlich bei Lehmann c. III.

[3]) Lehmann c. III, Gesetz 12; Huldenberg c. IV, § 4.

[4]) Huldenberg c. IV, § 1 ff.

[5]) Lehmann c. II, § 89; Kahle § 16.

[6]) Huldenberg c. III, § 11. Ebenso Lehmann c. III, § 19; Wittich § 19.

[7]) Huldenberg c. III, § 11.

[8]) vgl. Wittich § 19, § 36. Mir scheint Wittich wegen des § 36 auch zu dieser Gruppe gerechnet werden zu müssen, obgleich er sonst immer von dem Interesse der einzelnen Staaten ausgeht.

same Pflicht aller Völker zu, für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu sorgen, und stellten ein dieser Pflicht entsprechendes Recht auf die Mittel zu ihrer Durchführung und damit ein „jus quoddam naturale .. ad bilancem gentium custodiendam" fest, aber nur insoweit, als dies „medium justum et honestum" sei. Damit wurde aus der Verpflichtung, das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, eine „obligatio hypothetica sive respectiva", die immer nur zur Verstärkung eines schon anderweitig vorhandenen Rechtes in Aktion treten konnte.[1])

c) Daß diese Versuche, die Rücksicht auf ein irgendwie realisierbares Gleichgewicht[2]) als gerechten Kriegsgrund naturrechtlich zu konstruieren, leicht zu bekämpfen waren, liegt auf der Hand. Trotzdem war die Theorie politisch im allgemeinen während des ganzen 18. Jahrhunderts zu fest anerkannt, als daß die Wissenschaft ein Bedürfnis empfunden hätte, gegen die juristische Form, in die man das politische Postulat gebracht hatte, häufiger zu polemisieren. Die beiden einzigen entschiedenen Angriffe auf diese ganze naturrechtliche Doktrin, die ich aus dem 18. Jahrhundert kenne, verdanken daher ihren Ursprung bestimmten politischen Strömungen, die dem Gleichgewichtsgedanken vorübergehend gegenüber standen.[3]) Zu ihnen gesellt sich nur eine Dissertation aus den 40er Jahren, die Schrift Benzels, die das Gleichgewicht zwar nicht ganz verwirft, ihm aber doch so energisch die juristische Seele austreibt, daß man ihren Verfasser wohl am besten zu den Gegnern der Theorie zählt. Bei weitem die gründlichste Widerlegung ist die von Justi. Da wir diese im Hauptteil dieser Arbeit schon eingehend analysiert haben, genügt es, an diesem Orte summarisch aus ihr und den gesinnungsverwandten Schriften die Hauptgesichtspunkte hervorzuheben.

Den radikalen Vertretern der beiden Lösungswege wurde die ungeheuerliche Konsequenz vorgehalten, die in ihrer Lehre lag. Wenn es erlaubt war, einen Stärkeren, nur weil er stärker

---

[1]) v. Behring § 1, § 5 ff. Behring bekämpft die zu weiten Folgerungen aus dem Recht auf Selbstbewahrung, § 3, A. 4.

[2]) Mit der praktisch durchführbaren Form des aequilibrium hat die Politik, nicht das Völkerrecht, zu tun.

[3]) Die Schrift Stissers und die erste Schrift Justis, vgl. o. S. 96 f. und S. 115 ff.

war, zu mehreren anzugreifen, so mußte dies Gesetz auch im status naturalis der Individuen gegolten haben, was allen, denen der Naturstand nicht mit Hobbes und Spinoza ein bellum omnium contra omnes war, eine abscheuliche Annahme war.[1]) Soweit die Gleichgewichtsfreunde etwa auf dem Begriff der zu großen, nicht schlechthin der größeren Macht Wert legen wollten, nützte ihnen das gar nichts, da ihnen eine genügende Definition des Begriffs der nimia potestas nie gelingen konnte.[2]) Leichter noch waren die Gemäßigten zu widerlegen, da sie mit der Forderung einer außerhalb der Rücksicht auf das aequilibrium vorhandenen causa belli dieses selbst überflüßig gemacht hatten. Denjenigen, die etwa den status naturalis der societates überhaupt vor der Annahme einer festen Staatengemeinschaft, einer Art Völker-Republik, zurücktreten lassen wollten, wurde die Unvereinbarkeit ihrer Ansicht mit den unbestrittenen Regeln des natürlichen Völkerrechts entgegen gehalten.[3]) Wenn schließlich die meisten Autoren versucht hatten, auch in dem Verlauf der Geschichte die tatsächliche Bestätigung ihrer Theorie zu finden, so wurde teils ihre Beurteilung historischer Ereignisse als willkürlich bekämpft,[4]) teils mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß ihre ganze Lehre überhaupt erst aus der Geschichte destilliert sei, und es eine völlige Umkehrung der Tatsachen bedeute, wenn historische exempla das beweisen sollten, was aus ihnen allein abgeleitet sei.[5]) Den letzten Grund nahm dann der ganzen Lehre der Nachweis, daß sie gerade das erreiche, was sie vermeiden wolle, ewigen Krieg und Blutvergießen.[6])

---

[1]) Stisser I, 158 ff. Im Anschluß an ihn der überhaupt vor allem St. systematisierende Benzel § 12.

[2]) Stisser I, 148 f., 168 ff., 180 ff., II, 28 ff. und sonst vielfach, da St. Kahle nicht systematisch, sondern Paragraph für Paragraph widerlegt und sich daher sehr oft wiederholt. Hierher gehören auch die Erörterungen über die Bedeutung der inneren Stärke eines Staates für die Erkenntnis seiner Macht, durch die schon Stisser und nach ihm Justi den Begriff der „nimia potestas" völlig ad absurdum führten. Stisser exemplifiziert das boshaft durch eine Rechnung, in der er zeigt, daß ein Fürst, der, allegorisch gesprochen, 3 Pfd. Macht, 4 Pfd. Staatskunst, 5 Pfd. Eifer und 2 Pfd. Ehrbegierde besitzt, offenbar mächtiger ist als ein anderer, der 12 Pfd. Macht, aber von den übrigen Eigenschaften nur zusammen 1 Pfd. besitzt: vgl. I, 206 f. dazu Justi, 2. und 3. Hauptstück.

[3]) Justi S. 97 ff; Benzel § 14.

[4]) Stisser I, 63 ff., 185 ff.; II 91 ff. Benzel § 24.

[5]) Benzel § 5.

[6]) Benzel § 3, § 27 f.

Archiv für Kulturgeschichte

Herausgegeben von

Professor Dr. Georg Steinhausen in Kassel.

Abonnementspreis für den Jahrgang (4 Hefte zu je 8 Bogen)

M. 12.—

Probehefte auf Verlangen.

Aus dem Inhalt der bisher erschienenen Jahrgänge:

Reaktion und Kontrast in der Geschichte von Geh. Rat Prof. Th. Lindner.

Die Wette von Univ.-Prof. R. M. Meyer.

Die Entstehung der neueuropäischen Formen des Lebens von Univ.-Prof. Breysig.

Die Geschichte der Naturwissenschaften und ihre erzieherischen Bildungswerte von Privatdozent F. Strunz.

Zur Geschichte der Liebe als „Krankheit" von Dozent Hjalmar Krohns.

Norddeutschland und der Einfluß römischer und frühchristlicher Kultur von Dr. T. Burckhardt.

Die Selbstbiographie des Stadtpfarrers Ammon (1634) von Marktbreit, mitgeteilt von Archivar F. Hüttner.

Des Vincenzo Laurefizi Reise durch Deutschland, die Niederlande und England (1613), mitgeteilt von Geh. Archivrat W. Friedensburg.

Aus dem Kabinett Friedrichs des Großen von Archivrat Prof. v. Pflugk-Hartung.

Kinderbriefe einer pommerschen Prinzessin des 16. Jahrhunderts, mitgeteilt von Archivar O. Heinemann.

Straßburger Frauenbriefe des 16. Jahrhunderts, mitgeteilt von Archivrat O. Winckelmann.

Von der Erziehung und Ausbildung pommerscher Fürsten im Reformationszeitalter von Prof. M. Wehrmann.

Der „Universitätsbereiser" Friedrich Gedike und sein Bericht an Friedrich Wilhelm II. von Univ.-Prof. R. Fester.

Rostocker Studentenleben vom 15. bis ins 19. Jahrhundert von Univ.-Bibliothekar A. Hofmeister.

Zur Geschichte der Zensur und des Schriftwesens in Bayern von Dr. F. Lorenz.

Abenteuer eines Alchimisten aus dem 17. Jahrhundert von Archivrat E. Fink.

Cagliostro in Straßburg von Prof. H. Funck.

Augsburgs Warenhandel mit Venedig von Prof. Joh. Müller.

Die Beizjagd in Altpreußen von Oberlehrer Paul Dahme.

Die Geschichte der mittelalterlichen Heilkunst im Bodenseegebiet von Univ.-Prof. K. Boas.

usw. usw.

Alexander Duncker • Verlag • Berlin W 35.

Sans-Souci

zur Zeit Friedrichs des Großen und heute.

Betrachtungen und Forschungen.

Von **Dr. P. Höckendorf.**

1903. VIII, 164 S. u. 1 Plan. — Geh. Mk. 5.—, geb. Mk. 7.—.

Konrad von Burgsdorff

ein brandenburgischer Kriegs- und Staatsmann aus der Zeit der

Kurfürsten Georg Wilhelm und Friedrich Wilhelm (1595—1652).

Von **Dr. Karl Spannagel,** Prof. an der Universität zu Münster i. W.

1903. XVIII, 458 S. — Geh. Mk. 15.—, geb. Mk. 17.—.

Die Erinnerungen der Prinzessin Wilhelmine von Oranien

(Schwester König Friedrich Wilhelms II.)

an den Hof Friedrichs des Großen (1751—1767).

Von **Dr. B. Volz.**

1903. VII, 93 S. u. 2 Abbild. — Geh. Mk. 3.—, geb. Mk. 5.—.

Briefwechsel zwischen

Heinrich, Prinz von Preußen

und

Katharina II. von Rußland.

Von **Dr. R. Krauel,** Kais. Gesandter z. D.

1903. VIII, 178 S. — Geh. Mk. 6.—, geb. Mk. 8.—.

Repetitorium der Deutschen Geschichte.

NEUZEIT.

Im Anhang u. a.: **Brandenburgisch-Preußische Verfassungs- u. Verwaltungsgeschichte.**

Die besondere Berücksichtigung der brandenburgisch-preußischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte erschien bei der ausgiebigen Pflege, die diese Disziplin auch im geschichtlichen Unterricht der Universitäten heute findet, notwendig.

MITTELALTER. (2. Auflage erscheint 1907.)

Abriß der deutschen Geschichte vor Beginn der Völkerwanderung bis zum Tode Maximilians I.

Zur Verfassungs- und Territorialgeschichte.

Tabellen zur Entwicklung der bedeutendsten Territorialstaaten.

Synchronistische Tabelle der Kaiser und Päpste.

Bemerkungen zu den Quellen.

Praktische Handbücher: Geh. je Mk. 3.50, geb. je Mk. 4.—.

Die Verfasser wollten ein Buch schaffen, das in aller Kürze den Inhalt dessen wiedergab, was man zum historischen Staatsexamen notwendig braucht. Ein Plötz gab ihnen zu diesem Zwecke zu wenig, ein B. Gebhardt zu viel ... Es kann kein Zweifel sein, daß das Buch, wie es vorliegt, eine dankenswerte Leistung ist ... **Dem Studierenden zur Wiederholung, dem Lehrer zur Vorbereitung, dem Geschichtsfreunde zur Belehrung kann es warm empfohlen werden.**

Prof. Dr. Straßburger in „Blätter für höheres Schulwesen".

SIEBEN TAGE AM HOFE FRIEDRICH WILHELMS I.

Tagebuch des

Professors J. A. FREYLINGHAUSEN

über seinen Aufenthalt in Wusterhausen vom 4.—10. September 1727.

Mit Einleitungen und Erklärungen herausgegeben von

Dr. B. KRIEGER.

Elegant ausgestattet. Geheftet **Mk. 3.—**, gebunden **Mk. 4.—**.

Druck von Hugo Wilisch in Chemnitz.